

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **5093**

LEITZ

Leitz-Ordner R 80

Landesarchiv Berlin

ab 1993

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

5093



Centrale Planning

16. Febr. 1943

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Berlin, den 19. Januar 1943.

Zentrale Planung.

Z.P. 24 I.Rs.

17 Ausfertigungen.
1 Ausfertigung.

Ergebnisse

der

33. Sitzung der Zentralen Planung am 16. Februar 1943 16^h.

Arbeitseinsatz März 1943.

Die Anforderungen betragen:

Ersatzgestellung für die durch
die SE-Aktion Januar-März einge-
zogenen 200 000 Arbeitskräfte, so-
weit im Januar und Februar noch
nicht erfolgt.

rd

Deckung der Rückstände aus den Rü-
Aktionen Dezember und Januar (ur-
springlicher Gesamtbedarf 400 000)

rd. 200 000

März-Bedarf

" 160 000.

Der März-Bedarf von 560 000 Arbeitskräften ist von den Haupt-
ausschüssen und Ringen unter Zugrundelegung der Unterbringungs-
möglichkeit ausländischer Arbeitskräfte aufgestellt worden.
Darüber hinaus besteht z.B. für das Funkmeßprogramm und die
Elektroindustrie noch ein Bedarf von 40-45 000 Arbeitskräften
(davon 14 000 Frauen, die bereits innerhalb der nächsten 3 Wo-
chen eingesetzt werden können). Insgesamt beträgt der Gesamt-
bedarf etwa rd. 1 Mill. Kräfte.

Wie in den bisherigen Monaten soll ein Teil des März-Bedarfes,
jedoch nach Möglichkeit begrenzt, durch Rote Karten und ein wei-
terer durch Listenanforderungen abgedeckt werden. Daneben ist
die Ersatzgestellung für die SE-Aktion und die Abdeckung der
Rückstände aus der Rü-Aktion Dezember und Januar als vordring-
lich anzusehen.

Es wird vorgeschlagen:

1. Im Februar die Rückstände aus Dezember und Januar
sowie den Kräftebedarf der vordringlichen Aktionen
abzudecken sowie die SE-Lücken aus Januar und Februar
zu schließen,
2. im März für die dringlichsten Fertigungen ein Kon-
tingent zur Verfügung zu stellen. Innerhalb dieses
März-Kontingents müssen vordringlich das Panzerpro-

gramm

-2-

gramm sowie gewisse Fertigung der Luftwaffe und der Marine erfüllt werden. Außerdem sind in März die 32-Lücken der März-Karte zu schließen.

Den Bedarf stehen im März schätzungsweise folgende Deckungsmöglichkeiten gegenüber:

1. Osten	rd. 150 000
2. Generalgouvernement	40 000
3. Protektorat (vorübergehend weitere Erhöhungen evtl. durch Erweiterung des polnischen Baudienstes)	10 000
4. Frankreich	100 000
5. Belgien	40 000
6. Holland	30 000
7. Slowakei (a. l. für den landw. B. l.)	20 000
8. Übriges Land	<u>10 000</u>
Jusgesamt	400 000
Kriegsgefangene	10 000
Flak-Stationen	100 000

Die aus dem Pflicht und aus der Stilllegung der Betriebe erwartenden Mengen sind noch nicht abzuschätzen.

General von Sackel weist darauf hin, daß in den besetzten Gebieten noch größere Arbeitseinsatzreserven zu mobilisieren seien, insbesondere dort, wo nicht deutsche Rüstungsinteressen in Frage kämen. Während in Deutschland 50-75% der Fachkräfte eingesetzt seien, sei der Facharbeiteranteil in den besetzten Gebieten beinahe friedensmäßig. Außerdem sei eine große Zahl von Arbeitern in den besetzten Gebieten, insbesondere Frankreich und Tschechoslowakei, aus der Umschulung der Arbeitskräfte zu gewinnen. Insgesamt sei auf diese Weise aus den besetzten Gebieten mehr zu erwarten als aus der derzeit im Reich laufenden Meldepflicht; deshalb müsse auch Wert darauf gelegt werden, den Einsatz aus der deutschen Meldepflicht nicht zu überlasten. In Berlin hätten sich bereits 100 000 Menschen gemeldet. Es fehlen nur noch die Aufnahmebetriebe.

Die Deckungslage berechtige zu der Hoffnung, daß es genau wie

-3-

wie im vorigen Jahr möglich sein werde, bis mindestens zum Mai d.J. 1-1 1/2 Mill. Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen und den Arbeitsbedarf, wenn die Listen rechtzeitig einlaufen, insgesamt zu erfüllen. - Offen bleibt die Frage des Ersatzes der zuzeit in Deutschland beschäftigten rd. 200 000 italienischen Arbeiter, mit deren Ablauf zu rechnen ist.

Gauleiter Sauckel teilt mit, daß gestern in Frankreich 3 Jahrgänge aufgerufen worden wären und nunmehr die Möglichkeit bestünde, auf diese Kreise zurückzugreifen. Der Westen könne auf diese Weise einen Teil des Ostausfalls ausgleichen.

Reichsminister Speer hat große Sorge, daß der Einsatz der französischen Fachkräfte auch in die richtigen Betriebe erfolgt und verweist nochmals auf die Einschaltung von Patentfirmen.

Es wird festgesetzt, daß sich ein absoluter Schutz der Rüstungsbetriebe in den besetzten Gebieten verbietet, doch sollen die Auskümmungen der Rüstungsbetriebe unter Beteiligung der für die Fertigung verantwortlichen Stellen und der jeweiligen Patentfirmen erfolgen. Bestimmte Fertigungen, die der Reichsminister für Bewaffnung und Munition bezeichnet, werden jedoch total geschützt bzw. schonend behandelt.

Höher als mit 30% darf die Rüstungswirtschaft jedoch durch diese Auskümmentationen nicht belastet werden, auch nicht durch die Einberufung der 3 Jahrgänge. Außerdem würden jetzt die Ersatzkräfte vorwiegend der ausgekümmenten Facharbeiter gestellt.

Der Einsatz der Facharbeiter aus dem Auslande hat auf Grund der Listen zu erfolgen, der Einsatz darüber hinaus (insbesondere aus der Meldepflicht usw.) jedoch unabhängig von den Listen in größtmöglicher Freizügigkeit. Der Umfang der Listen ist deshalb nicht zu groß zu bemessen und eine bereits vor Eingang der Listen erfolgte Bedarfsdeckung zu Gunsten der Rüstungsdienststellen ist auf das Härtekontingent anzurechnen.

Für den Freieinsatz aus dem Reich soll das Listen-

verfahren

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

-4-

verfahren nicht angewandt werden, sondern der Einsatz ist im großen Rahmen (wie Rüstungsindustrie Reichsbahn, Post usw.) festzulegen. Ein Einsatz in den Behörden, einschl. Heer, Luft und Marine, kommt nur in Frage wenn dadurch kriegsverwendungsfähige Männer frei werden, dagegen bestehen gegen den Einsatz in der Verwaltung der Betriebe keine Bedenken. Aber auch hier muß der Bedarf als solcher nachgewiesen sein. Grundsätzlich ist in allen Sparten davon auszugehen, daß eine Zuteilung von Frauen nur dann stattfindet, wenn dadurch eine entsprechende Zahl Männer für die militärische Verwendung oder für die Rüstungsfertigung frei wird.

Allgemein ist bei der Deckung des Bedarfes darauf zu sehen, daß die Unterlieferanten, das sind die Anforderungen der Ringe, vor den anderen befriedigt werden. Der, wenn auch geringe Bedarf für Zisterdorf ist besonders zu berücksichtigen, ebenso der Bedarf für Olaschleifer-Estland.

Der Frühjahrbedarf der Landwirtschaft beträgt rd. 370000. Die Deckung des Landwirtschaftsbedarfes wird auf Grund der Göring-Verordnung vom 7. März 1942 erfolgen und aus den aus dem Osten zu erwartenden Arbeitskräften. Von den von der Landwirtschaft im Herbst abgegebenen Arbeitern werden nur die an die Forstwirtschaft abgegebenen zurückgeführt, nicht dagegen die an die Industrie abgegebenen. Diese verbleiben in allen Fällen der Industrie.

Die Z.P. sagt ihre Unterstützung für die zurzeit von GoA zusammen mit den Reichsruhmändern durchgeführte Aktion zur Steigerung der Arbeitsleistung in den deutschen Betrieben zu: es ist eine Steigerung von durchschnittlich 10% bis teilweise über 20% zu erwarten (insbesondere durch Einführung der Gruppenakorde, Ausgleichen der Arbeitsstandenzahl usw.).

Zum Schluß genehmigt die Z.P. den vorgelegten Vorschlag

1. Im Februar die Rotzettel- und Listenrückstände aus Dezember und Januar, den Bedarf der laufenden vor- dringlichen Aktionen zu decken sowie die SE-Lücken aus Januar und Februar zu schließen und
2. für März der gewerblichen Kriegswirtschaft ein Kontingent von 250 000 Arbeitskräften (40 000 Rote Karten und 200 000 Listenanforderungen) zur Verfügung zu

stellen

-5-

stellen sowie die GE-Lücken der März-Rate zu schließen.

Die zur Verfügung gestellten 230 000 Arbeitskräfte werden vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition auf die verschiedenen Bedarfsträger verteilt und dem G.B.Arbeit im Wege des Listen- und rote Karten-Verfahrens zur Deckung aufgegeben.

Dr. Steffler.

Anwesend:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Gauleiter Sauckel
Min.Dirig.Timm
Min.Rat Hildebrandt

G B A

"

"

Staatsrat Schieber
Professor Hettlage

RM.f.B.u.Mun.

"

Dr.-Ing.Goerner

"

Herr Schlieker

"

Gen.Maj. Haeger

"

Min.Rat Wismann

"

Dr. Weinurm

"

Oberst v. Nicolai

"

Dr. Moensen

"

Präs.Kehrl

R W M

KVVChef Fromm

"

Min.Rat Janke

"

Ob.Reg.R.Jordan

"

Dir. Müller-Zimmermann

"

Min.Dir.Grausch

V.F.

Min.Rat Steffler

"

Min.Dir.Cejka

R.L.Z.

General-Ing. Hellerschopp

"

Dir. Gerner

"

4563

Ver-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

-5-

Verteiler:

Reichsminister Speer	1. Ausfertigung
Generalfeldmarschall Milch	2. "
Staatssekretär Görner	3. "
Staatsrat Schiele	4. "
Min. Dir. Gajda	5. "
Min. Dir. Krausch	6. "
Dr.-Ing. Goerner	7. "
Min. Rat Steffler	8. "
Gauleiter Sauer	9. "
Herr Schlieker	10. "
Oberst v. Nicolai	11. "
Präs. Kehr	12. "
Registratur	13. - 17. "

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

Rep. 502

Nbg. Kriegererbacherprozesse

I Photokopien

Zz 21

1

Zentrale Planung
Stenogramm der 33. Sitzung
16.2.43 16.00 Uhr

2276-2307

(Blatt 1052-1083)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/17 07

Geheime Reichsache!

Stenographischer Bericht
der
88. Besprechung
der
Zentralen Planung
betreffend Arbeitseinsatz
am 16. Februar 1943, 16 Uhr,
in Reichsministerium für Bewaffnung und Munition,
Berlin, Pariser Platz 3

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

Vossen Dr. Loppert /Es

1

Sch i e h e r:

1. Als Hauptforderung für den Arbeiterbedarf gilt zunächst für
alle Betriebe möglichst die Abdeckung der in der SE-Aktion einge-
2. zogenen Arbeitskräfte. Wir waren dan bar, wenn die insbesondere
aus der Dezember-Januar-Aktion der Listen und der Roten Karten noch
nicht zugewiesenen Arbeitskräfte gleichartig mit den als Ersatz
für die SE-Aktion zugewiesenen Arbeitskräfte, angedient werden könnten.
Wir haben darüber hinaus einen voraussichtlichen Bedarf für den
3. Monat März aufgestellt, der mit einer Summe von rd. 600 000 Ar-
beitskräften abschließt, und haben dort nur die Arbeitskräfte auf-
geführt, deren Unterbringung in den einzelnen Betriebsabteilungen
durch die Hauptauschüsse und Ämte nachgeprüft worden ist. Nicht
enthalten sind in dieser Anforderung einige besondere Programme, so
4. das Funknetzprogramm. ^{Hier} Es ist besonders in wenigen Städten des
Reichs ein Bedarf von rd. 40 000 bis 45 000 Arbeitskräften drin-
gendster Art vorhanden, von denen zunächst 14 000 Frauen zunächst
unterzubringen sind, und zwar in einem Zeitraum von zwei 3 Wochen.
Die Arbeitsstätten, Werkzeuge und Vorrichtungen für dies vordring-
lichen Arbeitskräfte des Funknetzprogramms sind vorhanden. Wir
haben es nach den Erfahrungen der letzten Monat für begründet
wert, wenn der Bevollmächtigte für den Arbeitseinsatz wieder
wie in den Monaten Oktober u. November, Januar u. Februar, einen
Teil der Anforderungen, und zwar einen geringen Teil aller Roten-
Karten-Anforderungen, den anderen Teil als Listenanforderung ge-
geben würde, nachdem sich erwiesen hat, daß die Listenanforde-
rungen für die Arbeitseinsatzbehörden eine wesentlich leichtere
Form der Zuweisungen gibt, und gewisse bei der Anforderung durch
die Zentralstellen immer wieder auftretende Unannehmlichkeiten leicht-

2277

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

ter ausgeglichen werden können.

Wir haben aus der Dezember-Januar-Aktion einen im einzelnen heute noch nicht nachgeschafften Bedarf von rd. 400 000 Arbeitskräften. Wir glauben, daß davon mindestens 200 000 vordringlich berücksichtigt werden sollten. Die SE-Aktion bringt bekanntermaßen den Bedarf von 200 000 Arbeitskräften, so daß die rückständigen Rotenkartenlisten und die SE-Aktion zusammen über 400 000 Arbeitskräfte ausmachen. Dazu kommen die Vorschläge für die Märzzeitung, wie ich sie vorher mit rd. 500 000 Arbeitskräften aufgeführt habe. Das ist zusammen ein Betrag von nahezu einer Million, dessen sofortige Deckung auch in den nächsten Wochen selbstverständlich nicht möglich ist. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß die Dezember-Rotenkarten-Aktion mit der SE-Aktion als eine vordringliche Bedarfsdeckungsaktion zusammengefaßt wird, und daß erst, wenn wir von den Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz die Unterlagen dafür sehen, daß diese vordringliche Aktion abgedeckt werden soll, der jetzt drängende Bedarf für den März abgedeckt wird.

Innerhalb des Märzprogramms sind ein paar Forderungen, die allerdings so vordringlich sind, daß wir sie mit der SE-Aktion gleichstellen müssen. Ich danke dabei vor allem an die Abdeckung des Adolf-Hitler-Panzer-Programms und einige wichtige Forderungen bei der Marine und bei der Luft. Aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres möchte ich erneut darum bitten, daß in geringem Umfang die Zuweisungsform der roten Karten, in größeren Umfang die Zuweisung nach Listen auch für die künftige Zuweisung von Arbeitskräften vorgesehen wird.

Fazit: Ich möchte etwas über die Möglichkeiten der Bedarfsdeckung sagen. Dabei darf ich das negative Bild vielleicht etwas in den Vordergrund schieben, um meisten Schwierigkeiten machen die Bestände, die aus dem Osten mit immer

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

geringerer Zahl infolge der bekannten Vorgänge abgeflossen sind. Man kann sagen, daß sie im letzten Monat fast restlos zum Versiegen gekommen sind. Ostarbeiter sind in den letzten anderthalb Monaten nur in geringerer Zahl als früher hereingekommen, so daß sie für die Bedarfsdeckungsrechnung in erheblichem Umfange kaum in Erscheinung treten. Die Zahlen sind jedenfalls gering. Das liegt zum großen Teil daran, daß die früheren Monate hindurch die Transporte überwiegend aus der Ukraine gekommen sind, während das Hauptwerbgebiet die Gebiete waren, die inzwischen Operationsgebiete geworden sind oder sich gar nicht mehr in unserer Hand befinden. Die Vorschätzungen haben sich sehr stark auf den Menschen Schub aus dem Kaukasusgebiet, dem Kubangebiet, aus Gebieten wie Stalingrad usw. bezogen. Diese Möglichkeiten sind nicht mehr vorhanden. Es sind Maßnahmen eingeleitet, um im nächsten Monat wieder im größeren Umfange Ostarbeiter heranzubringen. Ich möchte auch glauben, daß es bei vorsichtiger Kalkulation möglich sein müßte, im Monat März zwischen 150 000 bis 200 000 Kräften aus dem Osten ins Reich zu überführen.

(Speer: Ohne die für die Landwirtschaft oder einschl. der Landwirtschaft?)

Einschließlich der für die Landwirtschaft! Dann wird man nach meiner Auffassung einen sehr starken Druck ausüben müssen, weil gerade die Bezirke in Frage kommen, die zu einer gewissen Beruhigung gekommen sind und infolgedessen auch nicht zu einer allzu großen Neigung zur Abgabe von Kräften. Es wird dabei inkalkuliert, daß auch im östlichen und nördlichen Teil des Ostens in gewissem Umfange Kräfte abgegeben werden müssen.

Das zweite Gebiet, das Kräfte bring in besonderem Umfange aufbringen kann, ist das GenGouvernement, ~~am~~ und zwar für die Januar-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

Kalkulation, die, wie ich immer wieder betone, vorsichtig vorgenommen worden ist. Es ist zu erwarten, daß die Zahlen überschritten werden, eher als daß sie unterschritten werden. Ich glaube, daß wir mit einer Zahl von 40 000 rechnen können, von der wir allerdings einen Teil wieder für die Landwirtschaft mit ansetzen müssen, wenn wir in etwa nur die Absage, die wir im letzten Herbst vorgenommen haben, wieder abdecken wollen.

Darüber hinaus müßte es m.E. möglich sein, den polnischen Baudienst zum Teil für uns im Reichsgebiet, insbesondere für den Bergbau ~~(Hauptmann)~~ mit in Anspruch zu nehmen. Ich könnte mir denken, daß man gerade aus dieser Organisationsform eine Ausweitung des Baudienstes insofern vornimmt, als man mehr Jünglinge als ältere einstellt, weil der Apparat läuft. Die jüngeren Jahrgänge, man die tatsächlich insbesondere für den Einsatz im Bergbau in Frage kommen, könnten ins Reich überführt werden. Man braucht dann kaum die Aufsichtskräfte, die größtenteils als Baudienst gestellt werden, für das Reichsgebiet nur in ganz geringem Umfange.

Das nächste Gebiet wäre das Protektorat, von dem im Augenblick nicht abschließend gesprochen werden kann. Auf Grund der vorliegenden Zusage könnten wir im Monat März etwa mit 10 000 Kräften rechnen. Ich bin allerdings der Auffassung, daß noch eine Auflockerung möglich ist. Der Bevollmächtigte wird in Kürze nach einem persönlichen Besuch diese Auflockerung vornehmen können.

Frankreich ist mit 100 000 für März eingesetzt. Nach Mitteilungen, die mir zugegangen sind, wird sich diese Zahl bis Mitte März vielleicht noch erhöhen. Belgien ist eingesetzt mit 40 000, Holland mit 20 000, die Slowakei mit 20 000, die allerdings ausschließlich für die Landwirtschaft in Betracht kommen, weil der Sektor für die gewerblichen Arbeitskräfte aus der Slowakei restlos erschöpft ist. Dieser Posten besteht auf Grund zwischenstaat-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

licher Vereinbarung nur aus Ländarbeitern. Für das übrige Ausland habe ich noch 10 000 angesetzt. So können wir auf 400 000 Kräfte im März. Man wird noch allgemein im letzten Monat hinzurechnen können Kriegsgefangene mit einer Summe von etwa 10 000. Das sind Leute, die von Osten herangezogen werden. Es steht zu erwarten, daß diese Zahl sich unter Umständen erhöht, weil gerade auf Grund der operativen Dinge das Bestreben beim OKW vorhanden, die Kriegsgefangenen wieder in das Reich hereinzuholen, besonders aus den gefährdeten Gebieten.

Ein weiterer Posten ist die Fluktuation, die sicherlich mit etwa 100 000 Kräften anzunehmen ist. Dann kommen die Posten, bei denen eine Schätzung im Augenblick nicht leicht ist: das Aufkommen aus den gefährdeten Gebieten und das Aufkommen aus der Stilllegungsaktion. Da wage ich im Augenblick noch keine abschließenden Zahlen zu geben, hoffe aber, daß das in nächstem Monat möglich sein wird.

S a u e k e !: Es ist natürlich für uns besonders schmerzlich, daß wir in den Gebieten, die jetzt wieder in Feindeshand g fallen sind, im vorigen Herbst aus den verschiedensten Erwägungen heraus nicht so werben konnten, wie wir es gern gehabt hätten. Wir sind auch nicht so unterstützt worden, wie wir es gewünscht hätten. Es ist ferner nicht möglich gewesen, die an sich geplanten Abtransporte der Zivilbevölkerung vorzunehmen. Gerade diese Vorgänge sind ein Hinweis darauf, daß es notwendig ist, gerade in Deutschland selber, in der eigentlichen deutschen Wirtschaft die Ausländer rechtzeitig und umfassend einzusetzen. Sie dürfen versichert sein, daß wir das auch tun. Wir haben nicht das geringste Interesse, einer Wirtschaftsstelle, auch einer Wirtschaftsstelle, die für Deutschland im Ausland arbeitet, dadurch Schwierigkeiten zu machen, daß wir in unvernünftiger Weise Arbeitskräfte wegnehmen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

Aber ich möchte doch bei dieser Gelegenheit um Ihr Verständnis für unser Vorgehen bitten. Wir haben in Deutschland sicherlich zwischen 80 und 75 % unserer Fachkräfte zur Front weggegeben. Ein Teil davon ist verloren, während die Völker, die von uns unterworfen sind, keine blutigen Verluste mehr haben. Also sie haben ihre volle Facharbeiterkapazität, soweit sie nicht schon in Deutschland ist - das ist in einem viel geringeren Prozentsatz der Fall, als wir alle annehmen, - noch zur Verfügung und verwenden sie auch zum Teil in Fertigungen, die durchaus nicht kriegswichtig für Deutschland sind. Wenn ich dagegen energisch vorgehe, so bitte ich doch, uns soviel Vernunft zuzubilligen, daß wir nicht die deutschen Rüstungsinteressen dort schädigen wollen. Die Qualität des ausländischen Arbeiters läßt sich mit einem direkten Vergleich mit der des deutschen Arbeiters nicht zu. Ich will aber doch drüben ein ähnliches Verhältnis des Facharbeiters zum angelernten Arbeiter schaffen, wie wir es in Deutschland zwangsläufig haben, weil wir eben die Leute zur Front geben müssen und das schon in viel größerem Maße getan haben, als es in Frankreich oder sonstwo einem andern Land zuzurechnen. Außerdem werden wir in steigendem Maße bemüht sein, in der großzügigsten Weise die Umschulung der französischen polnischen oder tschechischen Arbeitskräfte vorzunehmen. Ich sehe in der Möglichkeit des Einsatzes fremder Arbeitskräfte augenblicklich noch keine wesentliche Beschränkung. Ich bitte nur darum, daß wir uns so verständigen, daß die ungeheuren Schwierigkeiten und Hemmungen der einzelnen Stellen verschwinden, damit das aufgestellte Programm daran nicht scheitert.

Es gibt zweifellos in Frankreich, Holland, Belgien, im Protektorat und im Generalgouvernement noch genügend Menschen, um die

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1707

in den nächsten Monaten den Bedarf an Arbeitskräften im Reich zu decken. Ich zu Ihnen gestehen, daß ich von einer solchen Bedarfsdeckung arbeitsmäßig für die schwereren Arbeiten und für alle Arbeiten, die eine Arbeitszeit von 10 und mehr Std. beanspruchen, einen positiveren Leistungserfolg erwarte, als wenn ich mich ausschließl. auf den Einsatz von Frauen und Männern im Reich verlassen würde. Wir werden leistungsmäßig, solange die fremden Arbeiter überhaupt parieren - das ist ja das Risiko -, weiterkommen, als wenn wir im deutschen Arbeitseinsatz für die kriegswichtigsten Fertigungen dort, wo man als Abwehrmaßstab, so- nagegründen Ausländer einsetzen kann, die schwächeren deutschen Frauen und Mädchen einsetzen. Ich bitte auch darum, daß man den Einsatz deutscher Frauen und Mädchen nicht überhastet. Ich bin beunruhigt, von den Arbeitsämtern und von uns selber alle bürokrati- schen Hemmungen fernzuhalten, die man uns zuschreibt, die aber teilweise nicht in dem Maße vorhanden sind, wenn wir ein bisschen vorsichtig verfahren. Wir stehen auf dem Standpunkt mit dem Einsatz dieser Frauen und Mädchen lieber so zu verfahren, daß der Einstellungsprozeß 8 oder 10 Min. länger dauert und wir dann wissen: welche Neigungen und Anlagen hat die Frau? Es gibt sehr viele Frauen, die schon irgendwie mit Metallwerkerei etwas zu tun gehabt haben. Wenn wir das erfahren, und sie dann nütz- lich und zuweisen können, ist das besser, als wenn plötzlich die Frauen in einem Zug in die Betriebe abgeschoben werden, und es dann dem Meister oder Abteilungsleiter oder Betriebsleiter überlassen wird, diese Menschen anzulernen. Wir haben zB. gestern und vorgestern allein in Berlin 10 000 Menschen auf diese Weise gemeldet bekom- men. Sie haben sich vorgestellt, und soweit uns der Bedarf ge- meldet wird, können sie schon zugewiesen werden. Sie sind schon

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

sortiert. Aus Berlin liegen bereits etwa 100 000 Meldebogen vor. Das hat alles schön funktioniert. Von diesen 100 000 Meldebogen sind in eineinhalb Tagen bereits 10 000 untersucht worden. Ich bitte, das Vertrauen zu haben, daß wir die Dinge so folg richtig wie möglich machen, und daß wir mit einer solchen sorgfältigen Auswahl eine Arbeit ersparen, die sonst später im Betrieb mit großen Enttäuschungen vorgenommen werden muß. Es kommt darauf an, die Frauen, Mädchen und Männer auf einen richtigen und sinnvollen Platz zu bringen. Das Verhältnis ist so, daß die Brauchbarkeit der Frauen weitgehend überwiegt und daß von den vorhandenen Männern eine weitaus größere Anzahl von Anträgen auf Krankheit, Unvermögen usw. vorliegt.

Alles in allem glauben wir, daß wir genau wie im vorigen Jahr, sowie die wärmere Jahreszeit anküft und die großen Beschwerden des Winters ihr Ende finden, mit 1 bis 1 ½ Millionen Kräften zur Verfügung stehen werden. Es ist dazu gekommen, daß auf Grund unseres Dringens und der Einführung des Dienstpflichtgesetzes in Frankreich, das ich in schwierigen Verhandlungen zusammen mit Leval zusammen mit meinen Herren durchgedrückt habe, das Gesetz erweitert worden ist, so daß gestern bereits drei Jahrgänge in Frankreich aufgerufen worden sind. Wir haben also jetzt in Frankreich gesetzmäßig und mit Unterstützung der französischen Regierung aus drei französischen Jahrgängen ~~unmittelbar~~ zu Arbeiter zu rekrutieren, können sie künftig in französischen Fabriken ~~zusätzlich~~ ansetzen, zusätzlich aber auch für die Arbeit im Reich aussuchen und nach Deutschland schicken. Ich glaube, daß ^{das} ~~das~~ in Frankreich jetzt gebrochen ist. Nach den Nachrichten, die ich habe, macht man sich doch bei einem Durchbrechen der Bolschewisten, über die

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

Gefahr, die Europa droht, einigermaßen Gedanken. Die Widerstände, die die französische Regierung bis jetzt gehabt hat, sind geringer geworden. Ich werde in den nächsten Tagen nach Frankreich fahren, um diese ganzen Dinge in Fluss zu bringen, so daß der Ausfall im Osten durch eine verstärkte Werbung und ^{Dienst}/~~V~~-Pflichtung in Festen etwas ausgeglichen wird.

Wenn wir die Listen rechtzeitig und umfassend bekommen, laube ich, daß wir in Wars imerhin mit 800 000 Menschen die Forderung aller Träger erfüllen können.

S p e e r : Die Werbung im Ausland wird an sich auch von uns unterstützt. Wir haben nur die große Sorge, daß die Zuweisung der Facharbeitskräfte aus den besetzten Gebieten in die entspr. Fabriken nicht ganz einwandfrei läuft. Das hat auch der Brief gezeigt, den Sie mir g. geschrieben haben. Es ist sicher besser, wenn wir für die zukünftige Aktion noch mehr als bisher auf die Auskürung der Betriebe durch die Patenfirmen, die in Deutschland die französischen und technischen Betriebe bereits betreuen, eingehen würden.

S a u c k e : Wir haben mit GenFeldmarschall Milch eine Absprache getroffen. Sie bekommen die Betriebe, die für Ihre Luftmotoren usw. dringend notwendig sind; sie werden überhaupt vollständig geschützt. Ebenso habe ich heute Großadmiral Donitz gesagt, daß die reinen U-Boot-Propellerbetriebe absolut geschützt werden. Wir werden sogar in der Lage sein, an unsere eigenen Rüstungsbetriebe in Frankreich noch Zuweisungen aus französischen Betrieben, hauptsächlich aus dem unbesetzten Gebiet, zu machen, wo noch Metallwerke mit vollem Facharbeiterbestand vorhanden sind, ohne daß sie bisher angefaßt worden sind.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

H i l d e b r a n d: Ich darf zu diesem Punkt noch darauf hinweisen, daß wir in diesem Jahr mit dem Abgang der italienischen Arbeiter rechnen müssen. Es sind nach dem Stand der Verhandlungen immerhin 300 000. Das sind monatlich 15 bis 20 000. Wenn wir die erste Tappe abrechnen, so sind die, die noch verblieben sind, zum erheblichen Teil gerade Qualitätskräfte in der Metallwirtschaft.

S a u e k e l: Es liegt ein Wunsch des Führers vor; aber der Führer hat noch nicht endgültig entschieden.

H i l d e b r a n d: Es wurde aber gesagt, wir möchten uns auf dem Ersatz dieser Arbeitskräfte vorsorglich einstellen.

S p e e r: Von uns wird die Auskennung im Ausland nur unterstützt. Wir müssen auf der andern Seite die Möglichkeit haben - das ist auch abgesprochen -, einzelne Betriebe davon auszuheben oder schonend zu behandeln, als bei der Panzerfertigung. Wir gehen jetzt in Frankreich dazu über, mehr die Fertigungsverarbeitung zu verlassen und die Unterlieferungen hochzutreiben. Gerade die Gl-Serien und die übrigen Stellen z.B. die Aluminiumindustrie wollen wir voll laufen lassen. Es liegt an uns, die Opelproduktion hochlaufen zu lassen, so daß unter Umständen, gerade wenn Peugeot, der Renault als Patenbetrieb von Opel die Schmiedestücke usw. macht, noch mehr Arbeitskräfte verlangt und im übrigen die andern Arbeitskräfte zum Opelbetrieb herübergewonnen werden.

S a u e k e l: Wir müssen auch bezügl. der geschützten Betriebe die Ansicht vertreten, daß in ihnen immer noch mindestens 75 % mehr Fachkräfte sind als in den gleichen und noch komplementierteren Betrieben in Deutschland, daß wir, wenn wir überhaupt

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

in Deutschland noch einen bestimmten Ersatz an Metallwerkstoffstellen wollen, darauf angewiesen sind, daß es den Franzosen und auch unsern eigenen Leistungsdienststellen absolut ausreicht und daß es auch vernünftig ist, ihnen Anlernkräfte zu geben, auch wenn die französischen Werkzeugmaschinen usw. veraltet sind und nicht dem modernen Stand und der Vielseitigkeit deutscher Revolverbank u. dgl. entsprechen. Es ist durchaus richtig, daß ein französischer Arbeiter, der in ein Motorenwerk hineinkommt, solange er dort ist, immer zu dieselbe Arbeit macht, wenn man von ihm nicht die Vielseitigkeit eines Werkzeugmachers usw. verlangt. Das kann er im schlechtesten Fall in 8 Wochen genau so gut lernen wie jeder andere Facharbeiter, vorausgesetzt, daß er bei derselben Funktion bleibt. Wenn ich ihn alle 8 Tage an ein anderes Werk setze oder in eine andere Werkzeugmacherei, ist es etwas anderes. Wenn ich ihn aber in eine komplizierte Motorenfertigung hineinstelle und ihm ein bestimmtes Stück einer Position machen lasse, kann ich ihn genau so in 8 Tagen dazu anlernen, und er wird die Arbeit zuverlässig machen können. Das kann ich aber nicht mit einem Werkzeugschlossermacher usw., die ich nach Deutschland hereinnehmen muß; denn sie müssen vielseitig sein. Wenn die Gebiete absolut geschützt sind, dann erreichen wir dort im Überfluß Kräfte, während sie im Reich selber fehlen.

S p e e r: Wir hatten in der französischen Industrie 20 % der Facharbeiter zum Einsatz im Reich freigeben. Wenn die drei Jahrgänge eingezogen werden, darf dadurch kein Einbruch in der Rüstung erfolgen, der über die 20% hinausgeht. Die müssen wir woanders herholen. Man muß bei ihnen die Einziehung auch abstoppen machen. Man muß den Betrieben 1 bis 2 Monate Ruhe gönnen und kann

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

denn wir der sehen, wo man etwas herausholen kann.

(Bauckel: So verfahren wir auch!)

H i l d e b r a n d: Ich möchte etwas zu dem König in sagen, die auftreten, weil die Leute aus den französischen Waffenfabriken, aus den französischen Lokomotivfabriken kommen. Es liegt im wesentlichen daran, daß unsere an sich in diesem Jahr laufende Planung immer wieder durch Sofortmaßnahmen durchbrochen werden muß. Wir hatten vorgesehen, ab 1. Januar 100prozentig nach diesem Prinzip vorzugehen. Dann kommt die Panzeraktion, die Abwurfaktion, und um diese Aktionen zu schaffen, mußten wir in die laufenden Transporte bei den Lokomotivfabriken usw. eingreifen. Soweit eine laufende organische Planung in Zukunft möglich ist, wird dem Prinzip 100prozentig Rechnung getragen werden. In übrigen ist es in Frankreich dabei, zunächst einmal alle Betriebe, die nichts mit der Rüstung zu tun haben, hundertprozentig auszukümmern. Wir haben eine ganze Menge solcher Fabriken in Paris und in der Provinz gefunden. Da kommt jeder auskümmfähige Facharbeiter heraus.

S p e e r: An sich ist zunächst immer die Gefahr, daß man die Rüstungsindustrie, weil sie besser erfaßt und organisiert ist, zuerst abschöpft. Jetzt folgt die zweite Aktion, in der die, die bis jetzt so gut weggekommen sind, erfaßt werden sollen.

H i l d e b r a n d: Die Ersatzkräfte sind schon vor dem Abzug auszuweisen, so daß eine Anlernung sofort eintreten kann. In einzelnen Fällen der Luftwaffe haben wir eine Vereinbarung getroffen, daß wir drei Wochen vorher die Ersatzkräfte bringen. Sie werden angelernt, und nach 3 Wochen kommen die andern Kräfte heraus. Im allgemeinen besteht in Frankreich für jeden Betrieb die Möglichkeit Kräfte abzugeben. Die Schwierigkeiten treten immer nur dann auf, wenn

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

in einzelne Stelle von unten - meistens sind es französische Betriebsführer - sich unter Umgehung aller Instanzen nach Berlin wendet. Wir haben nach den Feststellungen der Landesarbeitsämter am 31. Januar einen Gesamtbedarf von 420 000, wobei nicht einmal die Hälfte Rüstungsbedarf ist, sondern über die Hälfte anderer Bedarf.

S p e c i e l: Wir müssen zwei Sachen unterscheiden, einmal die Facharbeiter, die vom Ausland besorgt werden. Sie müssen natürlich auch auf Grund der Listen zugewiesen werden. Darüber hinaus muß ihnen größte Freizügigkeit gegeben werden, die Leute, die durch sie durch die Erfassungsaktion in Deutschland bekommen, unterzubringen. Dann kann man nicht sagen: die Facharbeitstechnik bekommt nur 20 % oder 30 %, sondern die Werke können sich unter Umständen 100-prozentig befriedigen, weil das Frauennarbeit ist, während man in der Panzerfertigung nur ein paar Prozent unterbringen kann. Daher würde ich vorschlagen, daß man ~~den~~ diese Listenzahl zwar feststellt, aber sagt, daß jede Aktion, die darüber hinaus durch die Erfassung deutscher Kräfte möglich ist, unabhängig von den Listen durchgeführt werden kann, daß zuerst die Listen befriedigt werden müssen. Man muß feststellen, wieviele Frauen oder Ungelernte beschäftigt werden können; aber darüber hinaus müssen sie Freiheit haben, auch alles andere zu bedienen, was für uns kriegswichtig ist.

H i l f e b e r e i t: Bei den Frauen muß es ja folgendermaßen sein; sonst bringen wir die Frauen nicht unter. Es hat sich bei den Facharbeitern gezeigt, daß die Rüstungsdienststellen gewohnt sind, den ^{Liefer} ~~Rüstungs~~-bedarf nur in Höhe von 50 % zu decken. Im letzten Monat mußten Leute zugewiesen werden, weil eine Notlage ent-

Hergestellt im
Bundes...

R3/1707

standen war. Denn diese Grundlagen für die Listenerhebung laufen weiter. Wir würden daher bitten, daß man den Umfang der Listen nicht zu groß macht und uns Elastizität genug beläßt, so daß man, wenn die Listenzahl nicht ganz erreicht wird, dafür aber eine andere Zahl gebracht wird, & trotzdem die Sache für insgesamt erfüllt ansieht. Wir werden immer wieder Bedarf haben und die Listen erheblich ausweiten müssen. &

S p e e r: Es ist selbstverständlich, daß, ehe die Zuteilung bis März im Stand von Anfang Februar oder Ende Januar bis Mitte März angekündigt erfolgt, unter Umständen auch andere Aktionen den Firmen schon etwas zugewiesen werden kann. Wir müssen Wert darauf legen, daß diese Listen hier voll erfüllt werden. Ob sie nun vorher oder durch andere Aktionen erfüllt worden sind, spielt keine Rolle. Es kann die Zahl, die in der März-Zuteilung vorgesehen ist, zum Teil schon gerade durch die Frauenaktionen, zum Teil bereits in Februar, gedeckt werden.

(Rauchelt: Dann wird sie auch abgerechnet!)

S e h l e b e r: Wir haben auf Grund der Erfahrungen diesmal sehr viel weniger Listen vorgeschlagen. Wir hätten uns in der Dezemberaktion dahin zusammengerafft, daß man mit einer möglichst geringen, aber von ihnen eindeutig abgefalteten Karte-Karten-Aktion der vordringlichste Bedarf gedeckt werden ist. Das Zweite waren die Listen, bei denen die Arbeitsdienststellen eine gewisse Beweglichkeit haben. Es war hauptsächlich für das vordringliche Programm die Möglichkeit gegeben, unter Hinweis auf die Listen von den Arbeitsämtern die notwendigen Zuweisungen zu bekommen. Wir haben bei einer Gesamtanforderung, die ich vorherin für mit etwa 900 000 festgelegt habe, an roten Karten nur 40 000 vorgesehen und rd. 200 000

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

18
 Listen. Gerade dieses Zurückgehen der Zahlen entspricht
 schon weitgehend, Herr Gauweiler.

(Bausch: Das bedeutet natürlich ...)

S p e e r: Ich würde die Fluktuation abgedeckt werden muß.
 In dieser Hinsicht wollten wir nachher noch in Bitte äußern. Vor
 allem möchte ich, daß das zutrifft, was Herr Reichmann. Speer vor-
 ein gesagt hat, nämlich daß wir Ihnen außerordentlich helfen können,
 wenn wir Ihnen neben dem vordringlichsten Programm j ist laufend
 Programme zuweisen, die Ihnen laufend eine Abdeckung durch die Melde-
 flichtaktion bringen können.

S p e e r: Ich würde nicht so kompliziert das einzelne Programm
 zuweisen, sondern einfach in großen dem Rahmen dazu geben, in dem
 Frauen angesetzt werden, indem man also sagt die gesamte Rüstungs-
 industrie, alle wehrmachtbetreuten Betriebe, soweit der Bedarf an-
 erkannt ist, können an sich zugeordnet werden, oder die gesamte
 Reichsbahn, die Post usw., so daß man also einen großen Rahmen nimmt,
 es in übrigen aber dem Arbeitsamt usw. überläßt, wo sie hinstehen
 wollen.

T h i m m s: Wir haben in der Praxis große Schwierigkeiten. Es wird
 uns ein s. großer Verwaltungsarat vorgeworfen. Wir müssen aber
 nicht bloß die Staatsverwaltung berücksichtigen, sondern man muß da-
 zu nehmen die großen Betriebe. Siemens hat einen Verwaltungsapparat,
 der viel größer ist. Verwaltungsdienststellen lassen sich nicht ganz
 vermeiden. Im Augenblick ist die Waise so gedreht worden: es darf
 überhaupt niemand in Verwaltungseinheiten hinein.

(S p e e r: Das ist verkehrt!)

Es ist draußen im Volk so. Wir müssen da der Vernunft das Wort reden.

S p e e r: Nur die Behörden sollen nichts kriegen.

T h i m m s: Das ist richtig. Zum Beispiel das Heer hat allein 200
 angefordert. (Heiterkeit)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

S p e e r: Dem würde ich keinen Menschen geben.

T h i m m: Praktisch handelt es sich im allgemeinen nicht um Führungskräfte. Wenn wir das aufstocken à conto der Nachrichtenhelfer in Frankreich bekommen, ist es dasselbe, als wenn wir Verwaltungskräfte in erheblichem Umfang bekommen würden, wenn sie nicht gerade für den Funkdienst usw. angesetzt werden.

S a u c k e: Ich würde doch dafür sein, daß auch bei den Frauen in der Frauenverbund der Bedarf nachgewiesen sein muß; denn sonst verschwinden sie uns unter der Hand und werden sonstwo angesetzt. Es muß ein anerkannter Bedarf sein.

T h i m m: Es ist der Vorschlag gemacht worden, aus den Verwaltungsstellen die Kräfte herauszuholen, wir haben viele Betriebe und Werkstätten, aus denen geeignete Kräfte herangezogen werden können, um die Leute anzulernen.

S p e e r: Wir sind uns restlos einig. Sie bekommen für diese Aktion keine Listen von uns, sondern für diese Aktion gilt an sich die gesamte Rüstungsindustrie einschl. der Vorlieferanten. Auch die Verwaltungen müssen dabei bedient werden. Aber die Beisitzer einschl. Heer und Luft und Marine bekommen keinen einzigen Menschen aus der Aktion. Daran müssen wir fest halten. Sie wissen, was der Reichsmin. Dr. Lammers gesagt hat, er müßte dann aber gleich einige Schreibmaschinenschwestern aus in die Reichskanzlei dazu bekommen. Das hat keinen Zweck.

M i c h: Was Frankreich betrifft, so besteht in Frankreich eine Industrie, die Flugzeugmotoren und Zubehörteile komplett macht. Wir haben alle diese Sachen nach Gruben verlagert, die, ohne die Geheimhaltung irgendwie zu gefährden, dort gemacht werden können. Es sind Schulflugzeuge, Transportflugzeuge usw. Da wir aber die

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1707

Produktion auch noch sonst ausnutzen wollen, haben wir weitgehend Teile verlagert. Als Gesamtobjekt sind diese Dinge den Franzosen geheimzuhalten; aber in jedem geheimzuhaltenden Körper sind nur wenige Teile wirklich geheim. Die Masse besteht aus anderen Teilen; sie sind auch weitgehend dorthin gegangen, ebenso wie wir Konstrukteure in Frankreich weitgehend eingeschaltet haben. Wir haben heute in Frankreich laufend Arbeiten für mehrere tausend Konstrukteure liegen. Augenblicklich braucht die Industrie, die für uns dort tätig ist, nach ihren Forderungen etwa 20 000 Mann, die von uns verlangt werden, um das Programm halten zu können. Die Produktion steht noch weit hinter dem zurück, was im Programm mit ihnen vereinbart ist. Während wir in Deutschland unser Programm voll halten, wird es in Frankreich nur zu 30 % gehalten. Es ist allerdings in den letzten Wochen und Monaten, nachdem wir uns dort mehr eingeschaltet haben, im Anlaufen. Wir haben grundsätzlich bei uns den Staat aus dieser ganzen Zusammenarbeit mit der Industrie ausgeschaltet und haben die deutschen Firmen auf die französischen geschaltet. Es sind Patenfirmer ernannt worden, so daß die Sache geht. Dieses System ist noch nicht voll durchgeführt, aber überall im guten Anlaufen und bringt auch einigermaßen andere Erträge. Uns wird immer der Vorwurf gemacht, uns stehe fast ganz Europa zur Verfügung. Die Produktion, die wir aus Frankreich bekommen, ist mit Ausnahme der Automobile beim Heer verschwindend klein. Die gesamte französische Produktionsmöglichkeit wird durch uns noch nicht ausgenutzt, oder nur zu einem ganz kleinen Prozentsatz. Wenn wir es nicht notwendig hätten, auch in Frankreich zu produzieren, weil in Deutschland die Kapazitäten, Räume, Werkzeugmaschinen usw. fehlen, die sich zum Verlagern nicht eignen, wenn die Unterbringung der Menschen nicht so schwierig wäre usw., dann würden wir überhaupt dafür sein, alles nach

Deutschland zu nehmen und hier arbeiten zu lassen. Aber es würde ein viel zu großer Ausfall, abgesehen von der Unwilligkeit der Leute, bei uns in der Produktion entstehen. Wir haben uns gestern geeinigt. Ich bin sehr dankbar dafür, daß nun diese Sache durch Sie selber, Gauleiter Sauckel, gemeinsam mit Gen.v.d.Heyde und Oberst Brückner an Ort und Stelle geregelt werden soll. Es ist sehr schwer, Franzosen hereinsubekommen. Das kann eine Behörde von sich aus nicht übersehen oder feststellen, sondern das kann nur die Patenfirma feststellen. Ich schlage daher vor, daß man Patenfirma einschaltet, gerade weil, in Frankreich das Interferenzsystem sehr weit ausgebildet ist. Hinter einer Fabrik, die eigentlich die Sache organisiert, stehen 2 andere Fabriken, die zur Halbzeugindustrie und Vorindustrie gehören. Diese Industrie läßt sich aber auch von unseren Patenfirma durchleuchten. Man müßte unseren Leuten die Aufgabe geben, die einzelnen Firmen zu durchleuchten und festzustellen, welche Leute für unser Programm arbeiten. Alle anderen greifen wir uns. Wenn wir sie erfassen und in irgendeiner Form der deutschen Industrie zuführen - bloß die Leute, die wirklich für uns notwendig sind -, dann lassen sie sich auch in der richtigen Weise verwenden. Die Facharbeiterprocente sind drüben höher als bei uns. Wir haben nun allerdings schon einen gewissen Aderlass in unseren Fabriken, weil sie am leichtesten zu erfassen waren, schon im vorigen Jahr gehabt. Der Franzose muß mit mehr Facharbeitern arbeiten als wir. Wir müssen mit mehr Facharbeitern arbeiten als der Russe, und der Russe muß noch mehr Facharbeiter haben als der Amerikaner. In Amerika können Sie jeden Botukuden an jede Maschine stellen; er macht sie Ihnen im Handumdrehen in Ordnung. Nur das Einrichten muß ein Fachmann vornehmen. Alles andere. Der Mann braucht nur

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

Arme zu haben; Kopf ist überflüssiger Luxus. In Frankreich ist das System eben anders. Der Franzose hat sich darauf eingerichtet; er hat auch immer Arbeitslose gehabt. Eine Arbeitsorganisation in unserem Sinne ist nicht vorhanden. Mit derselben Zahl Franzosen, mit denselben sonstigen Einrichtungen, Anlagen usw. wird man dort gegenüber deutschen Leuten höchstens die Hälfte, oder nur ein Drittel der Produktion herausbringen, selbst wenn die Leute alle willig und fleißig sind. Das liegt am System. Dies System können wir nicht ohne weiteres ändern, auch die Patentfirmen nicht, sondern wir müssen versuchen, auf diesen Wege einigermaßen die zusätzlichen Mengen, die wir für unsere Industrie und die Rüstung brauchen, von ihnen zu bekommen. Wenn so verfahren wird, bekommen wir die Sache in Ordnung. Ich glaube, daß die Patentfirmen von vornherein ein Interesse daran haben. Wenn drüben zuviel Facharbeiter in der Industrie vorhanden sind, die für uns arbeiten, können wir sie schon selber ab, weil wir einen großen Mangel daran haben. Man sollte unseren Firmen, nachdem dieser große Aderlaß an Facharbeitern gekommen ist, diese Möglichkeit lassen. Wir wollen unsere Rüstung haben.

Nun zu einem andern Punkt. Ich habe bei uns nicht angeordnet, daß eine weitgehende Aktion stattfindet, Heute, so wie damit rechnen, auf Grund der Dienstpflicht sehr viel Frauen zu bekommen, von der wir hoffen, daß sie auf das 55. Lebensjahr ausgedehnt wird. Der Engländer hat die Dienstpflicht bis auf das 65. Lebensjahr ausgedehnt. Die letzten 10 Jahre sind ein bißchen übertrieben; die Frauen sind dann nicht in der Lage, sofort an die Maschinen zu gehen und schwere Arbeit zu machen. Für paar Tage, die Sie brauchen, um die Leute richtig anzulernen, spielen keine Rolle.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1707

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

Vo/Dr.Ko/Grs

F1

GenFeldm. M i l c h : Das ist etwas anderes. Wenn Nachrichtenhelferinnen eingesetzt werden, so nicht zusätzlich, sondern nur dann, wenn dafür Soldaten frei werden. Es sind ja mehrere 100 000 Mann Nachrichtentruppen beim Heer und bei der Luftwaffe. Bei uns sind es 250 bis 300 000 gewesen. Ob es jetzt noch so viel sind, weiß ich nicht. Es sind alle kampfkraftige junge Menschen. Ich habe immer dagegen gekämpft und gesagt: man sollte lieber Frauen einsetzen, um Soldaten freizumachen. Wenn das jetzt geschieht, wird dadurch wirklich eine Menge frei, ganz gleich, ob für die Werkstatt oder für die Front.

Im Osten ist natürlich auch irgendwo eine Front. Diese Front wird sich eine gewisse Zeit halten. Das, was der Russe als einzig für ihn brauchbar zunächst in den von uns geräumten Gebieten erbt, sind die Menschen. Es fragt sich, ob man nicht grundsätzlich die Menschen besser vorher zurückführt bis 100 km hinter die Front. Die ganze Zivilbevölkerung geht im 100 km hinter die Front zurück. Zu Schanzarbeiten wird jetzt kein Mensch beschäftigt.

A m m : Wir haben versucht, die Bevölkerung von Charkow zurückzunehmen. Vom Festungskommandanten in Charkow wurden 80 bis 120 000 Menschen nur für Schanzarbeiten angefordert, so daß wir teilweise ganze Züge zusammenstellen mußten.

W e g e r : Es wurden sogar richtiggehende Sprengungen vorgenommen.

GenFeldm. M i l c h : Das machen dann aber die Pioniere. Hoffnung, daß noch Kriegsgefangene aus dem Osten kommen, wird ja nicht mehr vorhanden sein.

S a u c k e l : Die Gefangenen, die gemacht werden, werden dort gebraucht.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

Genfeldm. M i l l e n : Wir haben die Forderung gestellt, daß bei uns in der Flakartillerie ein gewisser Prozentsatz Russen ist. 50 000 sollen im ganzen heran; 30 000 sind schon als Kanoniere da. Das ist eine witzige Sache, daß Russen die Kanonen bedienen müssen. Es fehlen noch die letzten 20 000. Ich habe gestern einen Brief vom Oberkommando des Meeres bekommen, in dem mitgeteilt wird, daß wir keinen einzigen mehr abgeben, wir haben selbst zu wenig. Also diese Sache wird für uns nicht gerade erfolgreich werden.

S p e e r : Es wäre gut, wenn in der Presse der Einsatz ^{den} der Frauen in Büros etwas mehr klargemacht würde.

Genfeldm. M i l l e n : Das würde grundsätzlich in den Vordergrund zu stellen sein. Hier kommt es darauf an, ob ich die Abrechnung von unserer Industrie rechtzeitig bekomme. Irgendwann kommt die Sache in Ordnung. Ein Betrug findet nicht statt. Die Leute, die betrügen wollen, betrügen auch heute, ob sie nun dieses Personal haben oder nicht, ob sie ihre Abrechnung abgeben oder nicht. Die anderen Leute sind anständig. Die Masse hat nicht betrogen. Ob wir mit der Preisprüfung etwas zurückliegen, wird nicht sehr wichtig sein. Das Wichtigste ist, daß gearbeitet wird. Wir wissen, was im Ausland produziert wird; wir haben jetzt die Zahlen bekommen. Der Russe macht tatsächlich 2000 Flugzeuge im Monat als Frontmaschinen. Diese Zahl ist weit höher als unsere. Das darf man nicht vergessen. Wir müssen auf das Fließband kommen und ganze andere Summen hervorbringen.

S a u c k e l : Von der Wirtschaft ist immer wieder bestritten worden, daß der deutsche Arbeiter noch nicht die volle Leistung vollbringe. Auch Minister Funk hat neulich erklärt, der deutsche Arbeiter vollbringe seine volle Leistung. Ich bin

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

bestimmt nicht derjenige, der dem deutschen Arbeiter einen ungerichten Vorwurf machte. Mir kommt es nicht drauf an, mit ihm darüber zu rechnen, ob er für die Stunde 1,20 oder 1,80 Mark oder 86 Pfennige bekommt. Die Partei oder der Führer sollen entscheiden, wie hoch die Stunde bezahlt wird. Aber es ist noch nicht in dem Sinne in Ordnung, daß die Stunde 60 Minute und die Minute 60 Sekunden hat. Wenn wir der Ansicht sind, daß die Stunde in Minuten und Sekunden ausgenutzt wird, so ist das ein ~~Irre~~ Irrtum. Ich habe das jetzt auch wieder in Süddeutschland bei einzelnen Betrieben feststellen können. Da wird von Donnerstag ab ganz schlecht gearbeitet, einfach deshalb, weil die Akkordgrundlagen falsch sind und weil die Arbeiter ihre Zettel in den Tischkasten stecken und später verrechnen, da ihre Maschinen schneller laufen, als die Akkorde berechnet sind. (Zustimmung.) Ich höre aber von der Partei und von der Wirtschaft immer wieder, das könne man jetzt nicht durchführen, oder man wolle es jetzt nicht durchführen. Ich bin der Überzeugung, daß mit Ausnahme der Betriebe, in denen eine solche Berichtigung bereits durchgeführt ist, in jedem Betrieb, der noch nicht geprüft ist, eine Leistungssteigerung von mindestens 10 % erreicht werden kann. Das sind auf 1000 gebohrte Gewehrläufe 100 Gewehrläufe, auf 1000 gedrehte Geschützrohre 100 Geschützrohre.

(Genf. Meld. Milch: Über 20 % sind es!)

Ich habe jetzt verbindlich angeordnet, daß - die Katalogsätze sind schon heraus -, nach neuen Katalogsätzen in jedem deutschen Betrieb gearbeitet wird. Das ist auch Arbeitseinsatz. Wenn wir jetzt diese Bereinigung nicht verlangen, können wir es nie mehr. Es ist ~~nicht~~ so, daß der deutsche Arbeiter im Betrieb sich für

bestimmte Programme an einzelnen Stellen zu Tode schindet, wie ich bei uns selber erlebt habe, indem die Leute in der Petriess-stätte schlafen und bei Nacht durcharbeiten. Das ist höchster Ehre wert. Aber dort, wo im Durchschnitt gearbeitet wird, wird tatsächlich die Arbeitsdisziplin unter dem Durchschnitt gehandhabt. Das ist nicht Mangel der Arbeiter, sondern es kommt daher, daß die Betriebe aus irgendwelchen Hemmungen heraus nicht mehr machen wollen. Hier liegt noch eine Reserve, durch die wir den Ausstoß wesentlich erhöhen können und auch müssen, wenn wir nicht ausländische Kräfte nachziehen wollen. Ich habe in den letzten Tagen Meldungen nach dieser Richtung hin bekommen. Als ich gestern im Propaganda-Ministerium war, ist jemand zu mir gekommen, bei dem ein französischer Ingenieur war. Dieser französische Ingenieur hat sich darüber beschwert, daß man mit aller Gewalt seine Landleute hierher holt, daß deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen von den Franzosen verlangt haben, nicht so schnell zu arbeiten. Diese Klage wird einem auch vorgetragen. Ich bitte darum, daß wir einmütig in dieser Sache vorgehen, auch in den Betrieben. Es handelt sich zum Teil um Berliner Betriebe. In Berlin sind wir mit den Löhnen so weit, daß man es sonst überhaupt nicht mehr richtigstellen kann. Wenn man das nicht richtigstellt, betrügt man sich um diese Möglichkeit.

Genf. M i l l e r : Vor dreiviertel Jahren hatten wir genau dieselbe Sache. Da wurde von der Führung ein Appell an die Leute gerichtet, und daraufhin haben die Leute 20 % ihres Akkords abgegeben. Sie haben erklärt: wir sehen ein, daß wir gebummelt haben, weil die Akkorde so sind. Damals wurde die Sache an Reichsleiter Ley herangetragen, damit er sie in Ordnung

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

bringt. - Wir macht das jetzt verantwortlich?

(Sauckel: Verantwortlich mache ich das mit Treuhändern!)

Der jetzige Moment, wo der Appell an das deutsche Volk gerichtet worden ist, ist der richtige. Außerdem gehen wir, wo wir können, zur Bandfertigung über, und diese Bandfertigung gibt uns die Möglichkeit, die ganze Bummellei zu verhindern.

W e r n e r : Wir müssen unter allen Umständen zu Gruppenakkorden kommen. Die Gruppenakkorde bedingen eine Gemeinschaft an einer Fließarbeit. Wir brauchen nur daran zu denken, wieviel Millionen Karten, Arbeitskarten usw. heute ausgeschrieben werden, welche Verrechnungssystem durchgeföhrt wird, um die Leute zu kontrollieren und die Arbeitsstücke festzustellen, dann an die Differenzen, die zwischen den Arbeitern und den Meistern auftreten, an das Zurückhalten von Akkordzetteln, weil sie Angst haben, daß sie Ueberschüsse bekommen. Alles das kann verschwinden, wenn wir zu Gruppenakkorden kommen. Ich kenne die Verhältnisse in Amerika. Wir brauchen für 100 Arbeiter einen Lohnschreiber. Draußen braucht man für 1000 Mann einen Schreiber. Die Karte, die einmal ausgeschrieben ist, bleibt, bis sie so dreckig ist, daß sie kein Mensch mehr lesen kann.

S a u c k e l : Das ist dort möglich, wo fortlaufend Seriengearbeitet werden. Wo natürlich Programmumschichtungen und Produktionsänderungen vorgenommen werden, müssen die Karten neu geschaffen werden.

S p e e r : Die andere Frage ist die, ob nicht eine gleichmäßige Verteilung der Lasten durch eine Erhöhung der Arbeitsstundenzahl stattfinden sollte. In verschiedenen Fertigungs-

ist es doch so, daß in der einen 10 Stunden, in der anderen 8 Stunden gearbeitet würden. Der Betrieb, der mit 8 Stunden arbeitet, müßte auch 10 Stunden arbeiten, und man müßte ihm infolgedessen 20 % seiner Kräfte wegnehmen.

Genfeldm. M i l l e r : Die Frage der zweiten Schicht ist auch wieder in den Hintergrund geschoben worden.

S p e e r : Die ist schon vorwärts gekommen.

(Genfeldm. Milen: Aber wenig.)

Durch die Energiesache ist sie sehr vorwärtsgekommen.

Genfeldm. M i l l e r : Eine gewisse Überlagerung ist schon da. Es ist aber nicht so, daß man planmäßig einfach durcharbeitet. - Wieviel Prozent der deutschen Fabriken arbeitet tatsächlich mehr als in einer Schicht? Durchschnittlich wird wohl 10 Stunden gearbeitet.

S p e e r : An fast allen Stellen wird heute 10 Stunden gearbeitet. Es hat keinen Zweck, die verschiedenen Maschinen in zwei Schichten laufen zu lassen, weil die Engpaßmaschinen nicht mitkommen.

Genfeldm. M i l l e r : Man muß die Maschinen darauf ausrichten, daß die Engpaßmaschinen gleichgestellt werden.

S p e e r : Bei Rheinmetall und anderen Firmen werden die Engpaßmaschinen, soweit ich beobachten konnte, in zwei Schichten angesetzt. (Zustimmung.)

Ich glaube, daß Klarheit darüber besteht, daß wir diese 640 000 Arbeitskräfte schaffen müssen. Wir müßten nur eine gewisse Dringlichkeit vorsehen und zwar nach der Richtung, daß die Hauptringe, die unsere Unterlieferanten sind, noch vor den andern herankommen. Man müßte also die Weisung herausgeben, daß sie etwas bevorzugt zu behandeln sind; die Unterlieferungen sind das, was

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1707

Vo/Dr.Ko/Fr

27

uns drückt. Wenn sie nicht gesteigert werden können, können wir oben nicht mehr ~~erhalten~~ verarbeiten. Zur Zeit können wir mehr verarbeiten, als wir unten heraufbekommen. Also es hat keinen Zweck, oben aufzustocken, wenn wir nicht unten vorher die Basis dazu geben.

S a u c k e l : Sind das die Bedarfswahlen, wie sie jetzt bestehen oder wie sie im November bestehenden haben?

S c h i e b e r : In dieser Zahl ist der gesamte Bedarf, wie er jetzt ist, aufgezählt. Wir haben aus dem Gesamtbedarf zunächst nur diese Zahl als vordringlich herausgenommen. 280 000 sollen vordringlich in Frage kommen, wobei die SE-Aktion und das Funknetzprogramm besonders behandelt werden sollen.

S p e e r : Das ist klar. Die Vorlieferanten kommen vorher heran; ~~demnach~~ Eine Sache, die besonders behandelt werden muß, ist Zistersdorf. Obwohl hier nur 100 oder 200 Arbeitskräfte sind, kommen/ jeden Monat einige Prozent mehr Oel heraus. Was Estland betrifft, so möchte ich bitten, daß wir eine Sonderaktion machen.

(S chiebert: Sie ist eingeleitet!)

In Estland ist es möglich, ungefähr 300 000 bis 400 000 t Oel in kurzer Zeit mehr zu bekommen, wenn wir die notwendigen Arbeitskräfte erhalten.

K ö r n e r : Wie ist die Bedarfsdeckung für die Landwirtschaft Februar/März? 370 000 Kräfte waren angefordert. Insgesamt ist ein Fehlbedarf von 370 000 vorhanden.

S a u c k e l : Die Deckung erfolgt fortlaufend nach dem Göring-Erlaß. Die Kräfte werden sofort mobilisiert. Da wir aus Polen Kräfte hereinbekommen, können wir damit rechnen, daß der Bedarf gedeckt wird.

Hergestellt im
Bundesaichiv
R3/1707

S p e e r : Die Arbeitskräfte, die damals von der Landwirtschaft in die Industrie gekommen sind, kommen an sich nicht wieder zurück. Das hat keinen Zweck.

S a u c k e l : Die aus der Forstwirtschaft kommen wieder rastlos zurück.

S c h i e b e r : Dagegen die in der Industrie bleiben.

S p e e r : Ich möchte einen kleinen Fall vortragen. Vielleicht muß da noch etwas unternommen werden. Mir ist bekannt geworden, daß jemand sein Dienstmädchen, seine Köchin abgeben wollte, und zwar war das Oberbürgermeister Liebel. Da hat das Arbeitsamt die Köchin zu einem Arzt als Köchin verpflichten wollen, worauf Liebel empört ist und sagt: wenn ich das Opfer bringe, möchte ich haben, daß die Köchin irgendwie in der Putzungsarbeit eingesetzt wird. Das ist eine schwierige Frage. Meine Frau gibt auch zwei Mädchen ab, und andere gleichfalls. Wenn sie nun hören, daß die Kräfte Hausangestellte bei anderen werden, hört das sehr schnell auf.

T h i m m : Es ist bereits eine Verordnung vorgesehen, nach der alle Einstellungen von Hausgehilfinnen genehmungspflichtig werden. Es ist eine Meldepflicht für alle Hausgehilfinnen in Aussicht genommen. Dann sollen freigesetzt werden Haushaltungen, wo Kinder vorhanden sind, und zwar in Stetten. Die Haushaltungen sollen mit den politischen Stellen durchgeprüft werden - darauf legt die Parteikanzlei starken Wert - , vor allem die Haushaltungen, die 1 und mehr Hausgehilfinnen haben.

S p e e r : Da muß man darauf drücken, daß die politischen Stellen mit einem leuchtenden Beispiel vorangehen und ihre Dienstmädchen nach Möglichkeit abgeben.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1707

T h i m m : Das geschieht jetzt auch. Plötzlich kommt infolgedessen ein gewisser Schub. Wir müssen ohne Zweifel - das ist ein Wunsch des Reichsleiters Bormann und des Führers - alle kinderreichen Familien versorgen. Bisher ist das nicht möglich gewesen. Wir haben noch Haushaltungen mit 4 und 5 Kindern, die keine Hausgehilfin haben.

S a u c k e l : Bei der Hausgehilfinnenfrage tritt praktisch jetzt folgendes ein. Wir müssen infolge der Umschichtungsprozesses, da Betriebe im Westen durch die Bomben vernichtet worden sind und Arbeiter freierwerden, oder da wir Spezialisten nach dem Osten umsetzen müssen, für Wohnungen hauptsächlich für Meister und gehobene Arbeiter sorgen. Es sind keine Wohnungen zu bekommen, auch möblierte Zimmer nicht. In Mitteldeutschland ist die Lage hoffnungslos. An mich als Gauleiter kommen täglich Hunderte von Schreiben, die von umgesetzten Arbeitern usw. stammen und die Wohnungen haben wollen. Es ist nichts zu haben. Barackenplätze zu beschaffen ist für Ausländer leichter, aber für Deutsche sehr schwierig, weil die Installationsgegenstände sehr schwer zu beschaffen sind. Nun ergibt sich bei den Dienstmädchen automatisch die Frage: wo sollen die Dienstmädchen untergebracht werden, wenn sie aus dem Haushalt, in dem sie bisher gewesen sind, herausgenommen werden?

S p e e r : Die meisten wollen ihre Dienstmädchen ruhig da wohnen lassen, wo sie vorher gewohnt haben.

S a u c k e l : Wenn die Leute das tun, ist das die ideale Lösung. Nur muß tritt folgendes hinzu. Das Dienstmädchen muß eine neue, ungewohnte Arbeit machen. Sie hat infolgedessen bedeutend mehr Schlafbedürfnis. Es muß ihr dann unter Umständen von der gütigen Frau, für die sie bisher das Bett gemacht hat, das

Bett gemacht werden. Es muß für sie, ehe sie in die Fabrik geht, der Kaffee bereitgestellt werden, damit sie nicht müde zur Arbeit kommt. Alles das sind Nebenerscheinungen. Das Schwierigste ist die Wohnungsfrage.

S p e e r : Aber die Dienstmädchen haben es sicher besser, wenn sie in ihrem alten Haushalt bleiben, als wenn sie in Untermiete wohnen. Da kriegen sie ihr Bett auch nicht gemacht und auch keinen Kaffee gekocht.

S a u c k e l : Ein Beamter, sagen wir ein Amtmann oder Regierungsrat, wird dann für das Mädchen, das bei ihm im Dienst gewesen ist, Zimmervermieter. Es müßte also geregelt werden, ob das Mädchen, da es nicht mehr für seinen bisherigen Herrn arbeitet, sondern eine Belastung für ihn ist, Bettwäsche bekommt, aber nicht mehr für den Haushalt arbeitet, eine Miete aus ihrem Arbeitseinkommen zu zahlen hat. Dazu kommt die Frage der Beköstigung. Alles das sind Fragen, die schwierig zu lösen sind. Soweit es sich um Freiwilligkeit handelt, ist das nur zu begrüßen.

(Speer: Zwingen kann man sowieso nicht!)

K e h r l : Mir ist schon von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß Haushaltungen bereit sind, Mädchen freizugeben, wenn dem ohne Mädchen verbleibenden Haushalt nicht zugemutet wird, das Mädchen in Wohnung und Beköstigung mitzuversorgen. Das ist tatsächlich eine sehr schwierige Frage.

W i e h l : Zwei kurze Fragen wegen der italienischen Arbeiter. Welche italienischen Arbeiter sind in ihrer gegenwärtigen Verwendung für uns entbehrlich? Wie ist die Durchschnittsleistung dieser italienischen Arbeiter? Eine Klärung dieser Frage ist deshalb notwendig, damit wir sagen können:

wir geben euch die Arbeiter zurück, aber dafür können wir euch etwa Getreide und Kohle um soundsoviel weniger liefern. Es ist sehr schwer, diese Unterlagen beizubringen, weil es im wesentlichen auf Schätzungen ankommt. Ich wäre sehr dankbar für einen Rat, ob ich von ~~den~~ Ihnen, Herr Gauleiter, oder vom Rüstungsministerium die nötigen Unterlagen bekommen könnte. 10 000 Landarbeiter würden etwa 100 000 t Getreide entsprechen.

(Thimm: 60 000 haben wir heute!)

S a u c k e l : Auf Wunsch des Führers und auf Grund der Tatsache, daß ein Teil der Italiener - es handelt sich hauptsächlich um Süditaliener - sehr schlecht gearbeitet hat, ist die bestehende Vereinbarung von Italien gar nicht erfüllt worden. Jetzt ist tatsächlich der Moment gekommen, wo alle diese Dinge ~~einander~~ arbeitseinsatzmäßig aufeinander drängen. Der Abgang dieser 200 000 Arbeiter ist sehr schwer zu ertragen, weil immerhin noch die besten hier gewesen sind und ein Teil der Italiener gute Facharbeiter gewesen sind. Es wird große Schwierigkeiten machen, diese Facharbeiter zu ersetzen. Aber wenn es ein Führerbefehl ist und wenn der Duce darauf besteht, muß es schließlich gemacht werden.

W i e h l : Der Führer denkt daran, daß nur ein Teil abgegeben wird und der andere Teil mit unseren Kohlenlieferungen nach Italien verbunden wird.

S a u c k e l : Das wird für alle zutreffen. Da ist es sehr schwer, eine Grenze zu ziehen.

(Schluß der Sitzung 17, 45 Uhr.)

Zentrale Planung

22.4.1943

A. P. Koenig

• Der Bericht für den Vierjahresplan. Berlin, den 26. April 1943.
Zentrale Planung. W 8, Leipziger Str. 3

1.2.51

33 Ausfertigungen.
22 Ausfertigung.

Ergebnisse der

56. Sitzung der Zentralen Planung am 22.4.1943, 15³⁰ h

- I. Kohlenwirtschaftsplan 1943/44
- II. Auftragsvergebung von Eisenbahntransportmitteln.

I.

Steinkohle

Der vom RVM vorgelegte Erzeugungs- und Verteilungsplan für Steinkohle wird seitens der Z.P. genehmigt. Er basiert auf einer Steinkohlenförderung von 290 Mio t (1941/42 248,3, 1942/43 264,5 Mio t), dies entspricht einer vollen Ausnutzung der Förderkapazität. Unbedingte Voraussetzung hierzu ist die zusätzliche Gestellung von 192 000 Arbeitern für den Steinkohlenbergbau (Fluktuation eingerechnet, jedoch ohne Sondereinziehungen), von denen 70 000 Sofortbedarf sind.

Beim GFA liegt z. Zt. eine Anforderung von 69 000 Mann für den Stein- und Braunkohlenbergbau vor, diese soll gedeckt werden durch Reichsumlage in Höhe von 23 000 und aus dem Generalgouvernement mit 50 000; von diesen sind 30 000 bis zum 20.4. bereits gestellt, so daß noch eine Fehlmenge von 39 000 für Januar bis April besteht.

Für die Forderung von 192 000 gibt die RVK die folgende Verteilung auf die einzelnen Monate an:

April	26 000
Mai	30 000
Juni	30 000
Juli	50 000
September	56 000 .

Es wird beschlossen, den Sofortbedarf des Bergbaues vorwiegend aus dem gesamten laufenden Zustrom von Arbeitskräften zu decken, wo erforderlich durch Austausch mit im Inland befindlichen, für den Bergbau geeigneten russischen Arbeits-

-2-

beitskräften, soweit diese nur als Hilfskräfte und nicht als angelernte oder Fachkräfte angesetzt sind. Ein Antrag Kehrls, in Anbetracht der Dringlichkeit 30 000 Arbeitskräfte unmittelbar aus der Inlandswirtschaft zwecks Einsatz im Bergbau herauszuziehen, wird abgelehnt. Jedoch sollen die für den Bergbau geeigneten Hilfskräfte, insbesondere in der Landwirtschaft, schon sofort erfaßt und ausgesucht werden.

Kohle und Eisen sind ihrer entscheidenden Bedeutung wegen in allen Fragen mit einer besonderen Dringlichkeitsstufe auszustatten (vgl. 39. Sitzung). Es sollen deshalb über die Deckung des Sofortbedarfes hinaus allgemein alle nur als Hilfskräfte angesetzten, für Kohle und Eisen geeigneten russischen Arbeitskräfte aus der Gesamtwirtschaft herausgezogen werden, um mit diesen nach Austausch mit Ersatzkräften, insbesondere Frauen, den Gesamtarbeiterbedarf von Kohle und Eisen zu decken; Kehrl wird den Gesamtbedarf zusammenstellen und an Sauckel übermitteln. Diese Umsetzaktion hat in Verbindung von Timm mit den zuständigen Stellen (R-Dienststellen und LdWA) durch Voruntersuchung in den Betrieben zu erfolgen. Das endgültige Zahlenmaterial ist von Kehrl/Timm zu verarbeiten zwecks Vorlage beim Reichsmarschall.

Timm wird die Stellungnahme Sauckels einholen, unter besonderem Hinweis auf die entscheidende Bedeutung dieser Aktion, insbesondere auf die unbedingte Notwendigkeit ihrer fristgerechten Durchführung. Jeder Fehlbetrag ^{geht} zu Lasten des schon an sich stark gekürzten Hausbrandes, mit allen politisch-psychologischen Folgen, und der Koksversorgung der eisenschaffenden Industrie! (vgl. u.).

Koks:

Der vom RWM vorgelegte Erzeugungs- und Verteilungsplan für Koks wird seitens der Z.P. genehmigt, wobei die Z.P. voraussetzt, daß der GBA die Arbeitergostellung für die Steinkohlenförderung fristgerecht durchführt. Der Koksplan basiert auf einer Erzeugung von rd. 56,6 Mio t Koks bei vollem Ausfahren der Kokerei-Kapazitäten (58 Mio t abzüglich Reparaturen) plus einer zusätzlichen Erzeugung von 3 Mio t.

An

-3-

An der Kokserzeugung hängt die Erzeugungssteigerung der eisenschaffenden Industrie, deren Anteil von 25,8 Mio t auf rd. 33,5 Mio t erhöht worden ist. Diese Menge wird der RVE zugesagt, vorbehaltlich der Genehmigung durch den RM, der über die Dringlichkeit der Arbeiterbeschaffung als unbedingter Voraussetzung, der gesamten Kohlen- und Eisenplanung zu unterrichten ist. Fehlbeträge in der Kokserzeugung gehen zu Lasten der eisenschaffenden Industrie; Ausfälle in der Versorgung sind seitens der RVE sofort zu melden.

Bei Erfüllung der Steinkohlenförderung in Höhe von 290 Mio t wird auch die zusätzliche Erzeugung von 3 Mio t Koks als möglich erachtet, sofern die Kokskapazität erweitert wird. Es sind hierzu eventuell die noch freien Westkapazitäten heranzuziehen und außerdem von der RVK zu prüfen, welche Voraussetzungen und Mehrforderungen sich ergeben aus

- a) einem beschleunigten Reparaturprogramm,
- b) einer forcierten Fertigstellung der in Bau befindlichen Kokereien,
- c) einer Erweiterung der Kapazität durch Neuanlagen für 2 Mio t Koks.

Braunkohle:

Der vom RWM vorgelegte Erzeugungs- und Verteilungsplan für Braunkohle wird seitens der Z.P. genehmigt. Der Arbeiterbedarf der Braunkohle beläuft sich auf 25 000; der Sofortbedarf der Steinkohle geht jedoch vor. Der bereits laufende Einsatz von Energieingenieuren zwecks Austausches von Steinkohle gegen Braunkohle ist weiter durchzuführen.

Insgesamt:

Der Eiserverbrauch des Kohlenbergbaues betrug 1942/43 rd. 1,2 Mio t Maschineneisen; für eine Förderung von 290 Mio t Kohle sind 1,64 Mio t Eisen erforderlich; der Mehrbedarf gegenüber 1942/43 beträgt somit rd. 35 000 t. Die Z.P. sagt zu, ab III/43 das Eisenkontingent für den Kohlenbergbau entsprechend zu erhöhen. Das erforderliche Bauvolumen beträgt 17,4 Mio RM monatlich und 16 000 q. Baueisen. Die Zulieferindustrie braucht 4 200 Arbeiter, davon 3 000 Facharbeiter. Für die Durchführung der Doppelschicht in der

Her-

2946

-4-

Herstellung von Aufbereitungsanlagen sind 100 Konstrukteure und 600 Facharbeiter erforderlich; Schieber/Timm werden die Umsetzung dieser Kräfte innerhalb der Maschinenindustrie durchführen. Die Grubenholzfrage wird in der allgemeinen Holzsituation der Z.P. geregelt werden; insbesondere ist das Transportproblem vom Wald zur Bahn zu lösen.

Kehrl wird beauftragt, seitens der Z.P. die weiteren Verhandlungen zur Erhöhung der Kohlen- und Eisenerzeugung zu führen und für die Beseitigung der Schwierigkeiten Sorge zu tragen.

In Anbetracht der mit der zunehmenden Kohlen- und Eisenerzeugung zu erwartenden erhöhten Verkehrsanforderungen sollen alle z.Zt. möglichen Transportleistungen (z.B. Schrotttransport) unverzüglich ausgeführt werden.

II.

Die Frage des Einsatzes der Eisenbahnflak ist dem Führer zur Entscheidung vorzulegen; dazu ist Umfang, Art des Einsatzes, erforderliche Eisenkontingentsmengen usw. zu ermitteln. Da grundsätzlich anzustreben ist, daß alle Wassertransportmittel einheitlich vom Generalbevollmächtigten für die Seeschifffahrt, alle Eisenbahntransportmittel einheitlich vom Reichsverkehrsminister verwaltet werden, soll die Frage der Verwaltung der Kesselwagen mit dem Ziel, daß Eigentum und Neuerzeugung an die Reichsbahn übergehen, neu überprüft werden. Liebel und das RWM werden die dazu erforderlichen Voraussetzungen feststellen (Bedarf, Art der Verwendung, Regelung der Einsatzbereitschaft usw.).

Dr. S t e f f l e r .

X.X.

Anwesend:

-5-

Anwesend:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Staatsrat Schieber
Oberbührgemstr. Liebel
Prof. Mettlage
Herr Schlieker
Dr.-Ing. Goerner
Gen. Maj. Weger
Min. Rat Widmann
Herr Weinwurm

Staatssekretär Landfried
Präs. Kehrle
Oberbergtrat Otto
Dir. Müller-Zimmermann

Min. Dir. Gramsch
Min. Rat Steffler

Min. Dir. Cejka
Gen. Maj. v. d. Heyde
Ober-Stabs-Jng. Sell
Stabs-Jng. Schmiedler

Staatssekretär Ganzemüller
Min. Dirig. Lindermayr

Min. Dirig. Timm
Landrat Berk

Prof. Krauch
Dr. Ad. Müller
Dr. Fahr

Kommerzienrat Röchling
Dir. Rohland
Dr. Beck

Staatsrat Meinberg
Dr. Sogemeier
Dr. Wisselmann
Dr. Rosencrantz
Dr. Regul

RM.f.B.u.M.

"

"

"

"

"

"

"

R W M

"

"

"

V.P.

"

R L M

"

"

"

R V M

"

G B A

"

G B Chem

"

"

R V E

"

"

R V K

"

"

"

"

"

Verteiler:

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1689

-6-

Verteiler:

Reichsminister Speer	1. Ausfertigung	
Generalfeldmarschall Milch	2.	"
Staatssekretär Körner	3.	"
Staatsrat Schieber	4.	"
Min. Dir. Cejka	5.	"
Min. Dir. Gramsch	6.	"
Dr. = Jng. Goerner	7.	"
Min. Rat Steffler	8.	"
Oberbürgermeister Liebel	9.	"
Prof. Kettlge	10.	"
Herr Schlieker	11.	"
Gen. Maj. Waeger	12.	"
Min. Rat Wismann	13.	"
Staatssekretär Landfried	14.	"
Präs. Kehrle	15.	"
Dir. Müller-Zimmermann	16.	"
Gen. Maj. v. d. Heyde	17.	"
Staatssekretär Ganzenmüller	18.	"
Min. Dirig. Timm	19.	"
Prof. Krauch	20.	"
Kommerzienrat Röchling	21.	"
Staatsrat Meinberg	22.	"
Dr. Sogemeier	23.	"
Registratur	24. - 33.	"

Rep. 300

Nbg. Kriegsverbrecherprozesse

1

I Photokopien

Zz 24

Zentrale Planung
Stenogramm der 36. Sitzung
22.4.43 15.30 Uhr

2101 - 2162

(Blatt 1-61)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Nebenprotokoll

Dr. Janicke/

Geheim

Geheim Reichsarchiv

38. B e s p r e c h u n g

der

Z e n t r a l e n P l a n u n gbetr. Kohlenwirtschaftsplan 1943/44

am Donnerstag, dem 22. April 1943, nachm. 15,30 Uhr

in der Festbaracke am Zoo, Lebensstr.

*Dr. Janicke
16.4.43 J.B.K.*

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Dr. Ja/Gro

2

Die Sitzung wird um 15 Uhr 55 Minuten durch Reichsminister Speer eröffnet.

Reichsminister S p e e r : Herr Kehrl, Sie fangen wohl gleich mit Ihrem Vortrag an.

K e h r l : Herr Reichsminister, Sie hatten gebeten, daß heute über die Kohlenlage Vortrag gehalten wird, und zwar soll erstens ein Überblick über die Lage gegeben werden, die wir in diesem Jahre haben, um damit eine Grundlage für eine etwaige Erhöhung in der Eisenproduktion zu haben. Ich wäre dankbar, wenn zunächst Herr Sogemeier die Zahlen erläutern könnte, die hier ausgearbeitet sind und die Ihnen vorliegen.

S o g e m e i e r : Für die Kohlenversorgung haben im Kohlenwirtschaftsjahr 1941/42 rund 261 Mio t Steinkohle zur Verfügung gestanden, im Jahre 1942/43 rund 280 Mio t. Wir hatten im Jahre 1942/43 mit 264,5 Mio t gegenüber 1941/42 eine Mehrförderung von 16/t. Diese Mehrförderung ist im wesentlichen dadurch erreicht worden, daß die Zahl der Sonntagspflicht-Schichten erheblich erhöht ist. Allein darauf entfallen von dem Mehr 10 Mio t, so daß alle übrigen Anstrengungen, die wir sonst noch gemacht haben, nur einen Erfolg von 6 Mio t gebracht haben. Ich möchte das hier ausdrücklich erwähnen, um darauf hinzuweisen, daß aus der vorhandenen Belegschaft nicht mehr als im vergangenen Jahre herausgeholt werden kann.

Bei uns angemeldete Bedarf beläuft sich auf rd 312 Mio t. Ich muß dazu bemerken, daß wir in diesem Jahre in der Lage waren, die Bedarfsmeldungen sehr viel eingehender als in den vergangenen Jahren zu prüfen. Jetzt kommt die Frage: in welchem Umfange kann nun dieser Bedarf gedeckt werden? Wir ha-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

ben in der vorliegenden Aufstellung zunächst eine Spalte gebracht, in der oben die Zahl 262 Mio steht. Diese Zahl ist so zustande gekommen: wir haben die Förderung zugrunde gelegt, wie sie sich in den ersten 14 Tagen des April ergeben hat. Damit kommen wir auf eine Jahreszahl von rd 272 Mio t. Nun müssen wir aber mit einem natürlichen Abgang in Höhe von rd 65 000 Mann rechnen. Wenn wir also zusätzlich keine Arbeitskräfte wie im vergangenen Jahre bekommen, uns aber auch keine Arbeitskräfte außer dem natürlichen Abgang weiter entzogen würden, würden wir damit eine Förderung von 262 Mio t erreichen. Wir müssen also, wenn wir die jetzige Förderung halten wollen, auf dem Stande in den ersten 14 Tagen des Monats April im Laufe des Jahres 65 bis 70 000 Mann Ersatz haben. Dann würden wir die Förderung von 272 Mio t halten können. Wenn wir dazu noch einen leichten Ueberhang an Arbeitskräften bekämen, würden wir auf rd 275 Mio t kommen. Die Zahlen sind in der zweiten Spalte eingesetzt, weil wir in Berührung mit dem Reichswirtschaftsministerium einmal überlegt haben, wohin wir versorgungsmäßig kommen würden, wenn diese Förderung erreicht würde. Die volle technische Kapazität, die der Bergbau aufahren könnte, wenn alle Voraussetzungen hinsichtlich des Arbeits- und Materialeinsatzes erfüllt wären, liegt bei 280 Mio t. Zu deren Förderung brauchen wir außer den entsprechenden Eisenerzen, von denen ich die Zahlen nachher noch angeben kann, rd 190 000 Arbeitskräfte zusätzlich. - Ich weiß nicht, ob ich jetzt schon auf die Verteilungszahlen eingehen soll.

Ich darf vielleicht noch folgendes bemerken: Wir hatten eine Höchstförderung an Steinkohle am 20. 2., also vor den Einziehungen im Rahmen der SB-Aktion. Wenn wir diese Höchstförder-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

rung zugrunde legen und auf ein Jahr umrechnen, würden wir bei 180 Mio t Steinkohle liegen. Seit dem 20. 1. ist die Förderung leider rückgängig; sie liegt, wie gesagt, augenblicklich bei einem Stande auf das Jahr berechnet von 272 Mio t. Das sind etwa die Größensummen, bei denen die Schätzung der Förderung bei Steinkohle liegt.

Wenn wir eine Förderung von 290 Mio t erreichen könnten - die Voraussetzungen in der technischen Kapazität sind dafür gegeben -, so würden wir mit der Einfuhrmenge und mit der Aus-
hilfe an Braunkohle der Versorgung 304 Mio t zur Verfügung stellen können. Wir würden ^{hier} damit ^{unser} ~~annähernd~~ das erreichen, was der Bedarf bei uns angemeldet hat, und würden ^{also} ~~gut~~ das erreichen, was nach unserer Meinung angemessen wäre.

Wir haben, wie Sie in der Spalte am weitesten rechts unten sehen, unter der ^{Spalte} großen Verzeichnung bei dem angemeldeten Bedarf versucht, einen Ausgleich dadurch zu finden, daß wir bei einer Reihe von Verbrauchern leichte, zum Teil auch sehr schwere Kürzungen vorgenommen haben. Die schwersten Kürzungen liegen beim Hausbrand. Wir haben im Jahre 1941/42 dem Hausbrand 29 Mio t geliefert, im vergangenen Jahre 27 Mio und wollen mit der 20%igen Kürzung auf 22,6 Mio t heruntergehen. Diese Kürzung ist deshalb noch schwerwiegender, weil wir bei diesen 22,6 Mio schon Anhilflieferungen der Braunkohle in Höhe von 4 Mio t eingesetzt haben, so daß wir praktisch gegenüber 27 Mio mit der Steinkohle im Hausbrand auf 18,6 Mio t heruntergehen.

Wir haben weiter eine leichte Kürzung bei der Versorgung des Verkehrs vorgesehen, wo 80 000 000 t angefordert sind. Wir glauben, da mit 3 Mio t weniger hinsukommen. Eine leichte Kürzung ist dann bei der allgemeinen Industrie vorgesehen,

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

(Sch)

5

ebenso beim chemischen Sektor - es handelt sich hier um eine Kürzung von 19,2 auf 18,7 Mio - in der Hoffnung, dass der Verbrauch etwas langsamer anläuft. Im grossen und ganzen ist der Kohlenbedarf sehr eingehend mit dem GBChem. abgestimmt.

Dann haben wir, um auch den Export an den Kürzungsmassnahmen einigermaßen gleichmässig zu beteiligen, vorgesehen, falls dieses Programm gefahren werden sollte, da die Ausfuhr handelsvertraglich mit 28,5 Mio t festliegt, zu versuchen, mit 25,9, also rd. 26 Mio hinzukommen.

Auf dieser Basis glauben wir, mit einer verkürzten Förderung die Lage einigermaßen ausgleichen zu können, würden aber bei einer Förderung von 275 Mio t noch ein Minus von 6 Mio t behalten. Wenn wir also die Bedarfsansprüche voll befriedigen wollen, müssten wir möglichst auf eine Förderung von 290 Mio t kommen, und dafür müssten die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Die Zahlen im Arbeitseinsatz habe ich bereits dafür genannt; die anderen Zahlen könnte ich noch anführen.

K e h r l : Ich darf etwas zur Ergänzung sagen. Die Lage muss als ausserordentlich ernst bezeichnet werden. Wir haben uns diesmal in weichenlangen Verhandlungen mit jedem Kontingenträger bemüht, ihm sozusagen bis in den Magen zu sehen. Bei dem einen ist das mehr, bei dem einen weniger gut gelungen. Im allgemeinen glauben wir, dass die hier vorliegenden Anforderungen nicht die üblichen Uebertreibungen der Kontingenträgeranforderungen in sich tragen, sondern mehr oder weniger echte Anforderungen sind.

Die Verteilungsliste, um die wir uns hier wochenlang mit der Reichsvereinigung herumgequält haben, stellt in einzelnen Positionen eine Kürzung dar, die nicht vertretbar erscheint, insbe-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

sondere beim Hausbrand. Wir müssen uns darüberklar sein, dass wir, wenn der Winter nicht milde wird, wir dann eine Zuteilung an den Hausbrand vornehmen müssen und dadurch die Industrie zum Erliegen kommt. Trotz der ganz vagen Zuteilungen würde noch ein Minus von 6 Mio t verbleiben; es kann auch nicht gedeckt werden dadurch, dass ^{jemand} weniger zugeteilt bekommt. Die Zuteilungsliste stellt eine ganz gewagte Massnahme dar. Daraus ergibt sich zwingend, dass mit allen Mitteln die Förderung gehoben werden muss. Wir müssen sehen, den 280 Mio t so nahe wie irgendmöglich zu kommen, d.h. wir müssen mit einer Schlagaktion ganz umfassend Arbeiter in den Bergbau bringen, sonst fahren wir mit allen Programmen und allem, was wir tun, vollkommen fest. Die wissenschaffende Industrie ist hierbei mit den 702 000 Mehrtonnen vorgesehen, die 2,8 Mio t Kontingentsgewicht ergeben würden, und zwar koksmässig II. Quartal.

Reichsminister S p e e r : Wir haben den ganzen Winter über gesehen, dass die Kohle letzten Endes die Basis abgibt für alle Pläne, die wir auf anderen Gebieten haben, und Sie wissen, ja auch zum grössten Teil, dass wir die Absicht haben, unsere Eisenerzeugung zu heben. Auch hier wird die Kohle wieder letzten Endes den Ausschlag geben dafür, ob diese Eisenerhöhung durchgeführt werden kann. Wir sind von der Zentralen Planung aus der Meinung, dass sowohl der Bedarf für die Kohle wie auch der Bedarf für das Eisen in einem besonderen Plane zusammengefasst werden muss und dass dieser Plan in der Dringlichkeit der Durchführung etwa wie der Krauch-Plan gelegt werden müsste, dass arbeitsmässig die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung des Planes geschaffen werden müssen. Vielleicht kann Herr Timm sagen, wie er sich die Entwicklung in der Frage der Bergarbeiter vorstellt, die leider

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

nicht aus dem Reservoir in Deutschland genommen werden können, sondern sehr kräftige Ausländer sein müssen.

T i m m : Wir haben im Augenblick eine Anforderung von 69 000 Mann für die Kohle. Wir wollen das durch Reichsumlage von 23 000 - das sind gesunde Kriegsgefangene usw., die für die Kohle besonders gut geeignet sind -, und durch 50 000 Polen aus dem Generalgouvernement decken. Davon sind bis zum 20.4. rd. 30 000 gestellt, so dass ein Rest von etwa 39 000 für Januar bis April verbleibt. Der Mai-Bedarf ist uns mit 35 700 aufgegeben. Die Schwierigkeiten lagen besonders in der Anwerbung im Generalgouvernement, weil dort wie in allen Gebieten rund um Deutschland herum in den letzten Wochen sich ausserordentlicher Widerstand von Seiter der Angeworbenen zeigt. In allen Staaten gehen wir mehr oder weniger dazu über, die Menschen jahrgangsweise zu erfassen und jahrgangsweise einzuziehen. Zur eigentlichen Meldung kommen sie, aber sobald die Transportfrage akut wird, erscheinen sie nicht mehr, so dass die Heranführung der Kräfte mehr oder weniger eine Polizei-frage geworden ist.

Insbesondere in Polen ist die Lage im Augenblick ausserordentlich ernst. Es ist bekannt, dass sich dort gerade auf ~~starkem~~ Grund dieser Dinge heftige Kämpfe abgespielt haben. Bei der Verwaltung, die wir drüben aufgezogen haben, sind die Widerstände sehr stark. Eine ganze Reihe von unsern Männern ist erhöhten Gefahren ausgesetzt gewesen, und gerade in den letzten 14 Tagen bis 3 Wochen sind einige davon erschossen worden, so der Leiter des Arbeitsamts in Warschau vor 14 Tagen in seinem Dienstzimmer, und gestern wieder ein anderer. So geht es augenblicklich, und die Anwerbungen sind selbst beim besten Willen ausserordentlich

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

schwierig, wenn nicht polizeiliche Verstärkungen da sind.

Es war vorgesehen, dass mit Ende des Monats 50 000 Mann aus dem Generalgouvernement hier sein sollten. Das hat sich leider nicht durchführen lassen. Davon sind leider erst 13- bis 4000 hier, und weitere 8000 rollen, so dass dort die Lücke recht erheblich ist.

Reichsminister S p e e r : Von den Leuten kann man ja immer nur einen Teil monatlich verdauen.

S o g e m e i e r : Wir haben folgenden Stufenplan vorgesehen: April 26 000, Mai 30 000, Juni 30 000, Juli 50 000 und September 56 000. Wenn die Leute in dieser Stufenfolge kommen, würden wir die 290 Mio t erreichen können, vorausgesetzt, dass nicht Sondereinziehungen aus der Kohle erfolgen.

~~T a m m~~

Reichsminister S p e e r : Sind das Zusatzgestellungen?
Sind das Zahlen, die Sie aufstocken wollen?

T i m m : Ja, einschliesslich der Abgänge, mit denen wir rechnen!

(Milch: Incl. der 70 000!)

Reichsminister S p e e r : Die Abgänge sind also in den Zahlen mit enthalten?

T i m m : Ja. Es ist nicht Aufstockung, sondern Zuweisung, wenn ich recht verstehe. Wie gesagt, wir hoffen im nächsten Monat etwa 50 000 Mann aus dem Generalgouvernement zu bringen. Mit den Umsetzungen werden es 73 000, und damit wären die ersten beiden Monate gedeckt. Für uns ist es sehr schwierig,

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

die Zahl in den nächsten beiden Monaten zu erhöhen, weil wir noch Restbedarfe insbesondere für die Landwirtschaft zu stellen haben, die in den nächsten beiden Monaten fällig sind, während der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz vom Juni ab sehr viel leichter mit innerdeutschen Massnahmen zu bewältigen sein wird, In den Erntemonaten kann man ja mit innerdeutschen Kräften helfen. Nur für die Hackfruchtzeit ist die Lage schwierig.

Nach dem Ergebnis der Bereisung im Osten, die der Generalbevollmächtigte Sauckel heute abgeschlossen hat, wäre es möglich, in den dann folgenden Monaten in stärkerer Masse wieder russische Kräfte zur Verfügung zu stellen. Wieweit sich darunter Männer befinden werden, lässt sich im Augenblick schwer beurteilen, weil gerade die Wehrmacht besonders Gewicht darauf legt, überwiegend Frauen abzugeben und die Männer dortzubehalten, weil sie für alle möglichen dringenden Einsätze gebraucht werden.

Reichsminister S p e e r : Ich möchte vorschlagen, eine Ermittlung darüber anzustellen, welche russischen Arbeitskräfte augenblicklich als Hilfskräfte in der Rüstungsindustrie, in der gewerblichen Kriegswirtschaft oder sonstwie eingesetzt sind, und zwar getrennt registriert von denen, die unterdessen als Fachkräfte angelernt sind. Wir können in der Industrie Hilfskräfte im Ringtausch durch russische Frauen ersetzen und auf diese Weise auch russische Kriegsgefangene, die auf den Höfen irgendwelche Aufräumarbeiten machen, dem Bergbau zur Verfügung stellen.

T i m m : Diesen Ringtausch wollte ich auch vorschlagen, auch in der gewerblichen Kriegswirtschaft.

Reichsminister S p e e r : Auch den Städten wurden seinerzeit eine Menge Kriegsgefangener zur Strassenreinigung usw. überwiesen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

T i m m : Dort ist nicht viel zu holen. Wenn wir noch grössere Mengen von Kriegsgefangenen haben, so ist es bei den Gleisarbeiten im Verkehr, und dort wird es nicht ganz leicht sein, sie herauszuziehen, weil man dazu ausgewachsene und kräftige Leute haben muss.

(Rm. Speer: Das machen doch auch die russischen Frauen!)

G a n z e n m ü l l e r : Wir brauchen die Männer, und es ist ausgeschlossen, dort Leute herauszuziehen. Wir setzen sie jetzt auch als Betriebsschutz ein, und müssen das, weil wir keine anderen Leute mehr haben.

T i m m : Wir werden also eine Aufstellung machen, wo sich russische Kriegsgefangene und Zivilkräfte noch in der gesamten Wirtschaft befinden, soweit sie nicht in angelernter Tätigkeit eingesetzt sind.

Reichsminister S p e e r : Auch einschliesslich der Landwirtschaft. Angelernte können nicht herausgezogen werden. Ich müsste als Obrüst sofort Einspruch erheben, wenn unterdessen angelernte Kräfte aus der Rüstung wieder herausgezogen werden. Dann wird ja der Betriebsführer langsam wehnsinnig, wenn immer wieder neue Leute angelernt werden müssen. Es gibt aber noch genügend russische Hilfskräfte, die wir für den Bergbau herausziehen können. Dafür müssten aber andere Kräfte zur Verfügung gestellt werden.

R o h l a n d : In der eisenschaffenden Industrie ist das auch ausgeschlossen. Wir brauchen zusätzlich 35 000 Frauen, die wir sofort verkraften können, bekommen sie aber nicht. Wir haben bereits den Umtausch von 35 000 Ostarbeitern vorgesehen, die wir aber sofort haben müssen, wenn der Bergbau seine Leute bekommt. Das ist Voraussetzung.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

S o g e m e i e r : Dieser Arbeiterbedarf erstreckt sich nur auf die Steinkohle. In der Braunkohle haben wir einen zusätzlichen Arbeiterbedarf von 25 000 im Laufe der nächsten Monate.

Reichsminister S p e e r : Im übrigen Bergbau, auch Erzbergbau, wäre es genau so.

K o h r l : 85 % entfallen auf den Kohlenbergbau. Man müsste einen entsprechenden Aufschlag für den übrigen Bergbau machen.

Reichsminister S p e e r : Sie müssten die Zahlen zusammenfassen. Wir können dem Reichsmarschall nicht mit einzelnen Zahlen kommen.

T i m m : Es sind für die Kohle 70 000 und den sonstigen Bergbau einschliesslich Kali 14 000.

Reichsminister S p e e r : Wir würden es so machen, dass Kohrl die Forderungen der einzelnen sammelt, die notwendig sind, um den Kohlen- und Eisenplan durchzuführen, die Zahlen dann an Sauckel übermitteln. -Wahrscheinlich wird in der nächsten Woche beim Reichsmarschall die Besprechung über diese Gesamtfrage stattfinden, und bis dahin müsste ein Ergebnis von Sauckel vorliegen. Die Frage der Erfassung in der Rüstungswirtschaft wird gemeinsam mit Weger abgestimmt.

K o h r l : Ich möchte aber dringend bitten, dass die Zuweisungen an den Bergbau nicht auf der Möglichkeit der Anwerbung von Männern im Auslande basiert werden. Wir haben damit in den letzten drei Monaten vollkommen ausgesessen. Wir haben ein Minus von 25 000 aus dem Dezember übernommen, und es ist kein Ersatz geliefert worden. Er muss aus Deutschland genommen werden.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Reichsminister S p e e r : Nein, nichts zu machen!

K e h r l : Wir fahren vollkommen fest. Ich erinnere daran, dass wir seit einem Jahre die Kohle unentwegt mit Versprechungen füttern und unentwegt mit der Kohle im Druck sind. Sie hat die Hälfte des Solls erhalten, was wir im vorigen Jahre versprochen haben.

Reichsminister S p e e r : Dass sich nur vertröstet worden ist, stimmt nicht. Sie hat unterdessen auch etwas bekommen. Wir wollen unsere Arbeit doch nicht in den Schatten stellen!

K e h r l : Letzten Endes sind wir in einer prekären Situation, die bei den unentwegt ansteigenden Programmen in der Rüstungsindustrie zu Störungen führen muss. Wir haben jetzt den Plan für den Mai aufgestellt. Der Plan lässt sich auf Grund der Tatsache, dass der 1. Mai gefeiert wird, praktisch gar nicht mehr balancieren. Wir haben neulich schon nicht gewusst, wie wir es zurechtschieben sollen. Durch das Feiern des 1. Mai fallen 800 000 t Kohle aus. Da ist uns auch nicht mit einem allmählichen Ansteigen der Förderung gedient. Das, was der Bergbau aufnehmen kann, muss er in Stoss bekommen bekommen.

Reichsminister S p e e r : Ausgeschlossen! Wenn Sauckel zusagen kann, dass er die Menge, die er vermitteln will, schafft,

--

T i m m : Er hat ganz ausdrücklich gesagt, dass er es nicht zusagen kann, aus dem Generalgouvernement 50 000 zu bringen.

Reichsminister S p e e r : Es kommt doch Russland noch dazu!

T i m m : Durch die militärischen Ereignisse ist der Fluss, den wir bis Dezember hatten, schlagartig zurückgegangen. Früher sind täglich 10- bis 12 000 Mann gekommen, in den letzten 3 Monaten im ganzen nur 60 000. So ist die Zahl zurückgegangen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

K e h r l : Es wird jetzt an die Reserve gegriffen, die wir drüben nicht entbehren können. Pleiger hat vor wenigen Tagen ein Telegramm an Sauckel gerichtet, und ähnliche Nachrichten wie von der Berghütte Ost haben wir von anderen Stellen.

Reichsminister S p e e r : Das ist schon durch eine Anordnung und ein Schreiben von mir an Sauckel klargezogen worden, dass aus dem Kohlenbergbau, der eischaffenden Industrie und dem Iwan-Programm an sich keine Kräfte herausgezogen werden und von den Jahrgängen nur die Kräfte, soweit es Hilfskräfte sind, die örtlich von den 3 bis 4 Jahrgängen erfasst werden können, die gezogen werden.

K e h r l : Dann wird es nachher wieder aus der Landwirtschaft gezogen.

Reichsminister S p e e r : Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist die Zahl der in der Berghütte Ost Beschäftigten unerheblich.

T i m m : Der Gauleiter ist heute morgen zurückgekommen, nachdem er 7 Tage drüben gewesen ist, und hat mir telefonisch mitgeteilt, er habe drüben mit allen zuständigen Stellen gesprochen und es sei ihm bis zum August eine Zahl zugesagt worden, die nicht weit unter 1 Mio liegt, und zwar Männer und Frauen. Wieviel Männer es sind, kann niemand im voraus sagen.

K e h r l : Es werden ganz überwiegend Frauen sein.

Reichsminister S p e e r : Die können wir intern bei uns im Reich umsetzen. Es sind eine Unmenge von russischen Kriegsgefangenen und Arbeitern an Plätzen beschäftigt, an denen sie nicht beschäftigt zu sein brauchen. Das lässt sich umwechseln. Nur muss man dabei an die ungelernten Kräfte herangehen und darf nicht die mühsam angelernten Fachkräfte in der Industrie nehmen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

K e h r l : Was wir an Fertigung uns verspäten oder was wir verlieren, können wir immer wieder aufholen. Aber was wir an Kohle verlieren, ist für diesen Krieg endgültig verloren. Darum können wir den Einsatz für den Bergbau nicht genug forcieren.

Reichsminister S p e e r : Aber nicht durch Gewaltaktionen, indem wir das zerschlagen, was wir mühsam aufgebaut haben.

(K e h r l : Das brauchen wir auch nicht!)

Die Einziehungen kommen doch noch dazu.

T i m m : Wir müssen versuchen, deutsche Männer für den Bergbau untertage zu bekommen.

K e h r l : Wir leben von ausländischen Männern, die sich in Deutschland befinden.

T i m m : Die sind sehr stark konzentriert. Wir bringen sonst eine Unruhe in diesen Sektor.

Reichsminister S p e e r : Es ist eine Aufteilung da, auf welche Sektoren die russischen Kriegsgefangenen verteilt sind, und diese Aufstellung ist ganz interessant. Danach ist es in der Rüstung ein verhältnismässig geringer Prozentsatz, nämlich nur 30%. Darüber habe ich mich immer beschwert.

T i m m : Der höchste Prozentsatz von den Kriegsgefangenen sind Franzosen, und man darf nicht vergessen, dass diese untertage schwer anzusetzen sind. Die Zahl der Russen im Reich ist an sich klein.

B o h l a n d : Man sollte im Bergbau nur Ostländer, keine Westländer nehmen.

Reichsminister S p e e r : Die Westländer machen schlapp!

S o g e m e i e r : Ich darf darauf hinweisen, wie stark wir uns auf abschüssigen Wege befinden. Wir haben gegenüber Ende Februar, vor dem Ausbruch der SE-Aktion, täglich 40 000 t

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

an Steinkohle verloren, weil wir für das, was wir zum Teil von der Abziehung als Ersatz im Verhältnis 1:2 bekommen sollten, praktisch keinen Ersatz bekommen haben. Das Verhältnis ist 1:1 geblieben.

Reichsminister S p e e r : Mir wird ein Zettel vorgelesen, dass der Bergbau im I.Quartal 1943, also in derselben Zeit, in der die Einziehungen gewesen sind, einen Zuwachs von 16 000 Männern gehabt hat.

S o g e m e i e r : Wir hatten Anfang des Jahres noch aus den früheren Anforderungen rd. 26 000 Mann zu bekommen. Dazu kamen aus der SE-Aktion, wenn wir ein Verhältnis von 1:1 nehmen, 26 000 Mann. Die Zentrale Planung hatte uns im März für anlaufende Förderungssteigerung 15 000 zugesagt. Bekommen haben wir von allen nur 18 000 Mann. Das bedeutet, dass wir praktisch nicht mal das hatten, was an Bedarf noch vom vergangenen Jahre überstand, dass wir noch nicht den Ersatz für den SE-Aktion im Verhältnis von 1:1 bekommen haben. Nun liegt vom Feldmarschall Keitel eine neue Anfrage vor, ob der Kohlenbergbau in der Lage wäre, nochmals 14 000 Mann freizugeben. Bei der jetzigen Lage wäre das völlig ausgeschlossen. Wenn wir nochmals 14 000 Mann verlieren, kann es sich nur um die kräftigsten Jahrgänge der Untertage-Arbeiter handeln. Das ist ausgeschlossen. Man könnte sich dann ausrechnen, wie stark die Förderung herunterginge. Wir müssen dringend bitten, uns davor zu schützen, dass weitere Einziehungen im Bergbau vorgenommen werden.

Reichsminister S p e e r : Zum mindesten können sie erst erfolgen, wenn die neuen Arbeitskräfte in der Zahl eingetroffen sind, dass sie alle angelernt sind. Im Moment geht es nicht.

K e h r l : Vor dem August ist darüber ein Gespräch gar nicht möglich. Der Rückgang von 40 000 Tagestonnen bedeutet 14 Mio Feilbedarf in der Jahresbilanz.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Reichsminister S p e e r : Timm wird zusammen mit Weger und den Landeswirtschaftsämtern feststellen, wo für den Bergbau geeignete Russen sind, die jetzt als Hilfskräfte tätig sind. Diese werden Zug um Zug gegen russische Frauen oder anderen Ersatz, den wir bekommen, und der geeignet ist, ausgetauscht, und die Russen würden dann in den Bergbau wandern. Es wäre nur gut, wenn eine Voruntersuchung der Leute stattfinden könnte, weil immer nur die Hälfte der Angedienten höchstens genommen wird. Es müsste also in den Fabriken eine strengere Voruntersuchung vorgenommen werden. Ueber die endgültigen Zahlen, die mit Timm zu besprechen sind, müsste dann eine Zusammenstellung gemacht werden, die für die Besprechung beim Reichsmarschall vorzubereiten ist.

S o g e m e i e r : Ich darf in diesem Zusammenhang eine Frage stellen. Im Bergbau werden noch Russen ausgekämmt, die früher mehr oder weniger Metallarbeiter gewesen sind. Das ist sehr schwierig, weil sich die russischen Kriegsgefangenen, wenn sie so etwas hören, sofort melden und sagen, sie seien Metallarbeiter gewesen.

Reichsminister S p e e r : Diese Russen sollten für die eigenen Industriebedürfnisse ausgekämmt werden. Für den Bergbau ist das eindeutig festgelegt. Dann haben Sie wohl keine Bedenken mehr dagegen?

S o g e m e i e r : Nein, wenn die Zulieferungsindustrie für den Bergbau sie bekommt, nicht.

K e h r l : In dubio bekommt sie die Zulieferindustrie nicht. Wenn sie erst ans Licht kommen, werden die Russen für dringende^{ndere} Sachen ^{so}weggriffen. Wir erleben es z.B. bei den Transporten, dass solche Leute schon in Köln abgezweigt werden. Es kommt immer nur ein gewisser Prozentsatz an, ein ziemlich hoher Prozentsatz geht dabei für andere Zwecke verloren.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1710

Reichsminister S p e e r : Es wird doch festgestellt, wieviel als Metallarbeiter herauskommen. Es kann also festgestellt werden, in welcher Zahl solche Arbeiter beim Bergbaubedarf ankommen sind. Das können Sie feststellen, Herr Sogemeier. Von uns aus war es mit Sauckel so abgesprochen, dass sie nur für den Bergbaubedarf herausgezogen werden. Darum hatte Pleigerextra gebeten.

Nun wollen wir aber an die Verteilung gehen.

G a n z e n m ü l l e r : Ich möchte noch darauf aufmerksam machen: eine Förderungsteigerung wird im Herbst transportmässig Schwierigkeiten machen. Wir hatten dieselbe Erscheinung im vorigen Jahr.

Reichsminister S p e e r : Lieber Ganzemüller, das ist ganz gleich! Wir müssen die Steigerung hinnehmen, wenn wir sie bekommen.

G a n z e n m ü l l e r : Es besteht aber die Gefahr, dass dann die Halden nicht abgefahren werden,

K e h r l : Zur Unterstützung dessen, was Herr Ganzemüller sagt, habe ich ~~an~~ eine Kurve gemacht. Die rote Kurve ist die beabsichtigte Steinkohlenförderung und die blaue zeigt, wie die Kohle nach Ansicht der Reichsbahn gefahren werden kann. Wenn wir dementsprechend fahren, kommt gerade, wenn wir anfahren, das Loch, das sich im Herbst ergibt. Nun haben wir verhältnismässig geringe Haldenbestände, so dass wir sehr viel höherhier gar nicht anfassen können. Wir kommen mit dem ~~Hoch~~ Abfahren der Kohle also doch in Schwierigkeiten. Das hat auch mit der Verteilung zu tun. Wenn wir jetzt aufteilen, haben wir sie nicht zur Verfügung, weil wir sie nicht abgefahren haben.

Reichsminister S p e e r : Aber die Leistung der Reichsbahn steigt doch! Die Reichsbahn wird im Herbst bedeutend mehr fahren können.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

G a n z e n m ü l l e r : Wir haben eine gleichmässige Belastung, weil wir zur Zeit die Güter bevorraten. Um den Transportraum jetzt auszunutzen, brauchen wir die Güter jetzt. Wahrscheinlich wird der Zustand eintreten, dass wir im Augenblick Transportraum freihaben, weil die Fertigungsbetriebe noch nicht so nachgekommen sind.

S c h i e b e r : Schrott kann man nicht genug fahren.

R o h l a n d : Im Reich wird gefahren. Herr Staatssekretär Ganzermüller hatte das in Aussicht gestellt, und es ist voll gehalten.

G a n z e n m ü l l e r : Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir es im Herbst nicht machen können.

Reichsminister S p e e r : Trotzdem sehen wir zu, dass wir die Steigerung der Kohlenförderung möglichst schnell bekommen; denn wir wollen sie doch dem Eisen zugutekommen lassen, und das Eisen brauchen wir wieder für Stahl für die Reichsbahn. Aber trotzdem wird das Anlernen der neuen Arbeitskräfte eine Zeit dauern. Vor dem Sommer ist nicht daran zu denken, dass die Kohlenförderung so oder so wesentlich gesteigert ist. Das kommt zwangsläufig erst im Herbst.

G a n z e n m ü l l e r : Ich muss aber darauf hinweisen, damit es im Herbst keine Enttäuschung gibt, wenn die Reichsbahn die Halden nicht so abfahren kann wie jetzt.

K e h r l : Nach der Kohlenanforderung der Reichsbahn müsste eigentlich eine wesentlich höhere Transportleistung der Reichsbahn zu erwarten sein. Sie sagen eben, Sie würden nicht viel mehr fahren. Ich kann nicht einsehen, warum Sie dann wesentlich mehr Kohle brauchen als vorher.

G a n z e n m ü l l e r : Es wird schon wesentlich mehr gefahren als im vorigen Jahr, aber nicht wesentlich mehr als im
21.9

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Herbst. Es handelt sich um die gleichmässige Auslastung des Verkehrs.

Reichsminister S p e e r : Ich glaube doch, dass bei einer guten Planung der Verkehrsleitstellen vieles jetzt gefahren werden könnte, was im Herbst eine Entlastung für die Kohle bringt.

G a n z e n m ü l l e r : Das wird aber nicht genügen, um den Transportraum, hauptsächlich auch den Schiffstransportraum völlig auszunützen.

Reichsminister S p e e r : Da müssen wir uns riesige Mühe geben. Ich glaube, dass in der Rüstung wesentlich mehr zu fahren ist.

R o b l a n d : Gerade in den nächsten 6 Monaten können wir Schrott noch und noch aus der Weiterverarbeitung verbrauchen. Wenn dazu nochmals 500 Waggons gestellt würden, könnten wir sie sofort brauchen.

Reichsminister S p e e r : Bis das Rüstungsgut abgefahren ist, dauert es auch eine gewisse Zeit. Auch Vorliefersachen liegen noch auf den Höfen, was gefahren werden kann. Man muss nicht gerade den Fehler vom letzten Jahr machen, dass man es auf sich zukommen lässt.

G a n z e n m ü l l e r : Mit der Vorplanung haben wir bereits im September vorigen Jahres angefangen.

Reichsminister S p e e r : Das war zu spät. Jetzt sind wir im Frühjahr.

G a n z e n m ü l l e r : Ich meine, für die Jetztzeit haben wir schon im September angefangen.

Reichsminister S p e e r : Es gibt noch viele Bedarfsträger, die nicht wissen, dass der Verkehr bei Ihnen so flüssig ist, und

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

die nur das dringend Notwendige fahren.

G a n z e n m ü l l e r : Alle sind durch die ZVL genau unterrichtet.

L i e b e l : Das wissen die Verkehrsträger ganz genau, nur müssten sich die grossen Verkehrsträger in Zukunft besser danach richten. Was Ganzenmüller sagt, stimmt schon. Wir haben im September angefangen, das Programm für 1943 zu machen. Ich möchte aber nur ein Beispiel anführen: die Eisenvereinigung-Röchling - hat noch im März geschimpft, dass sie nicht genug Minette bekommt, und am 8. April haben die Herren von der Ruhr erklärt, sie wollten beim Schiffsverkehrsbeauftragten beauftragen, dass die Schiffe mit Erzen nicht mehr voll beladen würden, sondern entweder leer oder nur mit Viertelladung zurückgehen. Sie hätten alle Häfen von Emden bis Dortmund mit Erz vollliegen. Wenn wir die Erntespitzen im Herbst haben, müssen wir den Wagenraum zur Verfügung stellen, müssen also jetzt fahren.

R o h l a n d : Die Dinge sind bereits geprüft. Die Ruhr kann 600 000 t absolut abnehmen, verladen und hinstellen bzw. verarbeiten. Das steht eindeutig fest.

(Reichsminister Speer: 50 000 Waggons!)

M e i n b e r g : Für den vierten Zug, der nach Strassburg gehen sollten, hat Röchling mit der ganzen Bravour und Vitalität gekämpft, deren er fähig ist, darüber hinaus noch für andere Züge. Aber der vierte Zug fährt nicht, weil die Ruhr erklärt, sie hätte Erze genug, und das am Ausgang des Winters. Im Winter, als wir im Druck waren, haben wir uns in jeder Sitzung mit der Forderung der Eisenvereinigung beschäftigen müssen, die noch mehr Erze haben wollte. Ich erwähne das nur deswegen, weil im Herbst, wo wir die Erntespitzen bekommen - gebe der Herrgott, dass wir im Herbst eine anständige Ernte kriegen! - der Trans-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

portraum von Gassenmüller noch ganz ausgenutzt wird. Wir werden dann eine Erntespitze bekommen, die noch grösser ist als bisher, und es ist gefährlich, wenn wir dann mit unseren Transporten zurückgehen müssen. Bei der Kohle richten wir uns schon seit Jahren darauf ein. Ich wäre dankbar, wenn ~~wir~~ die Reichsvereinigung Eisen das in derselben Weise machen würde.

K e h r l : Die gesamte Industrie ist von uns wegen der Verlagerung der Transporte in die Sommermonate angeschrien worden. Die vorliegende Jahresbilanz ergibt ein trügerisches Bild insofern, als bei den meisten Bedarfsträgern der erhöhte Bedarf im 3. und 4. Quartal gefahren ist und gerade in diesen beiden Quartalen die Reichsbahn weniger fahren kann, so dass wir im 3. und 4. Quartal die Zuteilung aus den Haldenbeständen, die wir selbstverständlich trotzdem schaffen müssen, nicht in dem notwendigen Umfange vornehmen können.

Reichsminister S p e e r : Das Gute an der Reichsvereinigung Kohle war, dass sie etwas jongliert und sich nicht auf ein Jahr stur festgelegt hat. Bei den Riesenmengen, um die es sich handelt, werden wir immer wieder zusammentreten müssen. In der heutigen Sitzung können wir nur Richtlinien geben, wie man im Laufe des Jahresverfahren will. Aber das bedeutet keine endgültige Festlegung.

K e h r l : Man kann das nur von Monat zu Monat machen.

Reichsminister S p e e r : Aber es steht fest, dass wir die Erhöhung der Kohlenförderung auf jeden Fall durchziehen müssen, auch wenn der Verkehr der Meinung, dass er die Bestände im Moment nicht abfahren kann.

G a n z e n m ü l l e r : Im Herbst wird das einige Wochen lang Schwierigkeiten machen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Reichsminister S p e e r : Darüberkommen wir in irgendeiner Form schon hinweg.

M e i n b e r g : Ganzenmüller wollte sagen: es wird im Herbst schwierig sein, die Mehrförderung dem Verbraucher zuzuführen. Bei der Kohle können wir einen ganzen Teil auf Halde lagern. Das haben wir in jedem Winter getan, hatten es aber in diesem Winter in dieser Masse nicht nötig.

K e h r l : Eine grosse Entlastung für den Herbst können wir aus Kohlenmangel nicht schaffen, nämlich beim Hausbrand. Wir können ihn nicht einmal normal mit ein Zwölftel befahren, weil die niedrige Förderung zu schweren Einbrüchen in die Industrie führen würde. Da liegen wir nach den Vorberechnungen für Mai weit unter dem Vorjahre. Das ist sonst die Quelle, mit der wir bevorraten. E

S o g e m e e r : Im vorigen Jahre hatten wir einen Halbenbestand von über 4 Mio, in diesem Jahr etwa 3/4 Mio t.

Reichsminister S p e e r : Man muss jedenfalls auf die Kohlenherzeugung mit aller Macht drücken, gleich, wie es ist.

Ich habe hier eine Aufstellung, wie sich die Sowjetgefangenen verteilen. Insgesamt sind 368 000 vorhanden. Davon sind in der Landwirtschaft 101 000, in Bergbau 94 000 - diese kommen sowieso nicht mehr dafür in Frage -, in der Baustoffwirtschaft 15 000, in der Eisen- und Metallgewinnung, also Erzbergbau und eisenschaffende Industrie, 26 000 - davon dürften auch keine abgezogen werden -, Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung 29 000, Maschinen-, Kessel- und Fahrzeugapparatebau, also Rüstungsindustrie, 63 000, chemische Industrie 10 000. Die Landwirtschaft hat also weitaus das Meiste, und dort könnte man doch im Laufe der Zeit gegen Frauen umlagern. Die 90 000 russische Kriegsgefangenen in der gesamten Rüstungsindustrie sind zum grössten Teil Fach-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1710

kräfte. Wenn Sie 8- bis 10 000 herausziehen können, wird es sehr viel sein.

K e h r l : Kann man nicht Serben usw. dazu nehmen?

S o g e m e i e r : Wir dürfen nicht zu sehr mischen.

R o h l a n d : Um Gottes willen keine Serben! Bei der Mischung haben wir ganz schlechte Erfahrungen gemacht.

Reichsminister S p e e r : Wir gehen bei der Verteilung von dem grossen Aufkommen von 290 Mio t aus. Wenn die Bedingungen dafür nicht erfüllt werden können, wird es sich auf die ganze Hausbrandversorgung sehr wesentlich mit auswirken. Darauf müsste man auch Sauckel aufmerksam machen, dass, wenn die Arbeitskräfte nicht gestellt werden, die psychologische Wirkung auf die Bevölkerung an sich sehr schwerwiegend wäre.

M e i n b e r g : Namentlich wenn die Arbeitertransporte immer 1½ Monate später kommen als angekündigt, bedingt das einen Anfall für die Mehrarbeiter von 10%. Dann werden die 290 Mio t bei weitem nicht erreicht, sondern höchstens 260 Mio. Soviel macht die Verzögerung in der Gestellung aus.

Reichsminister S p e e r : Wie sollen wir nach Ihrem Vorschlag weiter prozedieren, Kehr!

K e h r l : Wenn ausreichende Massnahmen wegen des Arbeitseinsatzes sichergestellt sind, haben wir kein Verteilungsproblem. Das Verteilungsproblem ist aber unlösbar, wenn wir weniger als die 295 Mio t verteilen, d.h. wenn wir weniger als 282 Mio fördern. Nach dem, was Timm eben sagt und was wir diskutiert haben, werden wir mit den Massnahmen nicht hinkommen. Er will 22 000 aus dem Inlande nehmen, dazu 10 000 russische Kriegsgefangene, insgesamt 32 000. Für die übrigen warten wir auf den lieben Herrgott und das Generalgouvernement. Nach den bisher-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

gen Erfahrungen werden wir sie nicht bekommen. Die Herren im Generalgouvernement wegen Lebensgefährdung die Werbung zurückziehen müssen, weil sie in gewissen Gebieten gar nicht werben können. Wir werden also mindestens mit grossen Verzögerungen zu rechnen haben, und jede Verzögerung bringt sofort einen Ausfall, in dem weniger gearbeitet wird.

T i m m : Es handelt sich bei den Zahlen um Vorausberechnungen, und keiner kann dafür garantieren. Ich habe auch bewusst auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Ich bin aber Optimist genug zu glauben, dass wir die Zahlen trotzdem erreichen werden. Ich habe auch gesagt, dass wir hoffen, im Mai die Rückstände aus dem Generalgouvernement trotz aller Schwierigkeiten zu schaffen. Wenn man bei seinen Berechnungen Pessimist ist, kommt man überhaupt nicht zum Abschluss.

K e h r l : Das Risiko, das wir bei d-er Kohle eingehen, ist aber zu gross. Dem Optimisten in Ehren, aber soviel, wie wir brauchen, werden wir überhaupt nicht beibringen können. Wir können hier kein Risiko eingehen.

Reichsminister S p e e r : Wer soll Ihnen die Hunderttägige Garantie geben?

K e h r l : Wir müssen die Leute nehmen, die wir schon haben. Das ist die einzige Garantie, die wir haben.

(Hr. Speer: Ganz ausgeschlossen!)

Im Verhältnis zu der Zahl, die schon bei uns arbeiten, 20- bis 30 000, die wir abziehen, fast nichts aus. Sie sind die gesamte Industrie von entscheidender Bedeutung. Wir brauchen im ganzen 24 Mio Leute. Wenn wir 25 000 direkt aus unseren Leuten herausziehen, so ist das für die Fertigung nichts, es für die Gesamtindustrie ganz ausschlaggebend.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Reichminister S p e e r : Ausgeschlossen!

S c h i e b e r : Nach meiner Ansicht sollte der OBArbeit folgendes machen: Aktion zur sofortigen Freistellung von mindestens 30 000 Arbeitern aus der Landwirtschaft, um sie dem Kohlenbergbau zur Verfügung zu stellen. Dafür sind der Landwirtschaft, die sowieso dringend zusätzliche weibliche Arbeitskräfte braucht, alle weiblichen Arbeitskräfte, die hereinkommen, zuzuführen. Ich halte eine Versorgung des Bergbaus nur noch aus der einzigen wirklichen Reserve kräftiger Männer, die wir von Ausländern noch haben, nämlich aus der Landwirtschaft, noch für möglich. Sie sind auch gut geführt und können etwas leisten.

Reichminister S p e e r : Es kommt nur darauf an, in welcher Zahl sie die Leute von draussen hereinfließen.

S c h i e b e r : Wenn sowieso nichts hereinkommt, kommt für den Bergbau ganz sicher nichts herein.

T i m m : Der Gauleiter Sauckel ist fest überzeugt, dass die Transporte in Kürze laufen. Die Front steht ja jetzt erst wieder.

S c h i e b e r : Wir dürfen dankbar dafür sein, dass es die Witterung dem Landwirt erlaubt hat, mit den sehr ~~unzureichenden~~ geringen Arbeitskräften, die er hat, halbwegs rechtzeitig fertig zu werden. Für den Landwirt ist auch die Bereitstellung der Kohle genau so wichtig wie für die ganze Rüstungsindustrie. Wenn wir morgen an das Problem des Stickstoffs kommen, werden wir wieder dasselbe sehen; wir brauchen die Kohle.

K ö r n e r : Am 1. April hatten wir in der Landwirtschaft einen Fehlbedarf von rd. 600 000 Menschen. Er sollte durch Wiedereinführung von Kräften aus dem Osten gedeckt werden, hauptsächlich

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

durch Frauen. Diese Kräfte müssen erst gestellt werden, ehe wir andere Kräfte aus der Landwirtschaft herausziehen. Wir kommen jetzt in die Zeit der großen Feldarbeit, die viele Menschen erfordert. Das Hacken der Früchte bringt viel Arbeit, und hoffentlich wird in diesem Jahre die Ernte frühzeitig beginnen, wobei eine Auswechslung von Kräften sehr große Erschwerungen im Gefolge hätte.

K e h r l : Relativ gesehen steht die Landwirtschaft gegenüber dem Bergbau mit Arbeitskräften besser da. Es werden noch Meliorationen durchgeführt, die man im Frieden nicht hätte machen können. Dagegen kämpfen wir im Bergbau um 20- bis 30 000 Mann. Diese Leute sollten aus den 24 Mio nicht aufzubringen sein? Der Bergbau steht deshalb schlecht da, weil nur ganz bestimmte Kategorien von Arbeitern brauchbar sind. Er wird auf die Leute aus dem Generalgouvernement oder auf Russen vertröstet. Wenn sie nun aber nicht kommen!?

S o g e m e i e r : Die 30 000 sind doch nur der Ersatz für die bei der SE-Aktion herausgezogenen Leute. Damit fördern wir gerade 260 Mio, bestensfalls 275 Mio t. Wir müssen also mehr Leute bekommen als die 30 000.

K e h r l : Ich habe das nur zusätzlich gemeint: zu denen, die aus dem Generalgouvernement kommen, einmalig mindestens 30 000 Mann.

Reichsminister S p e e r : Wie sieht es im Protektorat aus, Herr Timm? Können wir von dort nichts herausholen?

T i m m : Wegen der Verlagerung von Aufträgen ins Generalgouvernement sind die in Aussicht genommenen Besprechungen wegen dieser Frage abgesetzt worden.

Reichsminister S p e e r : Trotz der Verlagerung, die ins Protektorat stattfindet, ist das Menschenreservoir immer noch

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

so, dass man immer noch etwas herausziehen kann. Ausserdem können wir nicht unbegrenzt verlagern, wie wir es gerne wollen, sondern sind wegen der Energiefrage am Ende angelangt.

T i m m : Das entspricht genau unseren Anschauungen. Die Besprechungen, die in Prag stattfinden sollten, wurden aber abgesetzt.

Reichsminister S p o e r : Die örtlichen Stellen sagen immer, dass nichts herausgegeben werden kann.

T i m m : Wir wollten das in Prag festlegen, weil wir auf Grund von Prüfungen festgestellt hatten, dass erhebliche Uebersetzungen an Facharbeitern vorhanden sind und dass ein starker Abzug von Kräften erfolgen könnte. Dann wurde aber als Stellungnahme des Ministeriums uns mitgeteilt, die Besprechung könne nicht stattfinden, weil die Verlagerung alle Kräfte aufsauge.

W e g e r : General Dulmege und Gauleiter Sauckel legten Wert darauf, dass Sie, Herr Minister, an der Besprechung teilnehmen. Ich bin der Ansicht von Timm und habe auch Börnekamp gesagt, dass er zweifellos noch Kräfte im Generalgouvernement auch bei der Arbeitsverlagerung freimachen kann, weil die Energiefrage im Protektorat sich erst im nächsten und übernächsten Jahr voll auswirkt. Vorher kann er gar nicht so viel Kräfte brauchen. Er muss also unbedingt etwas abgeben.

M i l l e r : Man müsste aus dem Protektorat gewisse Gebiete, wo geradehin verlagert ist oder wird, ausnehmen und aus ihnen nichts wegnehmen, bis man später feststellt, dass dort ein Ueberschuss an Leuten ist. Zunächst ist er nicht da. Es gibt aber genug andere Gebiete im Protektorat, die nicht für den Industriesaufbau in Frage kommen und aus denen man sofort etwas herausnehmen könnte. Man müsste die Orte bestimmen, die nicht betroffen

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

werden dürfen.

T i m m : Dabei müssten die Dienststellen drüben beteiligt werden, die uns gut sagen können, wo nicht weggenommen werden darf.

M i l c h : Wenn man es so macht, wie ich es vorgeschlagen habe, was auch der Ansicht von Timm entspricht, kann kein Schaden entstehen. Man soll es unbedingt tun. - Im übrigen bin auch ich der Meinung: wir müssen jetzt für den Kohlenbergbau unbedingt Leute heranbringen. Die Masse der Kräfte, die wir aus dem Osten bekommen, werden ja Frauen sein. Die Frauen aus dem Osten sind aber an die landwirtschaftlichen Arbeiten gut gewöhnt, ganz besonders an die Arbeiten, die in den nächsten Wochen für die Landwirtschaft entstehen, das Hacken und Verziehen der Rüben usw. Dazu kann man die Frauen durchaus nehmen. Nur muss man auf eins achten: Man muss der Landwirtschaft zunächst die Frauen geben und erst dann die Männer wegnehmen, Zug um Zug. Es ist schlecht, wenn die Männer weggehen und die Landwirte sitzen nun 4 bis 6 Wochen ohne Ersatzkraft da. Wenn die Frauen dann kommen, kommen sie zu spät.

Reichsminister S p e e r : Ausserdem sind wir noch bereit, aus der gesamten gewerblichen Kriegswirtschaft in Austausch gegen Frauen russische Kriegsgefangene und andere Russen freizugeben, soweit sie als Hilfskräfte tätig sind..

T i m m : Das sollte morgen früh mit Backe erörtert werden. Im Herbst haben wir der Landwirtschaft 230 000 Kräfte weggenommen, die wir für das Frühjahr ihr wieder versprochen haben, was wir aber nicht in dem Umfange erfüllen konnten. Die Landwirtschaft forderte einen Bedarf von über 900 000 Mann. Wir haben das nie anerkannt, sondern nur 5- bis 600 000. Dass im Augen-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1710

blick ein echter Bedarf besonders in den Hackfruchtbezirken besteht, ist sicher. Im Augenblick ist die Rübensart gedreht, und in 3 bis 4 Wochen beginnen die Verzieharbeiten. Das ist die einzige Zeit in der Landwirtschaft, wenn wir nicht ganz ungünstiges Wetter bekommen, wo wir einsetzungslos in Schwierigkeiten kommen. In der Erntezeit schaffen wir es immer durch innerdeutsche Massnahmen, wenn nicht gerade Rüben und Körner zusammenkommen, wie in früheren Jahren.

M e i n b e r g : Bei den Leuten aus dem Protektorat braucht es sich nicht nur um solche aus der gewerblichen Wirtschaft zu handeln. Während bei uns Millionen Bauern eingezogen sind, ist aus der Landwirtschaft aus dem Protektorat überhaupt nichts eingezogen.

T i m m : In Protektorat waren vor dem Kriege sehr viele Wanderarbeiter aus der Slowakei in der Landwirtschaft beschäftigt. Das ist aber jetzt restlos unterbrochen, so dass damit praktisch ein erheblicher Sog stattgefunden hat. Das Protektorat bekommt keine Wanderarbeiter aus der Slowakei mehr.

K e h r l : Ich möchte nochmals darauf hinweisen, wie dringlich es ist, dass wir sofort Arbeiter bekommen, und noch einen Gesichtspunkt hinzufügen. Wir sind im Mai und Juni nicht in der Lage, auch nur den Jahresdurchschnitt des Kohlenexports nach Schweden zu liefern, während wir im Sommer 30% mehr liefern müssten, weil im Winter nicht gefahren werden konnte. Wir kriegen uns Verrecken das Eisenerz von Schweden nicht, wenn wir die Kohle nicht liefern. 5 Mio. t sollen wir im Jahre liefern. Wir haben den handelsüblichen Abschlag von 300 000 t bei der Verteilung kalkuliert. Aber bei der Förderung, wie sie gegenwärtig

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

ist, können wir sie nicht annähernd fahren. Die Förderung muss mit einem Ruck hochkommen, d.h. mit Zuweisung von Arbeitskräften, die sofort einsatzfähig sind. Alles, was aus dem Osten kommt, dauert. Die Frauenwerbungen beginnen erst, dann werden sie aussortiert, dann kommen die Transporte, so dass wir vor Juni Juli nichts davon sehen. Es kommt darauf an, dass wir sofort einsatzfähige Kräfte bekommen, dass wir etwas kriegen, sonst ist die ganze Basis unserer Erwägungen Unsinn.

folgt S. 31!

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1710

Dr. Eggeling/Fr

31

S p e e r: Sauckel hat eine Monatsquote von 400 000 bis 500 000 als Zuwachs die nächsten Monate im Reich von außerhalb vorgesehen und jetzt vielleicht 300 000.

T i m m: Das hoffen wir zu erreichen. Darunter ist ein erheblicher Teil aus dem Westen.

S p e e r: Wenn 300 000 insgesamt, gering geschützt, aus dem Ausland nach Deutschland kommen, müßte es doch möglich sein, durch ein Tauschverfahren 70 000 aus der deutschen Industrie freizumachen für den Kohlenbergbau. Ich wende mich nur dagegen, daß man die 70 000 aus der Industrie und aus der Landwirtschaft herauszieht, ohne Ersatz dafür zu geben.

H e h r l: Der minimale Rückgang der Fertigung, der dadurch eintreten würde in diesen 4 bis 6 Wochen ist kaum wahrnehmbar. Aber das Stillliegen der Werke, weil sie die Kohle nicht kriegen, schlägt kolossal zu Buche.

S p e e r: Es können auch andere sein, nicht nur Frauen. Franzosen kommen auch ungelernte herein. Die kann man auch in die Rüstung nehmen und dafür Russen abgeben.

R o h l a n d: Der Bergbau muß eine absolut sichere Zusage bekommen. Vom Bergbau hängt alles ab. Wir haben es ein Jahr lang erlebt: alles krankt daran. Alle Zusagen über Leute aus Polen, dem Protektorat, Rußland sind zu unsicher und ihr Einsatz braucht Zeit. Es ist mit $\frac{1}{2}$ Jahr bis 4 Monate zu rechnen, bis die Aktion zur Auswirkung kommt. Hier ist es so, daß tatsächlich der Einbruch schon da ist. Wir sind an der Fuhr von fast 400 000 auf unter 400 000 gekommen. Die Lücke ist also schon da.

S o g e m e i e r: Ich kann das für folgende Zahlen belegen. Wir haben der Reichsvereinigung Eisen die gewünschte

Mehrmenge an Koks auf rund 700 000 t für den Mai nur dadurch zu-
sagen können, daß wir einen Eingriff in den Hausbrand machen, ge-
wissermaßen aus den künftigen Hausbrandlieferungen vorschneiden.

S p e e r : Das ist die Verantwortung, die Gauckel auf
sich nehmen muß, daß man vom Handbrand wegnimmt und daß unter
Umständen die Bevölkerung im Winter frieren muß.

Herr Timm, wann kommt Gauckel zurück?

(Timm: Nach Ostern!)

Sie können heute nochmal telefonieren, so daß Sie morgen früh
ungefähr Bescheid sagen können.

Für uns würde es so sein, daß man diese 70 000 Menschen
aus den Zugängen, die jetzt von Gauckel aus dem Ausland kommen,
vorweg abgibt, und zwar, wenn es notwendig ist, im Wege des Taus-
ches, daß also die Gesamtwirtschaft die Russen, die russischen
Kriegsgefangenen abgibt, und dafür aus den 300 000 entsprechende
Ersatzkräfte gestellt bekommt. Aber vorweg abgeben, das mache
ich nicht, ist auch gar nicht notwendig.

K e h r l : Dringend notwendig! Ich bin der Ansicht, daß
Gauckel die Anweisung erhalten sollte, 70 000 unter allen Umstän-
den dem Kohlenbergbau zuzuführen, und daß, ^{wir} ~~was~~ anderwärts wegnehm-
en müßten, durch Neuzugänge zu ersetzen. Dann bleibt das Risiko
nicht beim Kohlenbergbau, dann ist ein Einbruch bei allen Übri-
gen auch.

S p e e r : Das machen wir nicht. Wir gehen zum nächsten
Punkt über.

L a n d f r i e d : Noch ein Wort hierzu! Wäre es nicht
zum mindesten möglich, daß die 70 000 schon ausgesucht und be-
zeichnet sind, damit es in dem Augenblick, wo die anderen kommen
wenigstens Zug um Zug geht.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1710

S p e e r : Das kann man sowieso machen. Die Befassung soll ja gleich losgehen. Da muß auch die Landwirtschaft mit herangezogen werden. Das wird morgen noch einmal mit Backe besprochen.

K e h r l : Wir kommen dann zur

Koksbilanz.

S o g e m e i e r : Der Bedarf an Koks beziffert sich auf 68 Millionen t. Wir haben eine praktische Koksofenkapazität von 56,6 Millionen t, und wenn die Einfuhrzahlen dazukommen, 59,9. Gegenüber dem angemeldeten Bedarf würde ein Minus bleiben von 8 Millionen t. Wenn wir berechnen, daß wir auf eine Eisenerzeugung von 2,8 Millionen t Kontingentgewicht vom zweiten Vierteljahr an kommen, müßten wir einsetzen für die eisenschaffende Industrie 33,4 Millionen t Koks. Dann würden wir, wenn wir eine Reihe von den übrigen Verbrauchern kürzten - z. B. den Hausbrand ^{auf} 9 Millionen t, eine Kürzung von 12 auf 10 Millionen war schon vorgesehen im Rahmen der 20%igen Kürzung, und die Ausfuhr von 5,6 auf 4,5 Millionen t -, würden wir dieses Minus von 8 Millionen auf 3 Millionen mindern können. Es handelt sich also darum, woher diese Differenz von 3 Millionen t genommen werden könnte. Ohne Erstellung zusätzlicher Koksofenkapazitäten können wir mehr Koks nicht zur Verfügung stellen.

S p e e r : Sobald Sie aber mehr Arbeitskräfte haben, ist es in Ordnung?

(Zuruf: Nein, neue Kokereien!)

Der Fehlbedarf von den 3 Millionen ist dann aufzubringen?

S o g e m e i e r : Nur wenn wir zusätzlich Koksofenkapazität schaffen, wenn wir die Koksofenkapazität voll aus-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1710

Zentrale Planung

22.4.1943

Z. S. Kung

Die Lauffträge für den Vierjahresplan. Berlin 1.3., den 20. April 1943
Zentrale Planung. Leipziger Str. 3.

Z. 1. 62

Gefährliche Güter!

34 Ausfertigungen
24 Ausfertigung!

Ergebnisse

der

37. Sitzung der Zentralen Planung am 22.4.1943, 17.30^h.

Lebenvolumen 1943.

Eisenschaffende Industrie:

Krupp-Rheinhausen wird stillgelegt, auf die freiwerdenden Eisensmengen hat Krupp die Verhand, der sich innerhalb 4 Wochen über ihre Verwendung erklären soll. Donawitz soll zunächst weiterlaufen, ist jedoch innerhalb des geplanten Eisensplanes zu prüfen. Den Hermann Göring-Werken werden 22.914 t Baueisen und ein Bruchvolumen von 40 Mio. zugesprochen; der Wohnungsbau fällt weg. Erdbrech-, Web- und Sinteranlagen in Höhe von 20 Mio. für 1943 werden genehmigt.

Energiawirtschaft:

Das Eisenkontingent (Maschinen- u. Baueisen) wird wie folgt festgelegt.

II. und III. Quart. 1943	70.000 t	note
IV. " " "	60.000	"
I. " II. " 1944	50.000	"
ab III. " "	mindest 40.000	"

Ab III/4 muß über Mengen, die 40.000 tnote übersteigen, jeweils gerundet verhandelt werden.

Der Gl Energie wird nach diesen Eisenkontingenten seine Rauten erneut berechnen und der Gl Bau melden. Die den Eisenkontingenten entsprechenden Metallmengen werden in Aussicht gestellt.

Energielieferungen des Vbs-Personbegr wird, obwohl

EE

ab 1. April 1946 - 48 in Leistung geht, weitergeführt unter der Voraussetzung, daß die Stromerzeugung in das allgemeine Netz laufen kann; die Deckung des Energiefehlers durch die Reichsbank ist von Schulze-Nielsen/Ganzert 110. festzulegen.

Bergbau

Das beantragte Bauvolumen wird zugestimmt. Zeche Mariel soll in den Beschäftigungen weiter getätigt, die Kraftwerksanlage dagegen bis 1/14 zurückgestellt werden. Die ostschlesischen Bergbauverhältnisse werden vom OB Bau noch örtlich untersucht; OB Bau wird Bericht erstatten.

Marine

Das beantragte Bauvolumen wird mit den vorgesehenen Einsparungen (Liel, Kollert, Aurich) genehmigt.

Luftwaffe

Die vorgesehenen Forschungsarbeiten (Ätzen und Feinsing) sind zu beschleunigen (Stoffen/steriliser). Elektrowerk Harbin ist hinsichtlich der Anbaustufe II zu Herprüfer mit der Aufgabe, das Kanonenrohr dort zu fertigen ist, wo er mit geringstem Einsatz am schnellsten zum Tragen kommt; FVE wird neuen Vorschlag einreichen. Die vorgesehenen Flekturverfahren sind weiter durchzuführen.

Reichsbahn

Außen Rhythol wird für 1943 mit 0,5 Mio. RM anerkannt, der 1. April 1944 mit 1,9 Mio. RM wird gestrichen. Stabsch-Artwork, Kraftwerk Uttendorf werden weitergeführt. Speicheranlage Weisse und Tauerndorfsperre werden zu 30% genehmigt; über ihren Weiterbau ist später zu entscheiden. Kraftwerk Jenseit 1. ist vorläufig zurückzustellen.

GR. Ch. n.

Das Leichtmetallprogramm Norwegen war ursprünglich wie folgt festgesetzt. Sofortprogramm wurde gestrichen.

Iria

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

- 3 -

Tylin-Aluminium + Kraftwerk, Heroen-Tonerde, Tylin-Tonerde ganz, Lustau II, Lande Kraftwerke, Tyasse II und Eichen-Aluminium.

Es wird jetzt wie folgt festgesetzt:

Land 2/3, Tylin-Aluminium + Kraftwerk, Heroen-Tonerde, Tylin-Tonerde 1/2, Lustau II kommt ganz in Wegfall. Heroen-Aluminium kann erst dann zum Abschluß (auf 9.000 t Al-Kapazität) gebracht werden, wenn auf den anderen Arbeitsstellen Arbeitskräfte freierwerden; sodann ist neuer Beschluß der Z.P. herbeizuführen.

Von dem übrigen Aluminiumprogramm bleibt der Bauplan I bestehen, Bauplan II wird zurückgestellt bis auf Lustau II und Magnesium Moosbierbaum 1/2, außerdem läuft der Ausbau Komoran/Ungarn.

Die erhöhte Hochleistungstreibstoffherzeugung, mindert die übrige Treibstoffherzeugung um weniger als 3%, sie soll deshalb durchgeführt werden, d.h. DHD Lenna und anschließend Heydebreck, Blechhammer werden fortgeführt. Krauch legt das folgende Erzeugungsprogramm fest.

	Mineralöl insges.	Flugbenzin		Hochleistung- treibstoff	
		normal	maximal	normal	maximal
1942	6,3				
1943	7,6		1,6	0,56	
1944	9,2	2,32	3,1	1,8	2,0
1945	9,2	2,58	3,39	2,46	2,72

Zwecks Übersicht über den Mineralölverbrauch sollen die drei Teilmächte veranlaßt werden, ein Minimal- und Maximalprogramm ihres Bedarfes bis einschl. 1944 vorzulegen (Vorbereitung Kehr).

Die Überprüfung der Fortführung von bereits in Angriff genommenen Vorhaben für den 1945-Plan und sonstige Programme (z.B. Lustau II, Tatenstedt, Moosbierbaum-Stabilisator, Tanol-Schlesien, Moosbierbaum-SS-01 usw.) ist beim GI Chem noch in Arbeit.

Neue Bauvorhaben sind geplant für Melonsäure, Hefe,
Stickstoff

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

- 4 -

Stickstoff (zu letzteren vgl. 39. Sitzung), Buna S 38, tropenfeste Holzleimmittel, Isoliermaterial, T-Stoff-Programme.

Der von Krauch vorgeschlagene Verlagerungsplan für Flusssteigeröl (sofortige Verlagerung französischer Anlagen nach Galizien und Verlagerung aus Hamburg erst Ende des Jahres) wird genehmigt. (Erzeugung 1944 141.000 t, Maximalbedarf 146.000 t, 1945 196.000 t, Maximalbedarf 198.000 t).

Zur allgemeinen Lufttreffbarkeit des GB Chem. Plans weist Krauch darauf hin, daß entgegen früher, wo die Linie östlich der Elbe gesperrt war, heute die Verlagerung nach dem Osten erforderlich ist. Krauch macht Zahlenangaben über das Ausmaß der Luftgefährdung je nach der Linie Hamburg - Ruhr - Süddeutschland oder Hamburg - Elbe oder Stettin - München. Für hervorragenden Einsatz, insbes. der deutschen Frauen bei der Luftabwehr, werden Auszeichnungen zugesagt. Bei der Vernebelung sind die Hydrierwerke vor allen anderen zu berücksichtigen, ebenfalls vorrangig die 5 - 6 wichtigsten Kraftwerke; die Objekte sind Generalfeldmarschall Milch zu melden. Im Festen soll grundsätzlich kein Vorhaben mehr, auch nicht das Kleinste, geteilt werden; Ausnahmen sind dem Reichsmarschall zur Genehmigung vorzulegen.

Die Frage des Schutzes der rumänischen Raffinerien ist zu prüfen. Die zur Rumänienumstellung (Freimachung von 400.000 t Heizöl) erforderlichen Lieferungen sind durchzuführen, gegebenenfalls durch Aufnahme in die Grundstoffdringlichkeit (vgl. 39. Sitzung). Die Verlagerung der Raffinerien aus Frankreich soll auf dem Verhandlungsweg erreicht werden.

Das gesamte Leuvolumen des GB Chem in Höhe von 750 Mio.RM (700 - 30 Einarrundungen) wird um 100 Mio. gekürzt; die Kürzung wird vom GB Chem selbst vorgenommen und beschleunigt nachgewiesen werden. Für die neuen Leuvorhaben erhält GB Chem zusätzlich 100 Mio.RM, so daß das Leuvolumen des GB Chem insgesamt für 1943

750 Mio.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

- 5 -

750 Mio. M. beträgt. Im einzelnen wird noch bestimmt, daß Scherding und Brauman zurückgestellt werden. Pettan II soll durchgeführt werden, Martin II ist stillzulegen, ob d. weind oder vorläufig, wird späterer Entscheidung vorbehalten. Der Fulver- und Sprengstoffplan ist vorweg voll zu bedienen.

Bauvolumen insgesamt:

Insgesamt ist das Bauvolumen von ursprünglich 10 Mia. auf rd. 3 Mia. herabgedrückt worden. Für die Durchführung des Bauvolumens von 3 Mia. besteht noch ein Fehlbedarf von 105.000 Mann. Der GB Bau wird ermächtigt, von sich aus eine Überprüfung der Vorhaben über 3 Mio. analog der jetzt durchgeführten Überprüfung der Vorhaben über 5 Mio. durchzuführen. Über das Einsparungsergebnis der Überprüfung von Vorhaben über 5 Mio. wird GB Bau Bericht erstatten.

Dr. Stoffler.

Anwesend:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Staatsrat Schlichter
Oberbürgermstr. Lischel
Prof. Kettlag
Herr Schlichter
Dr. Stollwag
Dr.-Ing. Geornay
Gen. Maj. Baogor
Min. Rat Wismann
Herr Weinmann

Kr. Dr. Kehrle
Div. Müller-Zimmermann

Min. Dir. Grunsch
Min. Rat Stoffler

Min. Dir. Cofka
Gen. Maj. v. d. Heyde
Ober-Stabs-Ing. Sell
Stabs-Ing. Schmiedler
Gen. Dir. Feestrick

RM.f.B.u. Mun.

"
"
"
"
"
"
"
"

R W Z

V P

"
R I M

"
"
"
"

Staatssekretär

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1689

- 6 -

Staatsschreiber Ganzonmüller	A. V. E.
Min. Dir. Rudolph	"
Min. Dir. Tinn	G. L. A.
Landrat Lork	"
Staatsschreiber Schulze-Fielitz	Gl. f. W. u. E.
Min. Dir. Barth	"
Hr. Holzmenn	"
Min. Rat Stoffers	G. L. Bau
Oberbaurat Beilitz	"
Prof. Krauch	G. L. Chem
Dr. / d. Müller	"
Dr. Wahn	"
Normationsrat Röchling	A. V. E.
Hr. Rohland	"
Hr. Beck	"

Verteiler.

	1. Ausfertigung
Reichsminister Speer	2. "
General-Liepmannschall Milch	3. "
Staatsschreiber Köhner	4. "
Stadtrat Schlichter	5. "
Min. Dir. Gajka	6. "
Min. Dir. Grawsch	7. "
Dr.-Ing. Göttinger	8. "
Min. Rat Stöffler	9. "
Oberbürgermeister Michel	10. "
Prof. Kottlage	11. "
Herr Schlichter	12. "
Gen. Dir. Wanger	13. "
Min. Rat Wißmann	14. "
Hr. Schrl	15. "
Hr. Müller-Zimmermann	16. "
Gen. Dir. v. d. Heyde	17. "
Staatsschreiber Ganzonmüller	18. "
Hr. Westrich	19. "
Min. Dir. Tinn	20. "
Staatsschreiber Schulze-Fielitz	21. "
Min. Rat Stoffers	22. "
Prof. Krauch	23. "
Normationsrat Röchling	24. "
Registrierung	25. "

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Zentrale Planung, Büro.

Berlin, den 9. Juni 1943.

H.R. Ten H. Ang.

Seiten

Die "Ergebnisse" der 37. Sitzung der Zentralen Planung vom 22. April 1943 betr. Bauvolumen 1943, Seite 2, Seite 4 bis 11 v.u. sind wie folgt zu ändern:

Reichsbahn:

"Ausbau Prostken-Bialystok, 2. Gleis wird mit 3,5 Mio. RM für 1943 und einem Überhang für 1944 mit 1,2 Mio. RM anerkannt. 16,7 Mio. werden gestrichen.

Stubach-Kraftwerke. Vollausbau der Speichereinlage Weißsee und des Kraftwerks Uttendorf werden weitergeführt. Tauernmoossperre wird zurückgestellt; über Weiterbau wird später entschieden. 10 Mio. RM werden gestrichen.

Kraftwerk Ponsberg wird weitergeführt. Der Einbau des 5. Turbinensatzes ist vorläufig zurückzustellen."

gez. Dr. Steffler.

Verteiler.

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall
Staatssekretär Körner
Staatsrat Schieber
Min. Dir. Cejka
Min. Dir. Gramsch
Dr.-Ing. Goerner
Min. Rat Steffler

Oberbürgermeister Liebel
Prof. Hettlage
Herr Schlicker
Gen. Maj. Waeger
Min. Rat Wisemann
Präs. Kehrle
Dir. Müller-Zimmermann
Gen. Maj. v. d. Heyde
Staatssekretär Ganzornmüller
Dir. Westrick
Min. Dirig. Timm
Staatssekretär Schulze-Pielitz
Min. Rat Steffens
Prof. Trauch
Kommerzienrat Röchling
Registratur



Beglaubigt:
Steffler
Verwaltungsassistent.

Leuthale Planning

23.6.1943

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Zentrale Planung.
Z.P.148

Berlin W 8, den 24.6.1943
Leipziger Str.3.

Geheime Reichsangeh.

24 Ausfertigungen
17. Ausfertigung.

Ergebnisse
der

42. Sitzung der Zentralen Planung am 23. Juni 1943, 16 Uhr.

Kohlenlage.

Im Kohlenbergbau, insbesondere im Steinkohlenbergbau, ist die Arbeitseinsatzlage noch immer unbefriedigend und nötigt zu einer Erweiterung der am 22.4.1943 in der 36. Sitzung der Z.P. beschlossenen Maßnahmen.

Die eingehende Erörterung ergibt als zweckmäßigste Lösung die Besetzung der offenen Arbeitsplätze mit russischen Kriegsgefangenen. Hierdurch werden sowohl der Leistung nach einheitlichere Belegschaften als Grundlage der notwendigen Mehrleistungen wie insbesondere eine Einschränkung der Fluktuation erzielt.

1. Aus der z.Zt. laufenden Aktion auf Freimachung von bergbautauglichen russischen Arbeitskräften aus der gesamten innerdeutschen Wirtschaft, welche nicht als angelernte Arbeiter beschäftigt sind, durch Austausch mit neu hereinzuführenden Ostarbeitern, Polen usw. werden bis Ende Juli 43 etwa 50.000 Mann erwartet; diese Aktion ist zu beschleunigen.

Darüber hinaus soll dem Führer als Sofortmaßnahme - RVK und GBA stellen die zahlenmäßigen Unterlagen für den Vortrag beim Führer - vorgeschlagen werden, über die Heeresgruppenchefs 200.000 für Schwerstarbeit taugliche russische Kriegsgefangene aus den Beständen der Wehrmacht und Waffen SS freisetzen zu lassen, welche an Ort und Stelle durch Knappschaftsämter auszuwählen und dann durch Organe des GBA zu übernehmen sind. Eine Erweiterung dieser Aktion ist zur

Deckung

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1690

Deckung des bis dahin aufgelaufenen Kräftebedarfes für Ende 1943 vorzusehen.

Nach Abdeckung des Arbeiterbedarfs des Kohlenbergbaus können aus diesen Kräften die Bergbau-Zubringerindustrie und die eisenschaffende Industrie bedacht werden.

Die Leistung der so einzusetzenden Sowjetrussen soll durch ein Prämiesystem gesteigert werden. Hierzu ist unter Aufhebung der jetzigen Auszahlungsbeschränkungen ein Betrag von etwa 1 RM je Kopf pro Tag dem Betriebsführer freizugeben, der ihn als Prämie für Sonderleistungen nach seinem pflichtgemäßen Ermessen auf die einzelnen Arbeitskräfte zu verteilen hat.

Es muß weiter dafür gesorgt werden, daß die Arbeitskräfte diese, in Lagergeld auszahlende, Prämie in Waren umsetzen können. Als solche kommen gewisse Mengen von Lebensmitteln (z.B. Sonnenblumenkerne u.ä.), Bier, Tabak, Tabakwaren, kleine Gebrauchsartikel usw. in Frage.

Ob darüber hinaus an den Verpflegungssätzen noch etwas zu ändern ist, wird RMH mit Reichsvereinigung Kohle und RWiM klären.

2. In den besetzten Gebieten sind durch Zuteilung von Lebensmittelzulagekarten als Prämien für gute Leistungen die Arbeitskräfte ebenfalls stärker an den Betrieb zu fesseln. Das gilt insbesondere für das Generalgouvernement und die besetzten Ostgebiete. Die Lieferauflage für das Generalgouvernement ist in der bisher beabsichtigten Höhe festzusetzen, wobei die Zulagemengen für Rüstungsarbeiter dann darauf angerechnet werden können.

Dr. G r a s c h .

Anwesend

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

- 3 -

Anwesend:

Reichsminister Speer	
Generalfeldmarschall Milch	
Staatsrat Schieber	Ri.f.B.u.Mun.
Oberbürgermeister Liebel	"
Gen.Major Waeger	"
Dr.-Jng. Goerner	"
Präs. Kehrl	RWM
Min.Dir. Gramsch	V.P.
Min.Dirig. Timm	GBA
Staatsrat Pleiger	RVK
Dr. Sogemeier	"
Dr. Rosenkranz	"

Verteiler:

Reichsminister Speer	1. Ausfertigung
Generalfeldmarschall Milch	2. "
Staatssekretär Körner	3. "
Staatsrat Schieber	4. "
Präs. Kehrl	5. "
Min.Dir. Cejka	6. "
Min.Dir. Gramsch	7. "
Dr.-Jng. Goerner	8. "
Min.Rat Steffler	9. "
Oberbürgermeister Liebel	10. "
Gen.Maj. Waeger	11. "
Min.Dirig. Timm	12. "
Staatsrat Pleiger	13. "
Registratur	14. - 24. "

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

Centrale Planning

27.1943

Der Beauftragte für den Vierjahresplan.
Zentrale Planung

Berlin W 8, den 2. Juli 1943.
Leipziger Str. 7.

W.P. 152 G. 16.

Leistung: Goldbejude! 25 Ausfertigungen
24 Ausfertigung!

Ergebnisse
der

43. Sitzung der Zentralen Planung am 2. Juli 1943.

- I. Wiederaufbau Huls,
- II. Bunnasbau,
- III. Sonderfragen der chem. Erzeugung.

I.

Gegenstand der Besprechung zu I u. II ist das Fernschreiben des Reichsmarschalls vom 26. Juni.

Dir. Ambros, J. Ludwigshafen, gibt einen Überblick über den Schadenaufgang in Huls und die Möglichkeiten des Wiederaufbaues. Huls arbeitete in 6 Produktionsstufen, von ihnen sind 1 - 3 schwer getroffen, am wenigsten 4 - 6. Erforderlich ist deshalb zunächst der Ersatz der Stufen 1 - 3 durch Halbfabrikatzufuhr von anderen Werken. Diese ist eingeleitet, mit ihr können in Huls ab 1. August wieder 1 000 t Buna gegenüber bisher 3 800 t erzeugt werden. Ab Sept./Okt. wird Huls wieder auf eigener Basis arbeiten können. Voraussetzung ist die Erfüllung folgender Anforderungen an Arbeitskräften und Eisen:

Die Arbeiteranforderungen betragen

1. 525 Baufacharbeiter der OT bis 15. Juli. (Die ursprüngliche Forderung von 1 000 - 2 000 OT-Männern ist überholt, da die Belegschaft geschlossen zusammengehalten und sofort auf die vordringlichsten Arbeiten angesetzt werden konnte).
2. 178 techn. Spezialkräfte bis 10. Juli; die JG hat sich bereits durch interne Umlage in Höhe von 70

Mann

2903/2

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

- 2 -

Mann geholfen, der Rest soll aus der Mineralöl-Brigade abkommandiert werden.

3. 350 Mann aus der Pionierlehrkomp., dem RAD und der Luftwaffenbaukomp. zu sofort. Die Bereitstellung ist bereits eingeleitet.
4. Sperrung des Abtransportes der italienischen Fachkräfte (114 techn. Facharbeiter und 122 Fabrikationstechniker).

Die Z.P. sagt die Erfüllung der Forderungen zu 1 - 4 zu, die Einzelheiten sind zwischen JG und Waeger/Nicolai abzusprechen.

Die Eisenanforderung beträgt rd. 4 000 t. Wiederaufgebaut werden soll in Huls nur, was schnellstens wieder zur Auswirkung kommt; was an anderen Stellen wirkungsvoller eingesetzt werden kann, wird verlagert (z.B. Kraftwerk Huls nach Auschwitz). Die Zuteilung des Eisens wird seitens der Z.P. zugesagt, die Hälfte ist bereits angewiesen.

Die Entsendung von Kriegsgerichtsräten in das Werk, die durch langwierige Vernehmungen den sofortigen Wiederaufbau behindern, soll sofort ausgesetzt werden (Körner/Hammerstein).

II.

Der bereits laufende Ausbau Auschwitz für 20 000 t Buna setzt voraus, daß

1. weitere Arbeiter-Abzüge aus Auschwitz eingestellt werden und eine Umsetzung von Arbeitern aus dem Bausektor in den Montagesektor erfolgen kann,
2. zusätzlich 1 000 Montagefachkräfte gestellt werden (400 für Buna, 300 für Fliegerbenzin, 300 für PS-Vorprodukte). Davon sind durch Zwangsauslage innerhalb der JG bereits 200 Arbeiter für Auschwitz zur Verfügung gestellt, doch ist erforderlich, daß die JG dafür 200 Ausländer als Ersatz erhält.

3.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1690

- 3 -

3. das Anschlußgebiet bearbeitet wird. Hierzu ist erforderlich die Herverfügungstellung von Waffen (Handgranaten, Maschinengewehre und Munition) zwecks Bewaffnung der Belegschaft und die Kommandierung von Landeschützen (rd. 2 - 300 Mann). Die Landeschützenkommandierung läuft bereits. Sie ist zu beschleunigen.
4. zusätzlich Häftlinge aus dem LZ-Lager Auschwitz abgegeben werden.

Die Z.P. sagt die Erfüllung der Forderungen zu 1 - 3 zu. Die Einzelheiten sind durch Wagner/Nicolai/Törn zu erledigen. Zu 4. ist umgehend an Reichsführer Himmler heranzutreten (Körner).

Die Erhöhung des Ausbaues Auschwitz von 20 000 t auf 30 000 t erfordert 20 000 t Eisen in 3 Quartalen; Hauptengpaß ist jedoch die Arbeitergestellung und der Apparatebau. Wichtig ist, daß vor allen Dingen der Endstufenausbau (Polymerisation und Füllung) für zusätzlich 10 000 t Buna durchgeführt wird, da in den Vorstufen durch Rohstoffzufuhr von anderen Werken im Bedarfsfalle weitgehend rangiert werden kann. Die Zuteilung von 5 000 t Eisen für diesen Zweck ist arbeitseinsatzmäßig und apparatebaufähig im Anschluß an die Fertigstellung der im Bau befindlichen 20 000 t Kapazität zu verantworten. Die Z.P. sagt 5 000 t Eisen zu; der Apparatebau ist durch Auflagen sicherzustellen (Schieber/Eckell).

Die Planung für ein neues Bunawerk soll schubladefertig gemacht werden; nach Möglichkeit mit Standort im Generalgouvernement (Standort Zistersdorf und Slowakei wird abgelehnt). Die Entscheidung über den Ausbau soll erfolgen, wenn die Lage, insbesondere im Westen, endgültig zu überschauen ist. Erforderlich sind für eine Kapazität von 20 000 t Buna 26 000 t Eisen für die Vorstufen und 5 000 t Eisen für die Polymerisation.

III.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1690

- 4 -

III.

Zur erhöhten Verbildungszugang wird ausreichende Kohlenzufuhr nach Harlarake zugesagt (Kehrl). Zur Rohstoff-sicherung: des Rüstungsprogramms R werden folgende Einzelheiten beschlossen: Die vordringliche Gestellung von 50 Schlossern soll seitens der Luftwaffe erfolgen (Körner/Milch). Der Weiterverbrauch an Glykol für Kälteschutz ist zu sperren zwecks Umschaltung auf Diglykol; ein Gutachten über Kühlung mit Dieselloil ist zu erstatten (Schieber/Holzhauer) und die Umstellung ermöglicht auf Dieselloil bei der Wehrmacht festzustellen (Taeger). Eine gesteigerte Erzeugung von Kokosöl ist durch Umsetzung von Betriebsteilen aus Holland oder den Osten nach dem Generalgouvernement zu erzielen. Eine erweiterte Isolierzeugung soll vordringlich in Aussicht durchgeführt werden. Die Durchführung ist durch Auflagen sicherzustellen, eisenmäßig sind 5 000 t in 3 Quartalen erforderlich; die Eisenmenge wird seitens der Z.P. zugesagt.

Die Rohstoffisicherung des Rüstungsprogramms R ist - unter besonderer Berücksichtigung von C 2 - zentral zu steuern und hat durch Stabsrat Schieber zu erfolgen; analog der Steuerung des PSV-Programms.

Lt. Steffler.

Anwesend:

Reichsminister Speer
Staatssekretär Körner

Gen.Maj. Taeger
Min.Rat Witmann
Oberstltm. v. Nicolai
Dipl.-Ing. Tenschler
Oberbaudirektor Imm

Präs. Kehrl
Lfr. Kolb
Dr. Lickell

R.H.f.B.u.H.n.

"

"

"

"

R.H.f.

"

"

Min.Rat

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1690

- 5 -

Min.Rat Steffler	V.F.
Generaling. Sellschopp	R L M
Regist. M. r	"
Min.Dirig. Tinn	G D A
Prof. Krauch	GB Chem
Lir. Ambros	J.G.

Verteiler:

Reichsminister Speer	1.	Ausfertigung
Generalfeldmarschall Milch	2.	"
Staatssekretär Körner	3.	"
Staatsrat Schieber	4.	"
Präs. Kehrl	5.	"
Min.Dir. Cojka	6.	"
Min.Dir. Gremsch	7.	"
Dr.-Ing. Gerner	8.	"
Min.Rat Steffler	9.	"
Gen.Mat. Meger	10.	"
Min.Rat Wiemann	11.	"
Oberstltm. v. Nicolai	12.	"
Präs. Kehrl	13.	"
Dir. Kolb	14.	"
Dr. Eckell	15.	"
Generaling. Sellschopp	16.	"
Min.Dirig. Tinn	17.	"
Prof. Krauch	18.	"
Lir. Ambros	19.	"
Registatur	20. - 25.	"

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

Leisure Planning

16.2.1944

Der Beauftragte für den Vierjahresplan Berlin, den 16. Februar 1944.
 Zentrale Planung W 8, Leipziger Str. 3
 Z.P. 7. g.Rs.
 Pl. 030 53.

31 Ausfertigungen
 7 Ausfertigung.

Ergebnisse
 der

53. Sitzung der Zentralen Planung am 16. II. 1944
 Arbeitseinsatz 1944.

Zweck der Sitzung ist die Feststellung von Bedarf und Deckung an Arbeitskräften für das I. Quartal und für das ganze Jahr 1944. Einleitend werden die vom Planungsamt vorgelegten Unterlagen besprochen (s. Anlagen 1-6). Anhand des Bedarfsvorschlages des Planungsamtes (Anl. 9) ergeben sich in Aussprache mit den einzelnen Bedarfsträgern folgende Bedarfsziffern:

	I/44	II-IV/44 in 1 000	Jnsg.
Landwirtschaft	70 ¹⁾	70 ²⁾	140
Forst-u. Holzwirtschaft	40 ³⁾	- 4)	40
Rüstung u. Kriegsproduktion	544 ⁵⁾	3 000 ⁶⁾	3 544
Luftschäden	100	50	150 ⁷⁾
Verkehr	85 ⁸⁾	265	350
Verteilung	-	-	-
Öffentl. Verwaltung	62 ⁹⁾	-	62
Wehrmachtsverwaltung	130	-	130
	1 031	3 385	4 416
			Jn

- 1) Außer den 200 000, die zu je 100 000 aus der Industrie u. der Forstwirtschaft zurückfließen.
- 2) Außer dem üblichen Saisonarbeiterbedarf von 62 000.
- 3) Davon 25 000 für die Forstwirtschaft und 15 000, davon 8 000 Frauen, für die Holzwirtschaft gegenüber einem Friedensbedarf von 150 000 männl. und 40 000 weibl. Saisonarbeitern bei jetzt bedeutend erhöhtem Einspruch (1943 70 Mio fm, 1944 30 Mio fm) und besonders starker Auskämpfung durch Einberufung.
- 4) Ab Herbst 1944 die übliche, erforderliche Umsetzung aus der Landw.
- 5) Zusammen mit dem GFA ermittelt als Sofortbedarf für Februar.
- 6) Ab März monatlich 200 000 als Fluktuationsausgleich = 2 Mio für März bis Dezember 1944. Dazu als Ausgleich für Rückfluß an die Landwirtschaft 100 000 (vgl. Anl. 1), von denen 30 000 Angelernte evtl.

-2-

In dieser Aufstellung ist die echte Fluktuation (Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß) als auch die unechte Fluktuation (Arbeitsplatzwechsel) berücksichtigt. Die unechte Fluktuation ist in den verschiedenen Zweigen verschieden hoch zu veranschlagen; für den Rüstungssektor wird sie bis zu 50% der Gesamtfluktuation (vgl. Ann. 6) betragen. Der Gesamtbedarf von rd. 4,4 Mio würde sich dadurch um bis zu 1 Mio senken. Die obige Bedarfsermittlung dürfte somit über den in der Führerbesprechung am 4.I.1944 festgestellten Bedarf, der nur die echte Fluktuation umfaßt und sich auf 4,05 Mio beläuft, keinesfalls hinausgehen:

- | | |
|--|---------|
| 1. Erhaltung des Beschäftigungsstandes in der gesamten Kriegswirtschaft einschl. Landw. bzw. Ersatz von Abgängen infolge Einziehung zur Wehrmacht, Tod, Krankheit, Verabschiedung usw. (echte Fluktuation) | 2,5 Mio |
| 2. Für zusätzliche Rüstungsaufgaben und Aufstockung von Rüstungsbetrieben | 1,3 " |
| 3. Luftschutzbauten usw. | 0,25 " |
| | 4,05 " |

Kehrl erhält den Auftrag, die Größenordnung der echten und unechten Fluktuation zu ermitteln und als Voraussetzung dazu im Auftrage der Zentralen Planung zusammen mit den zuständigen Stellen die Begriffe echte und unechte Fluktuation, ferner die Begriffe Zuweisung, Aufstockung usw.

evtl. in Ringtausch abzudecken sein werden, und rd. 900 000 als Ersatz für Einziehungen, Programmaufstockung usw., alles in allem somit rd. 3 Mio Mann für März bis Dezember 1944.

- 7) 150 000 sind der Minimalbedarf, zusätzlich zu den bis jetzt eingesetzten 70 000 OT, 100 000 Bau u. 113 000 Handwerkern im Orts- und Gauseinsatz und 42 000 zentral eingesetzten Kräften. Die beweglichen Formationen sind zu vermehren und jeweils zu verstärken durch örtl. Unterstützung, insbesondere durch die durch Fliegergeschäden Freigesetzten.
- 8) Davon 75 000 Reichsbahn, 1 000 Binnenschifffahrt, 7 000 Kraftverkehr, 2 000 Leinbahn.
- 9) Davon 27 000 Reichspost und 35 000 Rotes Kreuz.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

-3-

usw. in einer für alle beteiligten Stellen verbindlichen einheitlichen Sprachführung festzulegen.

Dem Bedarf steht als Voranschlag des GBA für 1944 folgende Deckung gegenüber

- | | |
|--|-----------|
| 1. An inneren deutschen Reserven können bei äußerster Anstrengung etwa
Kräfte neu mobilisiert werden (Erfassung der infolge feindlicher Luftwirkung arbeitslos gewordenen Arbeitskräfte, Meldepflicht, Stilllegung, Auskomm-Maßnahmen). | 500 000 |
| 2. Anwerbung von italienischen Arbeitskräften in Höhe von
davon von Januar bis April monatlich 250 000 = 1 000 000 und von Mai bis Dezember 500 000. | 1 500 000 |
| 3. Anwerbung von franz. Arbeitskräften in gleich großen Monatsraten ab 1.2.-31.12.44 (rd. 91 000 monatlich). | 1 000 000 |
| 4. Anwerbung von Arbeitskräften aus Belgien. | 250 000 |
| 5. Anwerbung von Arbeitskräften aus den Niederlanden. | 250 000 |
| 6. Anwerbung von Arbeitskräften aus den Ostgebieten
besetzte ehemalige Sowjetgebiete
baltische Staaten
Generalgouvernement | 600 000 |
| 7. Anwerbung von Arbeitskräften aus sonstigen europäischen Ländern | 100 000 |

rd. 4,2 Mio.

Zusätzlich werden noch folgende Möglichkeiten zur Mobilisierung; weiterer Reserven gesehen: Erhöhung des Fraueneinsatzes (in England sind 61% der 14-65jährigen Frauen, in Deutschland nur 46% zur Kriegswirtschaft herangezogen), insbesondere in der Landwirtschaft (schärfere Anwendung der Göring-Verordnung), Verminderung der Zahl der Hausgehilfinnen, Herabsetzung der Bummelantenschichten (Sauckel/Kehrl/Himmler, es sind hierzu regionale Erhebungen gesondert für Ausländer, Männer und Frauen durchzuführen), Verbesserung des Sanitätssystems (Einsparung bis zu 3%), Ausarbeitung gerechter Akkordlöhne mit entsprechenden Lohnanreiz. Das Planungsamt übernimmt gemeinsam mit GBA

die

2670

Hergestellt im
Bundesarchiv

7.8.1990

-4-

die Prüfung dieser Möglichkeiten einer stärkeren Mobilisierung. Außerdem erhält Kehrl den Auftrag, allgemein die Frage einer Verbesserung des betrieblichen Arbeitsinsatzes zu prüfen. Alle Beteiligten werden ihre Unterlagen über Fehleinsatz von Arbeitskräften dem Planungsgast zu-leiten. Gegebenenfalls wird diese Frage in einer besonderen Sitzung der Zentralen Planung behandelt werden.

Für das I. Quartal 1944 ergibt sich laut Schätzung des GIA folgende Deckung (einchl. unechter Fluktuation von monatlich rd. 50 000):

Zuweisung im Januar	145 000
Zuweisung Februar/März	500 000
	rd. 650 000

In einer weiteren Sitzung der Zentralen Planung wird der Ausgleich von Bedarf und Deckung erfolgen.

S t e f f l e r .

Anwesend:

Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Präsident Kehrl
Min. Rat Steffler

Gen. Ltn. Vaeber
Dipl.-Kaufmann Gauseler
KVV-Chef Bosch
Min. Rat Widmann
Oberstlttn. Schaefer

R u K
"
"
"
"

Landrat Fork

G B A

Staatssekretär Weyler

R u M

Generalinsp. Gellischopp
Stabsinsp. Kaufmann

R L N
"

Staatssekretär Ganzenmüller
Min. Dir. Massenpflug
Min. Rat Hennig

R V M
"
"

Staatssekretär Backe

R E M

Staatssekretär Alpers
Prof. .bets

R P A
"

Staatssekretär Gutterer
Bürgermeister Ellgering

ProMin
"

Gen. Maj. Weidemann
Major Koch

O K W
"

Verteiler

2871

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

-5-

Verteiler

Reichsminister Speer	1. Ausfertigung
Reichsminister Funk	2. "
Generalfeldmarschall Milch	3. "
Staatssekretär Hörner	4. "
Präsident Kehrl	5.-6. "
Dr.-Ing. Goerner	7. "
Min. Rat Steffler	8.-9. "
Gen. Ltn. Waeger	10. "
KVVChef Bosch	11. "
Min. Rat Wismann	12. "
Landrat Berk	13. "
Staatssekretär Heyler	14. "
Generaling. Sellschopp	15. "
Staatssekretär G. von M. ller	16. "
Staatssekretär B. ller	17. "
Staatssekretär Alpers	18. "
Staatssekretär C. ller	19. "
Gen. Maj. Weidemann	20. "
Major Koch	21. "
Planungsamt	22.-23. "
Registratur V.P.	24.-31. "

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

Rep. 502

Nbg. Kriegsverbrecherprozesse

1 Photokopien
— Zz 35

Zentrale Planung
Stenogramm der 53. Sitzung
16.2.44

1851 - 1922

(Blatt 656-728)

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Geheim*Hein*
2. d. 4.

Stenographische Niederschrift

der

53. Besprechung

der

Zentralen Planung

betreffend Arbeitseinsatz

am 13. Februar 1944, 10 Uhr

im Reichsluftfahrtministerium

V. 33. 34. 35.
besucht gegen die Zentralplanung
Leitung im Reichsluftfahrtministerium

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Dr. Janicke/C

1

M i l l e r : Meine Herren, darf ich Sie begrüßen. Wir möchten von der Zentralen Planung aus gern in Verein mit dem GBA in diesem Kreise der Hauptbedarfsträger für Arbeitskräfte über die Frage sprechen, wie in diesem Jahre bzw. im nächsten Quartal die Personalwünsche befriedigt werden können. Wir sind dem GBA sehr dankbar für seine Arbeit auf diesem Gebiete, daß er uns die Möglichkeit gibt, untereinander abzugleichen. Besonders dankbar bin ich für die Bereitstellung des Zahlenmaterials, das ja allen Herren zugängig ist.

Was dieses Material betrifft, so darf ich kurz auf einige Punkte hinweisen.

Zunächst Blatt 1: Einstellungen und Entlassungen. In den 4 vorliegenden Quartalen, und zwar vom 4. Quartal 1942 bis zum III. Quartal 1943 haben wir eine Anforderung von rund 30 Mio Arbeitskräften gehabt, die als Bedarf angegeben wurden. Diese Zahl entspricht der Zahl der Gesamtschäftigten in Deutschland überhaupt. Wenn man die Zahl absolut betrachtet, so kommt man dazu, daß uns die Anforderungen etwas Unerreichbares darstellen. Wenn man sie aber näher betrachtet, so merkt man, daß sich der Saldo, also was man in einem Quartal bekommen hat, für das nächste immer vorgezogen hat. Interessant ist, daß insgesamt 9,75 Mio von den Anforderungen gestellt worden sind. Demgegenüber steht ein Abgang durch Entlassungen nach der Arbeitsbuchstatistik von 6,8 Mio, so daß hiernach ein Überschuß der Einstellungen von rund 3 Mio bliebe. Von dieser Zahl muß aber noch manches abgezogen werden: die Toten, die Vollinvaliden und verschiedenes andere. Es wäre interessant, wenn nachher von Ihrer Seite, Präsident Gehl, kurz über diese letztere Frage gesprochen würde.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Das zweite Blatt zeigt die Kräftezuweisungen der Arbeitsämter vom 1.10.42 bis 1.10.43. Danach ist die Landwirtschaft mit 1,8 Mio recht gut besetzt worden und hat nach Rüstung und Kriegserproduktion den größten Posten von der Beschäftigten in Höhe von 8,7 Mio erhalten.

Es fällt auf, daß die Hauswirtschaft einen sehr großen Zugang von 810 000 Kräften zu verzeichnen hat.

Blatt 3, das die Gesamtkräftebilanz zeigt, macht ersichtlich, daß wir vor dem Kriege 38,6 Mio Gesamtbeschäftigte hatten, während wir jetzt 33 Mio haben, also rund 5,6 Mio weniger. Diese Frage ist auch für das Landwirtschaftsministerium wichtig für die Erörterung der Frage, wie diese Erbeiter ernährt werden.

Am interessantesten ist die letzte Zahl, nämlich die der Beschäftigten Frauen. Vor dem Kriege waren es 14,03 Mio, im Mai 1942 nur 13,9 Mio. Die Zahl steht jetzt um den 31. Mai 1943 wieder auf 14,27 Mio. Das bedeutet, daß 240 000 deutsche Frauen sich bereitgefunden haben, im Kriege mehr zu arbeiten als im Frieden. Darunter sind noch sehr viele Halbtagsfrauen und sehr viele bei der Wehrmacht neu hinzugekommen. Es ist aber doch ein völliges Versagen der Mobilisierung der deutschen Frau für die Arbeit und Rüstung festzustellen. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß die USA 5,5 Mio Frauen mehr in der Arbeit haben als im Frieden, und daß in England ein ähnliches Verhältnis vorhanden ist. So kann man schon dem kriegsgefangenen russischen Offizier nicht sehen, den Gulag mit gegeben wurde, sich in Deutschland umzusehen, wenn er sagt auf die Frage, was ihm am meisten aufgefallen sei, in England führe man den Krieg mit hundertprozentiger Beteiligung, in Deutschland nicht mal mit 40 %. In Mühe und Arbeit von der

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

propagandistischen Seite her hat es nicht gefehlt. Daran liert es also nicht. Ich glaube, der freiwillige Weg ist hier einfach nicht gangbar. In England werden weitere 250 000 Frauen zwangsweise für die "reproduction" eingezogen. Dort ist man also von der milden Form allmählich zur "warsform" gekommen, und das Volk schluckt das ohne weiteres.

K e h r l : In England sind von 17,1 Mio Frauen zwischen 14 und 65 Jahren 10,4 Mio, also 61 %, ganz- oder halbtätig eingesetzt, in Deutschland 31 Mio bzw. 14,3 Mio, also 46 %. In England sind also 15 % mehr Frauen eingesetzt.

M i l l e r : Blatt 4 gibt die Statistik des Allgemeinen "Representants über UK- und zurückgestellte Wehrpflichtige, allerdings mit dem Stande vom 1.10.43, so daß diese Aufstellung inzwischen wohl wesentliche Veränderungen erfahren hat. Interessant sind hier die einzelnen Jahrgänge. Von den Jahrgängen ab 01 sind allein 3,4 Mio noch als UK gestellt anzusehen. Davon sind in der Rüstungsindustrie nur rund 1 Mio. Die starken UK-Stellungen sind einmal bei der Landwirtschaft, außerdem bei der gewerblichen Wirtschaft, Handwerk, Verkehr und Verwaltung, selbstverständlich auch beim Bergbau.

K e h r l : Bei der Verwaltung entfällt in ziemlich großer Teil auf die G., weil die Polizei hier eingeschlossen ist, und den RAD.

G a n z e n s t e i l e r : Beim Sektor Verkehr sind sämtliche Eisenbahnfahrer mitenthalten, die in den besetzten Ost- und Westgebieten eingesetzt und als Soldaten anzusehen sind.

M i l l e r : Danach müßte man die Zahl differenzieren.

B a c k e : Nach dem neuesten Stande sind von den Jahrgängen 06 und jünger nur noch 150 000 Mann UK gestellt.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

M i l l e r : Ich will ja gerne bei der Landwirtschaft keine Kritik üben, sondern nur den tatsächlichen Stand festlegen. Die Wehrmacht sagt, theoretisch müsse alles, was auf dem Lande stehe, Soldat werden. In Wirklichkeit aber tut ein großer Teil davon bereits Schichtendienst.

Das Blatt 5 gibt die volkswirtschaftliche Entwicklung eine sehr interessante Zusammenstellung. Der Stand vom 31.5.43 ist mit 100 angenommen. Danach ist die Landwirtschaft zu demselben Stande mit 100 % verblieben. Dagegen ist Forst- und Holzwirtschaft am 31.5.43 auf 81 % zurückgegangen.

B u c k e : Zum Teil leistet die Landwirtschaft für die Holzwirtschaft, z.B. beim Abfahren von Holz.

M i l l e r : Die Forstwirtschaft hat am stärksten von allen Dienststellen für den Militärdienst abgegeben. - Die Rüstung und Kriegsproduktion ist erstmalig erlosch von 100 auf 89 % heruntergegangen. Dabei ist die Industrie von 100 vor dem Kriege auf 91 Mitte 1942 und auf 101 Mitte 1943 gegangen. Das Handwerk hat sehr stark abgenommen, ebenso die Innenwirtschaft. Die Volkswirtschaft ist von 100 auf 109 gestiegen, weil sie ja die ganze Welt verkehrlich zu versorgen haben.

(Grenzschützer: Die russischen Eisenbahnen sind hier mit einbegriffen.)

Bei der "Verteilung", also Handel, Fernverkehr, Banken und Versicherungen, ist die Zahl von 100 auf 67 % gesunken. Entspricht man dieser Prozentsatz der tatsächlich Beschäftigten in diesen Dienststellen, oder ist das Personal nicht doch noch als zu hoch anzusehen?

Dann kommt die öffentliche Verwaltung und die Wehrmachtverwaltung. Die öffentliche Verwaltung ist von 100 auf 89 % gesunken, die Wehrmachtverwaltung aber von 100 auf 113 % gestiegen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

B o s c h : Dabei sind die Tagshelferinnen berücksichtigt, aber nicht das, was zur Truppe gehört, auch nicht die Flakhelferinnen. Dagegen sind die zur Verwaltung gehörigen dabei. Selbstverständlich sind auch die Arbeiter dabei.

M i l l e r : Also kein Stabspersonal. Vor dem Krieg war die Zahl der Stabe gering, und der Nachschubdienst wurde sehr viel von den Männern versorgt. Im Krieg hat sich die Zahl der Stabe wesentlich erhöht. Trotzdem muß diese Frage nochmals untersucht werden. Durchaus sind personell ganz geeignete Einstellungen innerhalb der Wehrmacht in Gange. So hat die Luftwaffe bisher 250 000 Mann UK-Personal aus eigenen Beständen von 250 000 Mann herausgezogen und für infanteristische Zwecke in der Front mobil gemacht. Ebenso sind Stabe in unregelmäßiger Weise aufgelöst worden oder in Auflösung begriffen. 30 000 Stabswörter sind zur Zeit bei uns aufgelöst. Außerdem besteht ein grundsätzlicher Befehl, daß jeder nicht in der Front eingesetzte Mann 15 % seines Bestandes für diesen Zweck abgeben muß. Das Prinzip ist auf den Friedensstand zurückgebracht worden, wie ich über die in der Wehrmacht für die Luft, eine große aber immer für Arbeitsunfähigkeit. Unser Apparat belastet in der Regel das technische Personal, also die Ingenieure für die Ausrüstung und die Techniker. Diese sollen nicht an die Front, sondern an die Industrie abgegeben werden, wo es an Arbeitspersonal fehlt, das nur noch auf diesem Wege zu gewinnen ist. In 6 Jahren wird es, wenn es so weiter geht, ja überhaupt kein technisches Personal mehr geben.

Die nächste Zahl, die ich nicht verstehe, ist das Gesundheitswesen, das auf 118 %, nämlich auf 630 000 Mann angewachsen ist. Darin sind wohl die Krankenschwestern enthalten.

(Zuruf: Ja wohl, alles, was sich in der Wehrmacht in Kasernen usw. befindet.)

Ein interessanter Punkt sind dann die Ausgeschickten, deren Zahl von

Hergestellt im
Bundesarchiv

83/1721

1,2 Mio vor dem Kriege nur auf 1 025 000, also auf 90 % zurückgegangen ist. Diese Zahl scheint mir viel zu hoch zu sein. Dazu sind es noch 350 000 deutsche, und nun der lächerliche Rest sind Ausland rinnen.

Blatt 6 zeigt den Arbeitsersatz von Frauen, und zwar nur der Inländerinnen, nach den Unterlagen des Statistischen Reichsamts zusammengestellt.

(Folgen die Zahlen nach der Zusammenstellung.)

Die Zahl bei der Wehrmachtverwaltung ist von 1,5 vor dem Kriege auf 800 000 am 31.5.43, d.h. um 476 % gestiegen. Hieraus könnten noch wesentliche Kräfte für die Rüstungsindustrie und Landwirtschaft mobilisiert werden.

B o r c h : In Ostpreußen ist der Gesch. ftl. tenstand nur 110 000, bei der Wehrmachtverwaltung 98 000.

M i l l e r : Beim Verkehr ist die Zahl von 100 auf 350 % hinaufgegangen, was dadurch erklärlich ist, daß sehr viele Männer durch Frauen ersetzt worden sind.

K e h r l : Trotzdem der Dienst bei der Reichsbahn schwer ist, haben sich dank der richtigen Propaganda Frauen in sehr großer Zahl dafür gemeldet.

G e n z e n u n d M i l l e r : Die Straßenbahnschaffnerinnen sind auch dabei. Bei der Reichsbahn selbst haben wir rd. 100 000.

M i l l e r : Zu Blatt 7 I bis III ist nichts zu sagen. Interessant ist dann Blatt 8: Anteil der Wehrmachtsfertigung an Sektor Rüstung und Kriegsproduktion. Von der Zahl der Beschäftigten in der Industrie von 12,8 Mio entfallen nur 61 % auf Wehrmachtslieferungen, und beim Handwerk arbeiten nur 35 % für die Wehrmacht. Wenn man beide zusammennimmt, arbeiten von Industrie und Handwerk nur 55 % insgesamt für die Rüstung. Der Rasse hatte also mit seinen 40 % nicht ganz unrecht.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Dann wird oben eine Zusammenstellung verteilt, die die Bilanz der Arbeitskräfte für das 1. Vierteljahr 1944 zeigt, und zwar das Aufkommen an Arbeitskräften und demnach über ihre Verteilung. Ich darf den GBA bitten, die Bilanz zu erläutern, damit die Bedarfsträger dann zu den Zahlen Stellung nehmen können.

B e r k : Darf ich vorher noch zu Blatt 3 einige Ausführungen machen. Danach stellt sich die Gesamtkraftbilanz nach der 31.5.39 auf 38,58 Mio und nach dem Stande vom 31.5.43 auf 35,9 Mio. Darin sind auch die selbstständigen Beschäftigten eingeschlossen, während wir sonst nur die abhängigen Beschäftigten angeben. Der Herr Feldmarschall führte aus, daß der Gesamtbeschäftigtenstand erheblich, nämlich um beinahe 3 Mio zurückgegangen sei. Das ist zu bemerken, daß seit der 31.5.39 ganz erhebliche Einziehungen erfolgt sind, nämlich beinahe 10 Mio. Der Personalbestand weist das deutlich aus: 38,23 Mio mit dem Stande vom 31.5.39 gegenüber 29,73 Mio jetzt. Dabei muß beachtet werden, daß der Gesamtbeschäftigtenstand nicht in dem Maße abgesunken ist wie die Einberufenen. Er hat, soweit es sich um abhängige Beschäftigte handelt, tatsächlich zugenommen seit der Tätigkeit des Generalbevollmächtigten, und zwar um etwa 3 Mio.

K e h r l : Bei einjähriger Tätigkeit des Generalbevollmächtigten haben wir einen Zugang von 1 Mio gehabt, nämlich von 34,9 auf 35,9 Mio.

B o s c h : Auf Blatt 1 finden sich nur die Entlassungen der GBA und die Entlassungen nach der Arbeitsbuchstatistik. Dabei bestehen noch viele Lücken. Auf Blatt 3 haben wir den tatsächlichen Beschäftigtenstand, so daß hier die klare Bilanz von 1 Mio plus zum Ausdruck kommt. Mehr ist es aber nicht.

B e r k : Die Kraftbilanz enthält auch die selbstständigen Beschäftigten, und daraus ergibt sich das falsche Bild. Bemerkenswert

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

ist, daß trotz der erheblichen Einberufungen die Zahl der unselbständig Beschäftigten durch den sehr starken Auslandszuwachs zu enormen hat. Blatt 5, Fraueneinsatz: die Gegenüberstellung ergibt insofern kein klares Bild, als der haupt sächliche Frauenzuwachs hier nicht zum Ausdruck kommt. Die Verordnung über die Meldspflichtaktion, die der GBA auf Grund des Führererlasses vom 14. Januar erlassen hat, wird erst in den Monaten Juni und Juli praktisch zur Auswirkung kommen. 1 650 000 Frauen sind hinzugekommen. Diese Zahl erscheint in der Arbeitsbilanz nicht. Inzwischen ist ein Teil der Frauen wieder ausgeschieden, so daß die Zahlenbilanz für den gegenwärtigen Augenblick nicht ganz klar ist. Wir haben zwar eine genauere Zählung, ich habe sie aber, weil ich erst im letzten Augenblick zu dieser Sitzung geschickt worden bin. Der Führer übt bekanntlich hier beim Fraueneinsatz aus biologischen Gründen stärkste Zurückhaltung. Im Übrigen haben sich hier in nicht gerade ausgesprochen kriegswichtigen Sektoren ganz erhebliche Verminderungen vollzogen. Die Frage der Ausgehilfen wird in unserem Hause eingehend erörtern namentlich in Hinsicht darauf, daß sich jetzt die Auszahlungen wegen der Bombenangriffe stark zusammen drängen müssen. Gauleiter Sauckel wird darüber zu gegebener Zeit selber Erklärungen abgeben müssen.

Das Blatt 1 gibt insofern kein klares Bild, als es in Spalte 2 und 3 heißt, daß unter Mitwirkung der Arbeitsämter eingestellt sind 9,78 Mio und nach der Arbeitsbuchstatistik 6,82 Mio entlassen worden sind, so daß ein Überschuß an Einstellungen theoretisch von 2,96 Mio errechnet worden ist. Nun wirken die Arbeitsämter nicht immer bei jeder Einstellung und Entlassung mit. So wurden z.B. Hofarbeiter heute/eingezogen und gehen morgen wieder. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen ergibt wiederum kein einwandfreies Bild über den wirklichen Vorgang. Manche Personen sind auch mehrmals umgesetzt und entlassen worden, z.B.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

beim Verkehr die Entladekolonnen, die wohl mehrmals erscheinen.

M i l l e r : Meine Ausführungen sollten keine Kritik an der Arbeit des GBA sein, wir sind vielmehr alle für das Geleistete dankbar. Ich halte die Zahlen, so unvollkommen sie sein mögen, für einen großen Fortschritt bei unseren Überlegungen. Das frühere Zahlenmaterial war noch ungenauer und geringer, und daraus konnten sich Kritiken ergeben, die nicht sachlich waren. Unsere Bemühungen zielen darauf hin, in gemeinsamen Beratungen mit dem GBA unsere Forderungen auf das wirklich Notwendige zu beschränken, um dem GBA die Erfüllung zu erleichtern und überhaupt zu ermöglichen. Wir können das ja von Seiten der Zentralen Planung aus gar nicht. Es ist bedauerlich, daß die Zahlen gerade auf den 31.5. abgestimmt sind und sich daraus auf verschiedenen Gebieten, z.B. beim Fraueneinsatz, ein falsches Bild ergibt. Wenn man die Zahlen für den 31.5.44 bekommt, wird die Cumulation der Frauenarbeit wieder heruntergehen. Wir können von uns aus nur durch Stichproben bei einzelnen großen Konzernen die Zahlen nachprüfen. Das haben wir beim Junkers-Konzern gemacht, und wir haben dabei festgestellt, daß er das, was er an Frauen vor dem Kriege hatte, nicht einmal hat halten können. Bei anderen hat sich die Zahl der Frauen dagegen erhöht. Das ist zum Teil örtlich bedingt. Tatsächlich entspricht aber die Zahl der Frauen, die heute für die Kriegswirtschaft zur Verfügung stehen, nicht dem, was andere Länder leisten und was auch bei uns nötig wäre. Es bestehen noch Reserven, die Sauckel noch aktivieren könnte. Ich denke es besonders an die Kriegerfrauen, die eine Entschädigung bekommen, so daß sie an der Arbeit keinen Spaß mehr haben. Das trifft besonders für die Landwirtschaft zu.

B e r k : Auch ich habe wiederholt als Landrat die Erfahrung gemacht, daß der hohe Familienunterhalt und die Berechnung des eigenen Arbeitsverdienstes darauf die Frauen von der Arbeit fernhält. Die

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Frage des Fraueneinsatzes ist weitgehend eine Frage der moralischen und politischen Disziplin.

M i l l e r : Es gibt auch noch ein anderes Problem. Sehr viele ausbombte und verlagerte Frauen sind in die Landstädte geströmt, und die Frage, wie sie zur Beschäftigung herangeholt werden können, ist auch noch nicht geregelt. Das Verhältnis von Quartiernehmern und -gebern würde sich wesentlich bessern, wenn die Landleute sehen, daß die Leute auf dem Lande nicht nur pelzgeschmückt und mit roten Lippen spazieren gehen, sondern auch etwas tun. Dadurch wird keine Volksgesundheit hergestellt. Die Frauen aus den Städten könnten doch im Kindergarten, in der Schule, bei Schreibarbeiten usw. helfen. Das sind alles Frauen, die geklärt werden müssen, obwohl sie am Rande liegen. Auf der andern Seite benimmt sich das Volk in so phantastischer Reife, und zwar gerade in den Großstädten, daß man dafür nur höchste Anerkennung und größtes Lob haben kann. Man muß da psychologisch sehr vorsichtig sein. Es ist auch nicht propagandistisch ohne weiteres zu klären.

B e r k : Der Einsatz der ausgebombten Frauen auf dem Lande bildet für uns eine ganz entscheidende Frage. Gesetzliche Grundlagen dafür bestehen lediglich in der Heidepflichtverordnung bzw. in der Arbeitsbuchpflicht.

B a c k e : Die Göring-Verordnung geht aber weiter. Es kommt auf die Exekutive an, auf die Ortsbauernführer, die Reichsleiter und Landräte.

B e r k : Wir können nur die Frauen heranziehen zwischen dem 18. und 42. Lebensjahre, die tatsächlich arbeitspflichtig sind und deren Familienumstände das erlauben.

B a c k e : Die Göring-Verordnung geht weiter, weil sie nicht auf die Kinderzahl abstimmt, was doch eine grobe Unterteilung bedeutet. Die Verordnung wird aber nicht durchgeführt.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

M i l c h : Ich will auch nicht sagen, daß jede Stadtfrau, die körperlich hart ist, ohne weiteres die schwere Landarbeit leisten kann. Ich möchte nur fern darauf hinaus, unter Aufrechterhaltung der vom Führer gegebenen Richtlinien die Frauen so zu aktivieren, daß sie an die Stelle der Männer treten, wo das ohne weiteres möglich ist, nämlich in den Büros, wo durchaus noch gewisse Umsetzungsbedingungen bestehen, die im Größenverhältnis von 200 000 bis 300 000 liegen müßten. Man braucht dabei durchaus nicht an den 10-Stundentag zu denken. Unter Umständen kann man in 4 Stunden mehr arbeiten als in 10.

H a y l e r : Dieser Gesichtspunkt ist wichtig und muß mit dem Problem der Evakuierung gesehen werden. Der Bauer sperrt sich gegen alle diejenigen, die ihm nicht helfen, und versorgt umgekehrt diejenigen besser, die ihm helfen. Im Allgemeinen sind nun aber die Landorte derartig mit Frauen übersetzt, daß sie gar nicht alle beschäftigt werden können.

(Backe: Im Winter ist das vielleicht richtig!)

Man mußte aus den Provinzstädten mehr Männer herausziehen, weil dort gar nicht ein so dringender Bedarf an Arbeitskräften besteht, die hineinströmen. Das Problem wird also immer schwieriger.

B a c k e : Von den insgesamt beschäftigten Frauen, die hier ausgewiesen sind, sind 40,3 % in der Landwirtschaft. Nun umfaßt die Landwirtschaft 18 % der Berufstätigen. Das zeigt schon, wie hoch der Prozentsatz bei uns die Frauen darstellen. Von den Gesamtbeschäftigten in der Landwirtschaft sind 52,4 % inländische Frauen, 10,3 % Ausländer. Wenn wir beide Zahlen zusammennehmen, so sind das 72,7 %, eine Zahl, die für sich spricht. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß in der Landwirtschaft mit Spitzenarbeiten gearbeitet wird. Ich kann deshalb nicht glauben, daß bei uns noch irgend etwas herauszukommen ist.

(Milch: Das ist auch nicht beabsichtigt!)

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

12

Wenn die Bestellungs- und Erntearbeiten einsetzen, werden die Frauen auf dem Lande schon alle vollbeschäftigt werden. Die berufenen Frauen sind übrigens schon längst wieder nach Berlin zurück. Seit der Mai 1943 sind im Übrigen von der Landwirtschaft aus den jungen Jahrgängen schon wieder 90 000 Mann zur Wehrmacht eingezogen, und es werden weitere darauf eingezogen.

M i l l e r : Die Rüstungsindustrie arbeitet auch sehr weitgehend mit Ausländern, und zwar nach den letzten effektiven Zahlen mit 40 %. Die meisten Beschäftigten von OSA sind hauptsächlich Ausländer und wir haben viel deutsches Personal für die Einschießaktionen abgeben müssen. Besonders die Luftrüstung, die eine junge Industrie ist, beschäftigt sehr viel junge Leute, die auch Soldat sein müßten, wie schwer das ist, wird klar, wenn man das abrichtet, was für die Erprobungsstellen arbeitet. In der eigentlichen Massenfertigung ist die Zahl der Ausländer weit überwiegend und liegt zum Teil bei 95 % und mehr. Unser hochwertigster neuer Motor wird zu 88 % von russischen Kriegsgefangenen gemacht, und die übrigen 12 % sind deutsche Männer und Frauen. An der Ju 52, die jetzt nur noch als Transportmaschine bei uns gilt, arbeiten bei einer monatlichen Produktion von 20 bis 30 Maschinen nur 6 bis 8 deutsche Männer, im Übrigen nur ukrainische Frauen, die alle Arbeitsrekorde der Facharbeiter gebrochen haben.

Ich bitte nun im einzelnen die Wünsche der Bedarfsträger vorzutragen.

B a c k e : Ich habe seinerzeit in der Sitzung beim Führer schon die Zahlen genannt. Wenn die 100 000 Mann aus der Forstwirtschaft und die 100 000 Mann aus der Industrie in die Landwirtschaft zurückkommen, brauchen wir noch 400 000 Mann. Für den gesamten Kartoffelanbau hängt von der Frühjahrseinstellung sehr viel ab. Ich habe sämtliche Anforderungen stark zusammengestrichen. Wir halten das nicht vor, weil

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

ich das für sinnlos halte. 60 000 Ausländer, die saisonal immer in die Landwirtschaft kamen, könnten von den 400 000 abgezogen werden.

Mitte März müßten wir die Leute eigentlich haben, weil sonst nicht bestellt wird, wenn man nicht weiß, ob die Kartoffeln nachher schackelt und verrotten können. Im 1. Quartal bekommen wir an sich 100 000 Mann zurück. Wir haben aber mit der Forstwirtschaft ein Abkommen, daß dort noch gewisse Kontingente länger bleiben, soweit wir die Leute nicht brauchen. Bis zur Mi. März brauchen wir dann 200 000 Mann, also die Hälfte unserer Forderung.

K e h r l : Wir waren bei der Aufstellung davon ausgegangen, daß im 1. Quartal der Bedarf mit den zurückfließenden Leuten gedeckt war, so daß, wenn die Landwirtschaft die 100 000 Mann und dazu die Saisonarbeiter zurückbekommt, für das ganze Jahr ein Bedarf von 150 000 Mann bestünde.

B e r k : Soweit die Ungarn in Frage kommen, spielen andere Dinge mit. Bisher sind sie immer eingetroffen, so daß man damit rechnen kann, daß sie auch jetzt in gleicher Zahl wieder kommen. Es ist eine Devisen- und Nahrungsfrage. Die Wirtschaftsverhältnisse in Südstream sind so, daß sie für den fremdvölkischen Arbeiter keinen Anreiz mehr bilden ins Reich zu gehen. Diese Frage hat Gauleiter Sauckel bei Sie entrop angeschnitten und gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, ob man nicht einen besseren Wechselkurs für den Lohntransfer einführen könnte. Das ist noch nicht abgeschlossen.

A l p e r s : Es war schon erwähnt worden, daß die Forst- und Holzwirtschaft sehr viel für die militärische Kriegsführung getan hat. Wir haben bewußt seit dem Beginn des Krieges unseren zivilen Bedarf auf das Notwendigste eingeschränkt. Unsere Situation ist dadurch besonders ungünstig, weil wir nun natürlich sehr wenig Arbeitskraft haben. Unsere Forderungen müssen aus diesem Grunde besonders berücksichtigt werden.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

den, damit wir die Dringlichkeit der Aufgabe erfüllen können.
Aus dem Blatt 4 der Aufstellungen geht hervor, daß wir den geringsten
Prozentsatz von UX-Gestalten der jüngeren Jugend haben. Die Zahlen
auf Blatt 5 la treffen in keiner Weise zu. Wir haben 1939 550 000
Mann gehabt und 1942 nicht 158 000, sondern 430 000.

B o r n h o r n : Es ist die Eigenindustrie unter der Grundstoff-
industrien aufgeführt. Sie haben sie wahrscheinlich dazu gezählt.

B a c k e : Es kommt nicht dazu, darin sein, die sowohl
Landwirtschaft als Forstwirtschaft betreiben, die bei uns vorkommen sind.
A l p e r s : Die Kraft, die wir in den 550 000 aufführen,
sind ständig beschäftigt. Allerdings erreicht bei uns die ständig
Beschäftigten höchstens eine Zahl an Arbeitstagen von 200. Die Verzah-
nung mit der einzelnen Wirtschaft zu Hause, mit der Landwirtschaft, ist
bei uns so stark, daß auch der ständig Beschäftigte, den wir als
Vollzeitarbeiter bezeichnen, nur auf 200 Arbeitstage kommt. Wir hatten
also 550 000 Beschäftigte vor dem Kriege und hatten am 31. Dezember
1943 nur noch 360 000. Geholfen ist uns von der Landwirtschaft, mit
der wir die Umsetzung durchgeführt haben, für die ich sehr dankbar
bin. Es ist aber ein mobile officium, die 100 000 Mann terminmäßig
der Landwirtschaft wieder zurückzugeben. Ich bin besonders dankbar
dafür, daß diese Rückkehr nicht schematisch bis zum 1.4. durchgeführt
wird, wie zunächst vorgesehen war, sondern je nach dem Bedarf der ein-
zelnen Landesbauernschaften werden die Leute zurückgegeben oder uns noch
belassen. Man haben wir aber im Frieden 150 000 plus 40 000 weibliche
Arbeitskraft gehabt, die saisonal beschäftigt wurden. Wir sind als
jetzt in einer sehr unünstigen Lage, und auch durch die Umsetzung
aus der Landwirtschaft sind wir nicht in eine Lage versetzt worden,
unseren Einsatz durchzuführen. Wir schlagen jetzt 80 Millionen ein.
Wir haben uns in unseren Anforderungen sehr zurückgehalten,

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

benötigen aber für das 1. Vierteljahr 1944 dringendst für die Forstwirtschaft 25 000 Mann und für die Holzwirtschaft 15 000. Darunter könnten 6000 Frauen sein. Was würde auch für das Forstwirtschaftsjahr bis zum 1. Oktober reichen. Aber diese Leute muß ich jetzt gleich haben, damit die Sommerschlagung besonders im Gebirge durchgeführt werden kann.

K e h r l : Weitere Anforderungen wären bis zum Herbst d.J. wo die Umsetzung aus der Landwirtschaft wieder erfolgt, nicht mehr gestellt worden?

(Alpers: Nein!)

M i l l e r : Die 40 000 waren auch notwendig zusätzlich zu dem Abkommen mit Backe.

A l p e r s : Das ist eine ganz andere Sache. Die Backes'schen Arbeitskräfte sind saisonmäßige, und dieses sind Arbeitskräfte, die uns ständig zur Verfügung gestellt werden müßten. Dabei habe ich Backe gegenüber erklärt, daß ich selbstverständlich bereit bin, bei den Arbeitspitzen in der Landwirtschaft von diesen Arbeitskräften auch andere zur Verfügung zu stellen.

M i l l e r : Wie sieht es für das 4. Quartal aus? Ab Oktober?

A l p e r s : Da kommt die Umsetzung von der Landwirtschaft wieder. Die Landwirtschaft ist damit auch sehr einverstanden.

M i l l e r : Dann wäre, wie es heute aussieht, kein zusätzlicher Bedarf bei Ihnen vorhanden.

A l p e r s : Der Einspruch kann sich evtl. noch steigern, und dann würde ich zusätzlich Arbeitskräfte benötigen. Bei der jetzigen Situation würde ich ausreichen.

M i l l e r : Erstaunlich ist die geringe Zahl von Kriegsgefangenen bei der Forstwirtschaft.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

A l p e r s : Daß wir es bisher geschafft haben, ist auch darauf zurückzuführen, daß wir die Arbeitsleistung für den einzelnen Mann dauernd steigern. Dafür haben wir für Ausländer und Kriegsgefangene eine besondere Schulung, in der Kolonnenführer ausgebildet werden.

M i l l e r : Wir kommen dann zu den Forderungen der Rüstung und Kriegsproduktion.

F a e g e r : Wir haben einen Sofortbedarf von 544 000 Mann. Dieser Bedarf ist nicht etwa über den Daumen geteilt, sondern im Einvernehmen mit den Arbeitsämtern und Rüstungsdienststellen festgesetzt worden. Tatsächlich haben wir nun bisher nur eine Zuweisung im Monat Januar von 13 500 Mann bekommen. Wir hatten uns nämlich mit dem GBA vereinbart, die Notzettel auf eine andere Basis zu stellen. Es hat keinen Wert, 200 Notzettel auszugeben, wenn von vornherein klar ist, daß sie nicht erfüllt werden können. Wir hatten uns auf 27 000 Notzettel geeinigt, die für den Monat Januar ausgegeben werden. Hereingekommen sind aber für die Rüstung tatsächlich nur 13 500. Das ist natürlich für die Rüstungsindustrie unerträglich, wenn nur die Hälfte der Notzettel abgedeckt wird. Hinzukommt folgendes: Nach den Mitteilungen des GBA sind insgesamt 100 000 für die gewerbliche Kriegswirtschaft zugewiesen worden, aber tatsächlich haben wir nur 13 500 bekommen. Voran liegt das? N.B. daran, daß sämtliche Umsetzungen die die Binge und Gusschirao bei uns tätigen, von GBA als tatsächliche Zuweisung geführt werden. Das kann ich unter keinen Umständen anerkennen. Das ist keine Zuweisung, sondern eine Umsetzung. Ich kann nur mit den Kräften rechnen, die ich tatsächlich neu zufließen bekomme, sei es die damals die Zuweisung der 100 000 Mann, die wir auf ein Vierteljahr von der Landwirtschaft geliehen bekommen haben oder sonstige, die also nicht dem Rüstungssektor angehören. Dann aber Un-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

setzungen von einem Rüstungssektor in den und in vorgenommen werden, so ist das niemals eine "Umleitung". Ich wäre dankbar, wenn der GSS veranlaßt werden könnte, hier eine klarecheidung vorzunehmen; denn es muß, vor allen Dingen, wenn es nach oben geht, sichtbar wirken, wenn es heißt: Ihr habt 160 000 Mann Zuteilung bekommen, während wir in Wirklichkeit nur 13 500 bekommen haben. Das führt doch dazu, daß man sagt: Ihr seid vollkommen vollgezogen und sitzt in der Rüstungswirtschaft nicht, wohin Ihr mit den Kräften sollt! Unsere Anforderungen sind völlig überschätzt! Die normale Fluktuation ist in übrigen bisher nicht herabgedrückt worden. Wir rechnen mit monatlich 200 000 Mann. Das ist ein feststehender Begriff, der bisher noch nicht angezweifelt worden ist.

(Ulrich: Diese sind in den 544 000 enthalten?)

- Ja wohl.

(Berke: Gilt das für das Vierteljahr?)

- Nein, sofort.

Kocherl: Ggesetzt den Fall, Sie bekommen die 544 000 morgen früh, brauchen Sie dann bis 1.4. noch etwas?

Wagner: Das ist der Sofortbedarf, den ich im Februar sofort unterbringe. Mir ist entgegeng gehalten worden, wenn ich die 540 000 Mann bekomme, könnte ich sie nicht unterbringen. Das stimmt aber nicht; wir kriegen sie irgendwie unter. Die Hauptsache ist, ich bekomme sie, Ich bin aber überzeugt: Ich kriegen sie nicht. Ich muß die Bedarfsanforderung an Menschen so stellen, wie sie tatsächlich liegt, und die wohl 540 000 ist, wie gesagt, in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern errechnet worden.

Kocherl: Wenn wir theoretisch/sagen würden, wir wären in der Lage, morgen früh 544 000 Mann zu stellen, und Sie verteilen sie

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

entsprechend den vorliegenden Anforderungen, was für ein Bedarf wäre dann nach Ihrer Meinung bis zum 1.4. noch vorhanden, oder würde dann der Bedarf - es dauert ja nur noch 3 Wochen, bis sie ding setzt würden - bis zum 1.4. gedeckt sein?

W a g e r : Keinesfalls. Es ist nur noch der Monat März und der Rest von Februar. Bis dahin glaube ich, daß ich mindestens noch einmal dasselbe brauche. 200 000 beträgt die monatliche Fluktuation allein, die irgendwie abgedeckt werden muß. Dann verschwinden die Kräfte für die Landwirtschaft wieder, 100 000 Mann, die wir bekommen haben.

Zu diesen Kräften noch folgendes! Selbstverständlich geben wir die Kräfte nach dem Befehl des Reichsministers an die Landwirtschaft zurück. Nun sind aber aus der Landwirtschaft Kräfte in ganz wichtige Wehrmachtsfertigungen umgesetzt worden, wo die Leute 8 bis 10 Wochen angelernt worden sind. Das sind nach unserer Schätzung etwa 30 000 Mann von den 100 000. Nun müssen wir die berechnete Forderung stellen, daß diese Leute in der Rüstung bleiben, weil sie angelernt sind und nunmehr in ganz wichtigen Programmen stecken, und daß der Landwirtschaft diese 30 000 Mann ersetzt werden durch Kräfte, die Sauckel uns neu zuführen will.

B a c k e : Ich habe seinerzeit in Gegenwart von Kriegl im Hauptquartier über diese Frage gesprochen. Ich bin durch die gesamten deutschen Lande diffamiert worden, weil ich gesagt habe: wahrscheinlich wird ein gewisser Prozentsatz von Leuten da sein, die man nicht umsetzen kann. Ich sage kein Wort mehr! Wenn man anständig ist, wird man noch angeprangert. Der gesamten Landwirtschaft ist erklärt worden, die Arbeitsämter sollten die Leute zurückführen, aber Backe habe darauf verzichtet.

(Backe: Wer hat das erklärt?)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

- In der GBA-Sitzung in Weimar ist das gesagt worden.

B e r k : Ich muß den Ausführungen von General Waeger widersprechen. Der Sofortbedarf von 540 000 trifft zu. Dann ist ein Verfahren zwischen uns und dem Rüstungsministerium vereinbart worden über die Bedarfsermittlung, und es handelt sich hier um Zahlen, die gemeinschaftlich ermittelt werden. Was aber die Ausführungen über die Zuweisung von nur 13 500 Kräften in Januar betrifft, so kann man unmöglich nur die neu hinzukommenden Kräfte als Zuweisung betrachten. Es vollziehen sich Umschichtungen innerhalb des Rüstungssektors selbst, und diesen Vorgang kann man nicht anders als als Zuweisung charakterisieren. Wo kommen wir sonst hin? Man müßte jeweils sagen, Herr General: die 540 000 können praktisch nur durch neue Kräfte abgedeckt werden oder man mindestens durch Kräfte, die aus anderen Sektoren, durch Ausklimmung aus Handel usw., kommen. Gewiß entsteht an anderer Stelle eine Lücke. Das ist mitunter auf das Fehlen von Rohstoffen, auf eine Änderung der Programme und Verlagerung innerhalb der Industrie von einem Sektor auf einen anderen zurückzuführen. Dieser Vorgang zieht selbstverständlich auch die Menschen nach sich. Aber das ist unzulweifelhaft als Zuweisung zu betrachten. Ich muß die Zahl von 13 500 hier ernstlich bestreiten.

H i l l e h : Sie haben vollkommen recht mit dem Worte "Zuweisung". Das andere ist zusätzlicher Bedarf. Das ist die Zahl, die Waeger haben will, Aufstockung, oder wie man es nennen will. Wenn man das zwischen unterscheidet, sind wir uns vollkommen klar. Die Zuweisungen sind auch eine Abdeckung von Lücken, die irgendwo entstehen, allerdings, indem woanders ein Loch neu aufgemacht wird. Soweit das innerhalb der Rüstung selber geschieht, müssen sie wieder durch Zuweisung irgendwie abgedeckt werden. Der Wunsch ist da, zu sagen ich brauche eine Aufstockung von 540 000 und außerdem noch für das Quartal den Ersatz der normalen Fluktuation, der mit 200 000 pro Monat angegeben wird.

(Waeger: Die Kräfte, die an die Landwirtschaft zurückgegeben werden müssen, die durch Vertragskündigung verschwinden.)

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Fluktuation kann nur der Teil sein, der tatsächlich aus dem Gesamtsektor Rüstung hinausgeht, durch Tod, Einberufung, Abmarsch von Auslandsverträgen usw.

B e r k : Herr Feldmarschall meinen, daß das, was aus der Rüstung in andere Sektoren hinübergeht, auch als Fluktuation anzusehen ist.

M i l l e r : Als tatsächlicher Verlust! Der Wort "Fluktuation" umfaßt zuviel verschiedene Vorgänge in sich, so daß man das nicht mit einem Wort abdecken kann. General Waeger sagt: was auf diesem Wege von Ihnen zugewiesen wird, ist für mich nichts Neues; es wird vom Werk A weggenommen zum Werk B und bleibt in meinem Gesamtbestand darin. Das ist auch schon eine Art Fluktuation. Zweitens verliere ich Leute, weil sie einberufen werden usw. Diese Leute müssen auch ersetzt werden. Ich glaube, daß die 200 000 Mann nur den Begriff "Fluktuation", den ich als zweiten genannt habe, nicht den ersten, vom Werk A zum Werk B, umfassen. Ihre Zuweisungen, Herr Landrat, würden b) stehen erstens in dem, was jeweils vom Werk A zu Werk B geht, und zweitens in dem, was tatsächlich aus dem Rüstungssektor ganz ausscheidet, sei es, daß es überhaupt aus der Wirtschaft ausscheidet oder daß es in ganz andere Wirtschaftssektoren geht. Darüber hinaus, sagt General Waeger, habe er einen "Außenbedarf", den er mit 544 000 beziffert. Dadurch kommen die gewaltigen Zahlen zustande.

W a e g e r : In den 544 000 ist tatsächlich die monatliche Fluktuation mit enthalten. Aber das ist die Zahl, die wir in diesem Monat sofort, wenn wir sie durch die Z.P. zugewiesen bekommen, verkraften können.

K e h r l e : Es ist die aufgelaufene, nicht gedeckte Fluktuation und die zusätzlichen Programme.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

M i l c h : Zur Klarstellung! Wenn Sie sagen: ich habe einen Sofortbedarf von 544 000! so ist für den Augenblick der zurückliegende Fluktuationsbedarf darin enthalten, nicht der neu entstehende.

W a e g e r : Ja wohl. Ich wäre dankbar, wenn hier der Punkt klargestellt werden könnte: was heißt "Zuweisung"? Mein Gegenüber, General Weidemann, z.B. sagt: was wollt ihr bei der Rüstungsindustrie? Ihr habt 160 000 Zuweisung bekommen! Das stimmt nicht; die Rüstungsindustrie hat im Januar nur 13 500 Mann bekommen. 27 000 Rotzettel waren vereinbart, davon sind tatsächlich nur 50 % abgedeckt worden. Dann darf ich ausdrücklich feststellen, daß diese 27 000 nur für die allerdingendsten Programme, z.B. No 262, angefordert waren, nur für solche Programme, die in Vorrangstufe stehen.

M i l c h : Könnte nicht das Planungsamt gemeinsam mit dem GBA und Ihnen, General Waeger, die Frage der Begriffe klären, die wir hier prägen müssen, um ein klares Bild zu bekommen, damit man klar sieht: was ist Zuweisung, was zusätzlicher Bedarf, also Aufstockung, was Fluktuation usw.? Wenn das geklärt ist, haben wir für unsere Besprechungen eine sichere Grundlage. Ich erinnere an die Besprechung beim Reichsmarschall auf dem Obersalzberg, wo an diesen Unklarheiten eine Besprechung mit mehreren Ministern gescheitert ist und nichts herauskam. Man mußte die Statistik darauf abstellen: das ist Abdeckung der Fehlbestände, es ist neue Aufstockung.

B e r k : General Sauckel hat, angeregt durch die bekannte Besprechung auf dem Obersalzberg, mit Wirkung vom 1. Januar eine Statistik eingerichtet, die genau aufzeigt, was es mit der Fluktuation auf sich hat, und die ganz eindeutig untergliedert ist nach Tod, Invalidität, Vertragsablauf, Vertragsbruch, Umsetzung, Einstellung usw.

(Milch: Die Unmollanten mußte man auch erfassen!)

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

- Das wird sich statistisch nicht erfassen lassen.

M i l l e r : Man müßte die "Liste der "ummelanten Bittler zu treuen Händen geben, der sie schon zur Arbeit bringen wird. Das ist volkserzieherisch sehr wichtig und hat auch eine abschreckende Wirkung für andere, die auch bummeln möchten.

B e r k : Auch der "unkt wird durch die Statistik schon klargestellt werden, die übrigens bereits in Kraft ist und mit dem "entralausschuß und dem dafür zuständigen Amt abgestimmt ist.

K e h r l : Diese Verbesserung der Unterlagen beschränkt sich aber nur auf die Abgänge. Man müßte auch bei den "umstellungen eine entsprechende Methode wählen. Ich könnte mir vorstellen, daß man tatsächlich zu Zahlen und Begriffen kommt, wo alle in der gleichen Sprache sprechen.

M i l l e r : Es ist wichtig, daß man diese klaren Begriffe schafft, nicht nur für uns, sondern auch für die Herren oben. Ich möchte die Fluktuation, die zum Teil naturnot bedingt ist, zum Teil ein Übel darstellt, an der Wurzel ausrotten. Das können wir aber erst, wenn wir ganz klare Verhältnisse und Zahlen haben. Deshalb meine Bitte, das "ummelantentum auch mit zu berücksichtigen, wie man das bei Krankheit usw. tut. Gauleiter Sauckel ist mit Recht stolz darauf, daß sein Gau Thüringen einen sehr niedrigen Krankenstand hat. Sauckel hat schon im Frieden darauf hingearbeitet und die Bevölkerung dort entsprechend erzogen. In anderen Gauen ist diese Frage nicht so beachtet worden. Es müßte da unterschieden werden nach Deutschen und Ausländern, nach Männern und Frauen. Auch müßte man den Gründen für den hohen Krankenstand nachgehen. Vielleicht spielt die Ernährungsfrage in ungünstigen Sinne mit. In anderen Gegenden sind die Verste vielleicht zu hoch. Sie müssen eine entsprechende Anweisung bekommen. An anderer Stelle ist eine

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Erziehung durch Propaganda notwendig, damit den Leuten die Wichtigkeit dieser Arbeit immer wieder vor Augen geführt wird. Das Propagandaministerium kann uns da außerordentlich helfen und hat auch schon, wo es eingesetzt hat, große Erfolge zu verzeichnen.

B e r k : Auch ich habe an der Tagung der Gauarbeitsämter in Weimar teilgenommen und bin dazu eine Erklärung schuldig. Es hat sich dort folgendermaßen abgespielt: Aus den Reihen der Präsidenten der Gauarbeitsämter wurde die Frage angeschnitten, wie man sich bei der Rückführung der an die Rüstungs- und Forstwirtschaft ausgeliehenen je 100 Leute verhalten sollte. Dabei lag ein Schreiben des FuK-Ministers vor, aus dem sich ergab, daß die Rückführung der 100 000 Mann in die Landwirtschaft nicht in Frage käme. Wir wurden gleichzeitig gebeten, unsere Ämter entsprechend zu unterrichten. Gauleiter Sauckel hat sich dann mit Herrn Backe unterhalten, daß die Leute evtl. in der Rüstung bleiben könnten. Es steht aber nunmehr fest, daß diese Leute in die Landwirtschaft zurückgeführt werden. Das war die einzige Feststellung, die der Gauleiter getroffen hat. Dafür stehe ich gerade; denn ich bin dabei gewesen.

Dann möchte ich einen Vorbehalt anmelden gegen die Feststellung des General-S Waeger, der sagte, es seien nur 13 500 Kräfte zugewiesen worden.

(Mitsch: Zusätzlich! - Waeger: Nein, von denen, die durch Rotzettel verbannt waren.)

- Ich kann das nicht widerlegen, aber wir behalten uns vor, dazu Stellung zu nehmen. Dazu bin ich hier verpflichtet. Über diese Zahl wird noch sehr gestritten werden.

M i t t e h : Darf ich noch einmal fragen, Waeger! Haben den Sofortbedarf von 544 000, und zwar unter der Annahme, daß wir bis Februar auch die Fluktuation gedeckt haben, wurde, von März an noch

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

je 200 000 mit Fluktuationsabdeckung notwendig sein, also 2 Mio.

Was käme an zusätzlichem Bedarf noch hinzu?

W a e g e r : Zunächst wären die 100000 Mann, die wir jetzt von der Landwirtschaft haben und die am 1.4. bei uns verschwinden, abzudecken.

B a c k e : 20 000 sollen doch davon im Bergbau irgendwie festliegen.

W a e g e r : Dann wäre das abzudecken, was noch an Einziehungen kommt, was man heute noch nicht übersehen kann. Ich kann leider nur von Monat zu Monat genaue Zahlen angeben.

M i l l e r : Wie hoch schätzen Sie für den Rest des Jahres außer der Fluktuation von 2 Mio und den 544 000 noch den Bedarf?

W a e g e r : Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten, weil ich nicht weiß, was noch an Einziehung und anderen Dingen kommt. Zu den 2 Mio müßte man billigweise noch einen Aufschlag von rd. 1 Mio hinzurechnen.

M i l l e r : Dann wären bei den 2 Mio Fluktuation nach dem Erfahrungssatz der Vergangenheit die jeweiligen Einziehungen schon berücksichtigt!

W a e g e r : Es hat sich herausgestellt, daß wir eine von Monat zu Monat steigende Produktion haben, daß die Programme ständig erhöht werden und neue Programme kommen, wobei die alten nicht etwa zusammengestrichen werden, sondern weil wir nur die wichtigsten Programme laufen haben, erhöhen sich hier die Anforderungen von Monat zu Monat, und dadurch wird sowieso ein zusätzlicher Bedarf erforderlich.

M i l l e r : Die Materialdecke ist aber doch ungefähr abgeschlossen. Viel mehr neues Material bekommen wir ja gar nicht

für die Verarbeitung.

W a e g e r : Ich betone ausdrücklich: was zusätzlich an Bedarf noch eintritt, läßt sich sehr schwer schätzen. Ich sage aber nicht zuwenig, wenn ich behaupte, daß wir Ende des Jahres etwa 3 Mio brauchen.

M i l l e r : Also alles in allem rd. 0,9 Mio mit Fluktuation usw. Die Forderungen würden sich für das ganze Jahr auf 3 544 000 belaufen.

G u t t e r e r : Wir haben vom Luftkriegsschadensausschuss einen Antrag gestellt, zur Beseitigung von Fliegerschäden 150 000 Mann bereitzustellen. Nun sind unter Differ 3 bei Rüstung und Kriegsproduktion bereits 100 000 Mann angeführt. Ich wollte General Waeger fragen, ob die von uns beantragten Leute in diesen 100 000 Mann bereits mitenthalten sind.

(Waeger: Nein!)

M i l l e r : Sie wollen die Zahl auf 150 000 erhöht haben!

G u t t e r e r : Es jetzt sind 330 000 Arbeitskräfte bei der Luftkriegsschadenbeseitigung tätig. Sie gliedern sich in folgender Weise auf: 70 000 Arbeitskräfte von der OT - Einsatz im Ruhrgebiet, 100 000 sind in der Bauindustrie eingesetzt, um Behelfsheime, Zubehör usw. zu fertigen; 118 000 Handwerker sind im Orts- und Gemeindegemeinschaften tätig. Diese sind gar nicht zentral angesetzt, so daß man in Summa hier auf 288 000 Mann kommt und die Differenz zu den 330 000 eingesetzten Arbeitskräften nur 42 000 beträgt. Das sind 42 000 Mann, die zentral angesetzt werden können, um in Gegenden, wo massierte Luftangriffe stattgefunden haben, in Aktion zu treten. Diese Zahl ist im Verhältnis zu dem laufenden Schäden lächerlich gering. Zweifellos wird der Ausdruck "Bummlanten" auf einen großen

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Teil von Arbeitern anzuwenden sein, die zu Hause bleiben, um ihre Wohnung notdürftig wieder herzurichten.

M i l c h : So ist das nicht gemeint. Unter ^{hauw}Umhelanten versteht ich einen Mann, der sich am 1.3. bei Junkers verpflichten läßt, dort nichts tut, am 1.4. wieder hinausfliegt, sich dann bei der nächsten Firma verpflichtet, dort 14 Tage von der Arbeit fernbleibt, die andere Hälfte des Monats krankgeschrieben ist und sowieso nicht kommt oder gar schlechte Stimmung macht, so daß die Fabrik sagt: weg MM mit dem Schweini! Ein solcher Mann wird unter Umständen zwölfmal im Jahre vermittelt. Diese Leute meine ich mit den Umhelanten, nicht den braven Hausvater, der seine durchblasene Wohnung ausbessern muß. Darauf nehmen wir von allen Seiten weitestgehende Rücksicht.

G u t t e r : Ich bin der festen Überzeugung, daß es auch zum Nutzen der Rüstung wäre, wenn für die Beseitigung der Fliegerschäden mehr Arbeiter eingesetzt würden, und bitte darum, unsere Forderung auf 150 000 Mann zu akzeptieren. Sie müssen unter Handwerk und Bauwirtschaft geführt werden; denn es handelt sich dabei um Glaser, Dachdecker und ähnliche Berufe, in der Hauptsache auch Installateure zur Herichtung von Wasserleitungen usw.

K e h r l : Erfahrungsgemäß wird durch jeden Bombenanriff, besonders wenn diese Angriffe regelmäßig wiederholt werden, ein großer Teil des öffentlichen Dienstes, der Banken, der Versicherungen, des Einzelhandels usw. stillgelegt, und zwar endgültig stillgelegt, weil er vernichtet ist. Dadurch tritt zwangsweise eine Arbeitslosigkeit ein, die dazu führt, daß ein Teil der bisher in diesen Betrieben Beschäftigten keine Beschäftigung mehr hat, aber auch nicht evakuiert wird. Es entsteht die Frage, ob nicht

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

für die Zwecke der Wiederherstellung und der Reparaturen durch irgendeine freiwillige Sonderaktion ein Teil dieser Kräfte, die für den GBA und für die Industrie sehr schwer zu erfassen sind, für diese Aufgabe mobilisiert werden könnte.

G u t t e r e r : Dabei wird nicht viel herauskommen. Ein Bankbeamter wird kaum in der Lage sein, ein Dach zu decken.

K e h r l : Aber auch die sonstigen Wiederherstellungsarbeiten nehmen einen großen Teil ein. Insofern ist der Vergleich für Sie erfolgreich, wenn wir uns beide darüber streiten. Aber es sind nur 10 % der Gesamtfälle, während für andere Arbeiten wie Fenster einsetzen, Schuttbeseitigung, Hilfe zur Unterstützung der Handwerker bei Reparaturen der Türen, beim "umageln" usw. diese Leute als Hilfskräfte angesetzt werden könnten. Dafür eignet sich jeder, da ja jeder gegenwärtig zum Handwerker wird.

G u t t e r e r : Ich bin auf jeden Fall dabei, die arbeitslos werdenden Leute heranzuziehen. Wir wollen untersuchen, wieviel das bringt.

K e h r l : Es sind häufig Leute, die der GBA nicht erfassen kann, weil sie nicht der Meldepflicht unterliegen, die aber für diese Zwecke doch mobilisiert werden könnten.

G u t t e r e r : Ich möchte bitten, daß Bürgermeister Elgering dazu etwas sagt.

E l g e r i n g : Wir haben seit 1942 dieselben Arbeitskräfte im Fliegerschadenseinsatz wie in diesem Jahr, obwohl sich die Zahl der Schäden vervielfacht hat und die Situation dadurch sehr viel schlechter geworden ist, daß wir im Winter ~~besetzt~~ Luftangriffe hatten, was im vorigen Winter nicht der Fall war. Damals hatten wir in der Zeit vom 1.10.42 bis zum 31.12.42 nur einen An-

griff auf Duisburg, sonst keinen schweren Angriff, während wir jetzt in derselben Zeit 42 schwere Angriffe hatten. Aber nicht nur die Zahl der Angriffe hat sich gesteigert, sondern auch ihr Gewicht. Trotzdem stehen uns nicht mehr Arbeitskräfte zur Fliegerschadenbeseitigung zur Verfügung. Aus dem Reichseinsatz sind das nur 12 000 Handwerker, die sich auf die angegriffenen Städte verteilen. Zwar sind 320 000 Arbeitskräfte insgesamt in der Fliegerschadenbeseitigung tätig. Davon sind 138 000 Handwerker, die aber alle gau- und arbeitsgebunden sind. Wir kriegen aus dem Ruhegebiet oder aus München keine Handwerker nach Berlin, sondern haben dafür praktisch nur die 11 000 Mann im Reichseinsatz und die 28 000, die das OKH in den Arbeitsbattalionen und Kriegsgefangenenbattalionen hat. Wir kommen in diesem Winter in eine immer unerträglicher werdende Situation, weil, auch wenn keine neuen Fliegerangriffe kämen, das Volumen an Wohnungen immer kleiner wird. Der gestrige Angriff hat erneut 60 000 Obdachlose gebracht, und es werden immer mehr Obdachlose, weil wir die Wohnungen nicht mehr dicht kriegen. Die Leute sagen sich: es hat keinen Zweck, die Wohnung überhaupt zu retten, weil nachher die Sachen im Regen stehen und dann doch kaputt gehen. Diese Situation wird sich auch zu Lasten der Rüstung auswirken. Der Lumpel geht nicht eher zur Arbeit, als er seine Familie versorgt weiß. Wir müssen deshalb hier die Arbeitskräfte bereitstellen.

M i l l e r : Der Führer hat seinerzeit in der Besprechung gesagt, daß er einen großen Teil von Kräften für die Schadensbeseitigung bei Privaten und in der Industrie, für Bunkerbau usw. bereitstellen will. Es fragt sich nur, wo wir sie einplanen sollen. Man muß sie in die bestehenden Organisationen hineinbringen, viel-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

29
/30

leicht in die OT.

E l e e r i n g : Das wird nicht schwer sein. Das OKH bemüht sich seit Monaten vergeblich, ein Contingent von 20 000 Arbeitskräften zu bekommen, um die Lücken in den Arbeitsbataillonen zu schließen. Wenn die Leute herankommen, bringen wir sie schon unter.

H a y l e r : Die Frage ist nur dadurch zu lösen, daß man die Leute vom Handwerk aus besser zusammenfaßt. Es nützt nichts, Leute in Glaserbataillone zu verweisen, wenn sie nicht glasen können. Man kommt nur weiter, wenn man die Handwerksorganisation draußen etwas besser zusammenzieht und die Handwerker geschlossen in solchen Fällen, wie z.B. hier in Berlin die Glasermeister, herbringt.

F i l g e r i n g : Ich kenne die Verhältnisse aus der Praxis. Es ist ein Trümerspiel, wenn man etwa beim Reichsstand des Deutschen Handwerks versucht, 100 000 Maurer für den Reichseinsatz zusammenzubringen. Wir kriegen aus München z.B. keinen Maurer weg.

F i l c h : Für Sie kommt es in erster Linie drauf an, bewegliche Formationen zu haben und die Angriffsschwerpunkte örtlich zu unterstützen. Soweit das aus der Organisation des Handwerks möglich ist, ist es gut. Das erfordert aber keine zusätzlichen Kräfte; denn sie sind ja an den Ort gebunden, und man kann sie unter Umständen vermehren.

K e h r l : Dadurch, daß man Leute, die heute so viele arbeitsmäßig ausfallen, mit hinein nimmt, soweit sie brauchbar sind. Die Zahl von 150 000 halte ich aber eher für zu klein als zu groß. Der Führer hat seinerzeit eine größere Zahl genannt.

Vossen /Sch

31

16.2.4

G u t t e r : Wir haben Vorverhandlungen gehabt, und ist mir gesagt worden, dass es unmöglich ist, die vom Führer genannte Zahl von 400 000 oder 450 000 zu erreichen.

K e h r l : Da war der Bunkerbau mit dabei. Die Anforderungen der Bauwirtschaft sind in dem Sektor, den General Wäger vertritt, mit enthalten.

G u t t e r : Wir haben die Zahl zunächst einmal mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse nur gering gehalten, möchten aber darum bitten, dass diese Zahl eingesetzt wird.

M i l l e h : Ich habe sie hier auch mit eingesetzt.

B a c k e : Aus einzelnen Beispielen will ich nicht allgemeine Dinge folgern. Immerhin ist uns ein Schreiben von einem Rüstungsbetrieb zugegangen. Er hat ein Abkommen mit der Landwirtschaft in Baden geschlossen, um Gemüse zu bekommen. Diese Gemüselieferungen haben nach Angabe der Firma nicht funktioniert, weil nicht rechtzeitig Arbeitskräfte eingesetzt wurden und nicht rechtzeitig Dünger gekommen ist. Die Firma stellt bei mir den Antrag, 35 ha von dem Betrieb zu pachten, da sie in der Lage ist, Arbeitskräfte und Dünger rechtzeitig zu liefern.

W a e g e r : Der Herr Reichsminister hat sich sehr darüber gefreut, dass er das von Ihnen bekommen hat. Wir haben die Sache nachgeprüft. Ich habe Herrn Mauthmann vorgeladen und ihm gesagt: "Aussern Sie sich darüber". Herr Mauthmann hat erklärt: "Wegen der Arbeitskräfte kann ich das ohne weiteres machen; denn meine Belegschaft hat sich bereit erklärt, über die gesetzliche ^{ihr} Stundenzahl und über das, was ~~hier~~ durch Programmerrhöhung auch noch an Sonntagsarbeit usw. aufgeknallt wird, zusätzlich die

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Arbeitsstunden zu Übernahmen, die durch den Ausfall dieser 10 oder 20 Leute entsteht, und zwar nur kurzfristig; denn sie sollen bloss ein paar Schoten und Erbsen anbauen. Wegen des Thomasmahls habe ich auch Herrn Mathmann gefragt. Er sagte: "Für uns sind insgesamt im freien Handel verfügbar und freigegeben worden ~~und zwar~~ 150 000 t. Da sollen wir uns stark machen, diese kleine Menge zu besorgen." Ich habe ihm gesagt: Ich wünsche das schriftlich zu bekommen. Es wird in den nächsten Tagen bei mir eingingen.

M i l l e r : Ich wundere mich, dass solche Mengen an Düngemitteln noch im freien Handel sind.

B a c k e : Thomasmahl geht auf Hildenkaputt. Das ist der Grund.

B o s c h : Unter welche Rubrik der Statistik fällt dieser Fall?

(Waeger: Er fällt unter keine Rubrik!)

K e h r l : Das werden wir in der Besprechung klären.

(Waeger: Es ist praktisch kein Arbeitsausfall!)

M i l l e r : Dass ein Betrieb auf eine solche Idee kommt, kann man verstehen. Aber wir dürfen nicht dulden, dass in solcher wirtschaftlicher Unruhe gemacht wird. Dann ist es doch besser; man macht ein Abkommen mit der Landwirtschaft und sagt: besockert das mit euren Leuten und mit euren Düngemitteln. Bloss was den einen Recht ist, ist dem andern billig. Da muss Staatssekretär Backe sehen, wie weit er solchen Wünschen entsprechen kann.

W a e g e r : Die Sache soll untersucht werden. Die Entscheidung wird höchstwahrscheinlich gegen den Betrieb ausfallen.

M i l l e r : Macht die Landwirtschaft wirklich keine Ausnahmen?

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

B a c k e : Das kann sie nicht machen. Die OT hat eine ganze Reihe von Betrieben gepachtet, in denen die Kleintierzucht betreibt. Ich sage das nur, um zu zeigen, dass manchmal die Anforderungen an die Rüstungsindustrie bei solchen Dingen mit berücksichtigt werden müssen. Man muss fragen: sind es wirklich Nettowahlen oder nicht? Wir sind uns alle im klaren, dass diese Millionenzahlen doch sehr dubios sind. Wir wollen doch nicht Dinge auf dem Papier allein aufzeichnen. Ich habe in meinem Sektor die 400 000 genannt, weil ich mir sage: das ist das Wenigste. Angfordert ist sehr viel mehr. Ich weiss auch nicht, wie das Wetter wird. Wenn die 400 000 nicht kommen, fürchte ich nicht, dass die Ernte nicht herinkommt, aber ich fürchte, dass der Anbau zurückgeht, weil man sagt: wir haben die Leute nicht dazu. Zu schiffen wäre es auch so. Wenn nun solche Zahlen in Bezug auf Kaninchenzucht usw. genannt werden, gibt das noch zu denken. Es ist immer feil, wenn die Arbeitskräfte ruhelose auftreten.

W a e g e r : Dieser Fall ist ein Einzelfall. Es handelt sich nur um ein paar Leute, die bei einem Gesamtvolumen von 3,5 Millionen keine Rolle spielen. Besser wären wir dankbar, wenn wir möglichst viele derartige Fälle bekämen; denn der Reichminister wird sofort eingreifen. Da wir aber nur diesen einen Fall bisher bekommen haben, sollte man nicht wegen dieser 20 Leute das ganze Meldungsgebilde, das wir in seriöser Arbeit zusammen mit dem GBA aufgestellt haben und das wirklich stimmt, dadurch erschüttern lassen.

K a y l e r : In der Verbrauchsgüterindustrie sind keine neuen Anforderungen da; aber die Anlieferungen stehen in keinem Verhältnis mehr zu den Schäden, die behoben werden müssen. Dabei

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

muss in der Verbrauchsgüterindustrie sehr vorsichtig vorgegangen werden, damit nicht neuerdings Kräfte abgezogen werden. Die Verbrauchsgüterindustrie steht unter demselben Stern wie alle anderen Industrien. Es ist durch die Unfälle, die eben besprochen wurden, durch Einziehungen usw. der normale Abgang da. Die Zuteilung zusätzlicher Kräfte ist nicht vorgesehen. Es muss obacht gegeben werden, weil wir mit der Versorgung des Volkes überaus knapp sind. Der Einwand, den Staatssekretär Backe machte, berührt doch ein ernstes Problem. Es handelt sich nicht allein um die Zahl, sondern vor allen Dingen auch um den richtigen Einsatz unserer Menschen. Ich würde es begrüßen, wenn man Wege suchen würde, um festzustellen, ob der derzeitige Einsatz der Menschen richtig ist. Das Beispiel der OT weist daraufhin. Das, was Staatssekretär Backe hierzu sagte, möchte ich in jeder Form unterstützen. Ich habe mir neulich Herrn Minister Speer neulich einen mündlichen Vermerk herübergegeben. Kein Bauer versteht mehr, dass grosse Höfe von der OT gepachtet werden und sofort, nachdem sie gepachtet sind, eine Arbeitskolonne erscheint und anfängt, umzubauen, unter Umständen auch das Feld zu bestellen, während der Ortsbauernführer die Leute weggenommen werden. Er sieht: hier ist ein Betrieb völlig in die örtliche Regie übergegangen, oder wird von sonstigen Organen betrieben, denen Arbeitskräfte und Material zur Verfügung stehen, während bei ihm die Frau mit Ausländern das Feld bestellen muss. Dabei werden ihm die Vergleichszahlen hinsichtlich der Leistung immer wieder vorgehalten. Ich habe Staatssekretär Backe deswegen angesprochen, weil mir der Ortsbauernführer sein Leid geklagt hat.

M i l l e r : Ich darf vorschlagen, dass über diese Frage mit Minister Speer persönlich, sei es von Herrn Berk, sei es von

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Herrn Präsident Kehrli, gesprochen wird.

H a y l e r : Ich habe das Beispiel gebracht, weil es eine Fülle derartiger Beispiele gibt. Hier muss nachgesehen werden: was verschleissen wir durch unnötige Arbeitskräfte? Ich habe eine Reihe von Beispielen auf dem Verteilungssektor, wo jede grössere Organisation unter Ausschaltung des ausgedehnten und primitiven Verteilungsapparats einen eigenen Verteilungsapparat für irgendeinen Zweck aufzucht. So atomisieren wir eins neben dem andern.

M i l l e h : Es ist bestimmt ein sehr wichtiges Problem. Aber man muss hier doch unterscheiden. Die Wehrmacht hat beispielsweise irgendwelche Anlagen auf Schiessplätzen. Sie hat Soldaten, die sonst doch nichts anderes tun, und die nun auch irgendwie Landwirtschaft machen. Wenn sie dadurch zusätzlich etwas schaffen, gibt es wieder die bekannten zwei Wege. Der eine Weg ist: es wird auf die Portion angerechnet. Der andere Weg ist: es wird zusätzlich gegeben. Aber es ist immerhin eine Frage, die man klären sollte, weil es letzten Endes in Summen geht.

A l p e r s : Wir machen gerade auf dem Lande in der Urproduktion, in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft immer wieder die Erfahrung, dass uns alles fehlt. Wir haben keine Stiefel für unsere Leute im Hochgebirge. Ohne diese Stiefel sind die Leute nicht in der Lage, zu arbeiten. Auf der anderen Seite sieht man immer wieder, dass grosse Organisationen^{en} - Wehrmacht, Arbeitsdienst, OT usw. - mit allem ausgestattet sind. Wir haben in keiner Weise eine Unterstützung. Ich darf nur daran erinnern, dass zum ersten Mal zu Weihnachten eine Schnapssuteilung für das Landvolk erfolgt ist.

M i l l e h : Das ist sogar in der Rüstung so. Wenn einer im selben Werk Panzer arbeitet, bekommt er dauernd Esspakete. Wenn

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

das doppelte für Flugzeuge arbeitet, bekommt er gar nichts. Das, was Hayler und Alpers sagten, ist durchaus richtig. Solche Wünsche sind berechtigt. Man sollte alle diese Fragen einmal zusammenstellen und auf einen vernünftigen Nenner bringen. Vielleicht könnte sich Herr Hayler dieser Sache annehmen.

K e h r l : Jeder kennt solche Beispiele und ist geneigt, sie zu verallgemeinern. Es wäre sehr dienlich, wenn alle Beteiligten die Beispiele, die sie kennen, einmal in einzelnen aufzählen würden, damit man sehen kann, sind es Einzelbeispiele oder Grundsätze, und können wir zentral irgendetwas dagegen tun?

Vielleicht

M i l l e r : Ähnlich nach dem Motto: der ganze deutsche Boden, der für die Ernährung brauchbar ist, muss unter Führung des Ernährungsministers für die Ernährung verwendet werden. Der Ernährungsminister muss dafür sorgen, dass das, was gewonnen wird, richtig verteilt wird. Dazu gehört eine grosse Geschicklichkeit. Man muss aufpassen, dass man durch das Eingreifen nicht das Gegenteil dessen erreicht, was man erreichen will.

K e h r l : Ich habe die einzelnen Herren ~~zu~~ versprochen, als ob sich das nicht nur auf die Landwirtschaft bezieht, sondern solche Fehleinsätze auch auf anderen Gebieten vorhanden sind. Da entsteht die Frage: unter welcher Rubrik gehört das?

M i l l e r : Das Wichtige ist nicht einmal das Zusätzlich, das der eine oder andere hat, sondern entscheidend ist der Meid und der Aerger, den das mit Recht woanders erregt, das böse Blut und die Zerstörung der Volksgemeinschaft.

K e h r l : Und die mangelnde Bereitwilligkeit, sparsam zu sein, weil man sagt: der andere hat das nicht nötig.

M i l l e r : Man kann sich auf den Standpunkt stellen: wenn dafür Arbeitskräfte da sind, die eigentlich ganz andere Aufgaben

haben, sind diese Leute bei dem zu viel und bei anderen zu wenig; also könnte man sie abziehen. Wenn man das summiert, ergibt sich eine sehr interessante Zahl.

W a g e r : Bezüglich der Ländereien der OT hat der Reichsminister bereits eingegriffen. Es sind Untersuchungen im Gange.

M i l c h : Darüber müsste mit dem Minister gesprochen werden. Vielleicht schaltet sich Herr Mayler ein.

K r e h r l : Dann kann man vorher eine Sitzung der Zentralen Planung machen, wenn ausreichendes Material vorliegt, kann die Fälle grundsätzlich besprechen und zu einer Entscheidung kommen.

M i l c h : Dann kann auch eine Grundlinie von Führern bezeichnet werden, so dass alle Stellen wissen: es ist ein Befehl da.

Dann kommt Verkehr.

G a n z e n m ü l l e r : Die angegebene Zahl von 70 000 als Anforderung kann von uns nicht anerkannt werden, weil sie nicht als solche nicht gestellt worden ist. Sie kann höchstens als ein Zuteilungsvorschlag angesehen werden, der den tatsächlichen Bedarf in keiner Weise Rechnung trägt. Wir haben einen Sofortbedarf für das erste Vierteljahr von 85 000: Reichsbahn 75 000, Binnenschifffahrt 1000, Kraftverkehr 7 000 und Privatbahnen 2 000, wobei ich bemerken möchte, dass die Hafen- und Speditionswörter nicht einbezogen sind.

M i l c h : Was würden Sie für die nächsten drei Quartale brauchen?

G a n z e n m ü l l e r : Das ist schwer vorzusagen, weil wir nicht wissen, welche Anforderungen gestellt werden.

(Milch: Welche Fluktuation haben Sie?)

Bei der Reichsbahn ist die Fluktuation etwa 100 000 im Jahr. Wenn

man überhaupt eine Schätzung geben soll, muss man, ohne dass wir uns damit festlegen, mit einer Mindestzahl von 290 000 rechnen. Die 85 000 sind einbegriffen.

(Ich; Also kommen noch 205 000 dazu!)

Ja, aber ohne Abzüge für Wehrmacht und ohne die Hafen- und Speditionsarbeiter! Für den gesamten Verkehr wären es mit den 85 000 ungefähr 350 000 sein.

M i l l e r : Also müssen wir die 85 000 abziehen. Dann kommen wir auf 265 000 für die drei anderen Quartale.

G a n z e n m i l l e r : Dabei möchte ich feststellen, dass diese Zahl absolut als Spitze zu betrachten ist, vor allen Dingen hinsichtlich ihrer Grösse nach oben. Wir haben immer an unsere Anforderungen den aus ersten Maßstab angelegt. Dabei muss ich darauf hinweisen, dass immer dann, wenn die Zuweisungen oder Zuteilungen, die wir gefordert haben, nicht einkommen sind, unter allen Umständen auch eine Leistungsminderung im Verkehr eingetreten ist. Ich erinnere an die Sitzung der Z.P. im Juli, in der ich darauf hinwies, dass, wenn dem Bergbau zuungunsten des Verkehrs besonders der Reichsbahn, Kräfte zugewiesen werden, die Leistung absinkt. Das ist eingetroffen. Ich möchte daher darum bitten, dass man bei den Kräftezuteilungen, vor allen Dingen bei der Aufstellung der Bilanz des Arbeitseinsatzes die möglichen Engpässe einkalkuliert. Es hat keinen Zweck, wenn Rüstung oder Bergbau ihre Forderungen um 20 % steigern und die Reichsbahn nicht in der Lage ist, dieser Forderungsteigerung nachzukommen.

K e h r l : Das Beispiel ist sehr schlecht gewählt. Wenn man dem Bergbau nicht aufgestockt hätte, würden Tausende von Lokomotiven ohne Kohle dastehen. Wir sind jetzt noch auf 4, 5 Tage in der Kohlenversorgung drunter.

G a n z e n m ü l l e r : Das liegt daran, weil wir nicht in der Lage sind auf Grund unserer zahlreichen Engpässe, die Kohle abzufahren. Es ist augenblicklich ein ausgesprochenes Transportproblem.

(Kehrl: Seit 4 Wochen fahren wir die Kohle wieder!)

Der Engpaß war eingetreten zu dem Zeitpunkt des vergangenen Jahres, der von uns vorausgesagt worden war. Daher unsere Bitte, die Engpässe zu berücksichtigen. Sonst tritt irgendwo ein Ventil ein, durch das die Ströme nicht hindurchfliessen. Die Zahlen, die wir angegeben haben, sind absolut echt und keineswegs übersetzt.

K e h r l : Wie ist es mit den Einziehungen zur Wehrmacht?

G a n z e n m ü l l e r : Wir müssen Ende März zunächst mit 15 000 Kräften rechnen, wobei man berücksichtigen muss, dass man natürlich bei der Reichsbahn und auch im Schiffsfahrtsverkehr viel weniger mit ausländischen Kräften arbeiten kann, als z.B. im Bergbau. Da habe ich die Ausländer in Stollen, und ich kann sie besser überwachen. Auch in der Rüstungsindustrie kann ich sie besser überwachen, weil ich sie in halbwegs geschlossenen Räumen habe. Beim Verkehr ist man für ganze Strecken auf Ausländer angewiesen. Ich bin gezwungen, viele Strecken auf Ausländer umzustellen. Wir tun uns in der Beziehung ausserordentlich schwer, müssen uns aber durchsetzen, weil die Reichsbahn mit ihren deutschen Kräften nicht auskommt. Die Voraussage, dass aus den Intelligenzberufen eine grosse Zahl zugewiesen würde, ist ins Wasser gefallen. Von den vielen Professoren, von denen uns 70 000 als Fahrdienstleiter zugewiesen werden sollten, sind nicht 1500 eingetroffen. Wir können in grossem Umfange bei uns aber Frauen ansetzen und freuen uns vor allen Dingen über die Anerkennung der Z.P., dass es uns halbwegs gelungen ist, die Frauen einzusetzen. Wir können damit rechnen, dass

Hergestellt im
Bundesarchiv

B3/1721

zur
wir ~~die~~ Hälfte Frauen einsetzen können.

B a c k e : Man kann einzelne Fälle nicht verallgemeinern. Aber auf dem flachen Lande sind sehr viele Züge ausgefallen. Dort sind aber noch verhältnismäßig sehr viele Männer. So stark auch Ihre Zentralen Linien überlastet sind, weil dort die Menschen fehlen, so könnten Sie aus den ländlichen Gebieten noch eine ganze Menge Männer herausziehen.

G a n z e n m ü l l e r : Es wird bei uns wöchentlich eingehend durchgekämmt. Aber erstens würde uns vor allen Dingen die Landwirtschaft mit Vorwürfen überfallen, wenn wir eine derartige Strecke stilllegen wollten, zweitens haben wir eine Reihe von früher sehr unwichtigen Nebenbahnstrecken, die ständig bereit sein müssen, wenn die Hauptstrecken gebrochen sind.

M i l l e r : Wenn wieder ein Krieg sein sollte und wir ihn vorbereiten müssten, würde ich sagen: alles, was zur Eisenbahn und zur Rüstungsindustrie gehört, wird von ersten Augenblick an militärisch eingezogen, gleichmäßig uniformiert, bekommt militärische Verpflegung und ist Soldat. Jeder Rüstungsarbeiter muss Soldat sein. Dann kommt auch nicht die Wehrmacht und sagt: ich nehme den und den weg. Man hätte dann die Leute, die man wirklich braucht.

G a n z e n m ü l l e r : Auf die Zahlen möchte ich im einzelnen nicht eingehen, sondern nur wie Herr Alpers darauf hinweisen, dass diese Zahlen zum Teil übertrieben sind, vor allen Dingen, wenigstens was den Sektor Verkehr anlangt, deshalb, weil die Arbeitskräfte darin enthalten sind, die aus den besetzten Gebieten genommen werden. Hinsichtlich Binnenschifffahrt hätte ich die Bitte an den ~~MRM~~ GBA, dass, wenn von der Organisation der Binnenschifffahrt Leute im Einvernehmen mit dem GBA in Frankreich

Hergestellt im
Bundesarchiv

B3/1721

angeworben werden, diese Binnenschiffer entsprechend ihrem Vertrag im Reich als Binnenschiffer eingesetzt werden. Wir haben eine Reihe von Klagen seitens der französischen Binnenschiffer bekommen, die mit einem Vertrag in der Tasche nach Deutschland kamen, von der Rüstungsindustrie plötzlich weggeschnappt und dort eingesetzt wurden. Das hat keinen Zweck. Es handelt sich um einige hundert Binnenschiffer, die heute fehlen. Es ist so, dass eine Reihe von Schleppkähnen stillliegt, weil wir kein Personal haben. Bei der Reichsbahn ist es ähnlich. Wir haben durch die Luftangriffe einen starken Personalmangel bei sämtlichen Betriebsmitteln. Das Personal fehlt für den Neuanfang. Das sind Dinge, die in anderen Zweigen nicht in dieser Weise bekannt sind. Die Landwirtschaft hat keinen Betriebsmittelumlauf wie wir. Die Postwirtschaft ist auch nicht so betroffen wie wir. Daher möchte ich bitten, alle diese Schwierigkeiten zu berücksichtigen.

K i l l e h : Dann käme V: Verteilung (Handel, ^{Verkehr} Fremdenverkehr, Banken, Versicherung). Da ist an Bedarf nichts angemeldet.

S a y l e r : Anforderungen sind nicht da. Wir haben nach Blatt V in diesem Sektor noch 2,7 Millionen Menschen. Das sind 67 %. Es ist eine Anforderung da, dass wir aus diesem Zweig noch 135 000 Mann abgeben sollen. Ich habe Vorbereitungen getroffen, um noch einige Leute abgeben zu können. Wieviel es sind, kann ich noch nicht übersehen. Wenn 1,7 Millionen noch im Handel stehen, muss man berücksichtigen, dass wir ein sehr hohes Durchschnittsalter haben. Ich habe ~~japanisch~~ 1939 im Einzelhandel für 635 000 Betriebe eine kolossale Erhöhung des Durchschnittsalters festgestellt: da war das Durchschnittsalter über 50 Jahre. Ich kann mir vorstellen, dass in der Zwischenzeit die jungen Kräfte abgezogen sind, so dass sich aus dem Zahlenbild nicht mehr

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

sehr
 eher viel ergibt. Was Banken und Versicherungen betrifft, so können noch Einsparungen vorgenommen werden, aber nicht mehr sehr viele. Wir bekommen schon bittere Klagen aus der Industrie, dass die Kontoauszüge nicht mehr von den Banken gereicht werden können, weil das Personal nicht da ist. Hier hat natürlich das Herausnehmen von Menschen seine Grenzen.

Neue Anforderungen sind also nicht da. Was abgegeben werden kann, ist der Teil der Wirtschaft, auf den zunächst losgelassen wird, um neue Arbeitskräfte abzugeben. Aber sehr viel ist nicht mehr darin, zumal Schwierigkeiten in der Versorgung bestehen. Es ist nicht so, dass mit knapp werdenden Waren die Verteilung weniger Arbeit macht, sondern sie macht mehr Arbeit. Es werden in ganzen 1,5 Millionen Menschen sein. 400 000 wurden abgegeben.

K e h r l : Aus der ganzen Industrie waren es 400 000, in Ihrem Sektor annähernd 200 000. Die Zahl ist nachher erhöht worden.

G a y l e r : Was noch herauskommen kann, weiss ich nicht. Man muss dabei bedenken, dass ungefähr 1,5 Millionen, zum grössten Teil alte Leute, die Versorgung unseres ganzen Volkes durchführen müssen.

M i l l e r : Nun käme VI.: Verwaltung, und zwar zunächst öffentliche Verwaltung.

B o s c h : Bei der öffentlichen Verwaltung habe ich aufgeführt 35 000 Helferinnen für das Deutsche Rote Kreuz, die in wesentlichen in die Wehrmachtverwaltung hineingehören und angefordert worden sind, zweitens 27 000 Anforderungen der Reichspost. So kommen 62 000 zustande. Die Reichspost hat 27 000 als Sofortbedarf bezeichnet, und zwar als Fehlbedarf schon im letzten Dezember; begründet wird dieser Bedarf damit, dass die Reichspost in den besetzten Gebieten sehr grosse Aufgaben zu erfüllen hat und genau

Fertgestellt im
Bundesrat
R3/1721

wie die Reichsbahn Kräfte braucht, dass sie im übrigen Einberufungen ersetzen muss. Die Anforderungen der Roten-Kreuz-Helferinnen wird vor allem darin begründet, dass Männer zur kämpfenden Truppe aus Lazaretten einberufen werden und dass ein Nachschub von Frauen erfolgen muss.

G u t t e r e r : Was die Roten-Kreuz-Helferinnen betrifft, so kann man zunächst nur auf freiwilliger Basis etwas machen, indem man an die Frauen appelliert, die draussen auf dem Lande sitzen, nicht richtig beschäftigt sind usw. Wenn man sie einstellen kann, ohne dass sie ein Arbeitsbuch bekommen, dann wird man sie zu 100 % bekommen und einen grossen Erfolg erzielen. Sie fürchten aber, dass sie ein Arbeitsbuch bekommen. Man müsste die Sache auch einmal nach der Richtung hin überprüfen.

B e r k : Die Heeres sanitätsinspektion macht geltend, dass es sich um sogenannte Schwesternhelferinnen handeln müsse. Das sind in der Krankenpflege und in der Ersten Hilfe ausgebildete Frauen. Diese 25 000 befinden sich bekanntlich in Ihrem Sektor, Herr General. Das Rote Kreuz und die Heeres sanitätsinspektion möchten diese Frauen herausheben. Was Herr Gutterer eben sagte, dass es sich nämlich um ausgebildete Kräfte handeln müsse, die frontverwendungsfähiges Heeres sanitätspersonal ablösen, trifft nicht ganz zu. So denkt sich das die Heeres sanitätsinspektion. An sich vertrete ich Ihre Auffassung.

G u t t e r e r : Man kann auch eine Umschichtung machen. Es gibt in der Heimat eine ganze Menge ausgebildeter Frauen, die man nehmen kann und die man über die Frauenschaft der Partei in Schnellkursen ausbilden kann, um das auszugleichen. Wir müssen sehen, dass wir uns gegenseitig helfen.

K o h r l : Ich glaube, dass in dem Sinne ein Ringtausch möglich sein muss. In der Frauenschaft ist eine Menge von Kräften tätig, die auch zu den Arbeiten in den Lazaretten zum Teil herangezogen werden können. Die Möglichkeiten des Fraueneinsatzes werden nicht ausgenutzt. Ich weiss zB. aus unserem Bezirk, dass, obschon regelmässig Fliegereschäden sind, meine Frau sich bei jedem Fliegereschaden gemeldet hat und ihr gesagt worden ist; es ist kein Kräftemangel vorhanden; wir sind reichlich eingedeckt. Ich glaube, dass Frauen sich zu diesen Arbeiten in ausreichendem Masse melden; wenn sie durch Ringtausch umgesetzt werden, wird eine Erleichterung geschaffen werden können. Ein Arbeitsbuch brauchen sie nicht.

M i l l e r : Für den Handel werden 62 000 im ersten Quartal genannt. Wie sehen die nächsten Quartale aus?

B o s c h : Dafür sind noch keine Anforderungen eingegangen.

W e i d e m a n n : Die Forderungen der Wehrmacht laufen unter der Finanzierung Wehrmachthandel. Diese Frauen ^{werden} zahlen von der Wehrmachtsverwaltung bezahlt und betreut, teilweise auch eingekleidet, sind aber nicht in der Verwaltung und bei dem Zahlmeister tätig, sondern betätigen sich als Nachrichtenlieferinnen, Stabs-
helferinnen, Flakhelferinnen usw. Damit sind sie Führungshilfskräfte, die ausserordentlich notwendig sind, indem sie einerseits Männer ersetzen und es andererseits bei dem erweiterten Einsatz möglich machen, Männer für die Front freizustellen und minder-
kriegsfähige Männer zu anderem Einsatz zu bringen. Die Zahlen, die auf Blatt VI. aufgeführt sind, gehen vom 31.5.1939 aus. Die Wehrmacht war damals ungefähr 1,2 Millionen stark. Sie ist heute neunmal so gross. Wenn es hoch erscheint, dass nun 476 000 Frauen eingesetzt werden, so ist das noch nicht einmal das Fünffache der

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Frauen gegenüber der Vermehrung der Wehrmacht. Die Zahlen, die als Anforderungen in Höhe von 126 000 eingesetzt sind, liegen mir etwas anders vor. Ich habe die Einzelheiten wegen der Ereignisse der vergangenen Nacht nicht hier. Der GBA hat am 1.11.1943 an die Z.P. die Anforderungen der Wehrmacht in Höhe von 145 000 weitergegeben. Ueber 15 000 ist inzwischen eine Vereinbarung getroffen worden, ^{so} dass noch eine Anforderung von 130 000 Frauen besteht.

(Kehrl: Das stimmt ziemlich; hier steht 126 000!)

Der Gauleiter Sauckel hat uns förmlich aus Verona übermitteln lassen, dass diese 130 000 von ihm gestellt würden, um dem Führerbefehl vom 27.11. Rechnung zu tragen, und dass er sie auch stellen könne.

Wir haben dann noch einige andere Bitten. Es handelt sich einmal um diese Lazarethhelferinnen. Die Heeres-sanitätsinspektion spricht von 1000 ausgebildeten Schwesternhelferinnen und 34 000 Lazareththelferinnen, die bereits geschult und anderweitig eingesetzt sind, zum größten Teil wohl innerhalb der Rüstung, und die nach Ansicht der Heeres-sanitätsinspektion dort durch andere Frauen ersetzt und herausgelöst werden sollten. Sie sind als Helferinnen ausgebildet. Dadurch würde es möglich sein, die gleiche Zahl von Sanitätssoldaten für die kämpfende Front freizumachen.

Wir unterstützen auch stark die Forderung der Reichspost auf 27 000 Frauen. Diese Zuweisung würde ermöglichen, im März von der Reichspost 7 000 Männer für die kämpfende Front einzuziehen und noch einmal rd. 1000 für die Waffen-~~ff~~, die in den letzten Tagen noch einmal eine Anforderung von nicht ganz 1000 angemeldet hat. Also rd. 8000 Männer für die kämpfende Front könnten durch die Zuweisung dieser 27 000 Frauen freigemacht werden. Außerdem

hat die Reichspost uns versichert, dass durch diese Zuweisung ihr ganzer Betrieb wieder zu einer Leistungssteigerung käme, an der wir alle als Bedarfsträger interessiert sind, und worüber wir auch einen Schriftwechsel mit dem Reichsminister für RuK in den letzten Tagen hatten. Ich habe den Auftrag, die Bitte vorzubringen, dass die laufenden und künftigen Bedarfsmeldungen der Wehrmacht so durchgeführt werden, dass die Wehrmacht der Rüstung bei Zuweisung der Frauen gleichgestellt wird. Nur dadurch wird ermöglicht, dass die Männer, die wir innerhalb der Wehrmacht freimachen können, auch tatsächlich für die kämpfende Front freigezogen werden, wie es der Führerbefehl vom 17.11. fordert.

K e h r l : Sind bei der Höhe der Anforderungen die nach allgemeiner Auffassung möglichen Umsetzungen innerhalb der Wehrmacht von nicht ausreichend ausgelasteten Stabsstellen mit berücksichtigt oder sollen sie noch zusätzlich erfolgen?

W e i d e m a n n : Die Zahl 130 000 ist ein Sofortbedarf. Die künftigen Forderungen kann ich nicht angeben. Der Chef OKW hat noch einmal eine genaue Überprüfung des Einsatzes aller Frauen innerhalb der Wehrmacht angeordnet, sowohl der nichtausgelasteten wie der umzusetzenden und der Frauen, die noch als Bedarf auf Grund der Herausziehung von einer Million Männern zugunsten der kämpfenden Truppe auf Grund des Führerbefehls auftreten, so dass ich die 130 000 als Sofortanforderung bezeichnen müsste, während die kommenden Forderungen noch nicht in ihrer Zahlengröße angegeben werden können.

B e r k : In den Ausführungen des Herrn Weidenmann ist Gruleiter Sauckel apostrophiert worden. Die Wehrmacht, insb. sondern auch die Luftwaffe ist bei uns seit Monaten wegen der Gestellung der oben erwähnten weiblichen Kräfte vorstellig geworden. Da die

Anforderungen der Rüstung sehr hoch waren, konnten wir diese Kräfte nicht stellen und hatten in einem Schreiben von Mitte November an die Z.P. darum gebeten, man möge hier darüber entscheiden.

Etwa 10 Tage später kam der Befehl des Führers, dass eine Million Kräfte aus der Etappe freizumachen seien. In Ziffer 9 des Führerbefehls hieß es, dass auch alle Möglichkeiten auszuschöpfen seien, frontverwendungsfähige Männer durch Frauen zu ersetzen. Der General vertritt nun die Auffassung, dass der Befehl des Führers selbstverständlich allem voran gehe, ohne damit der Z.P. vorzugreifen. Ich habe ihn noch einmal telefonisch in Büro sprechen können, und habe, soweit eine Verständigung möglich war, versucht, seine Auffassung in dieser Frage zu ermitteln. General Stuckel sagt, er bleibe auf seinem Standpunkt stehen, dass der Führerbefehl vor-
müchte
gehe; er ~~misst~~ aber selbstverständlich der Z.P. in keiner Weise die Entscheidung vorwegzunehmen.

W e i d e m a n n : Mir ist es etwas positiver übermittelt worden, als Sie jetzt sagen. Aber ich nehme das zur Kenntnis.

B e r k : Er vertritt diese Auffassung und ist in diesem Falle schon im November vor dem Führerbefehl an die Z.P. hergetreten.

M i l l e r : Das hindert uns nicht, alle diese Dinge hier zusammenzustellen. Die Frage, was nachher alles abgeklüffelt wird, hängt davon ab: was kann überhaupt geschafft werden? Ihre Arbeit ist hierbei sehr schwer, nämlich das Beschaffen der Leute. Das ist schwieriger als nachher die Verteilung. Weiß man, was man bekommt, dann weiß man auch, wie man verteilen kann. Diese verschiedenen Dinge müssen von einem zentralen Gesichtspunkt aus geregelt werden. Wir brauchen alles. Wir können nicht ohne Rüstung Krieg führen, auch nicht ohne Soldaten. Also, es muss in diese

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Sinne eine Abgleichung gemäss dem Führerbefehl nachher erfolgen.
Das brauchen wir heute nicht zu machen.

Nun käme VII. Sozialpolitik, Kultur.

(Gutterer: Da ist nichts angefordert.)

K e h r l : Unter VIII. Hausgehilfinnen, hat man auch nichts vorgesehen. Nach den Erklärungen kann die Zeitung nicht in Frage kommen, höchstens das Gegenteil.

M i l l c h : Also ich komme ^{f/} aus 1 160 000 für das erste Quartal. Eine Kleinigkeit hat sich oben geändert; das geht auf die Zahl bei Alpers zurück. Für die anderen Sachen haben wir 3 515 000 für die drei weiteren Quartale. Die Gesamtsumme für das Jahr wäre dann 4 667 000. Das würde annähernd der Zahl entsprechen, die seinerzeit in der Besprechung beim Führer überschläglich mit 4 050 000 angegeben wurde.

K e h r l : Es sind nicht darin gewesen die zusätzlichen Frauen für die Wehrmacht; sie sind jedenfalls nicht erwähnt worden.

M i l l c h : Die Zahl von 544 000 Fluktuation ist für uns nur ein sehr berechtigter Wunschbegriff. Wir haben jedenfalls 1 161 000 für das erste Quartal und etwa 3,5 Millionen für die drei weiteren Quartale, somit ein Gesamtbedarf von etwa 4,6 Millionen. Dass diese Zahlen erfüllt werden können, darüber brauchen wir nicht ernstlich zu debattieren. Aber es wird uns interessieren, wenn der CBA sagen könnte, wie er sich für das erste Quartal die Abdeckung denkt. Für die weiteren Quartale wird es ihm gänzlich unmöglich sein, von heute auf morgen zu sagen, welche Möglichkeiten bestehen.

B e r k : Es sind eben schon Zweifel geäussert worden, dass der ~~hohe~~ hohe angemessene Bedarf in dieser Höhe abgedeckt werden könne. Ehe ich einen Überblick über das Aufkommen, das

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1724

B e r k : 2,5 Millionen sind gedacht zur Erhaltung des Beschäftigungsbestandes. 1,3 Millionen war die Forderung des Reichsministers Speer^d, und 250 000 waren die Führerforderungen. Das sind 4 050 000. Diese Zahl ist authentisch. In dem Schreiben an Reichminister Speer sind 4,5 Millionen angegeben; das ist offenbar ein Schreibfehler.

K e h r l : Also die Anforderung zur Erhaltung des Beschäftigtenbestandes ist nicht gleichbedeutend mit den Zuweisungen, die wir bisher haben. Sie wären an sich höher sein; denn bei den Zuweisungen sind noch die Leistungen, die Doppeltzahlungen mit darin. Wenn sie mit darin wären, wäre doch das innere Einkommen von 500 000 viel zu klein sein, weil ein namenswerter Teil der Umsatzen aus dem Inland stammt; dann würden zusätzliche Inländer praktisch überhaupt nicht erscheinen.

B e r k : Die Zahl von ca. 1 Million muss praktisch zusätzlich hingestellt werden. Auf ihr wird die Fluktuation - Einberufungen usw. - abgedeckt. Wir haben insgesamt unter Aufrechterhaltung des Beschäftigungsbestandes zu verstehen 1 ~~Million~~ 1 Million, 300 000 zusätzlich für Rüstung und 250 000 Führerprogramm. So lege ich diese Führerbesprechung vor.

Kunze darf ich das Programm des Generalleiters vorlegen. Er muss sich Gedanken darüber machen: In welcher Weise könnten und sollten diese Anforderungen aufgebracht werden? Er hat über die Realisierung dieses Programms in Frankreich längere Besprechungen mit den dortigen Deutschen und französischen Dienststellen gehabt. Die Besprechungen endeten mit einer Besprechung beim Ministerpräsidenten Laval, an der Pichelmann und andere teilgenommen haben. Es wurde festgestellt, dass die Franzosen ein Sofortprogramm des Millionenprogramms von 173 000 verbindlich machen sollen. Die Sollziffer wurde auf 3 Monatsraten von je 91 000 aufgestellt.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Es wurde versucht, die Dinge so zu machen, dass sie zur Befolgung führen. Selbstverständlich ist es ein Gesetz zu jedem Verhalten, das der Verantwortung für die Sache zugeordnet werden kann. Es hat sich in der Vergangenheit bei Führern und in anderen Situationen gezeigt, dass sie Ereignisse in der Lage sind, die Dinge auf ein höheres Jahr nicht von oben in die Welt der Menschen zu bringen. Aussergewöhnlich ist Gaudier-Schöckel in diesem Bereich. Es ist der Mann, der sich mit der Verantwortung für die Vorkommnisse trifft, um den Verantwortlichen zu helfen. Es sind Gespräche mit den Betroffenen, die in der Lage sind, die Dinge zu erlebten. Botschafter K im Zentrum der Verantwortung ist ein Mann, der ich glaube, dass er alle Aufgaben, die er in der Hilfeleistung zu leisten. Es besteht in der Verantwortung nicht die Verantwortung, sondern die Verantwortung, die in der Verantwortung und in der Verantwortung. Es ist ein Mann, der in der Verantwortung zu mobilisieren, und er ist, selbstverständlich, soweit in der Verantwortung.

Kocherl: Es ist ein Mann, der erklärt, dass er die Exekutive in der Verantwortung ist, und dass er in der Verantwortung ist.

Berk: Das ist ein Mann, der erklärt, dass er in der Verantwortung ist. Gaudier-Schöckel optimistisch und dankbar, dass das Programm sich in großen und ganz realistischen Ergebnissen zeigt. Es gilt dasselbe für die Verantwortung. Das wird die Dinge auch durch die berühmte Investitionspsychologie, die sich in der Verantwortung. Es muss der Verantwortung, die in der Verantwortung ist. Hinsichtlich der Gaudier-Schöckel sind 600 000 vorzulegen.

Immerhin sind im Januar nur den Ostgebieten allein ohne Generalgouvernement 30 000 gekostet, ungefähr 8 000 in der Woche. Nun besteht noch die Möglichkeit, dass in Litauen verfügbare Arbeitskräfte vorhanden wären. Wir wollen ferner in Generalgouvernement die Werbung intensivieren. Die Zahl von 600 000 ist auch von unseren Ostexperten für möglich gehalten. Über 500 000 Arbeitskräfte sind aus Deutschland selbst vorgesehen. Hier sind natürlich auch die Kräfte zur Wiernann-Aktion eingegriffen sein. Sie sind als Aufkommen zu schätzen, gleichgültig, wo sie herkommen; sie sind mit eingerechnet.

(Wiernann: Wieviel haben Sie geschützt?)

Wir haben vorsichtig insgesamt unter Einschluss Ihrer Aktion 500 000 geschützt. Wir glauben, dass in diese Kräfte noch aus Deutschland heranscholen können. Evtl. ist daran gedacht, die Meldepflichtaktion, die Stichtagsaktion ^{erweitern} ~~der~~ so dass die nachwachsenden Kräfte in die Aktion hineinwachsen und auf diese Weise noch zusätzliche Kräfte heranscholen werden können. Es werden vorwiegend weibliche Kräfte sein. Die Männer scheiden aus, weil sie zur Wehrmacht, zur Arbeit dienstfähig sind. Damit wird auch die Frage beantwortet und ihre Lösung finden, indem die Frauen, die nicht unter die Meldepflichtaktion fallen, und auch die Übrigen noch nicht arbeitenden Menschen durch einen Aufruf erfasst werden, eine gewisse *levée en masse*. Der Aufruf wird in die en Tausenden, vielleicht schon mehr, in der Presse erscheinen. Er hat den Führer und den Reichsminister der Speiseversorgung. Auch sollen sich diejenigen melden, die bisher auf Grund gesetzlicher Bestimmungen noch nicht zur Arbeit verpflichtet sind. Vielleicht kann man auf diese Weise ein wenig spezialisieren, die deutsche auf dem Lande u. a. herumlaufen. Was dabei herauskommt, ist un-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Überschbar. Weiter haben wir, um die starke Fluktuation zu erfassen, die durch die Bombardierung deutscher Städte und Betriebe entstanden ist, die bekannte Bombenverordnung erlassen, die in Reichsgesetzblatt abgedruckt ist. Danach sind gesetzlich diejenigen verpflichtet, die seit dem 1. April 1943 eine selbständige oder unselbständige Beschäftigung gehabt haben, sich bei Arbeitsamt ihres Aufenthaltsorts zu melden. Die Arbeitsämter haben einen Nachrichtendienst eingerichtet, damit sofort die Meldung an die betreffende Stelle weitergeleitet wird. Wir hoffen, dass wir auf diese Weise die ganze Fluktuationbewegung, die durch die Bombardierung entstanden ist, in unsere Hand bekommen. Tatsächlich laufen viele Leute so herum. Das ist ein Ereignis, an dem wir schuldlos sind. Wir haben alle Maßnahmen getroffen, um diese Leute zu erfassen. Ausserdem haben wir ein Einsatzsystem eingerichtet, um sämtliche Städte, die luftbedroht sind, und sofort besetzt werden, in voraus mit Menschen zu besetzen, die an den Zügen und Ausfallstrassen die Leute auffangen, wenn sie illegal ihren Ort verlassen, sie registrieren, dirigieren und sofort wieder in die Städte dirigieren. Diese Einsatztruppe haben sich sehr gut bewährt. Sie sind auf Grund der Erfahrungen eingerichtet worden, die im Ruhrgebiet und vor allen Dingen in Hamburg gemacht worden sind.

Ein weiteres Problem, das schon öfters Sprache gefunden wurde, ist die Frage der inneren Leistungssteigerung in Betrieben selbst, namentlich der Herabdrückung der Produktivität, der stärkeren Broschierung des Krankentumens usw. Das ist ein Aufruf an die Betriebsführer ergangen, der von Staatssekretär und Minister Speer unterstützt wird. Ich bin sicher, dass die Betriebsführer gebeten werden, ihr Augenmerk dieser Frage zuzuwenden. Die Erfahrung hat gelehrt - ich erinnere mich an die ersten

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

dass ein sehr gut durchorganisiertes Sanitäts system im Betrieb selbst den Krankenstand erheblich herabdrücken kann. Bei Siemens ist der Krankenstand um 3 % gesunken. Das macht zahlenmässig, in Arbeitskräfte umgerechnet, eine sehr hohe Zahl aus.

K e h r l : Eine erfolgreiche Massnahme auf diesem Gebiet würde zur Deckung des Fehlbedarfs enorm beitragen. 3 % sind 300 000 Mann.

B e r k : Diese Frage ist von eminenter Bedeutung. Wir bedürfen hier der energischen Mithilfe der Betriebe selbst. Das gleiche gilt von dem Problem der Leistungssteigerung. Wir sind der Ueberzeugung, dass in den Betrieben noch ungeheure Leistungsreserven stecken. Es ist Tatsache, dass teilweise die Leute nicht voll ausgelastet sind. Das mag seine Ursache darin haben, dass ein Programm auf sich warten liess, dass die Rohstoffe nicht rechtzeitig eingingen oder das System der Auftragverlagerung nicht klar war. Da liegen Arbeitskräfte brach. Daher rühren auch die berühmten Mitteilungen und Briefe ausländischer Arbeitskräfte des Inhalts: sie ständen ohne Arbeit herum. Oder deutsche Frauen melden das, die sich Arbeit in die Betriebe mitbringen. Ich will das in keiner Weise verallgemeinern. Aber diese Dinge kommen an uns heran. Die ganze Frage ist von Herren angerührt worden, die ausserhalb unserer Betriebe stehen.

Es ist auch die Frage der Überprüfung der Betriebe angeschnitten worden. Minister Speer hat ihr sein Augenmerk zugewendet, um die Leistungen mobil zu machen.

M i l l e r : Ich glaube, dass ^{endlich} auch einmal etwas für den gerechten Akkordlohn getan werden müsste. Dazu gehört, dass der Mann, wenn er wirklich mehr leistet, auch mehr verdienen kann, ohne dass der Treuhänder der Arbeit sagt: das geht nicht.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

B e r k : Das ist das Problem der sogenannten lohnordnenden Maßnahmen. Es sind die 8 Lohngruppen, die in der metallverarbeitenden Industrie eingeführt werden sollen. Die Grundlage dieser lohnordnenden Maßnahmen ist eine Ueberprüfung der Akkordgrundlagen. Praktisch sind durch die Verbesserung der Maschinen und sonstigen Umstände in den Betrieben die Verhältnisse völlig veraltet. Die Leute verdienen nicht durch den Fleiß ihrer Hände, sondern durch die verbesserten Maschinen mehr. Daher sollen die Akkordgrundlagen ^{auf} überprüft werden. Wir stellen uns aber durchaus/den Standpunkt, dass wenn geordnete Akkordgrundlagen vorliegen, nicht der Treuhänder mit der Akkordschere kommen und die Spitzen wieder abschneiden kann.

M i l c h : Nehmen wir an: ein Arbeiter stellt heute in keiner Stunde 100 Stück zu dem und dem Lohn her. Wir wollen haben, dass er etwa 115 oder 120 Stück für denselben Lohn herstellen soll. Er soll aber in der Lage sein, 130 und 140 Stück herzustellen, wenn er sehr hinterher ist. Dann soll er mehr bekommen. Das ist scheinbar zunächst ein Abschneiden bei den Einnahmen des Arbeiters. Aber ^{dem man} durch Verständigung, durch Erziehung oder Unterricht, in dem man ihm sagt: "Du kannst leicht mehr verdienen; denn das, was Du jetzt mehr leistest, geht à conto besserer Maschinen und Organisation; darin liegt für dich kein Anreiz, weil dein Akkord falsch war; wenn du den richtigen Akkord hast, kannst du darüber hinaus kommen". Auf den Arbeiter einwirkt, dann können wir etwas erreichen, indem wir seiner persönlichen Einsatzbereitschaft eine Spanne der Lohn-erhöhung geben.

B e r k : Die wollen wir ihm ohne weiteres garantieren. Die Akkordschere arbeitet dann nicht mehr. Dann kann der Arbeiter aus sich herausholen, was möglich ist und bekommt einen Entgelt dafür.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

M i l l e h : Das hat natürlich auch ein zweites Problem im Gefolge; was können sich die Arbeiter dafür kaufen?

(Backe; Lebensmittel nicht!)

B e r k : Ich wollte jedenfalls diese Frage anschnitten, um zu sagen, wie man bei uns darüber denkt. Vorwürfe nach der Richtung hin, dass etwas versäumt würde, will ich in keiner Weise erheben.

K e h r l : Es ist für das gesamte Jahr ein Bedarf von 4,4 Millionen zusammengestellt worden. Die Anfordernden haben dabei erklärt, dass ihr normaler Abgang, d.h. die laufende Fluktuation - General Waeger sprach von 200 000 im Monat - darin berücksichtigt sind. Die Gesamtanforderung ist demnach m.E. niedriger als die im Führerhauptquartier genannte; denn im Führerhauptquartier ist die normale Fluktuation in den 4,2 Millionen enthalten gewesen.

(Widerspruch)

M i l l e h : Ich war bei der Besprechung im Führerhauptquartier dabei. Die Leute, die bei uns herausgehen, sei es durch Einberufung zur Wehrmacht, sei es, weil die Verträge ablaufen, sind als Fluktuation berücksichtigt. Dagegen wenn der Arbeiter von einem Betrieb in den andern kommt, ist das nicht berücksichtigt. Die Zahl von 4 Millionen würde sich noch wesentlich erhöhen, wenn man die Umsetzungen berücksichtigen würde, die innerbetrieblicher Austausch sind.

K e h r l : Wir müssen unterscheiden zwischen einer echten und einer unechten Fluktuation. Als echte Fluktuation möchte ich das bezeichnen, was an Kräften der deutschen Volkswirtschaft überhaupt verlorangeht, was über die Grenzen geht oder aus der Gesamtwirtschaft weg ist. Daneben haben wir eine unechte Fluktuation, die nur von einem Teil der Volkswirtschaft in den andern geht.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/172f

Ich glaube, dass in der Besprechung beim Führer nur die Abdeckung der echten Fluktuation, der wirklichen Verluste, behandelt worden ist, während in den Anforderungen auch die Abdeckung der unechten Fluktuation darin ist.

Backe: Hier sind es nicht 4,6 Millionen, sondern ~~xi~~ 4,05 Millionen.

Kehrle: Um den Posten der unechten Fluktuation sind die beiden Aufstellungen verschieden.

Backe: Auf meine Frage, was die $1\frac{1}{2}$ Millionen sind, ist ausdrücklich vom Führer gesagt worden: das sind die Eingezogenen usw. Ich bestritt, dass $1\frac{1}{2}$ Millionen im Jahr durch Tod, Krankheit, Invalidität usw. abgehen.

Kehrle: Wenn ich recht unterrichtet bin, wurde noch von den abgelaufenen Arbeitsverträgen der Ausländer gesprochen, die auch endgültig verlorengehen.

(Backe: Ihre Darstellung ist schon richtig!)

Berk: Ich kann diese Frage unmöglich ~~hmm~~ beurteilen; ich war nicht dabei. Das muss Gauleiter Sauckel selbst machen.

Milch: An und für sich ist die Sache für uns klar. Unklarheiten können darin sein, weil die Begriffe noch unklar sind. Nun ist die Frage: sind in den Zahlen, die General Waeger genannt hat, in den 200 000 Fluktuation, die innerbetrieblichen Umsetzungen mit darin oder sind das pro Monat tatsächlich ausfallende Leute?

Waeger: Die innerbetrieblichen Umsetzungen sind mit darin.

Milch: Die müsste man natürlich bei diesen Anforderungen absetzen. Wie hoch sind sie?

Berk: Wir haben unterschieden zwischen echter und unechter Fluktuation und verstanden unter echter Fluktuation, den

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

wirklichen Verlust für die gesamte deutsche Wirtschaft.

W a g e r : In den 700 000 sind echte und unechte Fluktuationen enthalten.

(Milch: Wie hoch ist die echte?)

Das lässt sich schwer sagen, weil man dafür keine Unterlagen hat. Aber ich rechne sie auf mindestens 40 bis 50 %.

B e r k : Diese Frage wollen wir durch die neue Statistik zum Teil klären.

M i l c h : Wir können dann von den 2 Millionen, die wir eingesetzt haben, 1 Million etwa absetzen als unechte Fluktuation.

K e h r l : Ich würde vorschlagen, dass wir diese Frage im kleineren Kreise besprechen. Der Unterschied zwischen echter und unechter Fluktuation ist in den Zahlen, die von den verschiedenen Seiten genannt wurden, ganz entscheidend. Selbst wenn wir die Größenordnung noch nicht kennen, werden wir allmählich durch die neue Statistik zu einer Kenntnis dieser Größenordnung kommen.

M i l c h : Lassen wir offen, wie hoch das ist. Wir müssen aber schon heute die Zahlen, die für die Quartale 2 bis 4 genannt werden, in Höhe von 3,5 Millionen, um einen erheblichen Betrag senken. Der gesamte Betrag würde festgelegt werden. Wir würden nachher als Gesamtsumme etwa 3,6 Millionen bekommen. Das wären tatsächlich Leute, die neu in den Arbeitsprozess aus dem In- und Ausland herinkommen müssen, die tatsächlich insgesamt gesehen neu zugeführt werden.

(Berk: So sieht Gauleiter Sauckel es an!)

Aber die Umsetzungen innerhalb der Betriebe wären nicht darin. Damit würde auch die Aufgabe des Herinholens erleichtert.

K e h r l : Es würde sich daraus ergeben, dass nicht mehr verlangt wird als vorher, sondern eher das Gegenteil der Fall ist.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

M i l l e r : Ueber 4, 050 000 kommen Sie jetzt nicht mehr hinaus; denn die 4,6 Millionen umfassen auch die unechte Fluktuation, die wir herausnehmen wollen.

K e h r l : Ich habe einige befreundete Herren gebeten, in ihren Betrieben bei der Aufteilung für die Statistik festzustellen, wieviel im letzten Jahr bei ihnen echte und unechte Fluktuation gewesen ist. Ich habe die Aufstellung gestern oder vorgestern von einem grösseren Konzern bekommen. Dennoch ist im vorigen Jahr die unechte Fluktuation bei der grössten Mehrzahl der Betriebe entsprechend dem, was hier geschätzt wurde. Die unechte Fluktuation ist zweifellos auch in der Industrie grösser als beim Verkehr und in der Landwirtschaft. Sie ist für die einzelnen Gruppen verschieden.

M i l l e r : Dieser Punkt ist der, der alle Missverständnisse zur Folge gehabt hat. Sauckel hat gesagt: ich habe euch 8 Millionen Leute gezählt. Wir haben gesagt: "wo sind sie?", weil wir immer die gesamte Bestandlage der Werke rechnen. Die Statistik der Arbeitsämter ist wichtig, aber für dieses Zahlengemisch nicht interessant. Ich erinnere an die Besprechung in Berchtesgaden beim Reichsmarschall.

B e r k : Ich erinnere noch einmal an die intimere Besprechung in Karinhall beim Reichsmarschall, wo auch diese Frage auftauchte. Da wurde klargestellt, was der CBA unter Zuweisung versteht. Er sagte: selbstverständlich ist die Abdeckung der Fluktuation eine Zuweisung.

M i l l e r : Das soll auch in der Statistik ruhig zum Ausdruck kommen.

K e h r l : Eine Quelle der Arbeitszuweisung ist bei Ihnen auch die Fluktuation. Die unechte Fluktuation ist bei Ihnen auch gleichzeitig Aufkommen.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

B e r k : Die Abdeckung der unechten Fluktuation erscheint uns gegenüber als Bedarf. Daher ist ihre Abdeckung auch Zuweisung.

W a e g e r : Für die Industrie nicht! Was nützt es, wenn es papiermässig zugewiesen ist und als Zuweisung gerechnet wird?

M i l l e h : Es ist wirklich Zuweisung. Nehmen Sie an: ein Werk hat 100 000 Mann am 1. Januar. Am 1. Juli hat das Werk 98 000 Mann. Dann ist das für uns ein Minus von 2000. Dabei können durchaus Zuweisungen in Höhe von 20 000 bis 30 000 erfolgt sein, wir haben durch die echte und unechte Fluktuation. Sie sagen nun: ich habe auch für dieses Werk 30 000 Mann zugewiesen. Das ist vollkommen richtig. Wir sagen: wir haben sie nicht bekommen.

Das ist falsch. Wir wissen nur: wir sind von 100 000 auf 98 000 zurückgegangen; also haben wir 2000 abgegeben. Wir nehmen nur den Saldo, während Sie die einzelnen Rechenvorgänge nehmen. Wenn man das einmal richtig formuliert, ergibt sich eine wunderbare Klarheit.

W a e g e r

S a m m e l : Ich habe bloss die Forderung erhoben, dass man einen Unterschied macht zwischen dem, was innerhalb des Rüstungssektors umgesetzt wird. Das kann ich nicht als Zuweisung rechnen; denn es stammt aus meinem eigentlichen Rüstungssektor und war schon darin. Ich habe als Zuweisung nur das gerechnet und kann die Zuweisung nur das rechnen, was ich aus anderen Sektoren her inkomme.

K e h r l : Das ist das, was Herr Feldmarschall vorher sagte; wir wollen begrifflich festlegen, was man unter Zuweisung versteht. Wir könnten sagen: das eine ist eine Vermittlung, das andere ist eine Zuweisung. Man muss die Begriffe festlegen, die dann allgemein für sämtliche oberen Reichsbehörden für verbindlich erklärt werden.

M i l l e h : Was da geschieht, ist Zuweisung. Was bei uns entsteht, ist Bestandsveränderung. Uns interessiert die Bestands-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

veränderung. Den GBA müssen die einzelnen Arbeitsvorgänge interessieren, also auch die Zuweisungen. Es ist aber gut, wenn wir wissen, was zugewiesen ist und wie sich der Bestand verändert hat. Dasselbe Interesse hat der GBA; denn er will wissen, was er per saldo geschafft hat. Wir wollen auch wissen, wie sich das nun gegeben hat. Nehmen wir den theoretischen Fall, wir hätten 100 000 Mann in einem Werk, diese 100 000 Mann stürben nicht, gingen nicht weg, blieben immer in dem selben Lebensalter usw., dann würde bei dem Betrieb eine Leistung herauskommen, die wesentlich höher ist, als sie tatsächlich entsteht. Dass wir nur auf die Zuweisung sehen, betrifft ^{da} die Leistungsfähigkeit des Betriebes.

G a n z e n m ü l l e r : Beim Verkehr handelt es sich um eine echte Fluktuation, die bei Aufstellung der Kräftebilanz maßgebend ist.

K e h r l : Es ist bei allen Bedarfsträgern unterschiedlich und kann nicht einheitlich festgelegt werden. In den Zahlen, die Sie für das Aufkommen des gesamten Jahres auf Grund der Führerbesprechung genannt haben, sollen die echten zusätzlichen Inländer sein, während wir gegenüber den Anforderungen, die die unechte ^{uk} Fluktuation enthält, ein höheres Inländeraufkommen haben, weil die aus der Fluktuierung Stammenden dazu kommen.

B e r k : Ich bin als der augenblickliche Vertreter des GBA für die Klarstellung dankbar. Es wird uns laut und leise, direkt und indirekt, oft der Vorwurf gemacht, unser ganzes Zahlenwerk sei ein Zahlenspiel, eine Zahlenakrobatik. Für uns sind es eindeutige Zuweisungen. Selbstverständlich gehen die Bedarfsträger vom Endsaldo aus.

W a e g e r : Ich darf noch eingehen auf die Vorwürfe, die wegen der Ausländerbriefe erhoben wurden. Es ist gesagt worden,

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

bei der Industrie wurden Arbeitskräfte gehortet. Wir waren sehr dankbar dafür, dass uns durch den GBA diese Dinge übergeben wurden. Wir haben betreffs des einen Luftwaffenbetriebes folgendes gemacht. Generalfeldmarschall Milch hatte die Genehmigung gegeben, dass ein Offizier der Luftwaffe sich daran beteiligte. Farmer war ein Vertreter des GBA und ein Vertreter der Rüstungsdiagnostik ebenfalls beteiligt. Wir haben den Betrieb blitzartig überprüft, haben die Genehmigung bekommen, die einzelnen Leute zu verhören, die gesagt hatten, in dem Betriebe würden Menschen gehortet. Es hat sich herausgestellt, dass alles subjektive Auffassung war und nicht stimmte. Wenn z.B. ein Arbeiter geschrieben hatte, er habe herumgestanden und keine Arbeit gehabt. Das ist von drei Fällen der Fall gewesen, weil die Materialzufuhr nicht geklappt hat, weil Bombenschäden eingetreten waren und die Zulieferindustrie das Material nicht rechtzeitig herankommen. Solche Fälle werden von diesen Leuten ausgenutzt, und zwar sind es Leute, die nach Hause wollen. Wir haben 20 Fälle nachprüfen lassen. Es hat sich herausgestellt, dass es nicht böser Wille der Arbeiterschaft war. Es war schon etwas dran, aber es lag auf einem anderen Gebiet.

Milch: Das sind noch die milden Fälle. Die meisten Fälle, denen ich nachgehen muss, liegen so, dass der Betreffende mit seiner Einstufung und Behandlung unzufrieden ist, dass er das sagt, um sich zu rächen. Er schreibt an irgend einen bekannten Mann der Partei oder an sonst jemand; hier wird überhaupt nichts gemacht, es ist keine Organisation da, es wird geburnelt. Ich kann sofort sehen: was hat das Werk herausgebracht, mit welcher Arbeiterzahl und mit welchen Mitteln hat es gearbeitet? Es stellt sich in solchen Fällen immer heraus: der Betreffende will nur seinem Meister oder Betriebsingenieur eins auswaschen.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

M e r k : Ich habe keinen Vorwurf erhoben, sondern nur das Problem aufgezeigt.

W a e g e r : Sie haben aber die Meinung geäußert, dass da noch Leistungsreserven vorhanden sind, die unnütz liegen.

M i l l e r : Wir wollen ehrlich sagen: das ist über 11 der Fall, weil es gar nicht möglich ist, die Leute maximal auszunutzen. Dazu fehlt in der Industrie das Führungspersonal; denn das beste Personal, das wir hatten, ist am stärksten zur Wehrmacht eingezogen worden. Infolgedessen ist es gar nicht möglich, jeden Ausländer voll auszunutzen, es sei denn, dass der Akkord ihn zwingt und dass wir die Möglichkeit haben, gegen Ausländer, die ihren Kr m nicht machen, vorzugehen. Passt nun aber der Betrieb obmann einmal einen Kriegsgefangenen an und haut ihm eine Ohrfeige, gibt es sofort den grössten Klamauk; der Mann kommt ins Gefängnis usw. Es gibt genug Instanzen in Deutschland, die für ihre Hauptpflicht halten, nicht für die Kriegsproduktion, sondern für die Menschenrechte der anderen einzutreten. Ich bin auch für die Menschenrechte; aber wenn ein Franzose erklärt: "Ihr Burschen werdet alle aufgehängt, denn Betriebsführer wird als erster der Hals abgeschnitten" und wenn dann der Betriebsführer sagt: "dem haue ich eine herunter", dann ist er heringefallen. Es gibt keinen Schutz für ihn, nur den Schutz für den "armen Karl", der das gesagt hat. "Ich habe meinen Ingenieuren gesagt: "Wenn ihr einen solchen Mann nicht eine herunter haut, bestrafe ich euch; je mehr ihr auf diesem Gebiete tut, um so mehr werdet ihr von mir gelobt; es passiert euch nichts; dafür stehe ich ein". Das hat sich noch nicht herumgesprochen. Ich kann ja nicht mit jedem Betriebsführer sprechen. Aber ich möchte den sehen, der mir da in den Arm fällt, weil ich die Möglichkeit habe, mich mit jedem, der mir in den Arm fallen will, auseinanderzusetzen. Wenn der kleine Betriebsführer das macht,

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

kommt er in das Kz, und es droht ihm auf der anderen Seite Ermüdung der Kriegsgefangenen. In einem Falle haben zwei russische Offiziere sich eine Maschine genommen und sind gestartet. Sie haben aber Bruch gemacht. Ich habe ~~zufällig~~ sofortiges Aufhängen der Leute befohlen. Sie sind gestern gehängt oder erschossen worden. Das habe ich der H überlassen. Ich wollte sie in Betrieb gehängt haben, damit die andern es sehen. Bestimmt kommt nachher eine grosse Schweinerei. Es gibt sicher jemand, der sich für die Kriegsgefangenen einsetzt. Wir wären jedenfalls, wenn wir besseres Führungspersonal und einen besseren Akkord hätten, sofort in der Lage, mehr zu leisten, vor allen Dingen dann, wenn die Bestimmungen gegen die schlechten Leute schärfer gefasst werden.

B e r k : Zunächst würde man theoretisch die 4 Millionen nach 4 Quartalen teilen. Dann würde auf das 1. Quartal eine Million fallen. Das kann natürlich nicht sein. Das Programm ist erst im Januar beschlossen worden. Es sind eine ganze Reihe von Maßnahmen erforderlich, um es zum Anlauf zu bringen. Das 1. Quartal wird das schwerste sein. Trotzdem glaube ich mit Vorbehalt sagen zu können, dass für Februar und März zusammen etwa mit einer Zahl von rd. 500 000 zu rechnen ist.

K e h r l : Für Januar können noch die effektivsten Zuweisungen, die stattgefunden haben im Betrage von 1'5 000. Das sind Zuweisungen im Sinne des GBA, unechte Fluktuation.

B e r k : Sie sind also in dieser Zahl unter Berücksichtigung dessen, was wir über die Begriffe der echten und unechten Fluktuation gesagt haben, einbezogen. Es sind aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, aus dem Osten, von dem Süden und dem übrigen Europa Kräfte vorgesehen; ferner ist vorgesehen die Nachprüfung der Meldepflicht, Einsatz von Bombenflüchtlingen. 40 000 sind vorgesehen für die beiden Monate. Weiter ist vorgesehen eine

Umsetzung und an kurzfristigem Einsatz 15 000. Das sind die italienischen Militärinternierten. Ein Teil ist z.B. für die Hubenkampagne oder für Aufräumungsarbeiten, Fliegenschäden u.ä. eingesetzt worden. Das ist ein vorübergehender Einsatz. Diese Leute werden freigegeben für die Befriedigung des Bedarfs, für den endgültigen Einsatz. Die Fluktuation innerhalb der gewerblichen Kriegswirtschaft ist pro Monat mit je 50 000, also zusammen mit 100 000, angegeben. Das ist die unechte Fluktuation. Selbstverständlich kann für diese Zahlen keine Garantie übernommen werden; sie sind vorsichtig geschätzt.

Elgering: Sind da schon Kräfte für die Fliegenschädenbeseitigung vorgesehen, die uns gerade im Februar und März auf den Nägeln brennen? In den Regenmonaten brauchen wir Leute.

Berk: Wie sie aufgeteilt sind, weiß ich nicht.

(Elgering: Bekommen haben wir noch nichts!)

Milch: Sie können das nicht merken, weil die Leute in OT, GBBau usw. hingingen.

Berk: GBBau verfügt darüber. Wir können nicht unmittelbar zuweisen.

Elgering: Wir bestragen, dass wir ein zusätzliches Kontingent bekommen. Bisher hatten wir das noch nicht. Das ist der Sinn unseres Antrages.

Milch: Wir erkennen das als besonders wichtig an und müssen bei der Verteilung darauf Rücksicht nehmen. Ich würde vorschlagen, auf Grund dieser Besprechung eine interne Sitzung der Z.P. stattfinden zu lassen, an der Gueldner Sauckel mit den betreffenden Herren, Minister Speer mit seinen Herren teilnimmt. Die Zuteilung muss je nach dem Aufkommen verabredet werden.

K e h r l : Wir gehen aus vom Aufkommen, das der GBA schätzt, das er aufbringen kann. Es handelt sich darum, wie die einzelnen Sektoren in dem Rahmen berücksichtigt werden können.

B e r k : Es ist kein Zweifel, dass uns die Sperrung in Frankreich plötzlich sehr zurückgefallen hat. Eine ganze Zeitlang ist von Frankreich nichts herübergekommen, es ist keine Werbung gewesen. Die Befriedigung des Bedarfs für die sogenannten S-Betriebe ist sichergestellt. Gauleiter Sauckel hat eine Anordnung an seine Beauftragten im gesamten Westen erlassen, dass die Verlagerungsbetriebe, die französischen, die belgischen und holländischen Rüstungsbetriebe zu berücksichtigen sind, wenn der Bedarf für die Befestigungen. Dann kommt das Reich.

W a e g e r : So haben wir uns auch aufgefasst. Wir wollen die Produktion in Frankreich erhöhen.

B e r k : Die Anordnung des Gauleiters Sauckel habe ich sofort von Paris aus Herrn Reichsminister Speer gemeldet.

W a e g e r : Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt - und es ist so verfügt worden -, dass aus den S-Betrieben überhaupt nicht herausgenommen werden darf, sondern in diese Betriebe muss, soweit Bedarf ist, noch hineingepumpt werden.

M i l l e h : Wir sind damit am Schluss unserer Besprechung angekommen. Ich darf den Herren bestens danken, ganz besonders möchte ich im Namen der Z.P. zum Ausdruck bringen, dass für die Arbeit, die der GBA im vergangenen Jahr für uns geleistet hat, mit ausserordentlichen Dank begrüssen, dass wir die größte Bewunderung haben für all die Quellen, die durch die Dienststellen des GBA erschlossen wurden. Es ist viel mehr geschafft worden, als wir normalerweise voraussehen konnten. Wir haben die Hoffnung, dass wir auf diese Weise Kräfte bekommen. Für die gesamte Industrie

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

kann ich nur sagen, dass die Forderungen durchaus notwendig sind, um den Krieg zu führen; denn ausser den Soldaten an der Front ist die Rüstung, die Ernährung, der Verkehr und was sonst in Frage kommt, die Bombenschädenbeseitigung usw. von ausschlaggebender Bedeutung. Dass wir noch so viele Leute in der Rüstung mehr brauchen, liegt daran, dass sämtliche Programme aufgelaufen sind. Die Forderungen an die Programme werden nicht von unseren Dienststellen erhoben, sondern sie bekommen wir von den höchsten Führungsstellen als Befehle vorgesetzt. Die Aufgabe, sie zu erfüllen, ist nicht ganz leicht. Eine der wichtigsten Sparten ist die Personal-seite, da wir das Personal nicht nur in die Fertigungsindustrie hineinschicken, sondern auch in die Grundindustrie, ist auch materialmässig eine gewisse Möglichkeit der Erhaltung der Programme gegeben. Die Erhöhung der Programme ist aber auf allen Gebieten notwendig. Die Mehrfertigung in den Betrieben von Heer, Marine und Luft ist gewaltig. Ich kenne die Zahlen, die Minister Speer in der Zeit seiner zweijährigen Minister-tätigkeit geschaffen hat. Es ist eine Vermehrfachung der ganzen Rüstung. Eine erhebliche Unterstützung für den Verkehr ist mit darein-geschlossen. Dass er sie nicht so wirksam wird, wie der Verkehr es gern möchte, liegt daran, dass der Verkehr in meinen Augen ein reines Kriegsmittel ist, wie Heer, Marine und Luftwaffe. Es sind da auch Verluste durch Feindeinwirkung vorhanden. Bitten wir aber diese Aufweitung nicht gemacht, läge der Verkehr völlig am Boden. Auch die Beschaffung der 1000 Mann für die Binnenschifffahrt ist eine Frage von ausschlaggebender Bedeutung. Man kann hier nur gelernte Leute gebrauchen. Es ist manchmal wichtiger, solche Leute aus der Wehrmacht zurückzuholen oder wieder in die Kanalschifffahrt hineinzu-bringen, als sie nicht zu haben; denn eine Verlagerung auf die Schifffahrt ist gerade in den nächsten Jahren von grosser Bedeutung.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Ich freue mich über jeden Regen- und Schneefall, weil ich weiss, dass unsere leergelaufenen Talsperren wieder voll werden, unsere Flüsse und Kanäle wieder ein reichliches Niveau bekommen, so dass wir wieder fahren können; denn die Reichsbahn ist gar nicht in der Lage, auch ohne die vielen Erschwerungen durch die Bombenangriffe, alle Massengüter zu befördern.

Wir haben in den letzten zwei Jahren in der Luftrüstung die Herausbringung an Flugzeugen mehr als verdreifacht. Wir liefern im Monat mehr Flugmotoren-PS ab als im ganzen Weltkrieg plus den Reparationslieferungen an Flugmotoren gemacht worden sind, also in über 5 Jahren und einigen Monaten das Doppelte davon in jedem Monat. Das sind gewaltige Zahlen. Wir müssen über diese Zahlen noch in diesem Jahre verdoppeln; d.h. die heute herauskommenden rund 5 000 bis 6000 Flugmotoren - der Durchschnitt des Motors liegt bei 1800 und 1900 PS - müssen in diesem Jahre verdoppelt werden, um vor allen Dingen das grosse Jägerprogramm auf die Beine zu stellen und die Verteidigung der Heimat in Ordnung zu bringen. Erst dann ist überhaupt die Möglichkeit gegeben wieder eine Basis zu haben, auf der wir weiter rüsten, weiter Krieg führen, weiter leben und weiter arbeiten können.

Was ich hier für die Luftwaffe sage, gilt selbstverständlich für die andere Rüstung genau so. Neben der Heimatverteidigung und der Unterstützung des Heeres an allen Fronten, der Marine ist das Heer der erste Partner, der die Front halten muss und der dazu Material braucht. Das Kriegsmaterial ist heute eine sehr kurzlebige Angelegenheit. Ein Flugzeug lebt 4 bis 6 Monate; ein Geschütz lebt bei den zurückzunehmenden Fronten noch nicht einmal so lange. ~~Ein~~ Ein Panzer hat eine noch kürzere Lebensdauer. Alles das sind Verbrauchs- und Verschleissmaterialien. Im Frieden ist das anders; aber im Kriege ist es nun einmal so. Infolgedessen ist

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

der Herzpulsschlag der Rüstung für die gesamte Kriegführung des allerwichtigste; er darf keinen Tag aussetzen. Jeder Tag, den wir verlieren, jeder Alarm wirft uns zurück. Ein Alarm, der ganz Mitteldeutschland und Westdeutschland auf 4 Stunden betroffen hat, bedeutet für die Rüstung sehr viel. Rechnen wir 14 Millionen Menschen in der Rüstungsindustrie. Wenn diese 14 Millionen 4 Stunden ausfallen, sind das allein 64 Millionen Arbeitsstunden. Wenn Sie das in Flugzeuge umsetzen, sind es 640 Flugzeuge, die ausfallen würden. Man sieht, wie oft wir durch Nachalarm, durch Zerstörungen, die Zwangsmaßnahmen usw. zu einer unrationellen Wirtschaft gezwungen sind, für die kein Mensch etwas kann ausser sein Gegner. Das sind Summen, die gegenüber anderen Zahlen, dass einmal ein Mann ein paar Tage feiert oder nicht richtig arbeitet oder einer krank wird, lächerlich klein sind. Hier kann die Luftwaffe nur dadurch wirken, dass sie den Gegner aus dem Heimatsgebiet herausschmeisst. Dazu brauchen wir aber eine andere Rüstung. Wir müssen sie in diesem Jahr verdoppeln. Wenn uns das gelingt, dann kann ich garantieren, dass Deutschland nicht mehr verheert werden kann, jedenfalls nicht, jedenfalls nicht in einer Form, die uns die Arbeit so schwer oder fast unmöglich macht, wie es jetzt manchmal der Fall ist. Es wird dann auch noch Einflüge geben, aber die Auswirkungen werden kleiner werden. Es kommt vor allem darauf an, zu verhindern, dass die Rüstungsindustrie und was dazu gehört, die Wohnungen usw. zerstört werden. Ist das weniger der Fall, dann kann der Angriff zwar schmerzlich und unangenehm sein, bringt aber für die Kriegsentcheidung keinen Einfluss. Dagegen die Zerschlagung der Industrie, der Wohnungen und der Lebensmöglichkeiten für die Arbeiter sind die grossen Engpässe, gegen die wir angehen müssen. Wir müssen schnell arbeiten. Gerade die Monate im Winter sind von besonderer Dringlichkeit, weil man dann im Frühjahr, wo ein starker

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Einsatz möglich ist, besser dasteht.

Was ich hier sage, gilt auch für das Heer. Wenn wir die Ostfront aus irgendeinem Grunde nicht halten können, weil die Front nicht genug Waffen und Munition hat, dann ist das genau derselbe Fall, als wenn uns in aus der Luft der Loden z nachlagen wird.

Wir wissen genau auf der Rüstungsseite, wo für die Kriegführung die Hauptschwerpunkte liegen. Daher müssen wir Leute bekommen. Wir müssen auch Schwerarbeiter haben, damit die Fluktuation und der Krankenstand geringer wird, was unter den heutigen Verhältnissen nicht leicht ist. Die Leute sind nicht mehr die jüngsten und kräftigsten. Sie leben in durchgepesteten Häusern, sind abgearbeitet und sind nicht so ernährt, dass sie strotzen. Es ist sehr hart für den einzelnen arbeitenden Menschen. Trotzdem muss verlangt werden, dass er das Letzte für diese Sache leistet. Dann wird unsern Gegner der Spass an den Einflügen vergehen, das Vorrücken des Gegners wird aufgehalten, wir können ihn wieder zurückwerfen, und dadurch kommen wir in eine Situation, in der wir mit Ruhe das Ende des Krieges abwarten können.

Das Schaffen von Arbeitern und der richtige Einsatz der Arbeiter sind die ausschlaggebenden Fragen für Deutschland. Daher ist die Leistung von Sauckel und seinen Herren vielleicht die wichtigste, die es überhaupt gibt. Wir sehen damit die Menschenfrage mehr in Vordergrund stehend als die Materialseite. Wir sind dankbar für alles, was uns an Unterstützung gegeben wird. Für die Wehrmachtseite sind wir besonders dankbar, wenn man uns nicht die Führungskräfte wegnimmt. Wir können sonst nicht mehr arbeiten. Der Prozentsatz der Führungskräfte ist sowieso schon enorm klein.

Was ich für die Rüstungsseite ausführe, gilt auch für den Verkehr, den ich in gleicher Weise als kriegsnotwendig ansehe.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1721

Ueber die Ernährung brauchen wir nicht zu sprechen. Wenn wir nichts zu essen haben, können wir einpacken. Wir haben schon einmal vor etwa 25 Jahren eingepackt, weil wir nichts zu essen hatten. Wir müssen auf diesem Gebiet überall etwas tun und auch für die andere Seite Verständnis haben. Die wichtigste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass nicht irgendeiner der wichtigen Punkte einmal zu kurz kommt. Der Mensch ist ja Gott sei Dank keine Maschine, sondern er muss auch eine pflegliche Behandlung haben, die ihm seine Existenzmöglichkeit sichert. Wenn das nicht der Fall ist, bricht es an der Stelle zusammen, nicht aus schlechtem Willen, nicht aus Antipathie oder irgendwelcher Psychose, die wir im vorigen Krieg mit den Sozialdemokraten, Kommunisten u.w. gehabt haben, sondern es bricht zusammen, weil die Menschen nicht mehr können. Ich darf versichern, dass die Z.P. nicht das im Grossen so ansieht und nicht von einem kleinen Sektor irgendeines Arbeitsgebiets aus. Es ist keiner von uns allein in der Lage, Deutschland in dieser Sache zu helfen oder Deutschland durchzubringen. Nur alle gemeinsam können das machen. Es wäre Unsinn, wenn die Ernährung allein in Ordnung wäre und alles andere nicht klappte. Ebenso wäre es umgekehrt unsinnig, wenn alles andere klappt und die Ernährung wäre nicht in Ordnung. Es muss alles vernünftig miteinander zu tun kommen und verzahnt werden. Wünsche, die eine Teilgarte für sich hat, können niemals erfüllt werden. Dazu ist der G.A. nicht in der Lage, alles, was gewünscht wird, heranzubringen, sondern wir müssen jeder auf seinem Gebiet von der Führung aus die Schwerpunkte bilden, die es uns erlauben, diese Dinge einigermaßen richtig und vernünftig zu bedienen. Aus der Not heraus wird man allmählich immer stärker gezwungen sein, liebgewordene Sachen aufzugeben. Wir werden auf dem Gebiet der Rüstung ausgesprochen wichtige Typen einfach abtrennen

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

73

zugunsten von Sachen, die im Vordergrund stehen müssen. Dazu zwingt uns neben der Personallage auch die Materiallage. Die Durchführung dieser Aufgabe müssen wir heute mit der grössten Rücksichtslosigkeit in Angriff nehmen, wie das auch gemacht wird. Wir müssen auch auf anderen Gebieten scharf eingreifen, was man sich vielleicht, wenn der Zwang nicht so stark wäre, nicht erlauben würde. Ich bin überzeugt, dass die Arbeit, die vom GBA für uns gemacht wird und gemacht werden muss, uns ein erhebliches Stück unserem Ziel näherbringen und die Kriegsführung entscheidend beeinflussen wird.

Schluss der Sitzung 14 Uhr

Hergestellt im
Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1721

Festival Planning

1.3 1944

Derbeauftragte für den Vierjahresplan.
Zentrale Planung.

Berlin, den 10. März 1944.
W 9, Leipziger Str. 3

Z.P. 14. 11. 44.
H. 03005

3. d. A.

30 Ausfertigungen.
7 Ausfertigung.

E r g e b n i s s e
der

54. Sitzung der Zentralen Planung am 1. März 1944.

Arbeitseinsatz 1944.

I. In der 53. Sitzung war für I/44 ein Bedarf von 1 031 Mill. bzw. -einschl. 200 000 Mann Rückfluß an die Landwirtschaft und 60 000 landwirtschaftliche Saisonarbeiter- von 1 291 Mill. Arbeitskräften ermittelt worden. Jhm stand als Schätzung des GDA eine Deckung von 0 645 Mill. bzw. 0 905 Mill. gegenüber. Der vom Planungsamt auf dieser Basis ausgearbeitete Verteilungsvorschlag (Anl. 1) wird in der vorgelegten Form genehmigt. Die Zuteilung soll anteilmäßig entsprechend dem Aufkommen erfolgen. Sobald das Aufkommen von 645 000 etwa erreicht ist, wird ein neuer Zuteilungsplan festgelegt werden. Im Januar/Februar 1944 beträgt das Aufkommen (ohne unechte Fluktuation) 262 000, davon 78 000 Deutsche Kräfte und 112 000 Ostarbeiter. Die Zuweisungen seit dem 1. I. werden auf das Verteilungssoll angerechnet.

Für die Wehrmachtsverwaltung ergibt sich gegenüber der Anforderung von 165 000, überwiegend weibliches Soldatenersatzpersonal, nur eine Deckung von höchstens 1/4. Der Anfall aus dem Deutschen Aufkommen an entsprechend geeigneten Kräften wird gering sein. Die Bedarfsdeckung wird deshalb vor allem durch Austattung und Umsetzung innerhalb des Wehrmachtsektors erfolgen müssen (OW). Das gleiche gilt für die Anforderung des roten Kreuzes in Höhe von 35 000 weibl. Kräften; hier soll eine entsprechende Überprüfung des Arbeitseinsatzes im zivilen und militärischen Sanitätswesen erfolgen, wie sie im Bezirk der R.A.-Jn. Dresden mit überraschendem Erfolge durchgeführt wurde (RAAnt/3PA und OW).

II.

-2-

II. Ausführungen des G.A.

Eine Garantie für die Deckungsseite kann G.A. erstmalig nicht übernehmen. Der Arbeitseinsatzbestand von September 1943 in Höhe von 29.1 Mill. Beschäftigten einschließlich ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen (G.A.-Statistik) ist jetzt wieder erreicht. Reserven zur weiteren Auffüllung sind in erster Linie im Ausland vorhanden, während im Reich nur in begrenztem Umfang noch Kräfte mobilisiert werden können.

Nach den Unterlagen des G.A. entspricht der Umfang des deutschen Fraueneinsatzes dem des englischen. In einer sich hieran anschließenden Aussprache wird festgelegt, daß die Untersuchung über den Umfang des Fraueneinsatzes in England im Verhältnis zu Deutschland gemeinsam mit dem Flaksamtsamt weitergeführt werden soll.

Die Möglichkeit der Erfassung ausländischer Arbeitskräfte ist nach Auffassung des G.A. seit Herbst 1943 durch verschiedene Momente stark beeinträchtigt worden. G.A. war gezwungen, sich eine eigene Erfassungsorganisation aufzubauen (Agentenstab, bewaffnete Exekutive, gesetzgeberische Maßnahmen, wie Todesstrafe für die ausländischen Beamten im Fall von Sabotage der Arbeitseinsatzmaßnahmen). Möglichkeiten einer Verstärkung der deutschen Exekutive in den besetzten Gebieten sind auszuschöpfen.

G.A. fordert, daß eine Auskennung der Schutz-Betriebe in den besetzten Westgebieten zugelassen werden soll. Er weist insbesondere darauf hin, daß die wertvollsten Fachkräfte seiner Ansicht nach in diesen Betrieben stecken. Darüber hinaus würden die Betriebe im Einvernehmen mit französischen Dienststellen auch mehr Arbeiter an als zur Durchführung ihrer Aufträge nötig, um die so angeworbenen vor der Abwerbung nach Deutschland zu schützen. Wenn die Schutzbetriebe für die Auskennung nicht freigegeben würden, wäre er nur schwer in der Lage, die Gesamtzahl zu erfüllen, insbesondere aber könnten im wesentlichen nur ungelernte Arbeiter vermittelt werden.

III.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

III. Aussprache.

1. Schutzbetriebe. Staatsrat Dr. Schieber teilte mit, daß die Auswahl der Schutzbetriebe in Italien im vollen Einklang mit dem Vertreter des G.A. erfolgt sei. In denselben wären nur etwa 14% der Gesamtzahl der Beschäftigten überhaupt enthalten. In einer größeren Reihe von S-Betrieben erheblicher Arbeitermangel. Sollten daher einzelne S-Betriebe übersetzt sein, so käme nur eine Umsetzung von S-Betrieb zu S-Betrieb in Frage.

2. Anwerbung von Arbeitskräften aus Frankreich.

Präsident Kehrl weist darauf hin, daß eine Durchlöcherung des Prinzips der S-Betriebe völlig ausgeschlossen sei, da der Minister Speer mit seinem Namen den einzelnen Betrieben die verbindliche Zusage erteilt habe, daß Arbeiter aus diesen Betrieben nach Deutschland nicht abgeworben würden. Diese Zusage wäre durch Anschlag in den Betrieben bekannt gegeben. Eine auch nur teilweise Durchlöcherung müßte das deutsche Ansehen empfindlich schädigen und darüber hinaus zu einer Massenflucht aus den Betrieben führen. Die Einrichtung der S-Betriebe wäre nach vorheriger Verständigung mit dem G.A. durch Minister Speer im September 1943 anlässlich des Michelonne-Feststoffes erfolgt, um den ganz akuten Arbeitermangel für die vorhandenen und noch in großem Umfang zu verlagernden Aufträge zu decken. Durch die Sicherstellung vor Abwerbungen nach dem Reich sollte gerade ein Weg auf Arbeitskräfte ausgeübt werden. Die Einrichtung der S-Betriebe und ihr absoluter Schutz gegen Abwerbungen sei vom Führer in der Besprechung vom 4. Januar ausdrücklich gebilligt worden. Es müsse an ihr daher unbedingt festgehalten werden.

Die Schutzbetriebe in Frankreich enthalten höchstens 20% der gewerblichen Arbeitskräfte. Abwerbungsmöglichkeiten unter den sonstigen Kräften müßten noch in größerem Umfang möglich sein. Unter denselben befänden sich bisher auch in größerem Umfang Fachkräfte, insbe-

sondere

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

-4-

sondere aus dem Handwerk.

Die Erklärung zu S-Betrieben wäre in Frankreich im wesentlichen erledigt, während sie in Belgien erst verhältnismäßig später eingesetzt hätte und daher noch nicht ganz beendet wäre.

Um Mißbräuche, wie sie vom RLA aufgezeigt werden, zu verhindern, schlägt Präsident Kehrl vor, daß eine Soll-Stärke für die S-Betriebe festgelegt wird; sofern Belegschaft über die Soll-Stärke hinaus bereits vorhanden sein sollte, ist der Überschuß durch die Betriebsführung zur Entlassung zu bringen. Die so zur Entlassung Kommenden sollen dann in andere S-Betriebe umgesetzt werden.

Die Verlagerungen nach den besetzten Westgebieten erfolgen im übrigen nicht nur aus Arbeitseinsatzgründen, sondern auch deswegen, weil die dortige Produktion des Bergbaus, der Eisen schaffenden Industrie, der Chemie usw. für die deutsche Rüstung unentbehrlich und stark steigerungsfähig sei und weil die Verlagerung der Erzeugung von Konsumgütern gegenüber Fliegernschäden eine starke Risikoverteilung böte.

Der Vorschlag der Festsetzung von Sollstärke der J-Betriebe wird durch die Zentrale Planung zugestimmt. General Maeyer (Rüst) wird das Weitere veranlassen.

Zwecks Auffüllung des Arbeiterbestandes im Kohlengrubenbau und in der Eisenindustrie Frankreichs sind deren soziale Einrichtungen zu überprüfen (Sauckel/Kehrl). In Frankreich sind sämtliche Arbeitsverträge durch den Generalingenieur zu genehmigen. Zwecks Anweisung der Luftflotte Frankreich wird seitens Rüst (Schmelzer) Vorlage an Milch zwecks Weitergabe an den Reichsmarschall erfolgen.

Es besteht Einigkeit darüber, daß der Zustrom aus dem Ausland im wesentlichen nur noch ungelernte Arbeiter

um=

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

-5-

umfassen wird. Allein aus Italien wird noch eine größere Anzahl Fachkräfte zu erwarten sein, insbesondere insoweit eine betriebsweise Umsetzung in Frage kommt. Diese soll grundsätzlich besonders gefördert werden. Der rationelle Einsatz der Badoglio-Italiener ist zu überprüfen, insbesondere sind die unter ihnen befindlichen Fachkräfte zu erfassen.

IV Möglichkeiten der Mobilisierung weiterer Reserven im Reich.

Auf Grund der vom GBA gemachten Mitteilungen über im Gange befindliche Aktionen und Vorschläge zu solchen sowie Anregungen während der Aussprache sollen folgende Möglichkeiten der Mobilisierung weiterer Reserven im Reich verfolgt werden:

1. Aufruf zum freiwilligen Wehrdienst, der praktisch im wesentlichen durch die Frauenschaft durchgeführt werden soll.
2. laufende scharfe Überprüfung der Meldepflichtaktion, insbesondere bei denjenigen Frauen, deren Haushaltsverhältnisse durch Bombenschäden usw. wesentlich verändert sind;
3. Prüfung der Frage der früheren Entlassung der älteren Jahrgänge der weiblichen Schuljugend;
4. GBA und Rüst-Jn tragen gemeinsam für einen raschen Einsatz der durch Bombenschäden freigewordenen Arbeitskräfte Sorge;
5. Ausbau der Hausarbeit und Nutzbarmachung der jetzt noch vielfach anderweitig beschäftigten Heimarbeiter für die Rüstungsproduktion, durch Organisation von Hausarbeit (das Wort "Heimarbeit" sollte aus psychologischen Gründen vermieden werden) in dazu geeigneten Industriezweigen sind nach allgemeiner Ansicht bedeutende Reserven an weiblichen Arbeitskräften mobilisierbar.
6. Überprüfung des Einsatzes der Hausgehilfinnen;
7. Verbesserung des betrieblichen Arbeitseinsatzes. GBA ist der Auffassung, daß noch heute in der Industrie erhebliche Leistungssteigerungen herausgeholt werden können. Prüfung der Frage einer Ernährungszulage für diejenigen Betriebe, die Spitzenleistungen aufweisen. Die Stoppuhr muß durch das

-6-

das Frühstücksbrot ergänzt werden.

GDA bittet um entsprechende Unterstützung seiner Absichten, insbesondere hinsichtlich besonderer Einkaufsaktionen auf dem Balkan (100 000 t Getreide, 35 000 t Fett oder Fleisch). Eine durchschnittlich 10%ige Leistungssteigerung ist laut GDA auf diese Weise unschwer zu erreichen, vorausgesetzt, daß sie nicht durch Luftkriegsschäden, mangelnde Zulieferungen und Energiemangel wieder aufgehoben wird. Außerdem ist gemeinsam vom GDA und RÜJnspr. für einen rationelleren Einsatz der durch Bombenschäden freigewordenen Arbeitskräfte Sorge zu tragen.

Ein weiterer Abzug von Arbeitskräften aus der Rüstungsindustrie zur Wehrmacht ist als nicht mehr tragbar anzusehen, falls nicht der rationelle Arbeitseinsatz in Frage gestellt und durch Mangel an Aufsichtspersonal ein vielfacher Leistungsabfall eintreten soll. Der Wehrmachtsbedarf muß deshalb durch Auskämmung der Wehrmacht selbst gedeckt werden; eine diesbezügliche Vorlage ist vom GDA und Z.P. gemeinsam dem Reichsmarschall einzureichen, zwecks Weiterleitung an den Führer.

S t o f f l e r .

Anwesend.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

Anwesend:

Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner

Präs. Kehrl
Dr.-Jng. Goerner
Min. Rat Steffler

Gauleiter Sauckel
Min. Dirig. Timm
Min. Rat Stothfang
Landrat Berk

G E A

"

"

"

Staatsrat Schieber
Gen. Ltn. Waeger
Dr. Schmelter
KVV-Chef Bosch
Min. Rat Widmann

R u K

"

"

"

"

Staatssekretär Payler

R U H

Oberstltn. Giese

R L M

General Olbricht
Gen. Maj. Weidemann

O K V

"

Verteiler:

Reichsminister Speer
Reichsminister Funk
Generalfeldmarschall Milch
Staatssekretär Körner
Präs. Kehrl
Dr.-Jng. Goerner
Min. Rat Steffler

1. Ausfertigung

2. "

3. "

4. "

5.-6. "

7. "

8.-9. "

Gauleiter Sauckel
Min. Dirig. Timm
Staatsrat Schieber
Gen. Ltn. Waeger
KVV-Chef Bosch
Min. Rat Widmann
Staatssekretär Payler
Oberstltn. Giese
General Olbricht

10. "

11. "

12. "

13. "

14. "

15. "

16. "

17. "

18. "

Planungsamt
Registrierung

19.-20. "

21.-30. "

Rep. 502

1

Nbg. Kriegsverbrecherprozesse

1 Photokopien

— Zz 36

Zentrale Planung
Stenogramm der 54. Sitzung
1.3.44

1762-1850

(Blatt 729-817)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

geheim!

Stenographische Niederschrift

der

54. Sitzung der Zentralen Planung

betreffend Arbeitseinsatz

am Mittwoch, den 1. März 1944, 10 Uhr

im Reichsluftfahrtministerium.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Dr. Janicke/Sch

1

M i l l e r : Meine Herren, darf ich Sie verrücken, insbesondere den Gauleiter Sauckel, der zu unserer heutigen Besprechung zur Bilanzierung unserer Arbeit, kräftig vorschläge usw. gekommen ist. Ich gebe zunächst Herrn Kehrle das Wort, um die inhaltlichen Worte und Erklärungen zu den vorliegenden Zahlen zu geben.

K e h r l e : In der letzten Sitzung hat sich die Zentrale Planung in Gegenwart sämtlicher Kontingenzträger damit befasst, zunächst die Anforderungen der Kontingenzträger nach Möglichkeit auf das unbedingt notwendige Maß zurückzuführen, und zwar wurde zunächst, da ein Gesamtbedarf für das Jahr von den einzelnen nicht übersehen werden konnte, sondern nur in ungefähren Zahlen zu geben war, der Bedarf etwa für das erste Vierteljahr angegeben, wobei nicht unterstellt wird, dass man sich genau an das Kalender- vierteljahr hält, sondern ein Zeitabschnitt genommen wird, in dem etwa das Aufkommen, das nachher besprochen werden soll, zur Verfügung steht. Dabei haben sich auf einzelnen Sektoren für diesen Zeitraum wesentliche Reduktionen ergeben. Die Gesamtsumme, die angemeldet wurde, betrug 1 291 000. Dagegen machte der Vertreter des Generalbevollmächtigten für den Arbeitsmarkt Ausführungen über das wahrscheinliche oder mögliche Aufkommen innerhalb eines Zeitraums von etwa 3 Monaten. In diesem Aufkommen sind auf der linken Seite berücksichtigt die 200 000 Mann, die aus der Forstwirtschaft und der Rüstungswirtschaft zurückgegeben werden sollen und die automatisch in die Landwirtschaft fließen, die daher auch bei der Landwirtschaft als Zuteilung eingesetzt sind. Ferner sind berücksichtigt die 60 000 Saisonarbeiter, die regelmäßig kommen und mit deren Kommen man auch in die 4. und 5. Jahre rechnet. Diese beiden Zuteilungen stellen den wesentlichsten Teil

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

der Zuweisungen an die Landwirtschaft dar, die aber darüber hinaus noch einen Bedarf von 70 000 Mann angemeldet hat.

(Zuruf: Hier liegt ein Irrtum vor. Insgesamt sind 400 000 vorgesehen einschließlich derer aus der Umsetzung. Das stimmt aber nach Mitteilung des Ernährungsministeriums nicht, sondern es sind zusätzlich 200 000, also 600 000 statt 400 000.)

Nein, in der Sitzung ist eindeutig klar gestellt worden, dass die Landwirtschaft nicht mehr als 400 000 Mann Gesamtbedarf für das Gesamtjahr hat.

M i l l e r : Wir haben extra auf diesen Punkt noch besonders hingewiesen, und es ist von Herrn Backe bestätigt worden, dass das selbstverständlich mit in der Zahl enthalten sei. Dass die Wünsche heute vielleicht höher sind, mag sein. Man muss aber auch berücksichtigen, wie der Stand früher gewesen ist, der Friedensstand. Bei einem solchen Vergleich liegt keine moralische Berechtigung vor, im Verhältnis zu allen Forderungen, wie die Erfüllungsmöglichkeiten sind, heute höher zu gehen.

(Zuruf: Ich wollte nur vermeiden, dass jetzt eine Planung gemacht wird, bei der morgen festgestellt wird, dass sie nicht stimmt.)

K e h r l : Es steht also authentisch fest, dass für die ersten drei Monate ausser diesen Zahlen hier 70 000 Mann verlangt worden sind.

Der Vertreter des Generalbevollmächtigten hat dann eine mit allem Vorbehalt abgegebene Schätzung über das Aufkommen in den nächsten drei Monaten gegeben und besonders darauf hingewiesen, dass die Aktionen, die vom Generalbevollmächtigten eingeleitet sind, um zusätzlich ausländische Arbeitskräfte zu mobilisieren, erst im Januar eingeleitet sind, daher erst allmählich anlaufen, so dass naturgemäss das erwartete Ergebnis in den ersten drei Monaten zwangsläufig kleiner sein würde als später. Unter Berück-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

sichtigung dieser Umstände und der Möglichkeiten der Umsetzungen, die in den Zahlen mit enthalten sind, wurde das Aufkommen auf 645 000 geschätzt. Ich darf dabei darauf hinweisen, dass die e Zahl die sogenannte unechte Fluktuation mit beinhaltet. In der Sitzung wurde klargestellt, dass wir zwischen unechter und echter Fluktuation unterscheiden müssen, und zwar sind echte Fluktuation diejenigen Abgänge, die und endgültig durch Tod, Invalidität, Ausscheiden von ausländischen Arbeitskräften aus der deutschen Volkswirtschaft durch Ablauf der Verträge oder Flucht verloren gehen, während die unechte Fluktuation das Umsetzen von Betrieb zu Betrieb, sei es des zwangsweise oder freiwillige Wechseln, darstellt. Da in den Anforderungen der Bedarfsträger die Abdeckung der Verlust, die aus dieser Fluktuation entstehen, mit berücksichtigt sind, muss der Generalbevollmächtigte im Aufkommen auch die positiven Quellen, die für ihn daraus zur Verfügung stehen, berücksichtigen. In dieser Hinsicht sind die Zahlen sowohl auf der linken wie auf der rechten Seite mit zu berücksichtigen.

Wie bei allen Verteilungen, die wir in der Zentralen Planung vornehmen, übersteigen die Anforderungen die Deckungsmöglichkeiten auch hier bei weitem. Wir haben aber festgestellt, dass der Prozentsatz der Unterdeckung nicht höher ist, als wir das bei allen Rohstoffen usw. gewohnt sind. Im Gegenteil, der Deckungsprozentsatz ist sogar in dieser Beziehung ein höherer. Daraufhin ist ein provisorisch mit Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, abgestimmter Vorschlag gemacht worden, der nun als Diskussionsgrundlage für die einzelnen Sektoren dienen soll. Dieser Vorschlag geht dahin, da ja das Aufkommen nicht genau in einem Halendervierteljahr entstehen kann, sondern nur eine Vorschätzung darstellt, dass dieser Bedarf als der dringendst zu deckende angesehen und aus dem

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

ersten 650 000, die aufkommen, zunächst abgedeckt wird, ehe eine zusätzliche Zuweisung an die Sektoren erfolgt. Dabei müssten diejenigen Arbeitskräfte, die schon seit Beginn des Jahres zugewiesen sind, zur Anrechnung kommen.

Das war etwa der Inhalt der Besprechung in der letzten Sitzung. Sie hatten dann, Herr Feldmarschall, die Sitzung vertagt, weil eine Entscheidung über die Zuweisung nur gemeinsam mit Gauleiter Sauckel, der damals an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, getroffen werden sollte. Es müssten nun auf der Grundlage, die hier als Diskussionsvorschlag vorliegt, die einzelnen Sektoren durchgesprochen werden, um festzulegen, wieviel in einzelnen gewährt werden soll. Bei den Sektoren VII und VIII sind keine Zuweisungen vorgesehen, bei der Wehrmachtsverwaltung nur 1/4 der Anforderung, weil wir die Möglichkeiten, durch Umsetzungen intern in der Wehrmacht den Bedarf zu decken, als besonders groß ansehen. Die 15 000 Mann in der öffentlichen Verwaltung sind für die Reichspost gedacht, die einen Bedarf von 27 000 angemeldet hat, der von den verschiedensten Stellen lebhaft unterstützt wurde. Der Verkehr ist in dem Vorschlag prozentual verhältnismäßig gut bedacht worden, da die allgemeine Ansicht in der letzten Sitzung dahin ging, die Verkehrsschwierigkeiten infolge der Fliegerangriffe seien derartig, dass der Aufrechterhaltung des Verkehrs als einer Schlüsselstellung in der Wirtschaft überhaupt eine Berücksichtigung zukomme.

Der Posten: 100 000 Anforderung und 70 000 Zuweisung ist nach der Notiz unten die Zuweisung, die Staatssekretär Gutterer im Namen des Luftkriegsschiffenausschusses vertreten hat. Dieses Thema ist besonders intensiv erörtert worden.

(Mitsch: Es ist die Forderung des Führers, dass die anteilig auf die 400 000 kommen.)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Dabei hatten wir den Luftkriegsschädensatz noch gebeten, uns zu sagen, wie die Zahl nach seiner Meinung verteilt werden solle. Der Wunsch geht dahin, 10 000 den Baubataillionen des OKH zuzuweisen, 5 000 als Verfügungsreserve von Berlin zu nehmen und den Rest in die Bauwirtschaft zu geben, die tatsächlich das über den GbBau durchführt.

Die Zuteilung an die Rüstungswirtschaft wird gegenüber einer Forderung von 544 000 mit 400 000 vorgeschlagen, die für die Forst- und Volkswirtschaft mit 25 000. Staatssekretär Alpers hat in der letzten Sitzung die Dringlichkeit dieses Bedarfs, der auch saisonmäßig stark gebunden ist, betont. An das Holz werden ausserordentlich hohe Anforderungen gestellt: es muss ein Einschlag von 7 Mio mehr durchgeführt werden als im Vorjahre, besonders auch wegen des stark ansteigenden Bedarfs der Luftwaffe und natürlich wegen der Schadensbeseitigung bei Fliegerangriffen, die Holz in besonders grosser Masse verschlingt. Hier sind 25 000 vorgesehen. Für die Landwirtschaft sind neben den 160 000, die ihr automatisch zufließen, 30 000 zusätzlich aus sonstigen Aufkommen vorgesehen.

S a u c k e l : Herr Feldmarschall! Meine Herren! Es ist selbstverständlich, dass wir die abgestimmten Forderungen der Zentralen Planung von uns aus im Rahmen des Möglichen erfüllen werden. Ich möchte dabei die Versicherung abgeben, dass ich unter dem "Möglichen" das verstehe, was mit den grössten Anstrengungen des Apparats vom GbA hereingeholt werden kann. Ich habe schon am 4. Januar dem Führer zu meinem persönlichen Leidwesen sagen müssen, dass ich die damals im Führerhauptquartier festgesetzte Gesamtquote für das Jahr 1944 in Höhe von 4 050 000 zum ersten Male nicht garantieren kann. Ich habe das in Gegenwart des Führers verschiedentlich betont.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

54 Lit. 25 vom 1. März 1944
 1.1762 - 1830

6

In den vorhergehenden Jahren ist das ^{ja} ~~Ziel~~ erfüllt worden, zum mindesten zahlenmässig, aber in diesem Jahre ist das nicht mehr möglich, es von vornherein zu garantieren. Ich möchte deshalb darum bitten, dass dann die anfallenden Zahlen prozentual im Rahmen dieses Programms verteilt werden. Ich bin ohne weiteres damit einverstanden, wenn man mir dann von der Zentralen Planung erklärt: wir müssen das jetzt umändern; jetzt ist das und das vordringlich! Es ist selbstverständlich, dass wir das jeweils nach bestem Gewissen entsprechend der Kriegslage erfüllen werden. Soviel zu den Zahlen!

Die Zahlen im einzelnen haben wir nicht zu bestritten; denn wir tun ja nichts für uns. Wir können ja gar nichts selber mit den Arbeitern anfangen, sondern stellen sie der Wirtschaft zur Verfügung. Ich möchte nur einiges Grundsätzliche dazu sagen und bitte dafür Verständnis zu haben.

Der Arbeitseinsatz ist im Herbst vorigen Jahres, soweit es sich um den ausländischen Arbeitseinsatz handelt, weitestgehend zerschlagen worden; über die Gründe will ich mich hier nicht auslassen; sie sind genug erörtert worden. Ich muss Ihnen aber erklären; er ist zerschlagen worden. Man war in ganz Frankreich, Belgien und Holland der Meinung, dass auf Grund der Verlagerungen in diese Länder ein Einsatz nach Deutschland für diese Länder nicht mehr notwendig ~~war~~ sei. Man hat mich monatelang - ich bin im Monat manchmal zweimal dort gewesen - als einen Narren bezeichnet, der wider alle Vernunft in diesen Ländern herumreise und Leute zusammenholen wolle. Das ging so weit. - dessen kann ich Sie versichern -, dass sämtliche Präfekturen in Frankreich Anweisung hatten, die Programme von mir nicht zu erfüllen, da es sogar unter den deutschen Dienststellen durchaus strittig sei, ob der Sauckel

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Ein Narr ist oder nicht. Was auf diese Weise zerschlagen ist, kann man nur sehr, sehr schwer wieder aufbauen. Ich habe jetzt die ersten Vorwürfe von Offizieren aus dem Osten gehört, die für mich sehr bitter sind, dass es die Schuld des GBA sei, der im vorigen Jahre nicht genügend Männer aus dem Osten weggeholt habe, wenn x jetzt unsere Soldaten gegen diese nicht von mir herausgeholtten Männer zu kämpfen hätten; denn diese seien mit ein wesentlicher Bestandteil der sowjetrussischen Divisionen. Dieser Vorwurf ist mir von Frontoffizieren verschiedentlich überbracht worden, und ich möchte mich an dieser Stelle hier dagegen verwehren. Denn mir war voriges Jahr der Osten gesperrt. Mir war die Landwirtschaft in grossen Gebieten gesperrt. Mir war erklärt worden: Du kriegst keinen einzigen Mann mehr, weil wir hier die Landwirtschaft in Ordnung halten müssen. Auch das Donez-Gebiet war für mich gesperrt, und ich durfte nichts herausholen. Um jeden Mann, den ich im vorigen Jahr aus dem Osten herausholte, musste ich hart kämpfen. Ich muss also hier ausdrücklich feststellen, dass mir zwar heute von der Front der Vorwurf gemacht wird, die von mir nicht herausgeholtten Männer kämpften nun auf der gegnerischen Seite, dass mir aber diese Gebiete in weitestem Ausmass gesperrt gewesen sind. Das war die Lage am Ende des Jahres.

Ich hatte dann die grosse Sorge: in November und Dezember war auch ein Absinken der Beschäftigtenzahl festzustellen. Ich kann Ihnen heute sagen, dass dieses Absinken aufgefangen wurde. Wir haben heute wieder nach sorgfältigsten Ermittlungen, die ich habe anstellen lassen, einschliesslich der Ausländer und Kriegsgefangenen dieselbe Zahl von 29,1 Mio, die wir auch im September hatten. Wir haben aber seit dieser Zeit nichts mehr hinzubekommen. So haben wir in den zwei Monaten ganze 4 500 Franzosen ins Reich ge-

Hergestellt im
Bundesarchiv

83/1722

bracht; das ist gleich Null. Aus Italien sind nur 7 000 zivile Italiener gekommen. Dabei habe ich mir in dieser Zeit von 1.12. bis heute keine Stunde, keinen Sonntag und keine Nacht geschenkt. Ich bin in diesen Ländern gewesen, auch überall im Reich. Das ist unendlich schwer, nicht weil es dort keine Menschen mehr gibt. Ich möchte ausdrücklich feststellen: in Frankreich und in Italien gibt es Menschen noch und noch. Italien ist ein reiner europäischer Skandal, zum grossen Teil auch Frankreich. Meine Herren, die Franzosen arbeiten schlecht und leben auf Kosten des deutschen Soldaten und der deutschen Leistung, auch auf Kosten der deutschen Ernährung, und genau so ist es in Italien. Dort ist es, wie ich bei meinem letzten Aufenthalt festgestellt habe so, dass die Norditaliener ernährungsmässig unter keinen Umständen mit den Süditalienern verglichen werden können. Die Norditaliener, also bis Rom, sind so gut ernährt, dass ^{sie} es gar nicht nötig haben zu arbeiten; sie werden von ihrem himmlischen Vater im Gegensatz zum deutschen Volk ohne besondere Arbeitsleistung ernährt. Die Reserven sind da, aber die Mittel, die zu erfassen, sind zerschlagen.

Das fürchterlichste Moment, wogegen ich zu kämpfen habe, ist die Behauptung, in diesen Gebieten sei keinerlei deutsche Exekutive vorhanden, um die Franzosen, Italiener oder Belgier zweckmässig zu verpflichten und zur Arbeit zu bringen. Ich bin dann sogar den Weg gegangen, mir einen Agentenstab von Franzosen und Französinen, Italienerinnen, Italienern und ~~Italienerinnen~~ heranzubändigen, die gegen gute Bezahlung, wie es früher ein Shanghaien gegeben hat, auf Menschenfang ausgehen und durch Schnülpse und Ueberredung die Leute betören, um sie nach Deutschland zu bringen. Ich habe darüber hinaus ein paar tüchtige Männer mit dem Aufbau einer eigenen Arbeitseinsatz-exekutive beauftragt, und zwar unter der Aegide des Böhren- und Polizeiführers eine Anzahl einheimischer Mannschaften ausgebildet.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

und bewaffnet und muss jetzt das Munitionministerium noch um Bewaffnung für diese Leute bitten. Denn es sich mir im letzten Jahr allein mehrere Dutzend höherer Arbeitseinsatzbeamter von grossem Können erschossen worden. Alle diese Wege, so grotesk es auch klingen mag, müssen heute gegangen werden, um das Moment zu überwinden: es gibt keine Exekutive, um in diesen Ländern die Arbeitskräfte nach Deutschland zu bringen.

Ich muss Ihnen, Herr Feldmarschall, dazu nach wiederholter Ueberprüfung erklären: einen wirklichen deutschen Arbeitseinsatz gibt es nicht mehr. Ich habe jetzt mit Einwilligung des Führers den bekannten Aufruf erlassen, den der Führer selbst inspiriert, korrigiert und zurechtgemacht hat, zum freiwilligen Ehrendienst. Was dabei heraukommt, weiss ich nicht; es wird sehr wenig sein. Ich werde diesen freiwilligen Ehrendienst weiter ausbauen. Der Führer wünscht, dass er nur von der Frauenschaft gemacht wird. Ich bin also morgen bei der Frauenschaft und den deutschen Gaufrauenschaftsleiterinnen, um bei der Frauenschaft die weiteste Werbung bei den über 45- und 50jährigen Frauen durchzusetzen. Dabei wird auch etwas herauskommen. In einzelnen Gauen liegen hier schon ganz gute Ansätze vor. Es muss aber wirksam und ununterbrochen geworben werden, und das braucht auch seine Zeit zum Anlaufen. Aus deutschen Kräften sind immerhin in den ersten beiden Monaten dieses Jahres fast 60 000 Kräfte neu eingesetzt worden, und der Gesamtanlauf ist nicht so hoffnungslos, wie ich es angesehen habe. Er beträgt jetzt 262 000. Dabei sind allein 112 000 aus dem Osten. Es ergibt sich also jetzt die erfreuliche Tatsache, dass man in den Restgebieten dort, die wir jetzt noch haben, erkannt hat, dass die Menschen bei uns wertvoller sind als dort drüben. Allein dieser Einsatz von 112 000 neuen Ostarbeitern, vorzugsweise Männern, hat es ermöglicht,

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

dass immerhin in den ersten beiden Monaten 262 000 Menschen erwartet werden können.

Dann einige Worte zur Frauenfrage! Ich habe einen meiner Herren gebeten, nachher einen Vergleich zwischen dem englischen und dem deutschen Fraueneinsatz zu geben. Es entspricht absolut den Tatsachen, dass England auch vergleichsmässig im wesentlichen nicht das erreicht, was wir in Deutschland mit den deutschen Frauen erreichen. Man soll also davon absehen, uns immer noch den Vorwurf zu machen, als würde bei uns hinsichtlich des Fraueneinsatzes nicht genügend getan. Ich habe am 4. Januar dem Führer ausdrücklich verschiedene Male gefragt: wenn er mir Vollmachten gibt, à la Stalin Menschen zu mobilisieren, könnte ich ihm vielleicht noch 1 Mio Frauen zur Verfügung stellen. Der Führer hat das brüsk und scharf wiederholt abgelehnt. Er hat das Wort gebraucht, dass unsere deutschen hochbeinigen, schmalen Frauen mit den "kurzstampfeten" primitiven und gesunden Russinnen nicht zu vergleichen seien. Ich meinerseits möchte auch davor warnen, auf diesen Fraueneinsatz übertriebene Hoffnungen zu setzen. Ich möchte aber doch bitten, versichert zu sein, dass von mir aus alles geschieht, um das, was arbeiten kann, auf der Basis, die der Führer genehmigt hat, noch zur Arbeit heranzuziehen und darauf auch einen sanften moralischen Druck auszuüben. Ich habe auch alle meine Herren angewiesen, dauernd die Meldepflichtaktion vom Januar v.J. zu überprüfen und dafür zu sorgen, dass die Frauen, bei denen Kinder aus dem Alter herauswachsen, oder Mädchen, die in die Jahrgänge hineinwachsen, immer wieder von den Arbeitsämtern gesucht, festgestellt und in Arbeit gebracht werden. Hier geschieht also alles mögliche.

Was die Stillegungsaktion vom Reichsministerium betrifft und die Erwartungen, die daran geknüpft werden, so haben wir heute schon die Hoffnungen weit zurückgeschraubt. Zu Beginn der Aktion

hat sich Reichsminister Speer auf den Standpunkt gestellt, dass er 1,5 Mio auf diese Weise mobilisieren könnte. In dieser Höhe hat man in meiner Gegenwart - das werden Ihnen alle meine Herren bestätigen - im Herbst vorigen Jahres diese Aktion vom Ministerium drüben eingeschätzt. Inzwischen hat man die Hoffnungen aber zurückgeschraubt, und bei der Führerbesprechung wurden 400- bis 500 000 genannt. Die Zahlen sind mir nicht bekannt, die jetzt dabei herausgekommen sind. Die mir von den Arbeitsämtern gemeldeten Zahlen, was dort erfasst werden konnte, schlagen aber nicht in dem Maß zu Buch. Was tatsächlich stillgelegt ist und umgesetzt werden konnte, weiss ich nicht. Jedenfalls kann ich die Zahl von 400 000 oder 500 000 nicht als festes Ist in meine Bilanz einstellen. Das hatte aber Reichsminister Speer in einem Schreiben an mich noch besonders herausgestellt und hat es mir gewissermassen zum Vorwurf gemacht, dass ich in meine Bilanz diese Zahl nicht mit der genügenden Höhe eingestellt habe. Ich kann doch aber nur das einstellen, was ich einigermaßen sicher weiss.

Ich mache diese Ausführungen auch nur deshalb, um darauf hinzuweisen, dass es praktisch einen deutschen Arbeitseinsatz männlicher- und weiblicherseits nicht mehr gibt; er muss als erschöpft angesehen werden. Eine Anzahl von Gauleitern haben mich auf der letzten Gauleitertagung daraufhin auch angesprochen und ebenfalls betont, dass nach ihrer Ansicht auf den deutschen Arbeitseinsatz in ihren Gauen, was neue Kräfte betrifft, keinerlei Hoffnungen mehr zu setzen seien. Ich gebe trotzdem hier die Versicherung ab, dass wir mit aller Härte und Konsequenz unaufhörlich daran arbeiten werden, um die letzten deutschen Arbeitskräfte noch zum Einsatz zu bringen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Bei dieser für mich sehr schwierigen Lage, diese Zahlen zu erfüllen, ist aber zweierlei notwendig: erstens, dass alle deutschen Dienststellen in den besetzten Gebieten den deutschen Bedarf vorbehaltlos anerkennen. Das hat sich noch nicht überall durchgesetzt. In den besetzten Gebieten bereiten mir besonders die Schutzbetriebe grosse Schwierigkeiten. Nach den Meldungen der letzten Tage sind die Schutzbetriebe dort zu einem grossen Teil vollgesaugt, und es besteht ein stärker Sog nach diesen Gebieten hin. Dieser starke Sog steht natürlich diametral dem Einsatz im Reich gegenüber. Ich möchte betonen, dass ich nie gegen den Einsatz von französischen Kräften auf Grund von Verlagerungen deutscher Betriebe nach Frankreich gewesen bin, So vernünftig bin ich selber, und ich habe noch im Sommer vorigen Jahres durch Herrn Hildebrandt in Frankreich eine Untersuchung anstellen lassen, die ergeben hat, dass mit Leichtigkeit hauptsächlich aus französischen Mittel- und Kleinbetrieben, die ja die Mehrzahl darstellen - 80 % der französischen gewerblichen Betriebe sind Kleinbetriebe, die nur 36 bis 40 Stunden arbeiten - 1 Mio für Verlagerungen nach Frankreich zur Verfügung gestellt werden können und 1 Mio nach Deutschland gebracht werden kann. Die 1 Mio in Frankreich unterzubringen, ist durchaus möglich, aber nur dann, wenn sich die Schutzbetriebe dort nicht künstlich vollsaugen und die Zahl dieser Schutzbetriebe, wie es mir besonders aus Belgien gemeldet wird, nicht dauernd vermehrt und immer wieder auf neue Kategorien ausgedehnt wird, so dass praktisch für den Einsatz im Reich nichts mehr übrig bleibt. Ich möchte hier noch einmal die These ganz klar aufstellen: ein französischer Arbeiter arbeitet in Deutschland, wenn er richtig behandelt wird, doppelt soviel wie in Frankreich und ist hier doppelt so viel wert wie drüben.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Ich spreche es ganz klar und rücksichtslos aus: ich sehe für den Arbeitseinsatz in dem überspitzten Schutzbegriff in Frankreich eine schwere Gefahr für den Einsatz in Deutschland. Wenn wir uns hier nicht einigen können, dass in Frankreich von meinen Herren zusammen mit den Herren der Rüstung möglichst jeder Betrieb geprüft wird, so wird auch in Zukunft die Quelle für Deutschland verstopft bleiben, und damit ist das Programm, das ich vom Führer auferlegt bekommen habe, im wesentlichen in Frage gestellt. Ähnlich ist es in Italien. In beiden Ländern gibt es noch ausreichend Arbeiter, auch noch Facharbeiter genug; wir müssen nur den Mut haben, in diese französischen Betriebe hineinzugreifen. Was in Frankreich geschieht, weiss ich nicht. Dass in Frankreich bei operativen^{at} Maßnahmen von Seiten des Gegners weniger gearbeitet wird, überhaupt in den besetzten Gebieten, als in Deutschland, scheint mir absolut sicher zu sein. Um also mein Programm, das Programm, das Sie mir hier vorlegen, in der Verteilung erfüllen zu können, muss mit mir und meinen Herren abgestimmt werden, dass der Begriff "Schutzbetrieb" in Frankreich auf das Maß des wirklich Notwendigen und Vernünftig Vertretbaren zurückgeführt wird und dass die Schutzbetriebe in Frankreich nicht, wie sie von den Franzosen aufgefasst werden, ein Schutz gegen den Arbeitseinsatz in Deutschland sind. Es ist für mich doch sehr schwierig, in Frankreich als Deutscher vor einer Situation zu stehen, die nichts anderes in den Augen der Franzosen besagt als: Hier ist Sauckel gegen die Rüstung abgeschlimmt. Der S-Betrieb in Frankreich ist nichts anderes als eine Abschirmung vor dem Zugriff Sauckels! Das ist von den Franzosen so aufgefasst und kann ja auch von ihnen gar nicht anders aufgefasst werden; denn sie sind ja Franzosen und sie haben

Hergesteilt im
Bundesarchiv

R3/1722

hier eine deutsche Divergenz in der Auffassung und Durchführung festzustellen. Inwieweit die Schutzbetriebe zweckmässig und notwendig sind, unterliegt nicht meiner Kritik. Nur so, wie ich es geschildert habe, sieht es von mir aus aus. Ich hoffe aber auf der einen Seite, durch meine alte Agentenorganisation und mein Schutzkorps und zweitens durch die Maßnahmen, die ich glücklicherweise bei der französischen Regierung durchdrücken konnte, noch durchzukommen. Ich habe es in 5-bis 6-stündiger Verhandlung mit Herrn Laval durchgesetzt, dass die Todesstrafe für Beamte ausgesprochen werden kann, die den Arbeitseinsatz und andere Maßnahmen sabotieren. Glauben Sie mir: das ist sehr schwer gewesen. Das war für mich ein sehr bitterer Kampf, das durchzusetzen. Aber es ist jetzt geschehen, und ich bitte darum, vor allem auch die Wehrmacht, dass nun in Frankreich, wenn die französische Regierung nicht durchgreift, deutscherseits wirklich kategorisch durchgegriffen wird. Nehmen Sie mir die Bemerkung nicht übel: ich habe mit meinen Herren in Frankreich einige Male vor Situationen gestanden, in denen ich erklären musste: gilt denn der deutsche Leutnant und 10 Mann in Frankreich überhaupt nichts? Monatlang hat man jedes Wort von mir mit der Antwort paralyziert: Was wollen Sie denn, Herr Gauleiter; wir haben ja gar keine Exekutive; wir können in Frankreich nichts machen! - Das ist mir immer wieder entgegengehalten worden. Wie soll ich da den Arbeitseinsatz in Frankreich durchführen? Hier müssen die deutschen Stellen zusammenarbeiten und, wenn die Franzosen trotz aller Versprechungen nicht durchgreifen, müssen wir von deutscher Seite aus ein Beispiel statuieren und auf Grund dieses Gesetzes unter Umständen mal einen Präfekten oder Bürgermeister an die Mauer stellen, wenn er nicht

Hergestellt im
Bundesarchiv

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

mitzieht; sonst geht überhaupt kein Franzose mehr nach Deutschland. Im letzten Vierteljahr war der Glaube an den deutschen Sieg und alles, was wir zu unseren Gunsten propagandistisch ins Feld führen konnten, unter Null gesunken und ist es auch heute noch. Ich glaube, dass die neuen französischen Minister, vor allem Henriot schon durchgreifen; sie sind sehr willig und ich habe von ihnen einen guten Eindruck. Es ist nur die Frage, inwieweit sie sich bei ihren unteren Behörden durchsetzen. Das ist die Situation in Frankreich.

In Italien ist sie genau so, ja noch schlimmer. Wir haben keinerlei Exekutive! erklärt man uns, und das italienische Volk ist moralisch derartig vollkommen und hoffnungslos, dass man nicht reinen Zwangsmaßnahmen dort durchgreifen kann.

Dann wird mir der Vorwurf gemacht - und das hat mich mit am schwersten getroffen -, ich sei der Schuldige am Partisanenunwesen in Europa. Das ist mir auch von deutschen Dienststellen zum Vorwurf gemacht worden, die eigentlich gar keine Veranlassung dazu hätten. Ich muss diesen Vorwurf zurückweisen und kann den Beweis antreten, dass ich nicht der Schuldige bin. Ich habe aus dem Generalbezirk Kiew, und zwar aus dem Stadtbezirk und der engeren Umgebung, 100 000 Mann für den Arbeitseinsatz herausgeholt, und in Kiew sind keine Partisanen gewesen. Das Gebiet von Kiew war das ruhigste Gebiet. Ich habe 1942 und 1943 fast keinen Mann aus dem Minsker Gebiet herausgeholt und auch keinen bekommen, weil dieses Gebiet weitgehend für mich gesperrt war. Das Minsker Gebiet war aber das Hauptpartisanengebiet, in dem sogar ein Gauleiter ermordet worden ist. Ohne Arbeitseinsatz wären die Partisanen in noch viel grösserer Masse vorhanden als heute; denn die Völker würden eine viel grössere

Hergestellt im
Bundesarchiv

8310788

R3/1722

Zahl von Arbeitslosen haben. Die Länder können ja wirtschaftlich aus dem Produktionsbilde Europas nicht heraussteigen, und in Europa wird ja die Produktion einzig und allein von Deutschland gelenkt, und alle diese Völker verdanken die Tatsache, dass sie Arbeit und Brot haben, allein Deutschland und niemand anders. Also durch den Arbeitseinsatz in Deutschland und in den besetzten Gebieten sind höchstens Arbeitslosenhorden zu einer nützlichen Beschäftigung gebracht worden. Wäre das nicht geschehen, wären sie Partisanen geworden. Zum anderen gehört seit Jahrhunderten der Partisanenkrieg zu den Hilfsmitteln jeder Revolution im Osten, und Stalin hat nichts anderes gemacht, als dieses Hilfsmittel der polnischen, weissrussischen und sonstigen Partisanengebiete, die man ja aus der Geschichte kennt, in seine strategischen Pläne meisterhaft einzubauen. In Frankreich ist es ganz ähnlich. Man hat mir vorgehalten, in Frankreich habe es nie so etwas gegeben; es sei die Folge des deutschen Arbeitseinsatzes, dass dort diese Banden aufträten. Ich kann darauf nur erwidern, dass man dann die frühere Geschichte, zB. aus dem 170er Krieg vergessen hat. Auch damals hat es Franktireure dort gegeben. Die Engländer würden ihre Waffen, auch wenn es den Arbeitseinsatz nicht gäbe, aus ihren Flugzeugen abwerfen und sicher willige Arbeitslose finden, die diese Waffen auflesen, wenn kein Arbeitseinsatz da wäre.

Gewiss, wir machen auch Fehler; dazu sind wir ja Menschen. Ich wollte Ihnen, Herr Feldmarschall, nur die tatsächlichen Schwierigkeiten schildern, die sowohl von gegnerischer Seite wie auch deutscherseits dem Arbeitseinsatz in Deutschland gemacht worden sind. Selbstverständlich wäre das Ideal, alles in diese Länder zu verlagern und, wie die Formel heisst, die Arbeit zu den Arbeitern zu bringen. Man hat mir von zahlreichen deutschen Ressorts vor-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

gehalten, auch von solchen, die mit Wirtschaft und Arbeitseinsatz nichts zu tun haben: warum holen Sie überhaupt die Leute nach Deutschland? Sie beunruhigen das Gebiet und machen uns das Leben damit sauer! Dazu kann ich nur sagen: ich muss auf den fremdländischen Arbeitseinsatz bestehen. Einen deutschen Arbeitseinsatz gibt es nicht mehr. Dass der erschöpft sein wird, habe ich bereits im April v.J. in meinem berichtigten Manifest dargestellt. Ich kann aber doch die deutschen Acker nicht nach Frankreich verlagern. Ich kann auch nicht den deutschen Verkehr nach Frankreich verlagern, ebenso wenig die deutschen Bergwerke. Ich kann auch nicht deutsche Betriebe der Rüstung, die auch einen Teil der U.K.-Gestellten hergeben müssen, und die Maschinensätze nach Frankreich verlagern. Das allein sind, wie in der Führerbefehlung festgestellt wurde, 2 500 000 Mann. Das ist bestes deutsches Arbeitsvermögen, was zur Front geht und gehen muss. Ich gehöre immer wieder zu denen, die sagen: wenn man im Auslande energisch zugreift, sollen wir in Gottes Namen aus der Rüstung freigeben, was freigegeben werden kann, damit unsere Kompanien stark werden. Die 1. und 7. Panzerdivision aus Thüringen werden oft im Wehrmachtsbericht erwähnt. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Gefallenenzahl des Weltkrieges in manchen Dörfern in Thüringen schon seit langen bis zum Doppelten überholt ist. Das sage ich hier als Gauleiter. Deshalb haben wir natürlich ein Interesse daran, unsere Pflicht zu erfüllen. Beste deutsche Männer und Männer im besten Alter müssen hinaus, und deutschen Frauen über 50 Jahre können diese Männer nicht ersetzen. Ich muss also weiter nach Frankreich, Belgien, Holland und Italien gehen, und ich werde auch wieder nach Polen u. v. gehen, um dort die Menschen heranzuholen, so gut und so viel ich es kann. Ich bitte

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

nur in diesem Kreise darum, dass man überall geltend macht, dass ich doch nicht der irrsinnige Karl bin, als den man mich im letzten Vierteljahr hingestellt hat. Sogar dem Führer ist das vorgetragen worden. Damit sind mir selbstverständlich im letzten Vierteljahr mindestens $1\frac{1}{2}$ Mio vorenthalten geblieben, die ich unter anderen atmosphärischen Verhältnissen schon im vorigen Jahre hätte hereinbringen können. Sie sind auf Grund dieser "atmosphärischen Vernebelung" nicht gekommen. Dass sie in diesem Jahr herein müssen, ist mir klar. Meine persönliche Verpflichtung dem Führer, dem Reichsmarschall, dem Minister Speer und Ihnen gegenüber, auch der Landwirtschaft gegenüber, liegt hier klar zutage, und ich will sie auch erfüllen. So, wie es angelaufen ist, sind immerhin 262 000 Mann neu da, und ich hoffe und habe die feste Überzeugung, dass Gros des Auftrages erfüllen zu können. Die Art der Verteilung muss dann selbstverständlich nach den Notwendigkeiten ersten der deutschen Rüstung und zweitens der deutschen Gesamtwirtschaft geschehen, und ich werde gern bereit sein, meine Herren, zu veranlassen, dass hier ständig der engste Kontakt gewahrt und auch bei den Arbeitsämtern unten und bei den Gauarbeitsämtern auf engste Zusammenarbeit gesehen wird. Wo diese Zusammenarbeit da ist, geht es auch. Ich habe meinen Gaarüstungsobmann in Thüringen und habe mir jetzt die Thüringer Betriebe angesehen. Ich habe in der Gothaer Waggonfabrik alles veranlasst, so dass sie in wenigen Tagen wieder auf 30 % der Produktion sein wird. Es ist alles geschehen. Nur eins müssen Sie begreifen: dass der Arbeitseinsatz als Einrichtung selbstständig sein und bleiben muss. Ich möchte auch darum bitten, bei den Herren Rüstungsinspektoren nicht dauernd die Ansicht zu nähren: den Sauckel muss man eben dem Ministerium unterstellen, dann wird alles besser gehen! Meine Herren, ich bitte Sie, dass das in diesem

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Jahre nicht gescheit. Ich bin als alter Nationalsozialist entschlossen, mit Ihnen, dem Rüstungs- und Produktionsminister, mit allen Herren vorbehaltlos zusammenzuarbeiten, aber ich muss dazu auf diesem schwierigen Gebiet das Maß an selbständiger Entscheidung haben, das mir in den Führererlassen und in den Erlassen des Herrn Reichsmarschalls garantiert ist. Ohne diese Erlasse hätte ich meinen Auftrag nie angenommen, weil ich weiss, dass man ihn sonst nicht erfüllen kann. Ich bitte also, auch nach unten die Atmosphäre zu schaffen, die notwendig ist, dass man vor allem die Gewerkschaften als die mir anvertrauten und zur Verfügung gestellten Organe anerkennt, um den Arbeitseinsatz nach unten in Ordnung zu halten.

Drittens möchte ich noch ein anderes Kapitel anschneiden: das ist die Leistung und die Menschenökonomie selber. Sie wissen, ich habe im Jahre 1939 in Thüringen angefangen, von Arbeiter eine wesentliche Leistungssteigerung zu verlangen. Es hat sehr lange gedauert, bis man mir von der Partei und der Arbeitsfront dazu die Zustimmung gegeben hat, und es hat fast zweier Jahre bedurft, bis eine Führerentscheidung erging, die diese Maßnahmen über den Gau Thüringen hinaus zugelassen hat. Ich halte die Leistungssteigerung überhaupt für das Entscheidende jetzt im Kriege. Denn wenn der deutsche Arbeiter nicht sein Letztes hergibt, können wir beim besten Willen die Millionen fremder Arbeiter und Kriegsgefangenen, die da sind und die ich noch dazu nur in diesem Jahre herannehmen soll, leistungsmässig in Ordnung halten. Ich meine damit die Leistungssteigerung, über die nicht nur in Versammlungen geredet, sondern die dadurch erzielt wird, dass man die Leistung wirklich steigert. Ich habe neulich Nürnberger Arbeitern in einem grossen Betriebe offen gesagt: Ich, Fritz Sauckel, der Nationalsozialist, habe auch Nürnber-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

ger Arbeitern die Stoppuhr wieder gebracht! und die Arbeiter in Nürnberg haben das akzeptiert. Wir dürfen nicht nur von Leistungssteigerung sprechen, sondern müssen hinter die deutschen Arbeiter mit der Stoppuhr treten, ihre Leistung messen, und wo sie die Leistung nicht erbringen, müssen wir eine höhere Leistung fordern. Auch hier bin ich zu jeder Zusammenarbeit mit der DAF und der Rüstung bereit. Das muss nun nun mit aller Energie und Brusttätigkeit durchführen. Hier liegt die grösste Leistungsreserve, die wir überhaupt noch haben. Sie ist grösser als die ausländischen Arbeiter, die wir hoch hereinnehmen können. Ich möchte hier noch einmal aussprechen: auch die Betriebsführer müssen sich alle vorbehaltlos in den Dienst dieser Leistungssteigerung stellen. Es ist heute noch möglich, auf Anhieb in grossen deutschen Rüstungsbetrieben Leistungssteigerungen bis zu 20 und 30 % zu erzielen. Diese Tatsache beweist nichts mehr und nichts weniger, als dass wir zwar in den vergangenen Jahren sehr viel von Leistungssteigerung gesprochen, als sie realisiert haben. Ich bin bestimmt der Letzte, der dem deutschen Arbeiter nicht das Beste gönnt, aber hier stehen wir vor Kriegsnotwendigkeiten.

Mit der Leistungssteigerung ist verbunden, dass in den Betrieben selbst die Arbeitskräfte wirklich überholt und nach der Notwendigkeit ihres Arbeitseinsatzes gezählt werden. Ich lasse mich gern widerlegen und diskutiere hier auch nur. Ich bin der Meinung, dass man jetzt im 5. Kriegsjahr - und wir gehen dem 6. entgegen - nicht mehr die These vertreten kann, in einem Betrieb so viel Arbeiter hineinzustopfen, wie hineingehen, sondern dass in jedem Betrieb nur die Zahl von Arbeitern sein darf, die notwendig ist, um das Soll zu erreichen. Denn die Menschen sind ja in Gesamt Europa, nicht nur in Deutschland durch diesen Krieg weniger

Fr

21

geworden. Ich weiß nicht, ob das Ernährungsministerium hier vertreten ist.

(Milch: Ich glaube nicht. Wir sind der kleinste Kreis der Zentralen Planung!)

- Ich bitte, Herr Feldmarschall, daß wir alle noch einmal mit der Landwirtschaft und dem Ernährungsministerium sprechen, ob es nicht möglich ist, für die Betriebe, die eine Über ihrem Soll im Ausstoß liegende Leistung erzielen, ein Frühstücksbutterbrot zu geben. Ich weiß, daß der Gesandte Clodius jetzt ~~jetzt~~ 1,2 Mio t abgeschlossen hat. Ich habe nun mit Zustimmung des Reichsmarschalls Herrn Götz beauftragt - übrigens auch mit Zustimmung des Herrn Außenministers -, mit gewissen Reserven der Dresdner Bank auf dem Balkan einzukaufen. Herr Götz ist dort gewesen, und es ist auch, wie er mir gestern mitteilte, sehr wahrscheinlich, daß es zu einem Abschluß kommt. Die Mengen sind auf alle Fälle da. Es handelt sich aber, wie er mir sagte, um ein Transportproblem, und es ist schon schwer, die 1,2 Mio t des Gesandten Clodius nach Deutschland zu bringen. Nun stellt sich aber Clodius auf den Standpunkt, Götz dürfe nicht eher verhandeln - er soll 100 000 t Getreide und 35 000 t Fett bzw. Fleisch kaufen, die dort vorhanden sind, und auch die Zahlungsmittel stehen Götz über die Türkei zur Verfügung, bevor diese Mengen in Deutschland sind. Das ist nun äußerst schwierig. Ich darf um Ihre Unterstützung bitten, daß wir doch erreichen, daß dieser Kauf von Herrn Götz abgeschlossen wird, daß die Menge dort lagert, daß selbstverständlich die abgesprochenen Tonnagezahlen von Staatssekretär Backe zuerst ins Reich kommen, daß aber das Reichsernährungsministerium mit 30 000 t ^{oder 50 000 t} das bevorschusst, was durch die Abschlüsse von Götz sichergestellt ist. Daß wir hinter dem Arbeiter mit der Stoppuhr stehen, ist brutal, und darüber

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Ärgert sich jeder Arbeiter. Aber man muß es machen; hinter dem Soldaten steht ja auch eine Stoppuhr, nämlich der Gevatter Tod. Wenn wir daneben aber erreichen, daß der Arbeiter am nächsten Morgen zusätzlich ein Butterbrot bekommt, erzielen wir in jedem deutschen Rüstungs- und Wehrbetrieb eine solche Stimmung, daß einer Leistungssteigerung nichts mehr im Wege steht. Ich sehe darin die Möglichkeit, die deutsche Leistung spielend mindestens um 10 % zu erhöhen.

Wir haben ja viele betriebshemmende Momente. Das ist erstens der Bombenterror, zweitens die mangelnde Zulieferung von Fertigkeit usw. Die Beschwerden vieler Fabriken gehen darauf hinaus, daß sie eigentlich von den 30 Tagen im Monat nur 25 oder 20 arbeiten können, weil die verlangten Zulieferungen nicht da sind. Dazu kommt in gewissen Gebieten Mangel an Energie. Das sind natürlich Dinge, die geeignet sind, die Leistungssteigerung persönlicher Art des einzelnen Arbeiters wieder aufzuheben. Es wird mir übrigens auch gemeldet, daß die Schutzbetriebe in Frankreich infolge der Wassermangelhaftigkeit in diesem Winter mehrere Tage in der Woche keinen Strom oder keine Kohle haben. Das liegt an den Transport-schwierigkeiten. Das ist natürlich höhere Gewalt. Im großen und ganzen aber ist die deutsche Wirtschaft trotz des Bombenterrors viel besser organisiert und arbeitet viel besser als die Wirtschaft in Frankreich.

Im übrigen, Herr Feldmarschall, danke ich Ihnen, daß Sie mir hier diese Worte gesagt haben. Ich verpflichte meine Herren und den letzten Arbeitseinsatzmann auf das brutalste. Die Männer werden nicht geschont. Ein großer Teil von ihnen sind krank, überbeansprucht und überarbeitet. Sie haben wirklich getan, was

Hergestellt im
Bundesarchiv

KS/1722

sie konnten. Aber ich verspreche Ihnen hier: wir werden auch weiter alles tun, was möglich ist, und werden auch diese Anforderungen erfüllen, wenn es irgendwie möglich ist.

Würden Sie nun gestatten, daß Herr Dr. Stothfang noch einiges über den Fraueneinsatz in England vorträgt?

Stothfang: Zum ges. ten Fraueneinsatz möchte ich folgende Zahlen geben: Wir hatten Ende Dezember vergangenen Jahres insgesamt an unselbständig Beschäftigten in der deutschen Wirtschaft rund 17 Mio. Darin stecken etwas mehr als 5 Mio Ausländer. Wenn ich also auf den deutschen Fraueneinsatz kommen will, so muß ich von 12 Mio deutscher Beschäftigter Ende des vergangenen Jahres ausgehen. Darin stecken 10,4 Mio deutsche Frauen, also rund 47 %. Das ist die Größenordnung, von der man ausgehen muß, wenn man dem deutschen Fraueneinsatz gerecht werden will. In der Friedenszeit hatten wir höchstens 33 1/3 %.

Nun ist wiederholt behauptet worden, daß die Engländer im Fraueneinsatz weit rigorosere gewesen seien als wir. Das schließliche Bild, das wir jetzt mal sehr sorgfältig und genau festgestellt haben, rechtfertigt diese Behauptung nicht. Die folgenden Zahlen: Wir hatten im Alter von 14 bis unter 65 Jahren, also in dem Alter, in dem praktisch überhaupt nur ein Fraueneinsatz in Betracht kommt, in Deutschland Ende des Jahres nicht ganz 19 Mio Frauen. Dem stehen auf englischer Seite nicht ganz 17 1/2 Mio Frauen gegenüber, und zwar im selben Alter. Von den 16,8 Mio deutschen Frauen sind praktisch 17,1 Mio im Einsatz, also 69,7 %. Interessant ist nun die Zusammensetzung dieser Zahl von 17,1 Mio deutschen Frauen, die im Einsatz stehen. Darunter sind über 800 000 Selbständige. Dann kommt eine große Kategorie, die bei solchen Aufstellungen viel-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

leicht überssehen wird, das sind die sog. mithelfenden Familienangehörigen, die vor allen Dingen in der Landwirtschaft eine entscheidende Rolle spielen, die Bauerntöchter und sonstigen weiblichen Kräfte, die noch am Bauernhof sind. Das sind im ganzen etwa 5,2 Mio, also ein sehr hoher Prozentsatz. Außerdem kommen die Beamtinnen mit nicht ganz 150 000 hinzu. Dann kommt die ganz große Gruppe der in unselbständiger Arbeit stehenden Arbeiterinnen und Angestellter mit über 10,5 Mio, weiter die Zahl der Arbeitsmädchen, die auch häufig vergessen wird, mit rund 100 000. Dann kommen die Wehrmachtshelferinnen und die im Notdienst Verpflichteten mit rund 150 000. Dann kommen noch andere Kräfte hinzu. Summa summarum sind es 17,8 Mio, nicht ganz 60 %.

S a u c k e l: Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß nicht die deutschen Frauen dabei sind, die im ehrenamtlichen Einsatz bei der Partei und beim Deutschen Frauenwerk tätig sind, bei der Volkswohlfahrt oder beim Roten Kreuz. Diese werden in England, wie ich aus den Federn von Beven entnommen habe, mitgezählt.

S t o t h f a n g: Beim englischen Einsatz sieht es so aus: Von den 17 $\frac{1}{2}$ Mio Frauen sind 10,4 Mio tatsächlich im Einsatz, also 59,57 % gegenüber 59,75 % bei uns. England liegt also ganz geringfügig unter dem deutschen Fraueneinsatz. Man kann also nach diesem Zahlenvergleich unter keinen Umständen mehr behaupten, daß die Engländer in dieser Beziehung rigoroser seien. Dieses Argument wird häufig darin gesehen, daß die Engländer in der Heranziehung der Frauen in den Altersklassen unter Umständen höher gehen als wir. Während wir bei der Meldepflicht im vergangenen Jahre bei 45 Jahren Halt gemacht haben, sind die Engländer bis auf 50 Jahr

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

hinaufgegangen. Daraus kann man aber nicht den Schluß ziehen, daß die Engländer rigorosser und zahlenmäßig stärker die Frauen zum Arbeitseinsatz bringen, als das in Deutschland der Fall ist.

S a u c k e l : Es liegen uns die Forderungen der Wehrmacht, besonders auch der Luftwaffe und der Marine, auf Bereitstellung von Helferinnen vor. Das muß hier in der ZP entschieden werden; denn diese hier benötigten Frauen können nur von anderen Stellen weggenommen werden. Neu stehen sie nicht zur Verfügung. An ausgebildeten Stenotypistinnen oder in sonstigen Büroberufen ausgebildeten Frauen stehen zusätzlich keine mehr zur Verfügung. Ich würde die Forderungen der Wehrmacht von Herzen gern erfüllen, muß aber darauf aufmerksam machen, daß neue Kräfte hier nicht mehr vorhanden sind. Ich habe im vorigen Jahr den Herrn Reichserziehungsminister vergeblich gebeten, einen oder zwei Jahrgänge der Abiturientinnen zur Verfügung zu stellen, die ja auch heute die jungen deutschen Männer im 17. Lebensjahr schon automatisch die höheren Schulen verlassen und kein Abitur mehr machen. Warum soll man bei den Mädchen nicht einen ähnlichen Weg gehen? Der Herr Erziehungsminister hat das abgelehnt mit dem Hinweis darauf, er müsse diese Mädchen haben, um sie aushilfsweise für den Schulunterricht einsetzen zu können. Nach meiner Meinung sollte man dafür zweckmäßigerweise versehrte deutsche Offiziere und Soldaten, auch Unteroffiziere, einsetzen und die Mädchen den Berufen zuführen, wo sie dringend gebraucht werden.

M i l l e r : Um welche Zahl handelt es sich dabei etwa?

(Zuruf: Etwa 18 000 !)

S a u c k e l : Oder hier muß der Arbeitsdienst sofort weitgehend einspringen. Wirklich neue Kräfte zu stellen, wie

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

sie berufsmäßig verlangt werden, ist nur auf dem Wege des Austausches möglich.

O l b r i c h : Ich darf an das erinnern, was der Herr Generalstabchef eben gesagt hat und darf die Forderungen auf weibliche Hilfskräfte von unserer Seite klarstellen. Es handelt sich dabei nicht etwa nur um Stabsshelferinnen. Der Begriff in der Zusammenstellung "Wehrmachtverwaltung" wird der tatsächlichen Lage nicht gerecht. Wir brauchen für die Luftwaffe 53 400. Das sind aber nicht etwa bloß Stabsshelferinnen, sondern zum großen Teil auch Flakshelferinnen. Wenn diese Forderung nicht erfüllt wird, so wissen Sie, Herr Feldmarschall, besser als ich, was das für ein Schaden ist hinsichtlich des Freimachens von Kräften, die für die neue Fallschirmdivision gebraucht werden. Die Marine braucht 13 000 solcher Helferinnen, das Heer 8700 Nachrichtenshelferinnen und 10 000 Stabsshelferinnen zum Freimachen junger Leute. Dann kommen noch 35 000 Betreuungshelferinnen beim Roten Kreuz für Heer, Marine, Luftwaffe und $\frac{1}{2}$, die in dieser Zahl enthalten sind, weiter noch 15 000, wo wir Schwestern frei machen wollen. Wir brauchen Schwestern und Lazarettshelferinnen, um 15 000 Mann aus dem Sanitätsdienst, also junge Soldaten für die Front freizumachen. Das sind die Zahlen der sog. Wehrmachtverwaltung. Wenn wir diese Kräfte nicht bekommen, kann ein großer Teil von Soldaten nicht an die Front gehen. Mir lag daran, Herr Feldmarschall, das noch einmal herauszustellen, daß es sich hier nicht etwa bloß um Büromädchen und ähnliches handelt.

M i l l e r : Herr Kehrle wird sich dazu äußern. Wir haben schon den Entschluß gefasst, die Anzahl anders zu unterteilen, damit man sieht, was Büropersonal und was Soldatenersatzpersonal

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

ist. Das letztere muß man anders hinstellen; sonst kommt man auf den Gedanken 1,5 Mio für die Wehrmachtverwaltung ist furchtbar hoch, ebenso auch in der öffentlichen Verwaltung, und man könnte dort sparen.

O l b r i c h : Die Luftwaffe fordert 52 000, von denen der wesentliche Teil keine Helferinnen sind. Hinsichtlich der Verschleusenfrage hatte ich neulich Ihnen, Herr Geleiter, in einer Besprechung schon gesagt: wir stellen Ihnen gerne die Verschleusen zur Verfügung. Wir haben nie einen anderen Weg gewählt, als sie den Arbeitsämtern zuzuführen. Der Einzeleinsatz ist dann Ihre Sache; dafür sind Sie verantwortlich und zwar das muß von Ihnen zentral geleitet werden.

K e h r l : Wir haben schon durch eine Anmerkung hierzu klargestellt, daß der Begriff "Wehrmachtverwaltung" nicht das beinhaltet, was alles darunter zusammengefasst ist. Wir werden aber, da diese Position zahlen- und größenordnungsmäßig eine gewisse Bedeutung hat, sie anders aufteilen und die Kräfte in Zukunft getrennt ausweisen. Wenn der Zuteilungsvorschlag gegenüber den Anforderungen des Vorjahres verhältnismäßig klein erscheint, so deswegen, weil nach unserer Beobachtung, die in der letzten Sitzung von einem großen Teil der Anwesenden geteilt wurde, der Arbeitseinsatz der weiblichen Kräfte in der Wehrmacht nicht so sparsam erfolgt, wie das in vielen anderen Sparten schon der Fall ist, und zweitens deswegen, weil die Überforderungen von Kontingentsträgern in diesem Sektor ganz besonders groß sind. Ich wäre dankbar, wenn General Waeger über die Erfahrungen, die die Flutungsinspektionen hier zum Teil gesammelt haben, kurz etwas sagen könnte, weil diese Beispiele sich m.E. vermehren ließen. In der letzten Sitzung wurde ja

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

schon angeregt, daß auf dem Wege der internen Umsetzung mindestens ein nennenswerter Teil des Bedarfs seine Deckung finden könnte.

W a e g e r : Die Rüstungsinspektion 4 in Dresden meldete kürzlich folgendes: Aus Grund von Anforderungen der sächsischen Lazarette auf weibliches Hilfspersonal hat die Rüstungsinspektion vorgeschlagen, sämtliche Lazarette in Dresden daraufhin zu überprüfen. Es wurde dann gesagt, die Überprüfung sollte nicht durchgeführt werden, man nehme Abstand von den Anforderungen auf Zuteilung weiterer Hilfskräfte und wolle 100 weibliche Hilfskräfte freiwillig für die Rüstungsindustrie zur Verfügung stellen. Darauf hat sich aber die Rüstungsinspektion nicht eingelassen und hat zusammen mit dem Korpsarzt und noch einem Herrn des Wehrkreiskommandos vom Wehrmeldeamt die Überprüfung durchgeführt. Dabei hat sich allein in Dresden herausgestellt, daß 1000 weibliche Hilfskräfte für den Arbeitseinsatz in der Rüstung freigebracht werden können. Trotzdem aber ging vorher eine Anforderung von mehreren hundert Hilfskräften seitens der sächsischen Lazarette an die Inspektion.

G a u c k e l : Ist bei der Durchführung der Arbeitseinsatzmannen beteiligt worden?

(Waeger: Ja wohl.)

K e h r l : Mein Vorschlag würde dahin gehen, diese Aktion auf das Reich auszudehnen. Dann könnte wahrscheinlich der so angemeldete Arbeitseinsatz für das Rote Kreuz gedeckt werden.

W a e g e r : Es handelt sich hier nicht nur um militärlazarette, sondern um sämtliche sächsischen Lazarette, auch die Zivilkrankenhäuser.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

O l b r i c h : Wenn Sie die Zivilkrankenhäuser mitrechnen, ist das aber ein ganz anderes Bild.

K e h r l : Ob die Kräfte nun im Zivil- oder Militär Lazarett sind, sie sind doch auf jeden Fall geeignet, in Militär Lazaretten tätig zu sein, und wenn 35 000 Mann für das Rote Kreuz angefordert sind, so kann man annehmen, daß es möglich ist, auf dem Wege der Ueberprüfung diesen Bedarf zu decken, so daß er uns nicht belastet. Ich würde vorschlagen, daß General Waeger den Auftrag erhält, daß die Füstungsinspektionen gemeinsam mit den Dienststellen des GBA diese Ueberprüfung der Wehrmacht Lazarette und der Zivilkrankenhäuser in dieser Form durchführen, um auf diese Art und Weise den Bedarf, soweit er vorhanden ist, sicherzustellen, ohne daß es zusätzlichen Aufbringens bedarf.

M i l l e r : Ich würde das bei unserer Lage für notwendig halten und auch empfehlen, ob man nicht vom OKW aus den Einsatz von Frauen als Flekhelferinnen, Nachrichtenhelferinnen usw. nach strengen Gesichtspunkten überprüft. Ich habe in der Luftwaffe ähnliche Erfahrungen gemacht wie General Waeger. Die Sparsamkeitsbegriffe sind da noch sehr unterschiedlich, ebenso steht es mit der Frage der Ausnutzung der Kräfte. Es ist sehr viel Bereitschaftsdienst und ähnliches dabei. Ich möchte also anheimstellen, nach meinem Vorschlage zu verfahren.

S t a u c k e l : Das ist doch sehr einfach: für jedes Lazarett kann der Bedarf auf soundsoviel Kranke berechnet werden.

M i l l e r : Wir können von der Z P aus bei der Wehrmacht nicht nachprüfen, ob der Soldatenersatz gerechtfertigt ist. Das müßte die Wehrmacht selber tun. Olbrich, wollen Sie das nicht in die Hand nehmen, um den Fehlbedarf, den Sie in hoher Zahl haben,

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

vielleicht zudecken? Hier sind 165 000 Mann ausgewiesen. Vielleicht kann man durch Einsparung einen Teil dieser Kräfte decken. So waren z. B. beim Nachtjagdkorps und auch bei der Flotten- Reich-Nachrichtenhelferinnen Übertrieben reichlich eingesetzt. Ich habe mir davon 1200 junge Mädchen für die Produktion von Funkmeßgeräten zur Verfügung stellen lassen, und sie sind mir auch gegeben worden. Alle Stellen haben zunächst gesagt, es ginge nicht, aber nachdem sie dann herausgezogen waren, ging es plötzlich doch, weil ich als Generalinspekteur einen Ueberblick hatte, wie dort gearbeitet wurde. Die eigentlichen Arbeitszeiten waren in einer Woche minimal gering. Die Bereitschaft braucht sich aber nicht so auszuwirken, daß drei Belegschaften für den Tag- und Nachtdienst da sind. Wenn die Mädchen 60 Stunden Ruhe haben, können sie wirklich 8 Stunden arbeiten. Es könnte also länger gearbeitet werden, weil entsprechend längere Ruhezeiten eintreten und diese Frauen könnte man durchaus überführen.

Im übrigen ist die ZP davon überzeugt, daß Ihr Apparat, Gauleiter, und Ihre Arbeit ausgezeichnet funktioniert hat und daß nicht einer dieser Vorwürfe gegen Sie bei uns erhoben wird, weder bei Speer noch bei Körner oder Funk oder mir. Wo Differenzen aufgetreten sind, ist das eigentlich nur auf unterschiedliche Berechnungsmethoden zurückzuführen. Dabei hat der Begriff "Fluktuation" immer eine große Rolle gespielt. Wir haben uns mit Herrn Berk in der vorigen Sitzung geeinigt, daß wir zwischen echter und unechter Fluktuation unterscheiden wollen. Sie, Gauleiter, müssen die Sache ansehen von den Kräften, die Sie zur Verfügung stellen wir nur von dem Standpunkt, was bekommen wir neu? Dann sind die Differenzen sofort beseitigt. Ich habe als GL dieselbe Differenz:

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Ich habe soundsovieler Flugzeuge geliefert, und die Front erklärt, sie habe nur soundsoviel bekommen. Der Unterschied ist darin begründet, daß auf dem Wege von der Fabrik zur Front Zwischenarbeiten gemacht werden müssen. Wir haben dann das System mit dem Generalstab abgestimmt, und darauf sind keine Schwierigkeiten mehr entstanden. Keiner bestreitet mehr die Zahlen des anderen, weil wir die Zwischenzeit mit erfasst haben. Ähnliche Dinge sind hier jetzt bereinigt.

Zweitens sind wir wie Sie der Auffassung, daß aus dem deutschen Raum als solchem Kräfte in größerer Anzahl nicht mehr gewonnen werden können. Was wir eben besprochen, sind Verfeinerungen und Verbesserungen, über die allerdings sehr intensiv gesprochen werden muß.

Die Ausführungen über den Fraßeneinsatz, die Sie uns gegeben haben, waren hochinteressant für uns, auch daß im Verhältnis zum englischen Fraßeneinsatz tatsächlich annähernd das gleiche in Deutschland erreicht worden ist, wobei ich annehme, daß man den Engländern deshalb die größte Rigorosität zuschreibt, weil sie in den Methoden rigorosier sind als beim Gauleiter Sauckel, der mit weicher Hand dasselbe Ergebnis erreicht hat.

S a u c k e l : Wobei natürlich die englischen Zahlen auf zwei Begriffen fundieren, nämlich auf registered und listened, auf das, was sie vorgesehen haben und aufrufen, und auf das, was sie tatsächlich in den Arbeitsprozeß eingereicht haben. Dazwischen besteht noch eine sehr große Diskrepanz.

(Zuruf: 60 % ist registered.)

- Das glaube ich auch. Die Gesamterfassung ist geringer. Darüber gehen ja die ständigen Debatten im englischen Arbeitsministerium und im Parlament. Ich möchte auch betonen, daß die Engländer

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

jede Frau, die bei uns ehrenamtlich in den Organisationen tätig ist, also die Frauen in England, die Uniform tragen und in Betreuungsg Organisationen sind wie bei uns in der Frauenschaft, als Einsatz mitrechnen, während das bei uns nicht der Fall ist. Es ist auch nicht anzunehmen, daß in einem solchen Klassenstaat wie England die Frauen der höheren Schichten so herangezogen werden, wie es bei uns geschieht.

M i l l e r: Ich möchte noch kurz sagen: die Entschädigung, die die Kriegerfrau bekommt, ist für sie kein Anreiz mehr zur Arbeit; sie würde für die zusätzliche Arbeit, die sie macht, dann nicht entsprechend entlohnt werden, abgesehen davon, daß sie mit dem Gelde ja heute nichts anfangen kann. Es wäre gut, wenn hier ein gewisser Zwang ausgeübt werden könnte, um die Frauen, die bis zum Einzug ihres Mannes irgendwo, meistens in der Landwirtschaft, voll gearbeitet haben, zur Arbeit ~~zurück~~ zu verpflichten, wobei ruhig eine höhere Entlohnung stattfinden könnte, damit das für diese Frauen einen Anreiz bedeutet. Dadurch würde sehr viel böses Blut bei anderen Frauen, die zur Arbeit gezwungen sind, ver-nieden. Denn es ist kein schönes Bild, wenn eine Landarbeiterfrau, die früher ihre Rüben verzogen oder ihre Kartoffeln gerodet hat, heute in der zweiten Bahnklasse fährt, um sich etwa in Stralsund mit einem Matrosen zu treffen. Das mögen Einzelfälle sein, aber sie verderben doch, weil sie überall kolportiert werden, die übrigen Frauen.

Zweitens könnte, wie Sie, Gauleiter, ganz richtig sagen, durch die Leistungssteigerung noch manches herausgeholt werden. Diese ist einmal von all den Momenten abhängig, die Sie schon genannt haben. Einen wichtigen Punkt darf ich noch hinzufügen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Die Frage, ob die Leistungssteigerung durchgeholt werden kann, ist eine Frage der Aufsicht. Ich vergleiche die Wirtschaft immer mit unserer Wehrmacht. Wir haben auch in der Wirtschaft Generale, das sind die Betriebsführer. Die Offiziere sind die Ingenieure, und wir haben dann das alte Unteroffizierskorps, nämlich die guten Meister und die Vorarbeiter. Diese letztere Schicht ist aber durch die letzte Einziehung bei der SE 3-Aktion trotz aller Peden tatsächlich, wie wir von der Rüstung aus sagen können, viel zu knapp geworden. Infolgedessen werden Sie fast in jedem Werk das Bild finden, daß mehr Leute da sind, als eigentlich da sein müßten, daß deren Gesamtarbeit aber nicht das Volumen deckt, was erforderlich ist, weil die Leute nicht richtig angesetzt, überwacht und kontrolliert werden können. Wenn wir dieses Offiziers- und Unteroffizierskorps der Rüstung hätten, würden wir mit weniger Arbeitern mindestens 30 % mehr leisten können.

Hinzukommt, daß das ganze Akkordsystem in keiner Weise den wirklichen Tatsachen gerecht wird. Ich habe da die Bitte, daß wir gemeinsam den Standpunkt vertreten, daß uns ein weiteres Wegnehmen von Leuten aus der Rüstung, die letzten Endes ja auch Soldaten sind, den ganzen Laden noch mehr verschlägt, so daß das effektive Herauskommen aus der Rüstung noch mehr absinken wird, selbst wenn die Zahl der Köpfe die gleiche bleibt. Die jetzt herausgenommenen Leute haben schon eine Arbeitsverminderung gebracht, die einer sehr hohen Prozentsatz ausmacht, und die Werke tun sich wahnsinnig schwer, das zu ersetzen. Kommt noch ein Bombenschaden oder eine zusätzliche Erschwerung in der Zulieferung von Gas und Elektrizität und Ähnliches hinzu, so haben wir sofort einen Einbruch, der größer ist, als er durch das Ereignis als solches sein müßte,

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

weil die Leute es einfach nicht schaffen . Es fehlt außerdem aus Mangel an Leuten an der notwendigen besten Organisation. Es geht so weit, daß ich persönlich an Ort und Stelle in einem Werke, das dreimal schwer ausgebombt ist, eingreifen und Verfügungen treffen mußte, in welcher Weise dieses Werk zu räumen sei. Es ist ein Unsinn, beim Bombenteppich die Leute im Werk zu halten, wie es der Befehl war, wenn keine Schutzräume vernünftiger Art vorhanden sind. Der berühmte Deckungs raben nützt bei einem Bombenteppich gar nichts, sondern wird so umgewälzt, daß die Leute schwere Verluste haben. Wir haben Hunderte von Leuten in einem Werk durch einen Bombenteppich verloren, neuerlich bei Erla. Die Leute sind dann zur Selbsthilfe geschritten, haben das Werk von sich aus verlassen und sind an dem Tage überhaupt nicht mehr zur Arbeit hinzukriegen gewesen. Haben sie dann noch Schaden an ihrem Hause in ihrem Ort, so kommen sie auch in nächsten und übernächsten Tage nicht zur Arbeit. Ich habe dann angeordnet, die Leute verlassen in solchen Fällen in Marschkolonnen unter Führung ihrer Hallenmeister und Ingenieure mit Gesang das Werk und stellen sich in 1000 m Entfernung auf. Dort sollen sie sich auch Schutzengräben buddeln und können dann ihr Werk von dort aus beobachten, um im Notfall sofort an die Rettungsarbeiten und ans Feuerlöschchen zu gehen. Wenn das richtig durchgeführt wird, haben wir die Leute erstens wieder zur Arbeit und haben gleichzeitig das nötige Hilfspersonal zur Rettung in unserer Hand. Das sind kleine Fragen, die sich aber ganz wichtig auswirken. Wir verlieren die meisten Arbeitsstunden nicht so sehr durch den Schaden, der entsteht, sondern durch die verlorengegangenen Arbeitskräfte, die sich wie in Hamburg auf Wochen und Monate verkrümmeln. Es muß also eine Aufsicht

da sein.

Ich habe am 3. März v. J. dem Führer Vortrag gehalten, daß Heer, Luftwaffe und Marine genügend Kräfte hätten, um daraus die notwendigen Frontkräfte zu mobilisieren. Der Führer hat im November eine Erhebung angestellt und festgestellt, daß nur 265 000 Mann ständig kämpfende Truppe an der Ostfront vorhanden sind, und das bei einer Heerespräsenzstärke von 10 Mio. Die Mobilisierung von 2 bis 3 Mio. Leuten aus dem Heere selber mußte einen durchschlagenden Erfolg an allen Fronten bringen. Dieselben Zahlen habe ich dem Führer vorge tragen. Im November ist dann befohlen worden, daß es gemacht wird, und ich hoffe, daß in absehbarer Zeit die ersten Verstärkungen die Front erreichen werden. Mitte März soll der erste Termin sein, wo auf diesem Wege etwas geschieht. Ich hatte seinerzeit dem Führer gemeldet, ich mache mich anheischig, in 6 Wochen diese Leute an der Front zu haben; denn das sind ja alles ausgebildete Soldaten. Ich halte den Tag, die Leute aus der Rüstung wegzunehmen, für furchtbar unglücklich und falsch, und ich hoffe, daß die Rüstung in dieser Beziehung einigermaßen Ruhe bekommt. Die Rückholaktion ist für Marine, Luftwaffe und Heer sehr unangenehm, weil bestimmte Leute genannt werden müssen und wir nicht mehr in der Lage sind, das Offiziers- und unteroffizierskorps abzudecken. Ebenso ist es aber in den Werken.

Was den gerechten Akkord betrifft, so bin ich der Auffassung: der deutsche Arbeiter ist nicht akkordfeindlich, wenn das System vernünftig gerichtet wird. Aber für eine Überleistung muß er entgegen dem Treuhänder der Arbeit höher bezahlt werden.

S e u c k e l : Die gesetzlichen Bestimmungen sind da, auch die Anweisungen von mir/ an jeden Treuhänder hinausgegeben, daß

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

die Akkordschere in keiner Weise mehr angewandt werden darf.

M i l c h : Das wußte ich nicht. ~~Wir~~ Wir ist immer gesagt worden, der Arbeiter habe geldlich keinen Anreiz, mehr zu leisten.

S a u c k e l : Der Akkord muß auf Grund einer guten durchschnittlichen Leistung festgesetzt werden. Kommt der Mann über den Pichtakkord hinaus, so darf ihm auf keinen Fall durch nachträgliche Berechnung das Mehr wieder abgenommen werden. Das ist Sache der Betriebsführer. Oft ist es so, daß der Akkord richtig errechnet ist, der Mann hat aber bisher nur die Hälfte geleistet. Dann kommen die Betriebsführer auf den Appetit, rechnen nach und sehen, das ist ganz normal, dem Mann können wir wieder etwas abziehen! Das ist die berühmte Akkordschere, die nun nicht mehr eintreten darf, weil das gegen Treu und Glauben dem Arbeiter gegenüber wäre. Es sind von mir die schärfsten Anweisungen ergangen, daß die Akkordschere, nachdem in einem Werk einmal die Akkorde klargestellt und bereinigt sind, nicht mehr angewandt werden darf.

M i l c h : So viel wäre zum inneren Apparat zu sagen. Ich komme nun auf die wichtige Frage, wo wir noch größere Mengen von Kräften durch Sie erhalten können, und das ist ohne Zweifel das Ausland. Ich habe Herrn Schieber gebeten, hier auf kurze Zeit zu erscheinen, damit er zur Italien-Frage Stellung nehmen kann. Ich bin mit Ihnen, Gauleiter, der Auffassung, daß nur die schlechte deutsche Organisation im Ausland die Schuld dafür trägt, daß Sie mit Ihrer Arbeit dort nicht durchkommen. Es reden viel zuviel Leute in Ihre Sache hinein. Wenn Ihnen gesagt wird: in Frankreich und Italien gebe es keine Exekutive,

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

so ist das in meinen Augen eine Unverschämtheit, eine törichte und dumme Lüge von Leuten, die nicht nachdenken können oder bewußt etwas Falsches sagen. Diese Leute haben kein Interesse daran, auf diesem Gebiete eine klare Führung zu machen und die Sache klar durchzuziehen, weil ihnen wahrscheinlich das Verständnis dazu fehlt. Dadurch wird Ihnen aber die Arbeit erschwert oder unmöglich gemacht, ebenso aber auch der Rüstung. Wir sehen ja, welchen Einfluß das besetzte Gebiet auf die Kriegsrüstung hat. Eine törichtere Politik kann man dort nicht machen. Wenn in Frankreich die Landung kommt und etwas gelingt, so haben wir in Frankreich den Partisanenaufstand, wie er noch niemals auf dem Balkan und im Osten gewesen ist, nicht deshalb, weil die Leute es durchsetzen könnten, sondern weil wir es ihnen ermöglichen, weil sie nicht richtig angefaßt sind. Vier ganze Jahrgänge sind in Frankreich groß geworden und aufgewachsen, Leute zwischen 18 und 23 Jahren, also in dem Alter, wo junge Menschen aus Patriotismus oder, weil sie aufgehetzt sind, bereit sind, jede Sache zu tun, die dem persönlichen Haßgefühl - und das haben die Leute gegen uns selbstverständlich - irgendwie Vorschub leistet. Diese Leute müssen jährgangsweise erfaßt und zu uns gebracht werden müssen; denn sie bilden die größte Gefahr bei einer Landung. Ich bin fest überzeugt und habe das mehrfach zum Ausdruck gebracht: wenn die Landung kommt, sind Sabotagefälle an allen Bahnen, Werken und Versorgungsbetrieben an der Tagesordnung, und dann steht allerdings die Wehrmacht nicht mehr als Exekutive zur Verfügung, sondern muß an der Front kämpfen und hat dann im Rücken den viel gefährlicheren Feind in der Vernich-

tung des Nachschubs usw. Wenn man da durch stramme Maßnahmen und eine klare Exekutive zugefasst hätte, wäre die volle Ruhe des Friedhofs hinter der Front eingetreten für den Augenblick, wo etwas losgeht. Ich habe das schon sehr oft betont, fürchte aber, daß auf diesen Gebiete gar nichts geschieht. Wenn man nämlich dann anfangen will zu erschießen, ist es zu spät; dann haben wir nicht mehr die Leute, um die Partisanen umzulügen. Wir wissen ja auch, daß die Versorgung mit Waffen durch die Engländer, die sie aus Flugzeugen abwerfen, im Westen außerordentlich weit gediehen ist. Ich halte die Behauptung für blödsinnig, wenn gesagt wird, Sie, Gauléiter, machten die Leute zu Partisanen. Wenn Sie können, laufen die Leute weg, um sich vor dem verschickt werden nach Deutschland zu schützen. Dann sind sie weg, und da sie nicht wissen, wovon sie leben sollen, fallen sie automatisch der Partisanenführung in die Hände, aber nicht deshalb, weil Sie die Leute holen wollen, sondern weil die andere Seite, die Exekutive, nicht in der Lage ist, das zu verhindern. Sie können gar keinen anderen Weg gehen. Daran, daß man Ihnen die Sache so wahnsinnig schwer macht, sehe ich den Hauptkrebschaden in dieser ganzen Frage; deshalb lassen sich die 4 050 000 nicht erfüllen. Solange es möglich ist, daß die Leute sich drücken und dann nicht durch die Exekutive gefasst werden, solange die Leute vom Urlaub wegbleiben können und drüben dann nicht mehr erfasst werden, glaube ich nicht, parteigenosse Gauckel, daß Sie mit Ihren Sonderstäben etwas Durchschlagendes erreichen. Die Leute werden auch so einfach beiseitegeschafft werden, wenn nicht eine andere Macht und Gewalt dahintersteht, und die kann nur die Wehrmacht selber haben. Nur die Wehrmacht

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

selber hat die Exekutive in den Händen. Wenn gesagt wird, wir können es nicht, so ist das falsch; denn im französischen Raum liegen in jedem Nest und jeden Ort Ausbildungstruppen, Ausbildungsbataillone und dergl., die alle hier mit eingesetzt werden können. Wenn man das rechtzeitig machte, käme die Partisanentätigkeit ebenso wenig auf wie im Osten, wenn man richtig vorgesorgt hätte. Ich habe seinerzeit die Aufgabe bei Stalingrad gehabt. In Tegenrog waren damals 65 000 Mann vom Heer, und vorn kämpfte ein Leutnant mit 6 Mann auf einem km und hätte sich gefreut, wenn man ihm 10 bis 30 Mann zur Hilfe geschickt hätte. Hinten war der große Haufen von Leuten, die alle rechtzeitig zurückgegangen waren und sich in die Ortschaften setzten, weder für den Frontkampf noch für die Partisanenbekämpfung damals vorhanden waren. Ich weiß, daß ich mich hier in starkem Gegensatz zu meiner eigenen Seite setze, aber ich habe das überall gesehen und sehe nur darin die Möglichkeit einer Abhilfe, daß die Wehrmacht hier rücksichtslos durchgreift. Sie, Gauleiter Sauckel, der Reichsmarschall und die ZP müßten meiner Meinung nach diese Frage beim Führer mal ganz klar vorbringen, und dabei muß auch die Frage der Militärbefehlshaber auf die Aufgaben, die sie haben, abgestimmt werden. Es müssen so klare Befehle gegeben werden, daß dann ein Mißverständnis nicht mehr möglich ist, und erst dann würde man etwas erreichen. Dazu ist es niemals zu spät, aber jeden Tag wird die Arbeit und die Aufgabe schwieriger. Das gilt auch für Italien in demselben Umfange.

Nun noch zur Hauptfrage, zu der Frage der Schutzbetriebe, die der Gauleiter als Instanzen auffasst, die Schutz gegen das

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

wegnehmen der Leute durch ihn bieten, wo sich alles zusammen-drängt und verbergen kann, um nicht nach Deutschland gebracht zu werden. Es wird also die alte Forderung wieder erhoben, an die Schutzbetriebe irgendwie heranzugehen. Das hat der Gauleiter nicht so scharf gesagt, wie ich es jetzt sage. Deshalb habe ich Sie, Schieber, gebeten, hierher zu kommen, damit man das klären kann; was bedeuten die Schutzbetriebe, welche Bedeutung haben sie für die Rüstung und in welcher Form könnte eine Abstimmung kommen, daß man sagt: inwieweit sind Schutzbetriebe geschützt und inwieweit nicht? Ich glaube, daß wir von der ZP aus dem Gauleiter Sauckel irgendwo eine Möglichkeit geben müssen, Arbeiter herauszuholen. Wir haben an ihn die Forderung gestellt, für das erste Quartal 645 000 Mann außer den 800 000, die der Landwirtschaft zurückgegeben werden sollen, und den 60 000 Saisonarbeitern neu hereinzubringen.

K e h r l : Oder umzusetzen. Es ist so gedacht, daß die schon zugewiesenen Kräfte bei der hier vorgesehenen Zuteilung angerechnet werden. Wenn die 645 000 insgesamt erfüllt sind, würde ein neuer Plan gemacht, wer die nächsten bekommt.

M i l l e r : Hier liegt eine Zahl vor; neu zur Verfügung gestellte Kräfte nach Abzug der unechten Fluktuation für die beiden letzten Monate. Der März müßte noch in der Berechnung hinzukommen, ebenso die unechte Fluktuation, und diese Zahl müßte man mit 645 000 vergleichen. Dann würde man ungefähr sehen, wohin es kommen würde.

T i m m : Ich möchte zu den S-Betrieben und zum Fraueneinsatz sprechen. Ich habe Gelegenheit gehabt, in den letzten Tagen mit den Herren des Rüstungsministeriums zu sprechen, und

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

glaube, daß der Aufruf an die Frauen, wenn ein Erfolg dabei herauskommen soll, in bezug auf die Beschäftigung anders aufgezogen werden muß. Es ist das alte Thema der Heimarbeit oder besser der Hausarbeit. Die Absicht wird sehr schwer durchzuführen sein, weil die Betriebe im allgemeinen nicht leicht dazu bereit sind, ihre Sachen nach außen zu geben. In den Vorbesprechungen sind wir uns immer darüber klar gewesen, daß man auf die Betriebe einen gewissen Druck ausüben muß, die dafür geeignete Fertigung haben, z. B. die Elektrofertigung, Aufträge aus dem Betriebe herauszugeben und den Frauen zuzuleiten, damit sie zu Hause diese Arbeit durchführen können. Nur dann werden größere Zahlen aus dieser Aktion zu erwarten sein, andernfalls wird der ganze Aufruf praktisch nur ein Schlag ins Wasser werden. Die Betriebe werden sich dazu bereitfinden müssen, weil die Frauen auch in kleinen Orten wohnen, Zwischenlager einzurichten, wo die Frauen dann das Material abholen, um es zu Hause zu erledigen, und dort auch wieder abliefern. Die Frauen müssen sich auch mit ihrer Zeit auf die Arbeit einrichten können, denn zum Teil sind es ältere Frauen, die mit häuslicher Arbeit belastet sind. Der Wille, in dieser Art und Weise mitzuhelfen, ist zweifellos gerade jetzt sehr groß, und ich glaube, wir werden zu recht guten Erfolgen kommen, wenn auf die Betriebe ein Druck ausgeübt wird. In den Vorbesprechungen ist festgelegt, daß das versuchsweise in Berlin bei einzelnen Betrieben, die hohe Anforderungen an kleine Lager haben, durchgeführt wird.

Dabei müssen wir den Weg gehen, daß die Frauen sich nicht bei den Arbeitsämtern unmittelbar zu melden haben, sondern wir wollen sie über die Frauenschaft erfassen, damit wir auch wissen

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

wie sie tätig sein können. Ich bin überzeugt, daß die deutsche Frau gerade jetzt für eine derartige Arbeitsaufnahme aufgeschlossen ist, viel mehr, als es bisher der Fall war, und daß wir auf diesem Wege zu erheblichen Erfolgen kommen.

B a u c k e l : Von verschiedenen Seiten ist auch schon gemeldet worden, daß die Betriebe sagen: wir können solche Frauen nicht gebrauchen.

T i m m : Sie wollen sie nicht in den Betrieben haben. Wir müssen sogar so weit gehen, daß wir Betrieben, die für geeignet gefunden werden, Sachen weiterzugeben, eine Zuweisung ablehnen, solange sie nicht den Weg über die Hausarbeit gegangen sind.

S c h i e b e r : Ich halte den Vorschlag, in die Hausarbeit hineinzugehen, für absolut gangbar, und zwar mit großem Erfolg gerade für die Zulieferung für gangbar. So haben wir uns z. B. mit Ihrer Unterstützung sehr darum bemüht, für gewisse Gasmaskenfertigungen sehr viele Frauen zu bekommen. Das hat uns immer Schwierigkeiten gemacht. Man darf auch nicht verkennen, daß die Betriebe mit den Halbtagsfrauen manchmal Schwierigkeiten haben. Wenn aber der Betriebsführer vernünftig genug ist und der sog. Halbtagsfrau die Arbeit in ihre Wohnung gibt, so bekommt er mehr an effektiver Leistung, als er sonst bekommen kann. Ich glaube, daß dazu nicht einmal ein sehr großer Zwang notwendig ist. Die Lage auf der Arbeitseinsatzseite ist heute so kritisch und ernst, daß, wenn der richtige Weg gefunden wird, die Betriebe schon mitziehen werden. Insbesondere ist die Frage der Entlohnung hier wichtig, die bei den Heimarbeiterinnen zu großen Diskussionen geführt hat. Wenn man diese Frage klar regelt und das Lohnsystem angibt, wird es schon gehen. Es sind zum Teil Ervägungen im Gange, gewissen Agenten, wie ich sie nennen möchte, die

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

Sache zu übergeben. Das halte ich nicht für richtig. Es muß eine Art Treuverhältnis geschaffen werden von der Fabrik aus, die in die Heimarbeit verlagert, und in einer sauberen Lohnliste muß die Lohnfrage und auch die Frage der Abzüge klar geregelt werden. Dadurch wird man mit der Frauenarbeit sehr viel helfen können. Die Bereitschaft dazu ist z. B. bei den eisenverarbeitenden Betrieben, die kleine Zahnräder herstellen, absolut vorhanden.

W a g g e r : Diese Ervägungen sind bei uns schon angestellt worden. Wir haben auch schon Betriebe gesperrt und ihnen gesagt: verlagert das in die Heimarbeit! Das läuft bereits. Man wird innerhalb des Ministeriums noch feststellen müssen, bei welchen Fertigungen durch radikales Fertigungsverbot die Betriebe gezwungen werden können, in die Heimarbeit zu verlagern. Millionen Arbeitsstunden wird man dadurch mehr erreichen.

T i m m : Ich möchte empfehlen, diese Arbeit nicht als Heimarbeit, sondern als Hausarbeit zu bezeichnen, damit sie nicht mit all den Begriffen belastet wird, die mit der Heimarbeit zusammenhängen. (Lebhafte Zustimmung.).

S a y l e r : In diesem Zusammenhang wird interessieren, daß anlässlich der Gauwirtschaftsberater-Tagung gestern in Frankfurt über dieses Problem gesprochen ist, und zwar über Versuche, die in dieser Richtung zusammen mit der Pflanzungsinspektion gemacht worden sind. Dabei ist man auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Betriebe waren nicht leicht geneigt, diese Verlagerungen vorzunehmen, weil sie unbecquem sind und eine Organisationsänderung mit sich bringen. Aber mit Hilfe der Mitarbeiter, die ihnen keine Zuweisungen gegeben haben und so einen Druck ausübten, ist man doch zu einem guten Erfolg gekommen.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

Außerdem muß noch das Problem der Wiederbeschäftigung solcher Frauen gelöst werden, die in die Aufnahme als evakuierte gegangenen sind.

Schuck - 1 : Auch das ist eine wichtige Frage. Man muß auch eine Frauaktivitäten, die nicht geeignet ist, an der Maschine zu stehen, sondern vielleicht im Büro gut arbeiten kann. Dort sitzen genug junge Frauen, die nur dazu ausrechen können. Man könnte sagen, daß Frauen unter 35 Jahren zungestrichen vom Büro umgesetzt werden, so daß sie körperlich dazu in der Lage sind - Vertrauensart -, an Arbeiten in der Werkstatt, in Beschäftigung, so daß man auch dadurch Männer oder jünger Frauen freisetzt.

Tina : Wir haben in der letzten 14 Tagen hundertfache Arbeitseinsatzreferenten-Besprechungen gemacht. In Sachsen ist es so, daß noch Tausende von alten Heimarbeiterinnen jetzt mit ganz unnützen Dingen beschäftigt werden, weil keine anderen Aufträge vorhanden sind. Wir hoffen eine Auflockerung können, für die wir alte Heimarbeiterinnen, die Schleichen machen, modern putzen, zu wertvollerer Arbeit herüberziehen.

Nun spielt bei der Deckung des Bedarfs nicht nur die Frage der Zahl eine Rolle, sondern der Geschlecht der Einstellung der Arbeit. Bei den großen Anstalten auf Berlin und in den Städte fällt uns auf, daß die größte Schädlichkeit in der Einsatzverwaltung haben, die durch totale Zerstörung oder teilweiser Zerstörung freigeordneten Kräfte beschleunigt werden kann. Wir wären darüber, wenn die Entscheidung still mit einer anderen Lösung vorgeschrieben werden. Wir haben in Berlin noch einen gewissen Rückstand im Potenziell zu haben, und das ist das, was am

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

schnellsten befriedigt werden muß. Mauser z. B. ist fast restlos ausgebombt, und doch ist es nicht möglich gewesen, auch nur 2 bis 3 Fachkräfte freizubekommen und sie schnell für den Potzettelbedarf anzusetzen, weil sich alle Stellen von A bis Z dagegen gewehrt haben. Das Arbeitsamt hatte ein geringfügiges Angebot, weil die Leute angeblich mit Aufräumarbeiten beschäftigt werden, abgelasnt. Die Betriebe wollen ja auch diese Kräfte behalten und in Zweigbetriebe verlagern. Daher unsere Bitte, daß wir an diese Leute herankommen. Bei Siemens sind durch den letzten Angriff 10 000 Arbeitskräfte freigeworden. Wir können ja später diese Leute wieder zurückversetzen, müssen aber zunächst über sie verfügen können.

(Milch: Die Betriebe müssen diese Leute unb dingt wieder zurückhaben, weil es sich ja um eingearbeitete Kräfte handelt.)

- wir können es uns aber nicht leisten, daß Fachkräfte wochenlang unter Umständen bei Aufräumarbeiten beschäftigt werden.

M i l c h : Könnte die Umsetzung nicht zusammen mit den beiden Püstungsentralen mit Ihrer Hilfe erfolgen? Bei mir wird z.B. das Werk Bernburg ausgebombt. Junkers hat auch noch andere Betriebe, wo er sie beschäftigen kann. Er läßt sie aber an Ort und Stelle wegen der Aufräumarbeiten und um sie nicht von ihrer Familie zu trennen. Dort muß zusammen mit dem Arbeitsamt der Firma gesagt werden: Wo hast du noch Bedarf, der nicht abgedeckt ist? So lange ruhen deine Potzettell! Sobald dann der andere Betrieb wieder in Ordnung ist, kannst du die Leute wiederbekommen. Dann ist die große Sorge, daß eine Firma eingearbeitete Leute verliert, nicht mehr da.

T i m m : Zur Frage der S-Betriebe ist nur noch festzustellen einmal die Ausweitung dieser Betriebe, daß nicht alles

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

ins Uferlose zu S-Betrieben erklärt wird, zweitens daß den Rüstungsdienststellen und Arbeitseinsatzdienststellen die Möglichkeit gegeben wird, auch in S-Betrieben in vor richtiger Form, damit keine Schäden eintreten, eine Prüfung vorzunehmen, ob der Arbeiterbestand dort tatsächlich erforderlich ist.

S c h l e b e r : Der Gaulleiter hat vor kurzem mit General Leiers eingehend gesprochen, und es wurde eine sehr weitgehende Uebereinstimmung erzielt. Nach seiner Meinung könnte man aus Italien noch eine erhebliche Zahl von Leuten herausbringen, insbesondere wenn es möglich wäre - das weiß ich nicht -, den Firmeneinsatz, der von Ihren Mitarbeiter sehr stark propagiert wird, dort sehr zu forcieren. Erst vor wenigen Tagen ist eine Umsetzung von 100 bis 400 Mann mit geringen Schwierigkeiten in die Wege geleitet. Ich würde den Firmeneinsatz deshalb besonders begrüßen, weil ich jede Tendenz zu Partisanen und Waldläufertum damit völlig ausgeschaltet sehe. Wenn eine geschlossene Betriebsgemeinschaft vom GBA hinübergeführt wird, wird sie als Ganzes herübergebracht; das setzt auch einen menschlichen Zusammenhang voraus. Bei der Ueberführung der Italiener nach Deutschland wird der Gaulleiter noch mehr Schwierigkeiten haben als in Frankreich, weil die Italiener ein ganz außerordentliches Familiengefühl haben. Das merken wir immer stärker. Diesen Schwierigkeiten muß man etwas entgegenwirken. Insgesamt können wir es von der Produktionsseite aus in Italien nur begrüßen, wenn Arbeitskräfte abgezogen werden. Die Zusammenarbeit zwischen uns und Ihren Stellen klappt ganz ausgezeichnet. Wir legen besonders Wert darauf, daß die Arbeitskräfte, für die wir dort keine Arbeit

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

mehr haben , nicht zu lange herumlungern, sondern abgezogen werden und nach Deutschland kommen. Auch außerhalb der Schutzbetriebe ist in Italien noch ein verhältnismäßig großes Reservoir vorhanden, und wenn dieses Reservoir in der Form, wie es zwischen GBA, dem Mann vom Pflastungsamt und unserem Einzelbeauftragten durchgeführt wird, weiter ausgeschöpft wird, wenn insbesondere die Frage der Lohnüberweisung klargestellt worden ist, halte ich die Überführung einer erklecklichen Menge von Arbeitskräften aus Italien immer noch für gegeben. Ich würde es dabei sehr begrüßen, wenn von vornherein jede Diskussion von Stellen, die es angeht und nicht angeht, über die Auswirkung einer solchen Aktion unterdrückt würde, weil die ruhige Produktionsentwicklung in Italien dadurch nur gestört werden könnte. Ich sage nicht zuviel, wenn ich betone, daß die augenblickliche Kapazität in Italien für uns ein derartiges Schwergewicht bekommen hat, daß sie nicht nur zwischen 15 und 35 % der deutschen Kapazität überhaupt beträgt, sondern auf gewissen Gebieten wie bei den Blechen, Rohren usw. für uns einfach entscheidend geworden ist. Wir produzieren in Deutschland an Spezialrohren insbesondere für die Luftwaffe bis zu 80 mm Durchmesser insgesamt 15 000 t. Dazu haben wir zusätzlich aus Italien 6200 t herübergeführt. Wenn wir die Kapazität dort nicht hätten, würden wir einfach die Programme und den Auflauf, den wir seit November v.Js. erreicht haben, nicht durchsetzen können.

Zur Frage der S-Betriebe habe ich noch vor kurzem Präsident Kehrl ein Beispiel gegeben, wo in einem solchen Betrieb zweifellos Arbeiter zuviel sind, die zweckmäßigerweise an anderen Stellen angesetzt werden könnten. Wenn ich mir für die

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

48
bis 50

S-Betriebe einen Vorschlag gestatten darf, so wäre es der, aus S-Betrieben in andere S-Betriebe umzusetzen. Wir haben in dieser Richtung sehr viele Forderungen vorliegen. Eine Kontrolle der S-Betriebe, auch unter Hinzuziehung gerade der Stellen des GBA, die die Technik dieses Dienstes kennen, zur Umsetzung in andere S-Betriebe muß meiner Meinung nach nicht nur unsere Billigung, sondern unsere Unterstützung finden. Dagegen würde ich bitten, von einem Abzug aus italienischen S-Betrieben nach Deutschland vorerst abzusehen.

(Sauckel: Wir haben uns mit Leiers auf 20 % der Fachkräfte geeinigt.)

- Die nehme ich nicht herein. Das ist eine Zusage, die wir sowieso gegeben haben, die wir aus dem großen Reservoir herausnehmen wollen. Ich würde aber außer dieser Fachumsetzung nur die Umsetzung innerhalb der S-Betriebe zulassen; denn die Sicherung der italienischen Erzeugung ist so entscheidend, und das, was wir in Italien bis jetzt in S-Betrieben ausgeführt haben, ist gegenüber den riesigen Ausweitungen in der Textilindustrie noch so gering, daß für die Arbeit des GBA dort unten keine Schwierigkeit entsteht. Leiers und ich dürfen es uns als Verdienst anrechnen, wenn es gelungen ist, vom ersten Tage an eine kameradschaftliche Zusammenarbeit hinsichtlich der Forderungen wie der Möglichkeit ihrer Abdeckung zu gewährleisten. Ein Abzug von Arbeitskräften aus den oberitalienischen S-Betrieben, überhaupt aus diesem Arbeitsabschnitt würde nur zu Schwierigkeiten führen.

S a u c k e l : Ich möchte darauf bestehen, dass auch in Zukunft die S-Betriebe geprüft werden; denn die S-Betriebe bilden eine Saugpumpe, und da es in ganz Italien und Frankreich bekannt ist, dass, wer in die S-Betriebe geht, vor jedem Zugriff von mir geschützt ist, strömen die Leute natürlich hinein. Wie schwer es für mich ist, beweist folgende Tatsache. Ich wollte aus Italien im ersten Vierteljahr bis zum 30. Mai eine Million Menschen herausholen. Es sind jetzt knapp 7 000 gekommen in den zwei Monaten. Darin liegt ja die Schwierigkeit. Das Gros geht eben in die S-Betriebe, und es bleibt für den Einsatz in Deutschland nur das Gejindel übrig. Ich möchte noch d. hin kommen, dass für die grösseren Betriebe in Italien wenigstens die Zahl der S-Betriebe beschränkt wird, d.h. dass die Zahl der S-Betriebe nicht mehr vermehrt wird.

S c h l e b e r : Über jeden S-Betrieb findet in Italien eine Vereinbarung statt. Es werden über den Stand von 15.2. oder 10.2. hinaus S-Betriebe nur mit Zustimmung meiner Dienststellen unten gemacht. Wir melden die an, und nur wenn eine Vereinbarung erzielt wird, kommt die Erklärung als S-Betrieb zustande.

S a u c k e l : Nun aber ist die Frage: wenn in diesem S-Betrieb mehr Leute sind als nach deutschem Massstab gebraucht werden, dann können sie doch abgegeben werden.

S c h l e b e r : Man soll sie dann auskürzen, aber die zurückgeführten nur in andere S-Betriebe hinintun. Ich habe unten in Italien bei Ihren Dienststellen eine Anforderung von etwas über 7 000 Menschen. Die Herren lachen uns mit Recht aus und sagen: was soll das heissen, ihr wollt Leute, aber gleichzeitig muss unsere grosse Aufgabe jetzt so lauten: Leute herüber führen! Am Sonntag habe ich mit Leyers gesprochen und ihm gesagt, ich wollte mit dem Gruleiter einmal die Angelegenheit besprechen:

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

wenn die Arbeitseinsatzbehörden feststellen, dass eine gewisse Ueberbesetzung noch da ist, dann soll ein Beauftragter des General Lagers mit einem Beauftragten von Gauleiter Sauckel in den Betrieb hineingehen und das prüfen, und die sollen dann zu einer Vereinbarung kommen, und aus den dort abziehbaren Leuten sollen die Bedarfslücke in anderen S-Betrieben gedeckt werden. Wir haben in Italien augenblicklich beim Jahrgang 34 die Schwierigkeit, und dann die Schwierigkeit mit der Ueberführung der Waldläufer nach dem Süden. Ausserdem sind uns Zusagen hinsichtlich Ernährung nicht in dem Umfang gemacht, wie wir es gewünscht hätten. Die zusätzliche Ernährung, die wir sie vorgesehen hatten, ist überhaupt noch nicht in Erscheinung getreten, so dass wir ein unruhiges Moment nicht haben. Ausserdem liegt augenblicklich in Italien die Industrie in gewissen inneren Revolutionen, was dazu führt, dass schon ersichtlich ist, dass für uns wertvolle Führungskräfte zum Teil nicht mehr zur Fabrik erscheinen. Sie warten ab bis in den nächsten 3 bis 4 Wochen die Wahlen und Ausschreibungen in den Fabriken über Zentralisierung und Kommissareinzug usw. überwunden sind. Wenn das vorbei ist, hoffe ich, dass die Leute wieder herinkommen. Aber ich habe aus meinem eigenen Betrieb letzthin ein Beispiel aufgeführt, wo in einer Fabrik 260 Leute zuviel waren, die ich sofort gegen die Bestimmung der S-Betriebe in einen anderen S-Betrieb hineingesteckt habe.

S a u c k e l : In Italien scheint es weitgehend klar zu gehen, aber in Frankreich noch nicht.

M i l l e r : Wie werden, wenn Arbeiter herüberkommen, die Familien sichergestellt?

S a u c k e l : Automatisch.

S c h i e b e r : Das geht sehr gut. Wenn irgendmöglich machen wir geschlossenen Fabriksberatz. - Wenn ich eine Bitte aussprechen darf zur Sicherung der dortigen Produktion, die ich für

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

ausserordentlich dringend halte, so ist es die, dass die seitherige Verständigung fortgesetzt wird, und dass wir insbesondere die Gesamtübersetzung von grossen Arbeiterkontingenten, weniger von einzelnen, durchführen.

Für die S-Betriebe möchte ich vorschlagen, dass die Möglichkeit der Ueberprüfung des zweckmässigen Arbeitseinsatzes anerkannt wird. Ich möchte bitten, dass die Umsetzung nur gegen Bedarf bei S-Betrieben erfolgt. Wenn nun kein S-Betrieb mehr Bedarf hat, müssen solche frei erkannten Arbeitskräfte selbstverständlich freigestellt werden.

S a u c k e l : Damit ist grundsätzlich die Entscheidung vom 4. Januar - und das wollte ich erreichen - ungeändert. Denn bis jetzt war es so, auch nach den Schreiben, die Reichsminister Speer an mich gerichtet hat, dass S-Betriebe überhaupt tabu waren, und da muss ich sagen: wenn das aufrechterhalten bleibt, kann das Arbeitseinsatzprogramm in Deutschland nicht erfüllt werden.

S c h l e s e r : Ich möchte von mir aus sagen: ich glaube, dass die Lage, soweit ich sie für meinen Teil unten sehe, hinsichtlich der Arbeiteranforderungen so ist, dass wir mit ganz grosser Sorge ~~Zunahme~~ zu den Arbeitseinsatzbehörden kommen müssen, um uns zu helfen. Jede Auskämmung oder besser gesagt Ueberprüfung in den S-Betrieben wird auch nicht entfernt ausreichen, um die Bedürfnisse der gesamten S-Betriebe zu befriedigen. Ich bin deshalb gerade aus der Notwendigkeit der restlosen Ausnutzung der Arbeitskräfte der Ansicht, dass wir die Ueberprüfung durchaus durchführen, aber mit dem Ziel, die Herausziehbaren einzusetzen für die Bedürfnisse, die im eigenen Land angemeldet werden.

S a u c k e l : Es ist sicher die entscheidendste Frage, bei der wir jetzt sind. Wenn von dem 4 Millionen-Programm die Half-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

te, also 2 Millionen nicht erfüllt werden, dann sinkt in diesem Jahr der Arbeitseinsatz in Deutschland ab. In den S-Betrieben in Frankreich und natürlich auch in Italien steckt aber das wertvollere Arbeiterelement. Kann ich also nicht an die S-Betriebe in diesen Ländern heran, kann ich da nicht zugunsten Deutschlands die Ausländer auskämmen, dann bedeutet das, dass das schlechtere Arbeiterelement anstatt das besseren nach Deutschland kommt. Und dabei ist zu erwägen, was wirklich sicherer und zweckmäßiger ist. Wenn wir in Deutschland, wo wir die Betriebe in der Hand haben, wo wir auch noch eine andere Arbeitsdisziplin haben und andere Arbeitsleistungen hervorbringen als in Frankreich selber, auf diese Leute verzichten, ~~ni~~ dann verzichten wir auf die Qualität, und ich kann nur die minderwertigen Elemente, die dann noch frei in Frankreich oder Italien auf der Strasse fluktuieren oder Kellner, Faiseure, kleine Leute aus Schneiderwerkstätten usw. nach Deutschland bringen.

M i l l e r : Wie groß ist der Prozentsatz der S-Betriebe in Italien im Verhältnis zur gesamten Arbeiterschaft?

S c h i e b e r : Es sind, glaube ich, 14 %. Ich habe die Zahlen nicht hier.

M i l l e r : Ist nicht der Weg besser, dass man, um die S-Betriebe zu schützen, die gesamte Verpflegungsfrage für die Italiener in deutsche Hand nimmt und sagt: zu fressen kriegt nur, wer in einem S-Betrieb ist oder nach Deutschland kommt?

S a u c k e l : Es ist ja so, dass der französische Arbeiter in Frankreich besser lebt als der deutsche Arbeiter in Deutschland, und auch der italienische Arbeiter lebt, selbst wenn er nicht arbeitet, in dem von uns besetzten Teil von Italien

besser, als wenn er in Deutschland arbeitet. Darum immer meine Bitte, an die deutsche Ernährung, die Ernährung auch des deutschen Arbeiters durch das Betriebsbutterbrot zu verbessern. Wenn ich in Paris bin, gehe ich natürlich ins Maxim. Dann erlebt man Wunder an Ernährung. Ich habe mich mit dem Führer darüber unterhalten. Er ist immer noch der Meinung, dass in diesen Ländern nur ganz reiche Reuchte, die ins Maxim gehen können, eine gute Verpflegung haben. Ich habe nun meine Leute in die Pariser Vorstädte in die ~~KMHHHMHMHMH~~Estaminets und Mittagstische geschickt und habe festgestellt, dass die Franzosen dort die Last des Krieges im Vergleich zu unserem Volk überhaupt nicht spüren. Auch der französische Durchschnittsmensch kann alles haben, was er will.

(Zuruf: In kleinen Städten ist es noch besser.)

Jawohl. Der Franzose kann das auch bezahlen, was er sich verschaffen kann. Es ist also nicht so, dass eine Ernährungsanreiz nach Deutschland hin da ist. Der ist leider nicht vorhanden.

M i l c h : Kann man den nicht schaffen? Die Kleinverteilung kann man ja nicht erfassen, aber die Grossverteilung können wir doch erfassen.

K ö r n e r : Wir haben Frankreich ganz gealtige Auflagen an Lebensmittellieferungen gemacht. Die sind immer erfüllt worden. Sehr oft zwar mit einem gewissen Druck, aber sie sind erfüllt worden.

M i l c h : Es gibt doch ein einfaches Mittel: dass man der Truppe kein Futter mehr nachschickt, sondern es sich aus dem Lande holen lässt. Dann zehren die in wenigen Wochen dort alles auf, so dass man dann die Verteilung in die Hand nehmen kann.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

K ö r n e r : In Frankreich haben wir ja vorläufig noch eine Rationierung. Der Franzose hat seine Karte und bekommt darauf das Mindestmaß. Das übrige besorgt er sich auf anderem Wege, zum grossen Teil durch Lebensmittelpakete, die wir gar nicht erfassen können. Wir haben dauernd von Jahr zu Jahr unsere Lebensmittelforderungen an die französische Regierung gesteigert, haben sie auch immer erfüllt bekommen, wenn auch sehr oft unter Druck und entsprechend der Ernte, je nachdem sie gut oder schlecht war. In Italien ist es so, dass es überhaupt keine Lebensmittelrationierung gibt. Der Italiener kann kaufen und essen, was er will, und da der Italiener immer über Geld verfügt und auf dem schwarzen Markt handelt, ist er bedeutend besser gestellt als der deutsche Arbeiter hier, der praktisch nur auf die Karten angewiesen ist.

M i l c h : Schicken wir nicht noch Lebensmittel nach Italien?

K ö r n e r : Wir tauschen gewisse Sachen aus.

S a u c k e l : Wir sind jetzt auch an dem Zeitpunkt angelangt, wo wir für die französischen wie für die italienischen Arbeiterfamilien, die ihre Ernährer in Deutschland haben, mit den Ueberweisungen keine Besonderstellungen mehr gegenüber dem Mutterlande herbeiführen, so dass gar kein Anreiz da ist, nach Deutschland zu gehen.

Um auf die Sperrbetriebe zurückzukommen: wenn die Sperrbetriebe wirklich für mich gesperrt sind, wie es Minister Speer bis zur Stunde verlangt, dann bedeutet das, dass in die Sperrbetriebe in Uebermaß das qualifizierte französische Arbeitertum hineingeht und damit eine absolute Abschirmung mir gegenüber gegeben ist. Auf der anderen Seite steht dann noch ein Gros von Arbeitskräften in Frankreich zur Verfügung, die ich nach Deutschland bringen kann. Das sind

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

aber nicht die besseren, sondern die schlechteren. Die besseren Arbeitskräfte sind in Frankreich in den Verlagsbetrieben. Es fragt sich nur - und das habe ich nicht zu entscheiden -: was für Deutschland besser ist, qualifizierte französische Arbeitskräfte in grosser Masse hier zu haben, oder nur das, was man früher als Gelegenheitsarbeiter oder als Schuster, Schneider oder Barbier usw. hatte. Das ist die Frage, die mit den Schutzbetrieben eng verbunden ist. Vom zahlermässigen Standpunkt aus kann es mit ~~U~~ gleich sein. Wenn Sie damit zufrieden sind - ich bringe sie. Aber der Sache würde in Deutschland besser gedient sein, wenn wir hochwertiges Arbeitertum aus Frankreich nach Deutschland bekommen würden.

Ich möchte nur, dass wir gemeinsam ~~feststellen~~, die Regierung und meine Männer, feststellen: in den Betrieben ist jetzt das Soll erfüllt, da dürfen nun keine mehr hinein. Jetzt ist es noch so, dass zwar der Betrieb seine Leute hat, der Betriebsführer aber in Absprache mit dem Bürgermeister oder sonstigen guten Bekannten, Vettern und Onkeln in den Städten, verinbert: ich nehme noch deinen Jungen auf, denn braucht er nicht nach Deutschland. So ist die Lage heute in den S-Betrieben in Frankreich.

Wenn man nun nur von S-Betrieb zu S-Betrieb vernetzen will, so bedeutet das für mich für den Arbeitseinsatz nach Deutschland genau denselben Riegel. Für mich ist der Riegel nur gelockert, wenn im Einverständnis mit den Rüstungsdienststellen ein Betrieb durchgekämmt wird, auch ein S-Betrieb. Ich darf ja heute in einen S-Betrieb in Frankreich nicht hinein, obwohl ich weiss, dass dort 100 Frachtarbeiter sind. Das gibt es noch noch, während wir in Deutschland vielleicht 5 % haben.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Ich möchte auch noch folgendes betonen. Es ist nicht nur die Parole, dass wir keine Exekutive in Frankreich haben, was mir das Leben schwer macht, sondern ich muss offen sagen, dass wir hier einmal befristet sind; auch die Rüstung hat mir das Leben drüben schwer gemacht. Auch die Rüstung hat drüben immer erklärt und auch dem Militärbefehlshaber vorgetragen: wenn Herr Sauckel uns die Leute wegholt aus Frankreich, stört er unsere Aufgaben hier, verdirbt er uns das Konzept. Mischlich kann ich das verstehen; ich würde es vielleicht als Rüstungsinspekteur auch so machen.

M i l c h : Aber es kommt darauf an, wieviel Prozent der Arbeiterschaft sich überhaupt in S-Betrieben befinden. Wenn man von der Qualität absieht, so sind das doch verhältnismäßig kleine Prozentsätze.

S a u c k e l : Wir haben in Frankreich zu 1. von Jahren diese Untersuchung gemacht und festgestellt, dass in den deutschen Rüstungsaufträgen, den Kreisen A und B entsprechend, etwa 600 000 Arbeiter beschäftigt gewesen sind von einer Gesamtzahl an Metallarbeitern, die wir angenommen haben, von etwa 2½ bis 3 Millionen. Also in Frankreich müssen noch Metallarbeiter noch und noch stecken, Leute, die früher in Metallberufen gewesen sind.

M i l c h : Also 75 % sind noch freier Basis, und 25 % sind in S-Betrieben gebunden.

S a u c k e l : Davon müssen wir abrechnen die Kriegsgefangenen, die in Deutschland sind. Es sind aber auch Hunderttausende von Facharbeitern gemäss den abgesprochenen Verträgen sowohl nach Frankreich wie nach Belgien Monat für Monat immer wieder zurückgekehrt.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

M i l l e r : Aus allen Zahlen geht doch hervor, dass der weitaus überwiegende Teil aller Arbeiter noch nicht in S-Betrieben beschäftigt ist, also noch zur Verfügung stehen könnte.

S a u c k e l : Nein. Ich habe ja hier die engere Rüstung erwähnt. Aber auch Textilbetriebe und die Betriebe der deutschen Verlagerungsbetriebe sind zu S-Betrieben erklärt worden.

M i l l e r : Wenn man das nimmt, kommt ja eine größere Arbeiterzahl wieder im Vergleich dazu.

K e h r l : Ich kann die Zahlen nennen. In Frankreich sind insgesamt bis vor 3 bis 4 Wochen zu S-Betrieben erklärt gewesen Betriebe mit einer Belegschaft von 1,1 Millionen. In Frankreich ist die Erklärung zu S-Betrieben bis auf einen kleinen Rest abgeschlossen.

M i l l e r : Wieviel Arbeitskräfte gibt es in Frankreich insgesamt?

K e h r l : Nach den statistischen Unterlagen 8,1 Millionen in Industrie und Handwerk, einschließlich der kleinen Betriebe.

W a e g e r : Der Grund zur Einführung der S-Betriebe war der, die Flucht aus den Betrieben, die immer mehr zunahm, insbesondere, wenn sich am Horizont abzeichnete, dass Goldster Sauckel wieder erscheinen würde, um Leute herauszuholen, zu verhindern. Infolgedessen sah sich Reichminister Speer gezwungen, die S-Betriebe einzuführen. Nun muss natürlich der Mann, der in einen S-Betrieb hineingeht, den Schutz und die Gewähr haben, dass er nicht aus dem S-Betrieb nach Deutschland verfrachtet werden kann, sonst geht er überhaupt nicht hinein, in keinen Betrieb. Also um die Flucht zu verhindern, wurden die S-Betriebe eingeführt. Nun

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

stehe ich auf dem Standpunkt, es wäre falsch, wenn man gestatten sollte, dass eine Auskennung zugunsten Deutschlands bei den S-Betrieben stattfindet, weil dann die Leute wieder fluchtartig aus den S-Betrieben herausgehen würden, und wir keinesfalls irgendwelche zusätzlichen Arbeitskräfte in Frankreich für die S-Betriebe bekommen. Aber dagegen ist nichts zu sagen, innerhalb der S-Betriebe eine Überprüfung vorzunehmen, und zu sagen: dieser S-Betrieb ist übersättigt, ich brauche in einem anderen S-Betrieb Facharbeiter mehr, die kann ich ~~herausnehmen~~ von dort nach d. herübernehmen. Man sollte sagen: zunächst müssen die S-Betriebe saturiert sein, und wenn die saturiert sind - sei es auch dadurch, dass man aus verschiedenen Betrieben Kräfteumsetzung in andere S-Betriebe vornimmt - kann man sagen: jetzt ist Schluss, jetzt ist hier alle übrigen Kräfte zur Verfügung, um nach Deutschland gebracht zu werden.

Wenn ich ganz offen sagen darf, war es so, dass die Rüstungsdienststellen den Eindruck hatten, dass Herr Guileiter Stuckel in erster Linie, weil sie verhältnismäßig leicht zu erfassen waren, in die Rüstungsbetriebe ^{am} ging/und dort Auskennung zugunsten Deutschlands vornahm, während die kleineren Betriebe und teilweise die landwirtschaftlichen und was sonst noch in Frankreich ist, verhältnismäßig ungenutzt geblieben. Daraus hat sich vielleicht die Einstellung der Rüstungsdienststellen ergeben: wenn Guileiter Stuckel kommt, entsteht ein gewisses Unruhe, die Leute verschwinden aus den Betrieben.

S t u c k e l : Da möchte ich ~~am besten~~ folgendes entgegenhalten. Was sollen Sie nun in Deutschland machen. Sie haben in Deutschland Flugzeugbau, hochwertigsten Apparatebau, komplizierten Motorenbau, Sie haben hier überhaupt die kompliziertesten Fer-

tägungen, die es in der Welt gibt. Wenn ich Ihnen nun den Ausschuss der französischen Arbeiterschaft nach Deutschland bringe, was erreichen die damit leistungsmäßig? Wir vom Arbeitseinsatz sind immer der Meinung gewesen, dass in den französischen Betrieben ein gewisser Facharbeiterstand und ein gewisser Leistungsstand unter allen Umständen erhalten werden muss. Wir wollten aber von uns aus diese französischen Betriebszwingen, von ihrem hundertprozentigen Facharbeiterstand herunterzugehen zugunsten der an Facharbeitern ausgebluteten deutschen Betriebe. Ich habe als GbA meine Aufgabe auch darin gesehen, Ihnen nicht den Auswurf du-ropas nach Deutschland zu bringen, sondern leistungsfähige Kräfte. Aber dafür hat ein Teil Ihrer Herren in Frankreich und auch in Ihrem Ministerium hier kein Verständnis gehabt. Das muss ich hier mit aller Deutlichkeit sagen. Wenn Sie zufrieden sind, dass ich Ihnen den Auswurf Europas bringe, ist das für mich eine Spielerei. Dann lasse ich die Duran und Louis in Paris zusammenfassen und stelle Sie Ihnen zur Verfügung, dann brauche ich nicht an Ihre Rüstungsanstalten heranzugehen. Wenn ich Ihnen aber wirkliche Arbeiter, die auch was leisten können in Deutschland können, zur Verfügung stellen soll, dann müssen wir in Frankreich - und das war mein Programm - dasselbe machen, was wir bei jedem deutschen Betrieb auch gemacht haben, was bei jeder deutschen Kompanie gemacht wurde: wenn aus einer deutschen Kompanie zwei gemacht worden sind, dann musste ein Teil der guten Leute und ein Teil der schlechten Leute abgegeben werden, nicht nur die schlechten. Dabei wäre die französische Rüstung nie mitleidend geworden. Es ist ja so, dass ein französischer Qualitätsarbeiter das Doppelte leistet, wenn er in einem

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

deutschen Betrieb unter deutscher Disziplin, unter deutscher Führung und deutscher Betreuung steht.

Wenn wir uns einigen, dass wir die sämtlichen S-B triebe überprüfen - mehr will ich ja gar nicht -, und ~~xxx~~ aus den S-3 trieben die überzähligen Facharbeiter und Hilfsarbeiter herausnehmen, dann stellen wir sie a) den notleidenden anderen französischen Betrieben, soweit sie eben notleidend sind, zur Verfügung, und wenn die befriedigt sind, muss ich b) darum bitten, dass, wenn ich mein Programm erfüllen soll, auch aus diesen Betrieben Leute nach Deutschland überstellt werden. Wird man mir das nicht konzederen, sondern auf der scharfen Formel bleiben: S-B triebe kommen für den Arbeitseinsatz in Deutschland nicht in Frage, dann ist dieses Programm vom 4. Januar nach meinen Erfahrungen kaum zu erfüllen. Dann müssen Sie verantwortlich entscheiden: was ist am Ende dieses Jahres besser gewesen, die Leute in Frankreich zu haben oder in Deutschland. Das ist die Verantwortung, die Sie haben, und die ich dann abwälze. Man hat mir jetzt gesagt: warum hast du die russischen Arbeiter nicht rechtzeitig weggenommen, jetzt stehen sie in den russischen Regimenten drin. Genau so würde es hier gehen. Ich bin der Ansicht, dass überhaupt die Einführung der S-B triebe ein grosser, das gesamtdeutsche Interesse schädigender Fehler gewesen ist. Da ist die französische Regierung mit grösster Geschicklichkeit hineingesprungen. Ich erinnere Sie noch einmal daran, dass ich lange vor der Frage gestanden habe, dass alle französischen Präfekten meinen Stäben erklärt haben: was wollen sie, ihr Saucel ist hier ganz fehl am Platz, es ist zwischen Bichelonne und Speer abgesprochen worden, dass kein Franzose mehr nach Deutschland braucht, dass alles in den französischen Verlagerungsbetrieben gemacht wird. Das ist das, was die französischen Präfekten behauptet

haben und behaupten, nicht was ich behauptete. Und aus dieser Diskussion, dass überhaupt keine Leute mehr nach Deutschland sollen, sind die Schutzbetriebe entstanden. Das ist eine Abschirmung gegen mich. Mein Plan wäre von vornherein anders gewesen. Ich wäre so verfahren, die französischen Rüstungsbetriebe - immer mit 50 % ihres Fremdarbeiterstandes, ich wäre da ganz großzügig gewesen - zu erhalten und diese französischen Betriebe zu zwingen, nun aus der französischen Fluktuation, genau so, wie wir es in Deutschland auch machen müssen, sich die zusätzlichen französischen Arbeiter heranzuholen, die in den kleinen Betrieben nur 30 oder 40 Stunden arbeiten, und dann aus diesen Betrieben immer wieder, nachdem die Leute angelernt sind, den Qualitätsbedarf für Deutschland zu nehmen. So haben wir es auch das erste Jahr gemacht, und es sind immerhin bis zu 700 000 Franzosen programmäßig ins Reich gekommen. Das waren alles anständige französische Arbeiter. Von Herbst dieses Jahres ab war es damit im Ende. Es kamen keine gelernten französischen Arbeiter mehr, es kamen aber auch die anderen nicht mehr. Das ist der ganze Zusammenbruch des Arbeitseinsatzes, der sich auf der Parole aufgebaut hat: es braucht kein Arbeiter mehr aus Frankreich nach Deutschland.

Die Gefahr, die ich in den S-Betrieben sehe, besteht darin, dass wir zu der knappen deutschen Unterführerdecke ein Gros von zur Faulheit systematisch erzogenem fluktuierendem französischen Kräfte bekommen, und dass uns die Qualitätskräfte, die es in Frankreich gibt, voranthalten bleiben. Es ist ganz klar, dass in die Schutzbetriebe in erster Linie die qualifizierten Handwerke Frankreichs einbezogen werden. Auf die hat sich mit aller Schärfe gemacht, sie auszukommen. Nun aber bleibt nur das minderwertige Gros für den Arbeitseinsatz in Deutschland übrig. Das ist die Folge

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

wenn Sie die Schatzbetriebe weiter sanktionieren. Der Führer hat das ja entschieden auf Wunsch von Minister Speer. Ich mache nur auf die Folgen aufmerksam.

M i l l e r : Herr Reichsminister Speer ist leider heute nicht da. Er hat sich bei dem ganzen System sicher sehr gut etwas gedacht. Sein Abkommen mit Bichelonne Zuhilfenahme an Arbeit mit den französischen Kapazitäten, die nun mal da sind, für unsere Rüstung in Frankreich selber aktivieren. Das Fazit dessen, was diese Aktion gebracht hat, können wir hier nicht ziehen. Ob das erreicht worden ist, was ihm vorgeschwebt hat, ist im Moment noch nicht zu entscheiden, d.h.: haben wir durch die S-Betriebe einen Zuwachs in unserer Rüstung bekommen, der grösser ist, als wenn die Leute bei uns gearbeitet hätten. Ich würde vorschlagen, dass das eines Tages von Minister Speer selber noch einmal geklärt wird. Dann nur ein negatives Ergebnis auf diesem Gebiet würde auch von ihm automatisch zu einer Änderung seines Standpunktes führen.

Die erste Frage ist die: Ist der Prozentsatz der Kräfte in den S-Betrieben, auf die guten Leute gesehen, so stark, dass alles andere nur noch als Schutt anzusehen ist? Und die zweite Frage ist die: Ist es überhaupt möglich, in Folge der fehlenden sogenannten Exekutive und der verschiedenen Auffassungen in dieser Frage die etwa 80 %, die nicht in S-Betriebe sind, zu erfassen und herüberzubringen? Würden Sie also bei den gesamten politischen und organisatorischen Bedingungen in Frankreich in der Lage sein, noch etwa 10 bis 15 % der besten von diesen 80 % herüberzubringen?

S a u c k e l : Ich muss sie herabschlen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Milch: Können Sie es überhaupt?

Sauckel: Heute kann ich gar nichts versprechen.
Ich kann heute nur arbeiten.

Milch: Ich meine, ob Ihnen nach den anderen 67 hin die Hände so gebunden sind durch die verschiedenen Umstände, dass erstens die Leute keinen Anreiz haben, nach Deutschland zu gehen, dass sie zweitens mit einer Niederlage Deutschlands in absehbarer Zeit rechnen, dass sie drittens an ihrer Familie und ihrem Land hängen, und dass/viertens so arbeitsscheu sind, weil sie ohnehin ihr Leben noch fristen können, und die ganze Zeit als Uebergangszeit ansehen, über die sie hinwegzukommen glauben. Und auf der anderen Seite der Umstand, dass ihnen die Wehrmacht nicht hilft, dass bei den deutschen Stellen ein Gegeneinander-ersterhen ist, was von französischer Seite geschickt ausgenutzt wird.

Sauckel: Das ist seit meinem letzten Aufenthalt nicht mehr so. Alle deutschen Stellen, der Militärbefehlshaber, Feldmarschall Rundstedt, Feldmarschall Sperrle haben mich in diesen Sachen ausserordentlich unterstützt.

(Milch: Ich meine die kleineren, die ausführen en Organe.)
Das ist - entschuldigen Sie, wenn ich es vorbringen muss - dadurch zerschlagen gewesen, dass bis zum 4.J nur alle diese Stellen, auch die Rüstung drüben, der Meinung gewesen sind, meine Ansprüche und vor allen Dingen meine Zahlen wären eine unmögliche Forderung.

(Milch: Aber nur von den Leuten, die solche Zahlen nicht begreifen konnten.)

Das ist vom Militärbefehlshaber, vom Deutschen Botschafter, von den deutschen Rüstungsstellen an überall ein und dasselbe gewesen bis zum 4. Januar. Bis dahin ist man allgemein in Frankreich bei

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

allen Dienststellen ausnahmslos der Meinung gewesen: es ist ja noch lange nicht entschieden, dem Stückel seine Zahlen stützen nicht, also muss hier kurz getreten werden. Und das ist selbstverständlich auch in die unteren französischen Behörden hineingekommen.

M i l c h : Das meine ich gerade mit den Divergenzen aus den verschiedensten Instanzen. Heute ist nun die Divergenz zwischen Ihnen und Minister Speer. Sie sagen: ich komme am besten an die Schutzbetriebe heran; Speer sagt: lasst doch die Kerle in Ruhe, nimm von den anderen 80%. Und wenn man sich nun neutral stellt, so muss man sagen, dass, immer unter der Voraussetzung, dass die 80 % in den S-Betrieben uns wirklich etwas bringen, Speer recht hat, wenn er sagt: bitte, geh nicht in meine 80 % hinein, unter den 80 % sind auch noch genug, die du brechen kannst. Und nun sage ich: warum holen Sie die anderen nicht, ist es so schwer, an sie heranzukommen?

S t a u c k e l : Nein. Ich brauche die Leute zusätzlich. Es ist so, dass die Speerschen Betriebe sich heute auffüllen. Ich habe zB. vorgestern die Nachricht bekommen, dass der Drang nach den Schutzbetrieben in Frankreich gerade in diesen Tagen auf das Äusserste zu spüren ist, und dadurch ist jede Qualitätszufuhr nach Deutschland praktisch gestoppt. Qualitätsleute gibt es nur noch in diesen Betrieben.

K e h r l : Darf ich einmal kurz den Standpunkt des Ministers darlegen. Es könnte sonst der Eindruck entstehen, als ob die Maßnahmen des Ministers Speer unverstänlich oder unsinnig gewesen wären, und den Eindruck möchte ich nicht aufkommen lassen. Für uns sieht sich die Sache folgendermassen an. Der Arbeitseinsatz für deutsche Zweck in Frankreich hatte bis Anfang 1943 einen ve

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

hältnismässig bescheidenen Umfang angenommen, weil der Umfang der Verlagerung im wesentlichen auf einige wenige Branchen beschränkt war, in denen die deutsche Kapazität nicht ausreichte, und darüber hinaus auf einige Grundindustrien. Während dieser ganzen Zeit ist von Ihnen durch freiwillige Werbung eine große Zahl von Franzosen nach dem Reich gekommen.

(Gauckel: Auch durch Zwangswerbung.)

Die Zwangswerbung setzte ein, als die freiwillige Werbung nicht mehr genug ergab.

S a u c k e l: Von den 5 Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200 000 freiwillig gekommen.

K e h r l: Ich will mal dahingestellt sein lassen, inwieweit ein leichter Druck dabei war. Es war jedenfalls fast all freiwillig. Nachdem nun diese freiwillige Werbung nicht mehr zu Ergebnissen führte, ging man zur jahrgangsweisen Einziehung über, und die hat beim ersten Jahrgang einen ziemlich weitgehenden Erfolg gehabt. Es wurden gut 2 80 % des Jahrgangs erfasst und nach Deutschland gebracht. Das ging etwa im Juni v.J. los. Im Einklang mit der militärischen Entwicklung in Russland und den daraus entstehenden Gefühlen für die Entwicklung des Krieges bei den Westvölkern liess diese Einziehung der Jahrgänge erheblich nach, vorüber ja konkrete Zahlenangaben vorliegen, d.h. die Leute versuchten, sich dieser jahrgangsweisen Einziehung nach Deutschland zu entziehen, und zwar teilweise, indem sie sich gar nicht meldeten, teilweise dadurch, dass sie zum Transport nicht eintrafen oder unterwegs ausstiegen. Als sie bei den ersten Versuchen dieser Art in den Monaten Juli/August merkten, dass die deutsche Exekutive entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt war, diese sich ihrer Verpflichtung

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Entziehenden zu fassen und entweder einzusperrern oder gewaltsam nach Deutschland zu bringen, da sank die Willigkeit, diesen Einziehungen Folge zu leisten, auf ein Minimum herab, und es wurden in den einzelnen Ländern verhältnismäßig geringe Prozentsätze nur noch erfasst. Dagegen gingen diese Leute aus Angst, dass die deutsche Exekutive doch vielleicht ausreichend wäre, sie aufzuspiiren, nicht in die französischen, belgischen oder holländischen Betriebe, sondern verliefen sich in die Berge und fanden dort Ansprache und Aufnahme von den kleinen Partisanengruppen, die da waren.

Die Ueberlegung, die nun damals bei Minister Speer entstand und zu der Abmachung mit Bichelonne führte, war folgende: Wenn ich schon gewaltsam die Leute von Frankreich nach Deutschland nicht in dem Umfang, wie es notwendig ist, vorbringen kann, die sich aus der Entwicklung zeigt, und wenn ich gleichzeitig Gefahr laufe, dass aus Angst vor einer solchen gewaltsamen Erfassung die Leute aus den Betrieben, wo sie jetzt arbeiten, herausgehen, dann ist für mich das kleinere Übel, dass ich versuche, diese Leute in Frankreich und Belgien an die Arbeit zu bringen, wozu ich den deutschen Zwang, sie über die Grenze zu bringen, nicht mehr bedarf. Dann stelle ich wenigstens sicher, dass erstens die Leute nicht aus den Betrieben herauslaufen, und dass zweitens zusätzlich Beschäftigung dorthingebracht wird. Er ließ Minister Bichelonne ein. Die Besprechungen waren in den Tagen vom 16. bis 18. September. Bichelonne wurde vor die Frage gestellt, in welchem Umfang Verlagerungsmöglichkeiten vorhanden sind, welche zusätzlichen Produktionen er unterbringen könnte usw. Hierbei trat ein Wechsel in der Produktionspolitik ein. Bisher hatte Minister Speer

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

nach Frankreich im wesentlichen alle Rüstungsgangpaßfertigungen verlagert auf den Gebieten, wo die deutsche Kapazität nicht ausreichte. Jetzt sage er: ich will nach Frankreich nicht nur das verlagern, sondern auch unabdingbare wichtige Kriegsproduktion, die gegenwärtig in Deutschland von deutschen Kräften durchgeführt wird, um die deutschen Kräfte in Deutschland freizumachen und diese Produktion in Frankreich, Belgien und Holland durchführen zu lassen. Die Kapazitäten auf diesen Gebieten sind in Frankreich ausreichend, und ebenso die Arbeitskräfte in ausreichendem Umfang vorhanden. Infolgedessen kann ein grosser Teil dieser Arbeit dort geleistet werden, und ich kann die Leute in Deutschland freimachen. Dadurch erreiche ich zweierlei: erstens mache ich die deutschen Arbeitskräfte frei, und zweitens benutze ich die Franzosen, die jetzt gar nicht arbeiten, weil die Industriezweige stillstehen. Und als drittes kommt hinzu, dass der Franzose^{frei} ~~unfrei~~willig bereit sein wird, gerade solche Produktionen, die der Versorgung der Zivilbevölkerung dienen, durchzuführen, weil er sich hier nicht mehr der Gefahr von Luftangriffen ausgesetzt sieht und nicht unmittelbar für den Krieg arbeiten, nicht als Saboteure im eigenen Land gelten, und weil zu dem das eigene Heimatland Vorteile davon hat.

Diese Entwicklung ist seitdem gefördert worden. Die Zeit ist noch zu kurz, um über die Ergebnisse etwas Abschliessendes zu sagen. Auf einzelnen Gebieten sind die Ergebnisse schon jetzt ganz ausserordentlich. Wir haben teilweise bis zu über 50 % des gesamten deutschen Bedarfs nach dem Westen verlagert, und die Fertigung erfolgt dort. Die Ausstoßzahl steigen von Monat zu Monat stark an. Es sind natürlich starke Behinderungen durch die Kohle- und Energiefrage. Wir hoffen aber, in diesem Jahre darüber hinweg-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

Fr

70

zukommen, weil wir bis Mitte des Jahres 25 % der Energielieferung in Frankreich durch Wasserkraft erhöhen, deren Ausbau bis dahin beendet ist, und bis Ende 1944 werden Wasserkraftwerke fertig, die 50 % der gegenwärtigen französischen Energielieferung gleichkommen.

Also die Idee ist die, dort die Arbeiten durchführen zu lassen, die bis jetzt hier durchgeführt worden sind, und dadurch deutsche Kräfte freizubekommen. Dies auch noch aus einem Grunde. Es ist von Ihnen, Gauleiter, wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in diesen Industriezweigen schwer umsetzbare Kräfte sind. Nach der Lage, wie sie der Herr Feldmarschall geschildert hat, fehlt es in den Betrieben wesentlich an Führungskräften und Aufsichtspersonal, und als solche kommen nur deutsche Kräfte in Frage, und jede selbst freilich nicht so geeignete Kraft wird immer noch als Führungs- und Aufsichtspersonal geeignet sein und dem Betrieb einen Plus geben können.

Was die Frage der S-Betriebe betrifft, so legt der Herr Minister Speer dem Herrn Minister Bichelonne die Frage vor: bist du in der Lage, für ein so umfassendes Verlagerungsprogramm, was ein Risiko darstellt, die Arbeitskräfte zu schaffen, worauf Bichelonne mit Recht von seinem Standpunkt aus erwidert: wenn wir die Leute nicht davonlaufen in die Wälder aus Angst, daß sie nach Deutschland verbracht werden; in französischen Betrieben bringe ich sie zur Arbeit. Aus dieser Diskussion entstand die Idee der Schutzbetriebe, die, wie Sie sagen, einen Schutz gegen Sabotage darstellen sollten. Wer da ist, arbeitet für Deutschland und darf nicht nach

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Deutschland verbracht werden. Sie sagten, diese Betriebe wirkten als Saugpumpe. Das sollten sie auch. Es sollten mit Saugwirkung Arbeitskräfte herangezogen werden, damit die Betriebe voll besetzt sind und für uns arbeiten können. An dem Tatbestand der S-Betriebe kann und darf nicht gerüttelt werden. Es steht das deutsche Versprechen dahinter, das in fehlerlicher Form gegeben ist, und durch die Unterschrift meines Ministers untermauert.

S a u c k e l : Schade, daß ich davon nie etwas erfahren habe, und daß man mich bei den Gesprächen, ob Herr Bichelonne die Leute stellen kann, nicht zugezogen hat. Denn vorher schon hatte die französische Regierung durch Unterschrift von Pétain versichert, daß sie diese Million Leute stellte, von mir allerdings nicht vorgesehen für zivile Fertigungen, sondern für Rüstungszwecke. Sie hat sie nicht stellen können, weil sie ebenfalls behauptet, daß sie nicht über die Exekutive verfügt, die Leute zwangsweise in die Betriebe hineinzubringen.

K e h r l : Ich darf auch sagen, Gaullester, daß der Minister die Besprechung mit Bichelonne nicht abgeschlossen hat, ohne mit Ihnen gesprochen zu haben. Nach der ersten Sitzung hat nachmittags eine Besprechung des Ministers mit Ihnen stattgefunden, wo er die Idee der S-Betriebe mit Ihnen ventiliert hat.

Man sind in Frankreich die S-Betriebe auf Grund dieser Aktion erklärt worden, und die Zahlen liegen sogar so, daß 1,2 bis 1,3 Millionen Menschen in diesen Betrieben sind. In Belgien ist es langsamer angelaufen, weil die Überprüfung länger gedauert hat, und weil auch die Programme dort nicht so

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

klar sind wie in Frankreich. Daher sind dort auch noch später, stark im Januar, S-Betriebe erklärt worden, aber immer nur für diejenigen Betriebe, die für unsere Verlagerungsproduktion vorgesehen sind. Diese Produktionen sind so groß, daß z. B. auf dem Gebiet der Möbel 50 % der Gesamtproduktion für die Bombengeschädigten der Festgebiete dort gemacht werden. In der Bekleidungsindustrie liegt am 1. April etwa zwei Drittel der Gesamtproduktion in den besetzten Gebieten und sofort. Das heißt wir haben die Gebiete genommen, wo eine Verlagerung maschinemäßig usw. besonders leicht möglich war. Daß jetzt, nachdem diese Betriebe zu S-Betrieben erklärt sind, nicht daran getüttelt werden kann, scheint mir festzustehen. Denn die Frage ist auch vom Führer in der Besprechung ausdrücklich sanktioniert worden; das Versprechen gegenüber den Franzosen steht, und wir laufen Gefahr, wenn wir daran etwas ändern, daß wir gegenüber den französischen Arbeitern jede Glaubwürdigkeit verlieren, und daß die Flucht aus den Betrieben sofort wieder einsetzt.

Mein Vorschlag geht dahin: an der Tatsache, daß dort keine Auskämpfungen stattfinden können, muß festgehalten werden. Es sollte aber für jeden S-Betrieb eine Soll-Stärke festgelegt werden, die vom Betriebsführer nicht überschritten werden darf, damit nicht solche Vorkommnisse eintreten, daß die Betriebe aus Gefälligkeit noch welche einstellen. Sollte das schon geschehen sein, muß der Betriebsführer veranlaßt werden, die überschüssige Gefolgschaft von sich aus zur Entlassung zu bringen. Ihm wird seine Soll-Stärke mitgeteilt, und was darüber ist, muß er abgeben, und die so entlassenen Leute werden in andere S-Betriebe umgesetzt.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

Der Bedarf, den wir gegenwärtig ~~xxxxxxx~~ neben S-Betrieben haben, ist außerordentlich stark, und er ist nur zu einem kleinen Teil durch den Zuström gedeckt. Der Zuström bewegt sich leider nicht in dem schließlichen Umfang, wie er Ihnen vorzuschreiben scheint. Ich habe mir vor meinem letzten Besuch dort Aufstellungen darüber machen lassen nach den Meldungen der Betriebe. Die Betriebe verbleiben natürlich. Aber die Zahl bewegt sich in einer Größenordnung von 40 000 bis 60 000, die zusätzlich bindungslos sind, während der angemeldete Bedarf bei 400 000 lag, der Sofort-Bedarf bei einer Viertelmillion. Also eine verhältnismäßig bescheidene Größenordnung. Wenn in Frankreich 8 Millionen industrielle Arbeiter, gewerbliche und handwerkliche, vorhanden sind, und wenn 1,2 Millionen in diesen Betrieben drin sind, so müssen auch unter den sonstigen Arbeitern noch brauchbare Kräfte vorhanden sein. Und wenn wir eine Soll-Stärke in den S-Betrieben einführen, dann ist noch ein ausreichendes Reservoir da, aus dem abgerufen werden kann; immer unter der Frage, die Sie selber stellen, und die wir nicht zu vertreten haben, daß, wenn die Leute dem Aufruf nicht freiwillig folgen, tatsächlich dazu gezwungen werden. Was für groteske Zustände da teilweise im Herbst eingetreten sind, ist Ihnen ja bekannt. Ich ~~xxxxxxx~~ erinnere an den Brief Ihres dortigen Vertreters, worin er schildert, wie von einem Transport von 100 Lehrlingen, die nach Deutschland verbracht werden sollten, nur 11 am Bahnhof gemeldet wurden, von denen 10 unterwegs hinfuhr, so daß schließlich einer über die Grenze kam. Diese Zustände können nur behoben werden, wenn man ganz mit ganz scharfen Exekutivmaßnahmen eingreift, und

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

das ist nur möglich, wenn die Verteilung der Truppen über das Land eine einigermaßen gleichmäßige ist. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben ganze Gebiete, wo kein deutscher Soldat ist. Die Bataillone, die dem Militärbefehlshaber zur Verfügung stehen, sind, glaube, ich 14, womit er nun alle wichtigen Brücken, Energiewerke, Eisenbahnen, Straßen usw. schützen soll. Daß er dazu nicht in der Lage ist, zeigt die Fülle von Attentaten, die gegen diese Einrichtungen stattfinden. Die Truppen sind an der Küste massiert, daher ist im Innern ein Truppenvakuum. Es ist deshalb die Frage, ob wir noch mehr Garnisonen aus Deutschland her zu nach Frankreich verlegen können. Aber die entscheidende Frage ist: wie beurteilen die Franzosen den Kriegsausgang und die militärische Lage, dann unsere Autorität dort kann nicht darauf gegründet werden, daß hinter jedem Arbeiter ein Polizist steht, sondern nur darauf, daß sie glauben, daß wir uns durchsetzen werden. In dem Augenblick, wo sich die militärische Lage stark zu unseren Ungunsten veränderte, glaubten sie sich Indisziplinierungen leisten zu können, die sie sich vorher nicht herausgenommen hatten. Und wenn wir unsere Autorität wieder verstärken können, wird auch den Dienstverpflichtungen wieder in größerem Umfang entsprochen werden.

M i l c h : Ich halte es nicht für notwendig, daß man das Land gleichsam schachbrettmäßig mit Truppen besetzt. Es kommt darauf an, daß man seinen Willen durchdrückt gegenüber den maßgebenden Stellen, indem man einmal Razzien in eng begrenzten Räumen macht. So viel Truppen sind schon da, um das durchzuführen.

K e h r l : Ich darf noch auf einen wichtigen Gesichtspunkt hinweisen. Der Umfang der deutschen Rüstung hängt entscheidend von dem Umfang der deutschen Eisenproduktion ab. Die deutsche Eisenproduktion ist kapazitätsmäßig an der Grenze dessen, was wir

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

machen können. Die größte Reserve, die wir noch in Europa haben, liegt in Belgien und Frankreich. Diese Länder können 600 000 t Rohstahl machen und machen gegenwärtig 120 000 t. Das liegt zum Teil an dem Arbeitermangel und in der eisenschaffenden Industrie selbst an der Frage des Bergbaues, daran, ausreichende Kräfte in die dortigen Bergwerke zu bringen, um dort die Kohle zu gewinnen. Wenn wir die dortige Eisen- und Stahlproduktion nicht steigern können, können wir auch die deutsche Rüstung nicht steigern, weil wir hier über einen gewissen Punkt nicht hinauskommen. Dort ist eine Reserve, und wenn wir es fertigbringen, den dortigen Bergbau ausreichend mit ~~den~~ Arbeitskräften zu versehen, ausreichend Kohle zu fördern und ausreichende Kräfte in die eisenschaffende Industrie zu bringen, dann können wir dadurch auch in der deutschen Rüstung durch reicheren Einsatz und bessere Zulieferung die Engpässe beseitigen, die da vorhanden sind. Insofern ist auch ein Teil der dortigen Produktion an das Land gebunden.

S a u c k e l : Ich möchte nochmals auf die Frage der Freiwilligen und überhaupt auf den ganzen Verlauf des französischen Arbeitseinsatzes hinweisen. Es ist in Frankreich nie ein Programm auf Grund der Freiwilligkeit erfüllt worden, sondern die Programme sind erfüllt worden einmal für die OT, für den Festungsbau in Frankreich, und zum anderen für den Arbeitseinsatz in Frankreich selber bei den für Deutschland arbeitenden Betrieben und bei den für die Verlagerung arbeitenden Betrieben durch konkrete Abmachungen, die ich mit der französischen Regierung getroffen habe. Und die französische Regierung hat im vorigen Jahre diese Bedingungen erfüllt. Sie hat die Leute für den Westwall, für den Atlantikwall gestellt, sie hat die Leute für die Betriebe gestellt, und sie

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

hat die Leute für Deutschland gestellt. Im vorigen Herbst, im Spätsommer, hat zum erstenmal Laval erklärt, daß er nicht mehr Leute für Deutschland stellt, und von diesem Augenblick an sind auch nur noch in bescheidenstem Maß Franzosen nach Deutschland gekommen.

(Kehrl: Das war etwa ab August.-)

- Das mag August/September gewesen sein. Noch im Juli hatte ich mit Laval das Abkommen getroffen, aus der französischen Wirtschaft eine Million Menschen zur Verfügung zu stellen für die Ausweitung der deutschen Rüstung in Frankreich. Ich will damit nur unter Beweis stellen, daß ich niemals gegen eine Verlagerung gewesen bin. Ich habe damals durch Hildebrandt und meinen Mitarbeitern in Frankreich die Untersuchungen machen lassen, ob die französischen Menschen vorhanden sind, und wir sind zu dem Resultat gekommen, daß unter allen Umständen Frankreich zweierlei tun kann: die deutsche Rüstung in Frankreich selber um eine Million ausweiten und außerdem eine Million nach Deutschland zu bringen.

(Kehrl: Daß die Leute da sind, wird nicht bestritten!)

- Nun sagte damals Laval: ich stelle keine Leute mehr für Deutschland; das ist nur aus. Er hat nicht ausgesprochen, daß er keine mehr zu stellen bräuhete. Ich war über die Verhandlungen Speer-Bichelonne nur ganz am Ende unterrichtet, und es ist nie zwischen Speer und mir besprochen worden, daß auch im Arbeitsinsatz in Frankreich zugunsten ~~XXXX~~ Deutschlands, d.h. zugunsten von Arbeiterinnen nach Deutschland verzichtet werden sollte.

(Kehrl: Das ist mit Bichelonne auch nicht abgesprochen worden!)

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

- Das behaupte ich auch nicht. Aber keine Dienststellen in Frankreich haben wir das nächste Mal, als ich hingekommen bin, erklärt; hier ist alles am Ende, es hat keinen Zweck, weiterzumachen, hier wird in allen Präfekturen erklärt: der Minister Bichelonne hat mit Minister Speer ein Abkommen getroffen, wonach nur noch französische Arbeiter für den Einsatz in Frankreich in Frage kommen und nach Deutschland keine mehr zu gehen brauchen. Das traf zusammen mit der ersten großen Verhandlung. Ich habe Laval gesagt: ich verlange nicht, daß Sie das und das stellen, sondern daß Sie nach Maßgabe des Möglichen stellen. Da hat Laval gesagt: auch nicht nach Maßgabe des Möglichen, ich stelle jetzt keine Leute mehr für Deutschland. Und diese Haltung von Laval war natürlich auch in der kleinsten Präfektur bekannt. Das ist jedem meiner Männer entgegengehalten worden. Und diese Haltung von Laval hat sich jetzt erst vor drei Wochen, nachdem ich ihm noch einmal unter Druck gesetzt hatte, geändert. Erst da hat er zum erstenmal wieder gesagt: gut, wenn die Sache so liegt, daß Sie die Leute tatsächlich brauchen, will ich das meinige tun, will ich meine Männer anweisen, daß Leute gestellt werden. So war das.

(Milch: Wann war das?)

- Vor drei Wochen. Da hat zum erstenmal die französische Regierung wieder mitgezogen. Bis dahin hat sie unter sich davon gelebt: die Deutschen sind ja unter sich nicht einig. Laval hat mir ja ins Gesicht gesagt: Ihre eigenen Dienststellen sind ja gegen Ihre Auffassung. Wenn nun die französische Regierung wieder mitzieht und die Präfekturen wieder mitziehen, d. h. wenn die Präfekten ausgewechselt werden, besteht sehr wohl eine Möglichkeit, daß wir Leute nach Deutschland kriegen. In welchem

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Meß, kann ich nicht versprechen.

(Milch: zahlenmäßig wären sie vorhanden?)

- Ja, in reichstem Maße. Aber ich muß darauf hinweisen: keine Qualitätskräfte! Mein Plan war, so zu arbeiten, wie wir im ersten und zweiten Jahr gearbeitet haben, und wir haben immer nachgewiesen, daß die Leistung in Frankreich in ihrem Ausstoß nicht abgesunken ist. Wir haben drei Programme in Frankreich betrieben: 1. das Erfüllungsprogramm für die Bedürfnisse in Frankreich selber; 2. das Umschulungsprogramm in Frankreich und 3. das Programm für Deutschland. Und das hat so Hand in Hand gegriffen, daß wir aus den französischen Betrieben eine bestimmte Zahl von Facharbeitern herausgezogen haben, und für diesen Prozentsatz haben wir Schulungsverpflichtungen vorgenommen und den Betrieben Leute zur Verfügung gestellt, die sie anschulen konnten. Dann haben wir aus allen Betrieben 10 bis 20 % genommen und die mit dem Gros der anderen französischen Arbeiter vermischt und nach Deutschland gegeben, so daß immer ein Rückgrat von französischen Facharbeitern dabei war. Das ist die ganzen Monate hindurch für die drei Programme Zug um Zug gemacht worden. Dieses Schulungsprogramm hat besonders Laroche vorzüglich gemacht. Das ist jetzt aber durch die Abschirmung nicht mehr möglich. Denn die Qualitätsarbeiter, die in der französischen mittleren und kleineren Wirtschaft vorhanden gewesen sind, sind jetzt schon zum großen Teil in den S-Betrieben.

K e h r l : Aber die Zahl der handwerklich arbeitenden Leute ist doch dort so groß, daß davon nur ein verschwindender Prozentsatz in die S-Betriebe gekommen sein kann. Denn der Zuzug zu den S-Betrieben ist verhältnismäßig ganz be-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

scheiden. Wir hatten erwartet, daß auf Grund der Erklärung der S-Betriebe unser Arbeiterbedarf dort sozusagen schlagartig gedeckt werden würde. Davon ist gar keine Rede. Es ist zwar eine Tendenz des Ansteigens vorhanden, aber die Größenordnungen des Ansteigens sind nicht erheblich.

Die Zusage, die Laval Ihnen gegeben hat, daß er eine Million in Frankreich umsetzen würde, ist in keiner Weise gehalten worden. Die französische Regierung ist bisher, wie Bichelonne sagt, aus Mangel an Exekutivmöglichkeiten nicht in der Lage gewesen, uns 10 000 Mann nach St. Etienne in die Pulverfabriken zu schicken. Sie hat diese ihre Verpflichtung der Umsetzung in Frankreich nicht erfüllt.

B a u c k e l : Das steht in einem gewissen Gegensatz zu den Aussagen von Bichelonne, da er bei meiner letzten Aussprache mit Laval dabei war. Bichelonne hat mir erklärt, daß er die Anforderungen weitgehend erfüllt hat. Er hat erklärt, daß ein Teil der Betriebe noch nicht die Arbeiter aufnehmen könnte, weil die deutschen Verlagerungsaufträge noch nicht vorliegen.

K e h r l : Bichelonne hat in konkreter Form Minister Speer zugesagt, daß er 30 000 Leute für den Bergbau innerhalb 5 Monaten stellen würde. Es sind bisher 3000 gestellt worden, und ich habe letzthin in Paris einen heftigen Zusammenstoß mit ihm gehabt, weil er auf die Kohlenlage hinwies. Ich habe ihm gesagt: es ist allein ihre Schuld, denn die Grundlage unserer Verlagerung ist, daß wir 30 000 Bergleute haben; er hat aber nur 3000 gebracht. Er sagt, er werde die Forderung jetzt erfüllen, er hätte erst die organisatorischen Voraussetzungen treffen müssen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

S a u c k e l : Ich kann nur sagen: ich habe dem Bichalonne das persönlich vorgehalten, und er hat mir geantwortet, daß er nicht zu dem Arbeitseinsatz in der Lage wäre, weil die Verlagerungsaufträge von Deutschland noch nicht da wären. Vom Kohleneinsatz ist nicht gesprochen worden. Von uns aus sind wir den nachgegangen, und da muß ich sagen, daß die sozialen Verhältnisse in der französischen Kohlenindustrie derartig katastrophal sind, daß es sehr schwerhalten wird, französische Leute, die noch nicht dort gearbeitet haben, freiwillig und ohne Zwang in diese Bergwerke zu bekommen. Wenn wir den Bergbau forcieren wollen, müssen wir ~~mit~~ von uns aus zunächstmal diese sozialen Zustände dort ändern.

K e h r l : Darüber müßten wir uns mal verständigen. Daran liegt uns sehr viel. Ich habe das letzte Mal schon einen gewissen Anhalt gegeben und eine sehr bedeutende Textilarbeit für alle Bergarbeiter Untertage in Aussicht gestellt. Die Leute müssen natürlich auch irgendeinen Anreiz haben.

S a u c k e l : Ein sehr tüchtiger Mann ist der Chassignet in französischen Arbeitseinsatz, ein ehemaliger Kommunist, aber ein ganz energischer Bursche, ein Hordskerl. Der hat uns erklärt: wir sehen ja ein, daß Deutschland es braucht, und wir gehen jetzt schon über die Zugeständnisse unserer Minister hinaus. Soweit sind gewisse französische Kreise auch schon. Aber die Schwierigkeiten liegen bis jetzt bei der französischen Regierung, die sich in ihrer Haltung versteift hatte und von sich aus seit August auf dem Standpunkt gestanden hat: keinen Mann nach Deutschland!

M i l c h : Teils wollen sie nicht und teils können sie nicht. Ich glaube auch nicht, daß sie von sich aus eine Exekutive schaffen werden.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

S a u c k e l : Darum bin ich auch dabei, mir selber eine aufzubauen. Nur das möchte ich klarstellen: bleiben die Schutzbetriebe bestehen, dann bekommen Sie entsprechend weniger Leistungskräfte.

M i l l e r : Noch eine Frage. Wenn jetzt durch die Verlagerungen so viel durch französische Kräfte gedeckt ist, Textilindustrie usw., dann müssen doch auch entsprechend deutsche Kräfte hier freigegeben werden.

K e h r l : Sie werden dann hier nicht angefordert, so sie sonst angefordert worden wären.

T i m m : Frei wird nichts. Wahrscheinlich vornehmendere Aufträge in die gleichen Betriebe gehen.

S a u c k e l : Dabei muß ich noch darauf hinweisen, daß die stillgelegten deutschen Fabriken wesentlich moderner waren und wahrscheinlich mit weniger Arbeitsaufwand produziert haben als die französischen Fabriken.

M i l l e r : Wir wollen ja die ganzen Fabriken als Kapazität für die Rüstung haben.

K e h r l : Wir haben auch für den Luftkrieg eine größere Risikostreuung.

M i l l e r : Ich halte das System für gut, denn bei noch schärferer Erfassung der Arbeiter für Deutschland wird ein erheblicher Teil immer drinnen bleiben. Aber ich möchte gern, daß hinter Ihnen etwas steht, was diese Sache erzwingt. Ich glaube nicht, daß die französische Seite etwas erzwingen wird.

S a u c k e l : Sie wird es dann, wenn sie von der deutschen Seite entsprechend angefaßt wird. Man soll nicht dem kleinen französischen Arbeiter abstrafen, sondern den französischen General.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

darm und Polizeimann, der, anstatt daß er die Leute nach Deutschland liefert, vorher zu ihnen hingeht und ihnen sagt: du, ich komme morgen, verschwinde also. Die französischen Unterorgane und Mittelorgane muß man bestreuen.

M i l l e r : Selbst wenn bei Lav 1 und Bichelonne die beste Absicht vorhanden ist, so wird der Widerstand bei den Bürgermeistern, den Gendarmen, den Prefekten sein, und zwar einerseits weil die Leute Angst haben, daß sie für diese Sache nachher zur Rechenschaft gezogen werden, und zum anderen aus ihrem nationalen Gefühl heraus, daß sie sich sagen: wir dürfen nicht für den Landesfeind arbeiten. Darum möchte ich gern, daß es irgendein Organ gibt, das diese Leute dazu zwingt, denn dann können die Franzosen sagen: wenn ihr uns zwingt, tun wir es, freiwillig nicht. Ebenso ist es in Italien. Da sagen sie sich: wer weiß, wer siegt, ob Mussolini, Badoglio oder der König; nur wenn ihr uns zwingt, sind wir bereit. Also von uns aus muß irgend etwas da sein, das diesen Zwang ausübt. Ich sehe nicht ein, daß dazu große Divisionen nötig wären. Das müßte man doch mit den vorhandenen Kräften durchsetzen können.

S i m m : Ich habe das Gefühl, daß wir bei der Frage der Bilanzierung zu sehr am Zahlenmäßigen kleben und die Frage der Qualität übersehen. Wir werden bei der jetzigen Entwicklung diese Programme vielleicht zahlenmäßig erfüllen, aber den Betrieben kommt es bei ihren Anforderungen darauf an: soviel Metallarbeiter usw. zu haben. Wir müssen denn aber praktisch sagen: ihr kriegt nur ungelernete Arbeiter.

K o h r l : Darüber sind wir uns klar. Die Betriebe kriegen ungelernete Arbeiter, höchstens daß man durch betriebsweise Um-

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

setzung von Italien nach Deutschland noch Qualitätserbeiter bekommt.

Sauerbelle: Es wird dann so kommen, daß im Laufe des Jahres die Betriebe erklären werden: wir können mit diesen Arbeitern nichts anfangen. Und das steht dann die Tatsache gegenüber, daß wir in Frankreich ein ungenutztes Reservoir von Fachkräften haben.

Hilch: Die Sorge habe ich nicht. Selbstverständlich werden unsere Betriebe sagen: wir sollen Fachkräfte haben. Aber sie brauchen ja auch soundsoviel ungelernte Leute.

Tina: Werden da nicht eines Tages die anfordernden Stellen sagen: uns ist über bekannt, daß in den französischen Betrieben eine Überbesetzung mit Fachkräften ist, die nicht zu vertreten ist?

Hilch: Das würde man später noch einmal mit Speer selbst besprechen. Speer muß noch erst einmal einen Überblick haben, was sich durch seine ganzen Verordnungen ergeben hat.

Ich kann mir vorstellen, daß man erstens sofort den numerus clausus einführt, daß man die Sollzahl für die S-Betriebe festlegt, daß man zweitens etwas später sagt: ein Teil der S-Betriebe, der nach einer gewissen Zeit nicht vernünftig gearbeitet hat, geht des Schutzes wieder verlustig, und die Leute aus diesen Betrieben können dann geschlossen herbeigeholt werden. Ich sehe schon jetzt voraus, daß in der Luftströmung ein Teil der Betriebe so schlechte Leistungen erbringen wird, daß ich kein Interesse daran habe, diese Betriebe aufrechtzuerhalten. Es wird dann einfach der Schutz für gewisse Werke wieder aufgehoben. Das wird auch auf die anderen Betriebe befruchtend wirken, indem

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

Wie sich zeigen kann, wenn wir hier nicht ordentlich arbeiten, steht man im Verloren. Bei den Harbörerdingen hat es nun notwendig, daß es gesagt wird, daß die Leute auch wirklich von hier oder nicht vorher oder unterwegs verschwinden. Von aus der Stadt der Transport weg, wenn ich nicht gekommen ist, dann mussen dann 100 bis 200 Leute aus dem Ort gehen und als Kriegsgefangene nach Deutschland gebracht werden. So etwas spricht sich herum. Und wenn solche und ähnliche Aktionen mehrfach durchgeführt werden, würde man schon einen Druck ausüben. Gleichzeit wird die ganze Sache, wenn wir den Wasserbau der Verpflegung in der Hand hätten. Das der schwarze Markt bietet, läuft doch aus irgendeinem Depot, und in das sollten wir uns einschalten.

K o m m i t e e : Das ist ein wenig, einen außerordentlichen Umfang hat in Provision der Stückgüter nach mit Lebensmitteln zugehen.

M i t t e l : Ich persönlich würde es militärisch und einfach den ganzen Stückgutverkehr beschließen.

S a c h e 1 : Ich möchte noch folgende Sache ansprechen. Das ist die Frage der militärischen Güter in Frankreich. Da ist es, wie mir berichtet wird, zum Teil so, daß die OT bei einer Anzahl von Bächen demobilisiert worden ist, weil trotz der Einführung des Generalinspektors von den Truppen große Aufträge in der zweiten Linie vergeben werden.

(Anmerkung: Außerhalb des Programms des Generalinspektors)

Das ist die Streitfrage, ob es das Programm gehört oder nicht. Es wird gesagt, dort würden die Arbeiter über Tarif bezahlt, und es würde die Anschreiben der Federationen und der Schichten derartig luxuriös gehandhabt, daß die Arbeiter von den OT-Stellen in einem Maße wegläufen, um bei diesen Dienststellen in Arbeit zu kommen.

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

nen. Ich meine, wenn schon der Generalinspekteur in Frankreich vorhanden ist, müßten die Verträge und Tarife alle durch dessen Hand gehen. Denn es ist das Grab jedes Arbeitseinsatzes dort an der Kiste, wenn zweierlei Tarife und zweierlei Arbeitsbedingungen zur Abwendung kommen. Ich muß bei der großen Zahl der Arbeiter, die die OT hat und bei den Wirkungen auf die verschiedenen europäischen Länder ja darauf achten, daß die OT ihre Löhne und Tarife mir gegenüber einhält. Wenn aber außerhalb der OT von militärischen Dienststellen, wie mir gemeldet wird, andere Bedingungen gewährt werden, wird entweder das eine oder das andere in größtem Maße leiden, und ich möchte bitten, daß das möglichst rasch abgestellt wird. Ich muß aber dann auch bei der OT bitten, daß alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Arbeiter auch dort bleiben, insbesondere auch luftschutzmäßig. Ich habe diese Baustellen in Frankreich besucht und festgestellt, daß z.B. an einem Sonntag dort nicht gearbeitet wurde, weil es hieß: die Arbeiter sind davongelaufen, weil ein Bombenangriff war. Ich habe dann aus eigener Initiative sofort 3000 Russen dort hingelagt, damit die Arbeit weiterging, denn die Russen können ja in ein Lager zwängen. Also auch da möchte ich bitten, daß zwischen der OT und den militärischen Dienststellen ein Abkommen getroffen wird, sonst läuft uns einer nach dem anderen davon. Ich habe aus eigener Initiative dem Generalinspekteur Weiß konzessiert, daß er bei allen Partien, die nach dem Führerprogramm zu einem bestimmten Termin fertig sein müssen, die doppelte Löhnung zahlen darf als Gefahrenzulage, ~~so haben sie es gemacht~~, aber begrenzt bis zum 15. April. Aber im übrigen geht es nur in dem Rahmen, daß

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

nun wirklich die Stunden genau angeschrieben werden, nicht daß eine Dienststelle 12 Stunden anschreibt, wo in Wirklichkeit nur 6 Stunden gearbeitet worden sind.

Schmeltz: Tatsache ist, daß die Luftwaffe in einigen Dienststellen 40 % höhere Löhne zahlt als tariflich festgelegt ist. Das ist gemacht worden als Ausgleich für die angeblich nicht durchführbare Lohnleistungsarbeit. Wir haben versucht, das zurückzuschrauben. Es ist bisher nicht gelungen. Schwierig nachzukontrollieren ist das Stundenanschriften, wenn die Baustellen selbst nicht so diszipliniert sind. Bei der OT ist dieser Unfug weitgehend abgestellt. Da kommt es wohl nicht vor. Aber die Erscheinungen, die eben geschildert worden sind, daß die Leute aus der OT weglaufen zur Luftwaffe und zur Marine, hängen mit diesen Dingen zusammen.

Milch: Kann man das nicht auf einen Nenner bringen? (Zuruf: Der Generalinspekteur ist ja kompetent für sämtliche Bauten aller Wehrmachtsteile. Eine gleiche Regelung für alle wird angestrebt im Westen, hat sich aber noch nicht durchgesetzt.)

Schmeltz: In Italien ist es anders. Da baut nur die OT.

Milch: In Frankreich ist es wohl so, daß teilweise die Flotte es durch die Luftgarnen machen läßt, und diese setzen die Löhne fest.

Schmeltz: Es ist nicht gelungen, die um 40 % höheren Löhne herunterzudrücken.

Beuckel: Ich möchte nochmals auf die Schaffung von Luftschutzmöglichkeiten hinweisen. Es ist keinem Franzosen zuz-

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

nuten, ~~da~~ er ohne jeden Schutz bei einem Bauwerk zu arbeiten, wenn er weiß, es wird an Tage zwei- bis dreimal angegriffen.

S c h m e l l e : Ich habe weiß schon gesagt, daß er wenigstens das Notdürftigste macht.

M i l l e r : Ich würde vorschlagen, daß diese Sache von dem Generalinspektor mit aufgefasset wird, und daß er sich mit den Flotten darüber einigt, daß nur ein Lohn gezahlt wird.

S a u c k e l l : Weiß hat mich gebeten, das hier zur Sprache zu bringen.

S c h m e l l e : Formell besteht nur ein Lohn, nur die Luftflotte hält sich nicht daran.

M i l l e r : Ich kann von mir aus die Luftflotten nicht anweisen. Ich bitte, daß an mich ein kurzer Brief gerichtet wird, in dem die Forderung erhoben wird, daß der einheitliche Lohn eingehalten werden muß, wobei ein paar Zahlen mit hineinkommen müssen. Ich würde das dann dem Reichsanwalt mit der Bitte vorlegen, einen entsprechenden Befehl an die Luftflotten zu geben.

S a u c k e l l : Diese Verhältnisse werden wir nicht redressieren können. Ich will es so machen, daß ich die ganzen Verträge kündige. Die Atlantik-Kanalzonen-Zulage kann natürlich auch für die Luftwaffe gezahlt werden, aber nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt.

O l b r i c h : Ich wollte noch einmal abschließend zu der Viertelsjahrsverteilung folgendes feststellen. Bei der Verteilung sind 70 % von dem, was gefordert wird, verteilt worden. Die Landwirtschaft hat 88 % bekommen, die Forstwirtschaft 61,5 %, die Flüstung 73 %, der Verkehr 76 %, der Handel nichts, die öffentlichen Betriebe 15 % und die Wehrmacht 14 %. Immerhin eine für die Wehrmacht bemerkenswerte Verteilung! Ich möchte das feststellen,

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

und darf noch sagen; ich werde mit General der Flieger Fürster verhandeln, denn es handelt es sich über 50 000 Mann, damit bei dieser geringen Zuteilung von 14 % durch Umsetzung der Luftkräfte selbst noch wesentliches gewonnen werden muß, auch für die Flk.

M i l l e r : Das hoffe ich. Nicht nur für die Luftkräfte, für alle Wehrmachtteile. Man kann natürlich die Frauen nicht so rechnen, wie Sie es tun. Dann bei der Landluft z. B. handelt es sich darum, daß von den 260 000 abgegebenen Leuten wieder welche zurückkommen. Bei anderen Sachen handelt es sich zum großen Teil um Ausländer, die selbstverständlich für die Wehrmachtsverwaltung gar nicht möglich sind.

(Olbricht: Wir brauchen nur Frauen!)

- Aber deutsche Frauen. Es ist nach dem bisherigen Aufkommen noch gar nicht heraus, ob überhaupt 40 000 Frauen dieser Art dabei sind. Glauben Sie, daß hier 40 000 Frauen drin sind, wie sie die Wehrmacht verlangt?

T i m m : Nein.

M i l l e r : Ich wollte nur Olbricht beruhigen, daß hier bei den Vorschlägen nicht rein nach Prozenten gegangen ist, sondern nur danach, was läßt sich annähernd erfüllen.

T i m m : Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die 40 000 Frauen in dieser Qualität bestimmt nicht werden eingestellt werden können. Die gibt es nicht mehr.

S a u c k e l : Frauen oder Mädchen, die richtig deutsch schreiben können und in der Lage sind, ein Morsealphabet zu lernen, Stenotypistinnen und sozusagen, gibt es auf Vorrat keine einzige mehr. Wenn sie verlangt werden, können sie nur umgeteucht werden. Es ist nicht möglich, ein Versprechen abzugeben, auc

Hergestellt im
Bundesarchiv

R3/1722

nur 10 000 Stenotypistinnen zu stellen. Die sind nicht mehr da.

O l b r i c h : Es kommt also in fact für unmachts heraus. Wir müssen infolgedessen die Soldaten drin lassen, sonst ist wir nicht durch Gesetzung noch etwas helfen können.

S a u c k e l : Ich darf dann abschließend noch einmal folgendes sagen. Die Dinge sind ja alle sehr hart, gerade auch auf dem Menschensektor, und ich bitte Sie, zu verstehen, daß meine Dienststellen und ich vorbehaltlos mit Ihnen, mit dem Munitionsmuseum und der Luftwaffe, zusammenarbeiten wollen. Aber halten Sie es mir zugute, wenn ich ganz offen meinen Standpunkt vertreten habe, denn hinterher läßt sich so etwas nicht mehr ausgleichen. Aber ich möchte ein Versprechen auch im Namen meiner Herren geben: wir werden tun, was verlangt wird, soweit wir es können. Als ich heute morgen die Zahlen für Januar und Februar vorgelegt bekommen habe, mußte ich sagen, daß ich das nicht erwartet gehabt hätte. Es ist fast dasselbe wie im Vorjahr. Ich hätte nicht geglaubt, daß im Januar und Februar neue Kräfte in Höhe von ^{262 000} 103 000 Menschen zur Verfügung gestellt werden können. Ich sage Ihnen auch ganz offen: ich habe jetzt bemerkt, daß in einigen Strichen beim Schneeschaukeln eine ganze Anzahl Kriegeraufnahme und kräftige Männer tätig sind. Ich bin der Ansicht, daß man in diesem Jahr den schnell mal von selber wegtauchen lassen kann. Alle diese Dinge werden wir noch einmal nachprüfen, und wir werden in diesem Jahre noch einmal ausklären zugunsten der Pflanzung, und wir werden noch manches zusammenlegen, um die wichtigen Programme hinzubringen. Dazu bin ich fest entschlossen. Ich bitte aber zu verstehen, wenn ich meinen Standpunkt und den meiner Mitarbeiter hier ganz klar präzisiere, damit man mir später nicht sagen

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

kann ja, das hätten Sie früher erklären sollen.

M i l c h : Ich darf dann die Sitzung schließen und feststellen, daß Sie mit der Verteilung der Prozentsätze, wie sie hier vorgesehen sind, einverstanden sind, wobei ich erkläre, Olbrich, daß Ihre Wünsche hinsichtlich der Verteilung nur sehr schwer zu befriedigen sein werden, weil dieses Reservoir so gut wie erschöpft ist.

M a y l e r : Darf ich vor Schluß der Sitzung noch eine andere Frage berühren. Mein Gauleiter hat mich gebeten, auf die Entwicklung bei den Banken hinzuweisen. Wir haben festgestellt, daß in den letzten Wochen auf Grund der vorhandenen Situation bei den Banken nunmehr allmählich der Zahlungsverkehr etwas in Schwierigkeiten kommt. Die Banken sind jetzt an der Grenze angelangt, wo noch Leute abgezogen werden können. Der Zahlungsverkehr ist durch die Luftangriffe und die Bombenschäden außerordentlich erschwert, es werden in den verschiedensten Teilen der Wirtschaft keine geregelten Kontoverweise mehr gemacht, die Überweisungen klappen nicht mehr usw. Ich möchte daher bitten, daß in der nächsten Zeit aus den Banken keine Leute mehr abgezogen werden.

S a u c k e l : Ich möchte dann nur noch einmal zur Debatte stellen, ob es nicht doch zweckmäßig ist, die höchsten weiblichen Schulklasse ein Jahr über herauszuheben. Der Reichserziehungsminister hat sich bisher geweigert. Aber wenn wir diese 15 000 bis 16 000 Mädchen noch bekommen, wäre das schon eine Hilfe. Das müßte aber an anderer Stelle entschieden werden.

M i l c h : Wenn sonst kein Punkt mehr vorliegt, darf ich mit bestem Dank die Sitzung schließen.

(Schluß der Sitzung 14, 15 Uhr.)

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1722

Zentrale Planung

25.5.1944

Der Beauftragte für den Vierjahresplan Berlin, den 29. Mai 1944.

Zentrale Planung

Z.P. 36 g.Rs.
Pl. 030058.

32 Ausfertigungen
3. Ausfertigung.

Ergebnisse
der

58. Sitzung der Zentralen Planung am 25.V.1944.

Kohlenwirtschaftslage 1944/45.

A. Erzeugung.

Staatsrat Pleiger berichtet über den Stand der Kohlenförderung (Anl. 1). Die Steinkohlenförderung ist im Kohlenwirtschaftsjahr 1943/44 um 7,3 Mio t gegenüber dem Soll zurückgeblieben (268,3 gegenüber 275,6 Mio t), hat aber das Jst 1942/43 um 3,8 Mio t übertroffen. Trotz der Mehrförderung sind dem Verbrauch 1943/44 infolge unzureichender Transportraumgestaltung 4,7 Mio t Steinkohlen weniger zugeführt worden als 1942/43; die Halden-Bestände an Steinkohlen und Koks waren infolgedessen Anfang April um 2,5 Mio t größer als im Vorjahre. Außerdem ist ein starker Rückgang der Bestände bei den Verbrauchern zu verzeichnen.

Die derzeitige Kapazität des Ruhrgebietes an Steinkohle beträgt 450 000 tato und die Kokskapazität 62 Mio jato. Das Leistungsprogramm für 1944/45 sieht 410 - 420 000 tato Steinkohle im Ruhrgebiet und 58,5 Mio jato Koks vor. Besonders erschwert wird die Lage durch den vor allem verkehrsbedingten Ausfall der Lieferungen aus dem Westen; die dortige Erzeugung soll jedoch, insbesondere der Energiesektor, soweit nur irgend möglich, aufrechterhalten bleiben (BeKo West).

Voraussetzung zur Erfüllung des Leistungsprogramms 1944/45 ist ein vordringlicher Material- und Arbeitseinsatz. Die Zentrale Planung sieht die Kohle nach wie vor als wichtigstes Grundprodukt an, das in seiner Dringlichkeit grundsätzlich allem anderen vorgeht. Unbeschadet dessen hat jedoch, nicht zuletzt auch um den Weg der Kohle zum Verbraucher sicherzustellen, der Verkehr im Vordergrund aller Maßnahmen zu stehen. Zu seiner Wiederherstellung haben weitere

Arbeiterabzüge

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

- 2 -

Arbeiterabsätze aus dem Atlantikwall zu erfolgen; OT hat alles abzugeben, was nur irgend möglich ist (Dorsch). Ebenso ist auch die Grundproduktion für Verkehrsreparaturen vordringlich einzusetzen; entsprechende Anweisung an die Grundproduktion ist nochmals zu erteilen (Kehrl). Ferner sollen Fachleute aus der Wasserstraßenverwaltung in die OT abgeordnet werden zwecks Wiederherstellung der Wasserwege in den besetzten Westgebieten (Dorsch).

Zur vordringlichen Verstärkung des Arbeitseinsatzes im Bergbau (Sofortanforderung 35 000 zwecks Erreichung einer Förderleistung von 400 000/410 000 tate an der Ruhr; Gesamtanforderung für das Kohlenwirtschaftsjahr 1944/45 Bergbau 165 000, Zubringerindustrie 2 500, Grubenholzbeschaffung 8 000 - die RVK wird einen Stufenplan für den Einsatz dieser Arbeitskräfte aufstellen - wozu folgende Maßnahmen beschlossen, die in der Führerbesprechung zu behandeln sind:

- a) Auskennung der Heeresgruppen im Osten auf Arbeitskräfte (Waeger),
- b) Durchführung einer SE-Aktion bei den russischen Kriegsgefangenen zugunsten des Bergbaues (Waeger),
- c) Zurückführung der Flüchtlinge, vordringlich in den Bergbau, insbesondere aus der Landwirtschaft (Kehrl/Pohl),
- d) Zusammenstellung der Gründe der Fluktuation (Kehrl/RVK).

Zur Verstärkung des Arbeitseinsatzes im Protektorat sind die im Reich tätigen tschechischen Bergarbeiter in ihre Heimatreviere zurückzuführen (Waeger). Die Feiertagsarbeit ist für Bergbau und Industrie gleichmäßig zu regeln (Pleiger/Rohland). Die Grubenholzversorgung des Bergbaues wird in der Holzsitzung der Z.P. besprochen werden (Kehrl).

B. Verteilung.

Die Verkehrsschwierigkeiten verbieten z.Zt. die Aufstellung eines zwingenden Verteilungsplanes; der Weg zum Verbraucher muß elastisch gehalten werden. Um einen entsprechenden Sog herzustellen, wird beschlossen, den für Juni 1944 vorgelegten Vorschlag

(Anl. 2 a - d)

- 3 -

(Anl. 2 a - d) als Zielsetzung anzunehmen unter Erhöhung der für die eisenschaffende Industrie vorgesehenen Menge um 100 000 t Steinkohle und 150 000 t Koks zulasten der Malden. Die Zuteilung ist wie bisher laufend auf den Verkehr abzustimmen; vor allem auch eine Erhöhung der Reichsbahnbevorratung herbeizuführen. Zwecks Erleichterung des Verkehrs und Einsparung von Kohle sind die Energieingenieure, gegebenenfalls im Austausch gegen Feuerungstechniker, auch für den sachgemäßen Kohleneinsatz (Lösung der Sortenfrage) einzusetzen (Pleiger/Seebauer); für die Eisenindustrie ist ein besonderer Fachmann für Feuerungstechnik seitens der RVK abzustellen (Pleiger/Rohland).

Die vorgelegten Unterlagen sind zu ergänzen durch eine Ermittlung über den Anteil des Reichsbahnkursverkehrs und des Wasserverkehrs (RVK), durch Klärung der Frage, ob statt Kohle besser Koks transportiert wird (Rohland), durch eine Aufstellung über den Zementverbrauch im Jahre 1943 zwecks Bedarfsmittlung für das Jahr 1944 (Dorsch) und durch eine Aufstellung, die alle Kohlensorten insgesamt zusammenfaßt (RVK/Kehrl).

S t e f f l e r .

Anwesend:

2b+U

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690

- 4 -

Anwesend:

Reichsminister Speer
Staatssekretär Körner

Präs. Kehrl
Dr.-Jng. Goerner
Min.Rat Steffler

Staatsrat Schieber
Oberbürgermeister Liebel
Min.Dir. Dorsch
Gen.Ltn. Waeger
Dr. Schmelter
Herr Schlieker
Min.Rat Baudisch
Dr. Frisch
Dr. Morgenthaler
Min.Dirig. Barth
Dr. Fischer

R u K

•
•
•
•
•
•
•
•
•
•

Staatsrat Pleiger
Frig.May. Steinbrinck
Dr. Sogemeier
Dir. Tectzmann
Dr. Rosenkranz
Dr. Regul

R V K

•
•
•
•
•

Gen.Dir. Rohland
Gen.Dir. Maltzacher

R V E

•

Unterstaatssekretär Ohlendorf
Min.Dirig. Koelfen
Oberstltn. Koch

R W H

•

O K W

Verteiler:

Reichsminister Speer
Generalfeldmarschall Milch
Reichsminister Funk
Staatssekretär Körner
Präs. Kehrl
Dr.-Jng. Goerner
Min.Rat Steffler

Staatsrat Schieber
Oberbürgermeister Liebel
Min.Dir. Dorsch
Gen.Ltn. Waeger
Herr Schlieker
Dr. v. Trotha
Min.Dirig. Barth
Staatsrat Pleiger
Gen.Dir. Rohland
Unterstaatssekretär Ohlendorf

Planungsamt
Registratur V.P.

1. Ausfertigung

2. " "
3. " "
4. " "
5.-6. " "
7. " "
8.-9. " "
10. " "
11. " "
12. " "
13. " "
14. " "
15. " "
16. " "
17. " "
18. " "
19. " "
20.-21. " "
22.-32. " "

Hergestellt im
Bundesarchiv
R3/1690